

Teil E

Vorbemerkung der Redaktion des AWR zur Berichterstattung der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“:

Weder „Fakten-Darstellung“ noch Sprache von Putin (über die Regierung der Ukraine: „Drogenbande“, „Nazis“) und von Lawrow gefallen uns in der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist darüber hinaus durch nichts zu rechtfertigen.

Dieser Überfall ist ein Verbrechen!!!

Überdies ist die Berichterstattung von „Unser Mitteleuropa“ zu diesem Komplex in seiner Putin-Hörigkeit sehr zu bedauern! Auch in der Tonart der Sprache und in der Wortwahl hat sich die Zeitschrift leider anstecken lassen! Einfach widerlich!!!

Und ist der Versuch der Politik Putins schon vergessen, Europa durch „Flüchtlingsströme“ über Weißrussland zu destabilisieren? Der polnischen Regierung sei dankgesagt, dass sie die Grenzen zu Weißrussland geschlossen hat!

Wer kann uns etwas über die Zusammensetzung der Redaktion von „Unser Mitteleuropa“ sagen (Putinisten in Krakau?), wer lüftet uns das Geheimnis zum Eigentümer, für den lediglich ein Postfach in London genannt wird.

Redaktion in Krakau? Wer soll das glauben, dass „Putinisten“ in Polen arbeiten und diese Thesen vertreten?

Schade! Schade! „Unser Mitteleuropa“ vertut Chancen, eine kritische, auch selbstkritische Publikation zu sein.

Wir sehen eine Gratwanderung zwischen „historischem Dokument“ und „Propaganda“ – letztere ist zuweilen auch ein „historisches Dokument“.

Unsere Meinung ist klar, möge der Leser für sich entscheiden und viele unterschiedliche Quellen benutzen!

Wir übernehmen immer weniger Beiträge aus „Unser Mitteleuropa“, für Putin-Propaganda sind wir uns zu schade!

Die Redaktion

Teil E
Inhaltsverzeichnis (Seiten E II – E VIII)

Großgliederung Europas

Seite E 0

E. a) Pfarrer Steffen Reiche, Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee
Seiten E 1 - 10

Predigtkreis Christvesper 2023

Seiten 1 - 7

Anschwellendes Kriegsgeschrei. Bislang konnte ein Übergreifen des Gaza-Kriegs auf den Libanon verhindert werden. Zwei fatale Fehlkalküle könnten jedoch zur Eskalation führen

Seite 7 - 10

E. b) Themen global, die uns auch bewegen **Seiten E 11 – E 23**

01) KI: Grenzen und Ambivalenz der Künstlichen Intelligenz

02) Thunberg auch gegen Windkraft: „Persona non Greta“ außer Kontrolle des Mainstreams

03) Kein Beweis für Klima-Kipp-Punkte – Klima-Agenda bröseln
Von NIKI VOGT

E. c) Wanderungen und Einwanderungen **Seite E 24**

- Keine Berichte -

E. d) Länder weltweit – im Überblick **Seiten E 25 – E 40**

01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 29.12.2023

02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 16.12.2023

03) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 09.12.2023

E. e) Verteidigungsbündnisse: NATO u.a. **Seiten E 41 – E 43**

01) Gewöhnung der Öffentlichkeit an Sichtbarkeit der Bundeswehr-Kriegsübungen erwünscht [meint „Unser Mitteleuropa“]

E. f) Europa, Europa und die Welt **Seiten E 44 – E 51**

- Keine Berichte -

Europäische Union (EU) (Seiten E 45 - E 51)

- 01) Barzahler-Rabatte boomen im Kampf gegen digitales Geld
- 02) EU-Parlamentswahlen: Erdrutschartiger Erfolg der patriotischen Kräfte
Prognostiziert.
Von SERGE ROSENDALE (politischer Beobachter)

E. g) Mitteleuropa

Seite E 52

- Keine Berichte -

E. h) BR Deutschland und nahe Staaten

Seiten E 53 – E 113

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 53 – E 75)

- 01) Ohne Haß, aber mit Zuversicht – Berlin braucht Sie! / Trennung
– Zuversicht. Von Ed Koch
- 02) Umfrage: Mehrheit der Deutschen fordert Ampel-Aus – Vertrauen in
Scholz-Regierung schwindet
- 03) Korrektur – Weihnachtsworte des Bundespräsidenten 2023
- 04) Weihnachtsansprache des Bundespräsidenten [2022!].
Fehlte da nicht was?
- 05) „Wenn einem alles genommen wird, was dann? Unbekannte Schicksale
deutschsprachiger Juden
- 06) Ein „Demokratieverbrechen“ – Konrad Adenauer im Focus! Von Ed Koch
- 07) 50. KW (= 11. bis 17.12.2023) – Tricki Olaf. Von Ed Koch
- 08) Zu früh gefreut – Wählen mit 16. Von Ed Koch
- 09) BKA Chef mit Zahlenbetrug ganz auf Faeser-Linie
- 10) ACHTUNG REICHELT!
Das ist doch lächerlich, dass diese Rollator-Gang die Regierung stürzen
wollten!
- 11) ACHTUNG REICHELT!
Der Kanzler schadet Deutschland. Scholz bricht jeden Tag seinen Amtseid
- 12) ACHTUNG REICHELT!
Dieses Land ist sowas von fertig mit dem Grünen Irrsinn!

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 76 – E 106)

- 01) Wann geht der Mohr? Von Ed Koch
- 02) Warme Weihnacht in Schöneberger Apostel-Paulus-Kirche. Von Ed Koch
- 03) Erleichterung und Frust. Von Ed Koch
- 04) Die Bundestagswahl muss in 455 von 2.256 Wahlbezirken des Landes
Berlin wiederholt werden

- 05) Wählen mit 16. Von Ed Koch
- 06) Ein langer Weg – 106 Jahre SPD. Von Ed Koch
- 07) KW [Kalenderwoche] 49 [04. – 10.12.2024] – Krisenmodus. Von Ed Koch
- 08) Der Dezember ist zu kurz. Von Ed Koch
- 09) Israel und die Hamas - Israel wird nicht erwähnt. Von Ed Koch
- 10) Israel und die Hamas – Die Wissenschaft positioniert sich. Von Ed Koch
- 11) 11. Februar 2024 – Bundestags-Neuwahlen in Berlin? Von Ed Koch

Österreich (Seiten E 107 – E 109)

- 01) Norbert van Handel zu 2023: Kritik an der EU und Österreich
Von NORBERT VAN HANDEL

Südtirol (Seiten E 110 – E 113)

- 01) Autonomie ist kein Verhandlungsobjekt: Autonomiekonvent umsetzen!
- 02) Neue Broschüre des Südtiroler Heimatbundes

E. i) Ostmitteleuropa	Seiten E 114 – E 199
------------------------------	-----------------------------

Lettland

(Seiten E 114– E 115)

- 01) Putins Warnung an Lettland wegen offener Schikanen gegen „russische Letten“

Polen (Seiten E 116 – E 117)

- 01) Neo-liberaler Backslash in Polen – Donald Tusk Ministerpräsident

Tschechien (Seiten E 118– E 119)

- 01) Verfallene Kulturdenkmäler werden Orte der Begegnung

E. j) Osteuropa	Seite E 120
------------------------	--------------------

- Keine Berichte -

E. k) Kaukasusgebiet / Türkei	Seiten E 121
--------------------------------------	---------------------

- Keine Berichte -

E. l) Südosteuropa

Seite E 122

- Keine Berichte –

E. m) Süd- und Westeuropa

Seiten E 123 - 124

Frankreich (Seiten E 123– E 124)

01) Moslemischer Kulturkampf in Frankreich gegen Renaissancegemälde

E. n) Nordwest- und Nordeuropa

Seite E 125

- Keine Berichte -



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturellräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im

Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>

Teil E

E. a) Pfarrer Steffen Reiche u.a., Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee

Seiten E 1 - 10

Wir wünschen Herrn Pfarrer Steffen Reiche für die Zukunft alles Gute, wir danken für seine hervorragende Arbeit in der Vergangenheit und wünschen uns eine weitere gute Zusammenarbeit!

Reinhard M. W. Hanke

25.12.2023

Predigtkreis Christvesper 2023

Liebe Predigtkreisgemeinde,

ich wünsche Ihnen mit der Predigt von der gestrigen Christvesper in Teneriffa ein gesegnetes Weihnachtsfest. Nikolasseeer waren allerdings auch hier.... 😊

Ihr Steffen Reiche

Eine kurze und wahre Weihnachtsgeschichte

Weihnachten stand vor der Tür, als die Nazis in das Haus von deutschen Christen eintraten, um versteckte Juden zu suchen. Die gesamte Familie stand still und zitternd in der Küche. Die versteckten Juden waren direkt unter ihnen im Keller, nur durch die Bodenbretter getrennt und hörten wie die Nazis, erst die Eltern und dann die Kinder einem nach dem anderen ohne Erfolg ausfragten.

Dann kamen sie zu dem jüngsten Sohn und fragten ihn auch: „Habt ihr Juden bei euch zu Hause?“ Der kleine Junge zögerte erst mit seiner Antwort, dann aber sagte er „Ja.“

Die Eltern erschrakten und bekamen beinahe einen Herzanfall. Die Nazis baten ihn höflich, sie zu ihnen zu führen. So lief der kleine Junge ihnen voran und führte sie ins Wohnzimmer, wo ein wunderschöner Weihnachtsbaum aufgestellt war. Er bückte sich unter den Baum und holte das kleine Christkind Jesus aus der Krippe und zeigte es ihnen.

Predigt

Liebe Schwestern und Brüder!

Wir feiern Weihnachten mit den jüdischen Hirten und den Königen aus Arabien.

Auch sie sind uns zu Weihnachten, spätestens da, Schwestern und Brüder.

Ist ihnen das zu groß in der Anrede! Es tut mir leid, kleiner geht es heute Abend nicht, denn wir sind alle Geschwister vom Kind in der Krippe. Und deshalb hier in der Kirche einander Schwestern und Brüder. Und wenn nicht, dann könnten wir nur Julklapp feiern oder den Jahreswechsel! Aber deshalb sind sie nicht hier!

Deshalb also: Liebe Schwestern und Brüder in der einen Kirche Jesu Christi, sei sie nun katholisch, evangelisch oder orthodox!

Das Wort des Jahres 2022 war Zeitenwende. So wie es in diesem Jahr Krisenmodus geworden ist. Worte des Jahres sind Worte, die ein Jahr ausdrücken, die es widerspiegeln, die einen Eindruck geben von dem, was Eindruck gemacht hat.

Das Wort Zeitenwende ist damals nach dem Überfall von Russland auf die Ukraine ausgeliehen worden von der Kirche. Denn die Kirche hat vor über eineinhalb Jahrtausenden eine Zeitenwende ausgemacht, entdeckt, geglaubt. Weihnachten haben die Christen als Zeitenwende gesehen, verstanden, geglaubt und deshalb erstmals in der Menschheitsgeschichte angefangen, ihre Zeit zu zählen ohne wieder aufzuhören. Also von der Zeitenwende bis zum Ende der Zeiten. Denn die Christen waren die ersten, die an ein Ende aller Zeiten glaubten, wenn Christus, wenn der Messias, der Gesalbte wiederkommt.

Sie haben das nicht von selbst erkannt, sondern im Licht von Ostern – 300 Jahre haben die Christen nur Ostern gefeiert. Weihnachten kannten sie zumindest als Fest nicht. Aber dann, als sie nicht mehr verfolgt wurden, als Kaiser Konstantin und vor ihm der Armenische und der Georgische König am Rande des Römischen Weltreiches die Christen anerkannten und es zur Staatsreligion wurde, da wollten sie auch Weihnachten feiern. Mitten in der Zeit feiern, was Gott mitten in der Zeit für uns getan hat.

Die alte Zeitrechnung haben wir eben gehört in der Weihnachtsgeschichte – man zählte alle Zeit nach den Herrscherjahren. Und die endete dann immer, wenn der Herrscher tot war.

Seite E 3 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 843 vom 04.01.2024

Aber Jesus Christus war der erste König, von dem die Christen glauben, dass er lebt bis er wiederkommt zu richten die Lebenden und die Toten, wie sie es in ihrem Glaubensbekenntnis sagten.

Eigentlich fließt ja Zeit. Und der Raum dehnt sich aus. Eine Raumwende kann es nicht geben, bestenfalls eine Krümmung des Raumes, so wie sie Einstein uns gelehrt hat.

Aber was soll die Behauptung einer Zeitenwende? Was gibt sie für einen Sinn?

Das Kontinuum, der Fluss der Zeit vom Urknall bis zum Vergehen der Erde wird für uns Christen zu Weihnachten, in der Christnacht, in der Heiligen Nacht durchbrochen und deshalb wendet sich da die Zeit. Weihnachten ist der Break in mitten der Zeit.

Es ist ein Zeitenbruch, weil sich die Zeit wendet.

Vorher war Gott nur ganz fern, man konnte ihn nur durch und in seiner Schöpfung, durch die Worte, die Propheten in seinem Auftrag gesprochen haben, verstehen. Nun ist Gott selber da in seiner Schöpfung. Teil seiner Schöpfung. Und verständlich wird das zu Ostern. Weihnachten kann nur im Rückblick von Ostern verstanden werden, nur im hellen Licht der Auferstehung. Zeit wandelt sich nun. Wendet sich, weil sich die Menschen Gott ganz neu, ganz anders zuwenden. 2, 6 Milliarden Christen leben heute auf der Erde, so viel wie nie zuvor. 82 000 Menschen kommen durch Taufe täglich hinzu. Für uns nicht verstehbar, verständlich, klar. Aber gezählt, nachweisbar.

Weihnachten ist ein großer Glaube, eine bewusste Behauptung, eine großartige Setzung. Und es ist ja noch großartiger – denn die ganze Schöpfung wird nun aufgerufen zum Zeugnis für Christus. Da kein Mensch weiß, wann Weihnachten ist, kann man, muss man einen Tag finden, festlegen und das tut man in dem großen Vertrauen des Glaubens – denn Christus ist der eigentliche, der wirkliche Gott der unbesiegtten Sonne, der deus sol invictus, wie die Römer sagten.

Das wichtigste Fest der Kirche ist noch immer Ostern, aber mit dem Gedenktag des Heiligen Papstes Silvester beginnt das Kalenderjahr neu, mit dem Advent, der Vorbereitung auf die Geburt Christi beginnt einen Monat, 31 Tage vorher das Kirchenjahr neu.

Unser Weihnachten, wie wir es heute feiern, ist eine Erfindung, eine Entwicklung des 19. Jahrhunderts – so alt wie unser Lied „Stille Nacht, heilige Nacht“ und wie der Adventskranz von Johann Hinrich Wichern. Nach der Aufklärung, wo so viele ihren Glauben verloren hatten, wollte man Weihnachten nun ganz romantisch feiern, ein Fest für das Herz, für die Seele. Luther hatte Vorarbeit geleistet, in

Seite E 4 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 843 vom 04.01.2024

dem er behauptete, dass weder die 3 Könige noch der Heilige Nikolaus, also Santa Klaus, sondern das Christkind die Geschenke bringt.

Die Zeitenwende von Februar 2022 ist nur eine Zeitfalte, ein Zeitenknitter. Aber wenn keiner mehr die über 700 000 toten Ukrainer oder Russen noch kennt, werden die Ukrainer immer noch mit uns Weihnachten feiern. Das ist für mich in diesem Jahr die größte Weihnachts-Freude, dass die Ukrainische Kirche entschieden hat: 2023 nach Christi Geburt feiern wir die Heilige Nacht mit der ganzen Welt in der Nacht vom 24.-25. Dezember.

Der zweitgrößte Staat Europas nach Russland feiert ab jetzt für immer mit uns, mit ganz Europa und der Welt. Und auch Liliana feiert mit ihren russischen Kindern, die sie unterrichtet schon jetzt mit uns.

Eines Tages vielleicht wird auch das sich selbst drittes Rom nennende Moskau so weit sein.

Vielleicht denkt jetzt jemand, warum ist der heute nur so politisch? Er soll mir doch lieber da herze Jesu-Kind auf den Schoß setzen und mit mir „O du fröhliche“ singen und nächstes Jahr sehen wir uns dann wieder. Aber der Papst, der gestern noch in der Mongolei war, Franziskus, der dorthin gegangen ist, wo vor ihm noch kein Papst war, um dort die Weihnachtsbotschaft auszurichten, der hat dort die Mongolei gewürdigt, dass sie die Todesstrafe abgeschafft haben, dass sie ein Staat ist, der Religionsfreiheit sichert und der gegen Atomwaffen ist und sich für Frieden in der Welt einsetzt und eine Demokratie ist und hat das den großen Nachbarn China und Russland vorgehalten. Und morgen wird er seinen Weihnachtssegens der Stadt und dem Erdkreis spenden, *urbis et orbis, polis kai kosmos*, wie es auf Griechisch heißen würde.

Mit der Geburt Gottes in die Welt wird die Liebe Gottes in die Welt geboren. Gott ist Liebe.

Im atheistischsten Land der Welt, in Tschechien, hat einer diese Liebe nicht gespürt, nicht erlebt, nicht glauben können oder wollen und hat in seinem Hass, seiner Verzweiflung 14 Menschen getötet und viele verletzt. Das wohl schlimmste Weihnachten für unsere tschechischen Geschwister und Nachbarn seit 1945.

Heute finden in Köln und in Wien in den Kirchen sehr strenge Kontrollen statt. Ich bin unseren Sicherheitskräften in Deutschland dankbar, dass sie die Planungen von jungen Muslimen vorher aufgedeckt haben und so wohl ein Blutbad verhindert haben. Manche werden heute Abend und nachts wohl zornig werden bei den Kontrollen auf die, die das planten. Aber dann haben sie das Wunder der Weihnacht nicht verstanden. Unser Auftrag seit Weihnachten ist die Menschen wie Gott zu lieben. Oder anders: Weil Gott die Menschen liebt, dürfen, sollen und können auch wir die

Seite E 5 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 843 vom 04.01.2024

Menschen lieben. Das heißt annehmen, so wie sie sind und so Ihnen die Chance geben, anders zu werden. Nicht einfältig oder dumm, nicht naiv, sondern voller Glauben.

Hass sät Hass. Liebe zeugt Liebe.

Oder anders gesagt: Die Oberfläche von Weihnachten mag wohl glänzen, aber in der Tiefe der Krippe strahlt es. Da strahlt die Liebe Gottes zu uns Menschen, zu allen über 8 Milliarden, die es auf der Erde gibt. Zu allen in gleicher Weise. Deshalb haben wir doch auch die Menschenrechte entdeckt und in der UNO für sie alle festgeschrieben am 9. Dezember 1948 in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Meine Hoffnung, meine Erfahrung, mein Glauben ist: Liebe, nur Liebe ist un-überwindlich.

Man kann ihr nicht widerstehen. Zumindest nicht auf Dauer, nicht auf ewig.

Die Jahreslosung für das anno domini, das Jahr des Herrn 2024 ist: *„Alles was ihr tut, geschehe in Liebe.“* Gleich nach dem großartigen Kapitel von Paulus über die Auferstehung, über Ostern, kommt dieser grandiose Satz.

So hat Papst Johannes Paul II seinem Attentäter vergeben und hat den italienischen Staat gebeten, ihn frei zu lassen. Und der hat seine Freiheit dazu genutzt, am Grab von JP II Blumen nieder zu legen. Liebe hat Liebe gezeugt, ermöglicht, hervorgebracht.

Die Revolutionen unserer Zeit haben oft die Namen von Blumen. Und Blumen sind doch Zeichen von Zuneigung, von Respekt, von Liebe:

die georgische Revolution heißt Rosenrevolution, weil sie damals zu den sowjetischen Soldaten gesagt haben: Wir werden Rosen statt Kugeln auf unsere Feinde werfen. In Kirgistan gab man der Revolution den Namen Tulpenrevolution, weil die da gerade blühten. In Portugal war es die Nelken-Revolution, in Tunesien die Jasmin-Revolution. In der Ukraine war sie Orange.

Und im Iran wird das Mullah-Regime vielleicht jetzt einfach weggetanzt – wer tanzt ist in Liebe, ist vielleicht gar in Trance, wie die iranischen Derwische, die Sufi, die Mystiker unter den Muslimen. Weihnachten macht mir Hoffnung – dass die Kraft der Liebe Gottes un-überwindbar ist. Gibt mir Hoffnung, dass wir es schaffen könnten, in diesem Krisenmodus, in dem wir sind oder zumindest sein sollten, gemeinsam etwas ändern können.

Der Jude Jesus hat schon jetzt für 2, 6 Milliarden Menschen die Welt verändert. Die Kirche, gebrochen wie in einem Kaleidoskop, hat sicher in den 2023 Jahren seit Christi Geburt auch viele Fehler

gemacht, weil sie immer eine Kirche von Menschen war, aber sie hat auch unendlich viel für die Welt, für die Menschheit getan. Denn dass wir heute auf einer Welt zusammen leben, zueinander gehen und einander immer besser verstehen, verdanken wir doch eben dem Juden, dessen Weg von der Krippe ans Kreuz geführt hat. Der einzige Religions-Stifter in der Menschheitsgeschichte, der durch seinen Tod die Welt so verändert hat, dass uns auch seine Geburt wichtig geworden ist. Und wir deshalb gemeinsam heute Weihnachten feiern. In der Liebe Gottes und zu unserem Nächsten und bitte auch zu uns selbst. Denn dieser dreifache Auftrag zu Lieben ist der wichtigste, der zentrale Auftrag des Kindes in der Krippe. **Amen.**

Ein Brief an den lieben Gott

In Berlin lebte eine alte Frau,
für die war das Leben nur noch grau.
Um ihre Einnahmen war es schlecht bestellt,
mit einem Wort: Sie hatte kein Geld.

Vor Weihnachten überlegte sie hin und her,
woher denn etwas Geld zu bekommen wär'.
Ihr kam der Gedanke, es ist kein Spott,
sie schrieb einen Brief an den lieben Gott.

„Lieber Herrgott, ich bin alt und arm,
an Geld hab' ich wenig, ich bitt' um Erbarm'.
Ach, schick' mir zum Fest hundert Mark,
sonst müsste ich hungern, und das ist arg.
Eine andere Hilfe kenn' ich nicht mehr,
denn ohne Geld ist es doch ziemlich schwer,
bring' es bald auf den Weg, das Geld,
sonst ist's für mich nicht mehr schön auf der Welt.“

Der Brief wurde frankiert in den Kasten gesteckt.
Ein Postbote hat ihn morgens entdeckt.
er las die Adresse, was sollte er machen?
„An den lieben Gott? Das ist ja zum Lachen!“
Er dachte sich dann aber, ein Spaß muss es sein,
der kommt in das Fach vom Finanzamt hinein.

Am nächsten Tag war er bereits angekommen
und von einem Beamten in Empfang genommen.
Wenn ihr nun glaubt, er warf weg diesen Brief,
nein, so war es nicht, da liegt ihr schief.
Er las den Brief und überlegte sodann,
wie man der armen Frau nur helfen kann.
Ja, glaubt mir nur, das ist kein Scherz,
es gibt auch beim Finanzamt mal jemand mit Herz.

Ihm kam ein Gedanke, ihm ganz allein:
Das könnte für die Frau eine Hilfe sein.
Er fing gleich an, durch die Büros zu wandern
und sammelte fleißig von einem zum andern.

Seite E 7 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 843 vom 04.01.2024

Doch leider war der Erlös etwas karg,
statt hundert bekam er nur siebenzig Mark.
Aber diese wurden sogleich verwandt
und sofort an die arme Frau gesandt.

Die Frau freute sich, man kanns' nicht ermessen,
dass der Herrgott sie nicht vergessen.
So schrieb sie gleich einen Dankesbrief,
und in Eile sie damit zum Postamt lief.
Sie schrieb: „Lieber Gott, von Herzen stark
danke ich Dir für die siebenzig Mark.
Doch solltest Du mal wieder an mich denken,
und so gütig mir ein paar Mark schenken,
dann möchte ich Dich nur um eines bitten,
das Geld nicht über das Finanzamt zu schicken.
Denn die Lumpen haben mir – ungelogen –
von hundert Mark dreißig abgezogen.
Naher Osten/Nordafrika 22.12.2023 | [Marcus Schneider](#)

Anschwellendes Kriegsgeschrei. Bislang konnte ein Übergreifen des Gaza-Kriegs auf den Libanon verhindert werden. Zwei fatale Fehlkalküle könnten jedoch zur Eskalation führen.

DPA Bis zu 200 000 Raketen und 100 000 Kämpfer: Die Hisbollah im Libanon ist hochgerüstet.

„[Wir wollen eine neue Realität im Norden](#)“, so Zachi Ha-Negbi, israelischer nationaler Sicherheitsberater am 14. Dezember 2023. Premierminister Netanjahu wird noch deutlicher: „[Wir werden Beirut in Gaza verwandeln](#).“ Und diesmal deutet vieles darauf hin, dass Israel nicht nur blufft, sondern es ernst meint. Auch um den Preis einer neuerlichen Eskalation, die womöglich den Startschuss markiert für einen regionalen Flächenbrand im ganzen Nahen und Mittleren Osten.

Dabei sah es zunächst so aus, als ob genau dieses Horrorszenario vermieden werden könnte. In einem bemerkenswerten Drahtseilakt gelang es der amerikanischen Ordnungsmacht, den Konflikt zwischen Israel und der radikalislamischen Hamas auf Gaza begrenzt zu halten. Es war eine Mischung aus drastischer Abschreckung und Deeskalation, möglich gemacht durch die massive Verlagerung von See- und Luftstreitkräften in die Region, aber auch durch intensive Pendeldiplomatie mit der klaren Nachricht an Teheran und Beirut, dass Washington keinen großen Krieg will. Und zumindest hier schien ein Interessenausgleich mit der von Iran aus koordinierten „Achse des Widerstands“ möglich. Denn so sehr die Islamische Republik die Bluttat der Hamas auch feierte, so sehr sie die Temperatur durch den vielfältigen Einsatz ihrer Terrorproxies hochdrehte, [die große Eskalation wollte man auch in Teheran nicht riskieren](#).

In zwei vielbeachteten Reden machte das auch Hassan Nasrallah, der Generalsekretär der libanesischen Hisbollah, deutlich. Er konnte gar nicht genug betonen, [dass der „brillante Erfolg des 7. Oktober“](#) zu 100 Prozent palästinensisch sei. Was umgekehrt hieß: Man würde sich zwar solidarisch zeigen, aber einen totalen Kriegseinstieg auf Seiten der Hamas sollte

Seite E 8 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 843 vom 04.01.2024

niemand erwarten. Eine Haltung, die nicht nur derjenigen seiner Teheraner Lehnsherren entsprach. Iran ist zu berechnend, um sich in einen Krieg hineinziehen zu lassen, der die innenpolitisch gerade erst wiederhergestellte Regimestabilität gefährden könnte.

Denn es läuft grundsätzlich gerade gut für das Mullahregime. Durch sein extrem brutales Vorgehen in Gaza ist der israelische Erzfeind dabei, sich global zu isolieren. Im Windschatten des Krieges heilt Teheran sein Verhältnis zur arabischen Welt. Der saudische Rivale, gefühlt gestern noch in Normalisierungsverhandlungen mit Tel Aviv, streckt nun die Arme aus. Vor dem Hintergrund der Solidarität mit den Palästinensern rückt die muslimische Welt glaubensströmungsübergreifend zusammen. Iran steht auf Augenhöhe mit Moskau, konversiert in Peking über Weltpolitik und ist Teil von BRICS-Plus, des mächtigsten Clubs der Schwellenländer. Das langfristige Ziel – die Isolation Israels und das Herausdrängen der Amerikaner aus dem Mittleren Osten – fest im Blick: Wozu dies im Affekt durch einen unkontrollierbaren Krieg gefährden?

Im Windschatten des Krieges heilt Teheran sein Verhältnis zur arabischen Welt.

Aber Nasrallah spricht nicht nur für Iran. Spätestens seit der Ermordung des Achse-Masterminds Qasem Soleimani ist er zum Primus inter Pares innerhalb des pro-iranischen Netzwerks avanciert. Er hat viel zu verlieren und er spürt den Druck aus dem eigenen Land. Gebeutelt durch Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und politische Krise liegen der libanesische Staat und dessen Gesellschaft am Boden. Zwar zieht sich die Solidarität mit den Palästinensern quer durch alle Lager des zutiefst zersplitterten Landes. [Einen Krieg mit Israel will jedoch nur eine Minderheit riskieren](#). Haushoch prangen in Beirut die Plakate mit Antikriegsbotschaften. Auch die Politik des Landes, zwar seit über einem Jahr unfähig, sich auf ein neues Staatsoberhaupt zu einigen, läuft in denkwürdiger Eintracht Sturm gegen ein solches Szenario.

Nasrallah weiß um die Kriegsmüdigkeit der Libanesen. Auch Hisbollah selbst hat den hohen Blutzoll nicht vergessen, den die Miliz einst entrichtete, um Präsident Assad im syrischen Nachbarland vor einem Umsturz zu bewahren. Und nicht zuletzt ist es die Abschreckungskraft Israels, die einen Beitrag leistet. Der Krieg von 2006 steckt tief im Bewusstsein. Selbst der sonst so selbstsichere Generalsekretär musste damals bekennen: Wenn er gewusst hätte, mit welcher Härte die Israelis diesen Krieg führen würden, dann hätte er ihn nie begonnen. Die totale Zerstörung ziviler Infrastruktur in Gaza beruht auf der Dahiye-Doktrin, benannt nach Israels damals bereits unerbittlichem Bombardement der schiitischen Vorstädte Beiruts.

Hisbollah ist heute stärker denn je. [Der Abstieg des einst reichen Landes lief parallel zum Aufstieg der Miliz mit angeschlossener Partei](#). Für viele Beobachter gibt es hier mehr Kausalität als Koinzidenz. Trotzdem wäre es zu monokausal, alle Übel des Libanon allein auf die iranische Intervention zu projizieren. Zwar ist die Hisbollah, anders als beispielsweise die palästinensische Hamas, Fleisch vom Fleische des Iran. Sie hat jedoch gerade durch ihre militärische Fähigkeit und die Organisationskraft ein gutes Maß an innerer Autonomie erlangt. Das, was man seit dem 8. Oktober feststellt, ist gerade kein kopfloses Drauflosschlagen, sondern eine kalibrierte, höchstberechnende Reaktion, die sich in einem delikaten Balanceakt versucht: einerseits durch Raketenangriffe islamistische Solidarität mit der Hamas üben und dadurch Israels Truppen im Norden des jüdischen Staates zu binden. Andererseits diesen Schlagabtausch jedoch so weit innerhalb der ungeschriebenen „rules of engagement“ zu halten, dass es zu keiner unkontrollierbaren Eskalation, mithin einem echten Krieg kommt.

Seite E 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 843 vom 04.01.2024

Bei aller Ambiguität, die die Hisbollah aus strategischer Sicht natürlich verbreitet, gibt es heute aus Sicht Süd-Beiruts eigentlich nur eine einzige rote Linie, die einen völligen Kriegsausbruch unausweichlich machen würde: eine israelische Invasion des Südlibanon. Diese allerdings, so die augenscheinliche Überzeugung, würde Israel nicht wagen, zu groß sei doch das Abschreckungspotenzial. Es mag diese Überzeugung sein, die sich nun womöglich als Erstes von zwei fatalen Fehlkalkülen herausstellen könnte, die letztlich die Lunte am Pulverfass entfachen könnte.

Für Premier Netanjahu kann es nur die Flucht nach vorne geben.

Das Israel, welches die Hisbollah kennt, hat am 7. Oktober aufgehört zu existieren. Der Schock über die Terrorat der Hamas ist derart tief, dass der Wunsch nach einer endgültigen militärischen Lösung offenbar die politische Vernunft überschattet. Schon das Ziel, die Hamas zu „vernichten“, ist militärisch kaum realistisch. Der ehemalige britische Verteidigungsminister [weist zu Recht daraufhin](#), dass die Art der Kriegsführung, die von der betroffenen palästinensischen Zivilbevölkerung gar nicht anders als Kollektivbestrafung wahrgenommen werden könne, eine ganze Generation neu zu radikalisieren und Israel global zu isolieren drohe.

Wer der Überzeugung ist – und immer größere Teile der politischen und militärischen Eliten Israels scheinen dies zu sein –, dass sich der Konflikt mit Hisbollah genau wie der mit der Hamas nur militärisch lösen lasse, der sieht nun womöglich einen goldenen Moment gekommen. Die Zivilbevölkerung des Nordens von Israel ist evakuiert, die Streitkräfte mobilisiert. Das Land steht global mit dem Rücken zur Wand, längst hat sich eine „viel Feind, viel Ehr“-Attitüde breit gemacht. Die amerikanische Schutzmacht warnt zwar mehr denn je vor einem Zündeln gen Norden. Allerdings steht sie Gewehr bei Fuß bereit und hat riesige Kapazitäten im Nahen Osten zusammengezogen.

Bereits im Gazakrieg wirkt es bisweilen so, [als ob der Schwanz mit dem Hund wedelt und nicht umgekehrt](#), als ob Amerikas Druck in Jerusalem und Tel Aviv eher als freundlicher, aber im Zweifelsfall zu übergehender Rat anzusehen sei. Washingtons Widerstand gegen einen neuerlichen Libanonkrieg, so darf man realistischweise annehmen, endet exakt in dem Moment, in dem dieser ausbricht. Ab dann werden die Amerikaner ihre komplette Schlagkraft in den Dienst des Verbündeten stellen. Mit diesem Wissen lässt sich ein Krieg natürlich ganz anders planen.

Hinzu kommt die problematische Anreizstruktur der israelischen Führung. Für Premier Netanjahu kann es nur die Flucht nach vorne geben. Sollte der Krieg morgen enden, [ist seine politische Karriere übermorgen vorüber](#). Und für die womöglich rationaleren Minister Galant und Gantz, beides Ex-Generäle, mag ein Präventivschlag gegen Hisbollah einem Warten auf einen „neuen 7. Oktober“ im Norden vorzuziehen sein.

Die Eröffnung einer zweiten Front wäre nichts minder als wahnwitzig.

Israels Logik könnte sich mit hoher Wahrscheinlichkeit als das zweite gefährliche Fehlkalkül herausstellen. Die Eröffnung einer zweiten Front wäre nichts minder als wahnwitzig. Hisbollah ist als womöglich höchstgerüstete Miliz der Welt ein ganz anderes Kaliber als Hamas. [Bis zu 200 000 Raketen](#) schreiben Experten der in Europa als Terrororganisation gelisteten Partei zu. Bis zu 100 000 Mann könnte Nasrallahs Truppe unter Waffen bringen. Anders als die Hamas ist sie nicht im Gazastreifen gefangen, sondern verfügt neben beträchtlicher militärischer Erfahrung auch über ein syrisches Hinterland, über das sich Waffenlieferungen aus Iran organisieren ließen. Dass Teheran zudem dabei zuschauen

Seite E 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 843 vom 04.01.2024

würde, wie Israel das Kronjuwel in der „Achse des Widerstands“ plattmacht, ist kaum realistisch. Ein Krieg im Libanon wäre das Ereignis, das den Flächenbrand in der ganzen Region endgültig entfachen könnte. Alle Lichter, in Washington wie in Europas Hauptstädten, müssten jetzt eigentlich auf Rot stehen.

Dass der Westen die Zeichen der Zeit erkannt hat, ist derweil ungewiss. Womöglich schlittert er hier in die nächste Großkrise. Die hektischen diplomatischen Bewegungen, insbesondere amerikanischer und französischer Vermittler, wirken mehr erratisch als durchdacht. [Israel fordert die Komplettumsetzung der UN-Resolution 1701 von 2006](#): Unklar bleibt dabei, welchen Preis Hisbollah dafür akzeptieren würde, die eigenen Elitetruppen hinter den Fluss Litani zurückzuziehen und die Raketenangriffe zu stoppen. Ebenso, wer ein solches Arrangement vor Ort durchsetzen könnte. Der Süden ist traditionell Hisbollahland, hier dominieren die Schiiten. Alles historische Prestige saugt die „Partei Gottes“ aus ihrer „Befreiung“ des Südens von der israelischen Okkupation. Zwar ist auch Hisbollah klar, welche Zerstörungskraft ein solcher Krieg hätte – genau deshalb agiert sie vergleichsweise rational und risikoavers. Sie ist letztlich aber kein „normaler“ politischer Akteur, sondern eine Kraft, die sich ihre Weltanschauung nicht einfach – Kompromiss hier, Kompromiss dort – wegverhandeln lässt.

In den letzten Wochen mag etwas Ruhe eingeleitet sein im Libanon. Die Menschen haben sich an die schleichende Eskalation im Süden gewöhnt. Stabilität sieht aber anders aus. Der Eskalation der Worte könnte nur zu bald eine Eskalation der Waffen folgen.

01) KI: Grenzen und Ambivalenz der Künstlichen Intelligenz

16. 12. 2023



brain artificial intelligence machine learning | pxhere.com

Von HANS-JÖRG MÜLLERMEISTER | Die Pisa-Studie bewies: Die Summe der Intelligenz auf unserem Planeten ist konstant. Die Bevölkerung wächst, vor allem in Deutschland! Da muss Künstliche Intelligenz her, die soll's wieder richten. Schließlich wollen wir Hightech-Getriebenen endlich zum Mars.

Was verstehen wir unter Künstliche Intelligenz?

Die Heimat der Künstlichen Intelligenz (KI) ruht nicht in den Köpfen, vielmehr ist sie in aller Munde. Im mystischen Dickicht der Computer-Technologie fallen weitere aparte Begriffe wie Algorithmen, neuronale Netze oder das Deep Learning. Aber was ist überhaupt Künstliche Intelligenz? Stellen Sie sich dazu ein lernwilliges Kind vor, das durch Regeln, Muster und Wiederholungen seinen Lebensweg schrittweise erkundet, dann haben Sie im Prinzip eine Computer-„Lernmaschine mit KI“ konform abgebildet. Allerdings fehlt ihr die typisch menschliche Empathie – es gebricht ihr an letzter Kreativität mit der wir Zweibeiner aus Fleisch und Blut, samt den denkwiligen Synapsen, die Lösung eines Problems finden können. Auf die KI übertragen, heißt das: Je mehr Daten sie bekommt, um so scheinintelligenter ist sie. Rasch gelingt es ihr, daraus eigenständige Rückschlüsse zu ziehen, um eine komplexe Aufgabe zu lösen. Dabei ahmt sie unsere Verstandesleistung, unsere Intelligenz nach. Sie ist vor allem fähig, Muster und Trends in großen Datenmengen zu

Seite E 12 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 843 vom 04.01.2024

erschließen, die für Entscheidungen und Prognosen bedeutend sind. Etwa in der Spracherkennung, im Finanz-Unwesen bis hin zur personalisierten Medizin der Weißkittel-Zunft oder auch in der Roboter-Technik. Genau für diese Aufgaben ist die KI prädestiniert.

Der KI-Quantensprung in der Computertechnologie

Vorab zur Information: Die ungeheure Flut weltweit produzierter digitaler Speicherkapazität liegt bei etwa 40 Zetta-Byte (eine Trilliarde Bytes; das ist eine 1 mit 21 Nullen). Ein Bit ist ja die kleinste Informationseinheit des Computers und entspricht den Zuständen Strom an (1) und Strom aus (0). Ein Byte kann 2^8 verschiedene Zustände darstellen. Das entspricht 256 Bits.

Zu Beginn der KI-Technologie war das Trainieren von Algorithmen für maschinelles Lernen begrenzt. Ein Algorithmus ist übrigens eine Art Rezept, das einem Computer sagt, was er Schritt für Schritt tun soll, um ein bestimmtes Problem einer Lösung näher zu führen. Aber Vorsicht: Eingegebene Algorithmen haben kein moralisches Bewusstsein. Erst als es gelang, größere Datenmengen zu verarbeiten, konnte sich die KI in das menschliche Denken – aber nicht ins Fühlen – mehr und mehr „hinein-denken“. Dies mit verbesserter Speicherkapazität und fortschrittlicheren Algorithmen. In den letzten Jahren hat die Künstliche Intelligenz mit der Entwicklung des sog. Deep Learning erhebliche Fortschritte gemacht. Damit lassen sich künstliche neuronale Netzwerke mit mehreren Schichten trainieren.

Das künstliche neuronale Netz

Stellen Sie sich dieses Gebilde aus vielen miteinander verbundenen Mini-Computern vor, ähnlich wie das Synapsen-Netzwerk im menschlichen Gehirn. Was geschieht beim Training? Auf die eingehenden Daten wendet die KI in verschiedenen Ebenen Muster-Erkennungen an. Diese Muster werden so von Schicht zu Schicht immer abstrakter und nützlicher, um Entscheidungen oder Vorhersagen zu treffen. So lernt das Netzwerk Zug um Zug komplexere Muster zu erkennen.

Und doch gebricht es der Künstlichen Intelligenz an Kreativität

„Hier stock ich schon, wer hilft mir weiter fort“, das sagte einst Rat-suchend Goethes Faust. Da, wo es nämlich auf kreative Intelligenz ankommt, stockt die Entwicklung der KI. Warum? Weil die derzeitige Dateneingabe keine kreative Komponente enthält, will heißen: die Entscheidung einer KI wird nur auf der Grundlage der bestmöglichen analytischen Lösung getroffen. Und das ist nicht unbedingt die richtige.

Keinem noch so guten KI-Computer gelingt es bisher, in seinen Entscheidungen menschliche Kreativität, Intuition und Empathie erfolgreich nachzuahmen. Die historische „Unsterbliche Schach-Partie“ verdeutlicht das: Eine hochkreative und opferreiche Schachpartie, 1851 von Adolf Anderssen gespielt, von einem der besten Schachspieler des 19. Jahrhunderts. Er opferte einen Läufer, beide Türme und schließlich auch seine Dame. Mit den verbliebenden Leichtfiguren erzwang er das brillante Matt. Das vermag ein noch so KI-strotzender Schachcomputer nicht. Übrigens gibt der Programmierer dem Rechner nicht vor, wie er auf jeden Zug seines Gegenspielers reagieren soll. Vielmehr erlernt er während des Spielens, wie bestimmte Züge aufeinander aufbauen und welche Wechselwirkungen sie haben. Beim Erlernen spielt der Computer gegen sich selbst, nicht gegen den Menschen. Bei geschätzten 2^{1043} möglichen Stellungen auf dem 64-feldrigen Schachbrett wäre es schlicht unmöglich „per Hand“ einem Computer alle möglichen Schachzüge beizubringen. Nebenbei gesagt: 2^{10} sind schon 1024 Möglichkeiten.

Seite E 13 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 843 vom 04.01.2024

Bestenfalls könnte eine KI versuchen, die Idee hinter dieser Partie zu verstehen, indem sie z.B. die Eröffnung, die Stellungsbewertung, die Kombinationen und die Mattmotive analysiert. Sie könnte auch versuchen, die Partie mit anderen berühmten Partien zu vergleichen, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu finden. Aber ist das möglich mit imitierter menschlicher Kreativität, einem Bündel aus Intuition, Emotion, Inspiration und Originalität?

Leisten Sie sich eben mal einen KI-geprägten Picasso

Künstliche Intelligenz spielt in der Kreativ-Wirtschaft zunehmend eine immer größere Rolle. Dazu trägt der leichte Zugang zu KI-Werkzeugen bei. Kunstbanausen können diese kreativen KI-Tools zur „Erschaffung“ computer-generierter Bilder und Kunstwerke nutzen. KI-Bildgeneratoren erzeugen in Minutenschnelle sehr realistisch anmutende Bilder, sogar in verschiedenen Stilarten. Mit anderen Tools können wir Illustrationen für Produktdesigns erzeugen. Doch wie stark ist der Einfluss der Künstlichen Intelligenz auf unsere aktuelle TV-Werbelandschaft? Sind wir gezwungen, den hereinbrechenden, ideenlosen Werbe-Tsunami mit stereotypem Gehampel und schrillen Tönen zu ertragen? Man erinnert sich mit Wehmut und einem Lächeln an die alten Werbespots zurück: An das HB-Männchen, an den Klementine-Spot für Ariel oder an Humphrey Borgart mit „Finden Sie einen Optiker, der günstiger ist als Fielmann“. Das waren noch originelle kreativ ausgedachte Spots voller Humor, Esprit und Charme.

Der gefälschte Olav

Tools sind in der Lage synthetische Gesichter zu erschaffen, die glatt als echte Gesichter durchgehen. Es bedarf schon menschlicher Experten, um Echtheit oder Fälschung zu erkennen. Da ruht fatalerweise ein nicht ausgeschöpftes Betrugspotential und harret seiner kriminellen Anwendung. Die KI kann uns sogar extrem realistisch gefälschte Videos, Audioaufnahmen und Bilder vorgaukeln, bekannt als „Deep-fakes“. Neulich sahen wir im Fernsehen einen synthetisch erzeugten Bundeskanzler Olav Scholz in Bild und Ton. Nun, uns' Olav Waterkant-Stockfisch-Gestalt mit seinen sparsamen Gesten und bekannt durch seine ruhige Sprechweise, eignet sich hervorragend für eine synthetische Darbietung. Sein Video bestach. Dagegen sind Ampel-grüne Politiker unbestechlich, sie nehmen nicht einmal Vernunft an.

Deep-fakes, Schattenseite der Künstlichen Intelligenz

Ist das unsere Zukunft, eine neue KI-dominierte Welt? Können sich da selbst schwachköpfige Autoren über eine entsprechende KI einen geschliffenen Schreibstil angeeignen lassen und den als den ihrigen ausgeben? Lassen sich gar Romane oder Drehbücher aus der KI-Retorte heben, ähnlich wie die dubios erworbenen Doktorwürden einiger Politiker, allen voran ein edler Herr von „Schlechtental“? Wäre es sogar Kriminellen möglich, ein Testament des Erblassers zu ihren Gunsten „eigenhändig“ zu fälschen?

Ohne Frage, im guten Sinne wird die KI demnächst stärker in der Verbrechensprävention und bei der Strafverfolgung eingesetzt (u.a. die Gesichtserkennung). Auch die Fluchtgefahr von Gefangenen lässt sich so genauer einschätzen und Straftaten oder Terroranschläge vorhersagen und sogar verhindern.

Seien wir allzeit wachsam und skeptisch bei „schicken“ Technologien

Risiken der Anwendung des mächtigen KI-Werkzeugs sind sorgfältig abzuwägen. KI sollte nur menschliche Entscheidungen unterstützen mit verlässlichen und repräsentativen Daten.

Seite E 14 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 843 vom 04.01.2024

Denken Sie an weitere Hightech-„Wonneproppen“, die uns die moderne Technologie schenkt. Siehe dazu den Beitrag „5G-Netz: Zwiespalt zwischen Vernunft und Zukunftswahn“, denn für jede Innovation gilt der Grundsatz „Cui bono“, wem nützt das? Noch attackieren die im GHz-Bereich strahlenden Hightech-Schleichkatzen nicht unsere Gesundheit. Oder denken Sie an die Fortschritte in der Gen-Technik. Unbenommen von aller Ethik und Moral, fuhrwerkelt man auch in fragwürdiger Absicht im menschlichen Erbgut herum. Missbrauch ist hier der böse Stiefvater des guten Sprösslings. Die Ergebnisse Künstlicher Intelligenz hängen davon ab, wie sie konzipiert sind und mit welchen Daten man sie füttert. Diese können absichtlich oder unabsichtlich verzerrt sein. Wer sich künftig KI-Tools ohne Murren und Knurren in seinen Körper implantieren lässt, geht ein hohes Sicherheitsrisiko ein. Die Gefahr besteht darin, dass sich unbemerkt fremdgesteuert, sogar über große Distanzen, das Tor öffnet für ein unbefugtes Eindringen in die Intimsphäre.

Zukunftsansichten in einer KI-affinen Gesellschaft

Ich befürchte, dass Künstliche Intelligenzen in Zukunft manchen Beruf ad absurdum führen. Die mit KI automatisch gesteuerte Übersetzung bricht Sprachbarrieren und womöglich den Übersetzern das Genick. Das Heer der teuren Winkeladvokaten und Links-Anwälten könnte sich stark dezimieren. Viele Taxi-Unternehmen würden autonome Fahrten anbieten und dem Taxler den Fahr-Garaus machen. Klar... Na, da denken auch einige Zahlungsanbieter ernstlich darüber nach, eben mal 1000 Mitarbeiter an die Luft zu setzen, wegen effizienteren KI-„Mitarbeitern“. Und im nächsten moral-sterilen, KI-gesteuerten Weltkrieg, feiert die Autonomie der Waffensysteme donnernd ihre Hochzeit. Hoffentlich gibt es dann neben dem resistenten Giftmüll aus machtlüsternen Despoten nur noch „tote“ Drohnen.

Bloß keine KI-Sklaven sein; pflegen wir statt dessen das eigne Lernen...

... sonst wird aus dem Meister ein Sklave. Der weise griechische Philosoph Sokrates sagte vor über 2.400 Jahren archaisch geprägt: „Lernen besteht in einem Erinnern von Informationen, die bereits seit Generationen in der Seele des Menschen wohnen“.

Im erlernten Anwenden ist die KI ambivalent. Zu sehr besteht in Zukunft die Gefahr, dass wir KI-Süchtigen unreflektiert das Denken und Handeln leichtfertig der Künstlichen Intelligenz überlassen. Es ist ein Circulus vitiosus, der Konflikt zwischen unserem ethischen Handeln und dem Fortschritt der Computer-KI-Technik. Diesen dekliniere ich augenzwinkernd so:

Je mehr Daten die KI lernt, desto intelligenter ist sie.

Je intelligenter sie ist, desto mehr menschelt sie.

Je mehr sie menschelt, desto weniger intelligent ist sie.

Je weniger intelligent sie ist, desto mehr menschelt sie.

Je weniger sie menschelt, desto intelligenter ist sie.

Aber warum überhaupt noch lernen? Übertragen wir das Lernen doch ganz der KI, dann sind wir außer Obligo und damit aus dem Schneider. Das wäre zweifellos ein katastrophaler Fehler unserer auf Komfort getrimmten Gesellschaft. Die Büchse der Pandora ist bereits geöffnet und die Künstliche Intelligenz tritt selbstbewusst in Erscheinung. Sie wird sich wie eine Pandemie über alle Gesellschaftsschichten hinweg ausbreiten. Verstricken wir uns evolutionär in eine gefährliche Rolle? Es dräut Gefahr, dass unsere kollektive Intelligenz sich zügig der kognitiven Leistungsfähigkeit einer Stubenfliege annähert.

In Goethes Bildungsroman „Wilhelm Meisters Lehrjahre“ heißt es:

„Der Menschen größtes Verdienst bleibt wohl, wenn er die Umstände soviel als möglich bestimmt und sich so wenig als möglich von ihnen bestimmen lässt“ – wohl wahr, im Hier und Jetzt, eben von einer zwiespältig anwendbaren Künstlichen Intelligenz.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf anderweltonline.com



In diesem Sinn verweist der Anderwelt Verlag, auf das neue Werk von Hauke Arach: „Mensch, lern das und frag nicht!“ Arach zeigt auf, wie Schüler seit längerer Zeit nicht mehr zu eigenständigem Denken erzogen werden. Wie junge Menschen gleichsam zu menschlichen „KI-Maschinen“ geformt werden, die wie die KI frei von Neugier und Kreativität einfach funktionieren sollen. Für grenzenlose Produktivität und maßlosen Gewinn. Lassen Sie sich erschrecken von den Beispielen, die Hauke Arach gut belegt vorstellt. Bestellen Sie Ihr Exemplar „**Mensch, lern das und frag nicht!**“ in Ihrem Buchhandel.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Thunberg auch gegen Windkraft: „Persona non Greta“ außer Kontrolle des Mainstreams

13. 12. 2023



Ob die einst hochgejubelte Greta Thunberg sich auf einem „Irrweg“ befindet, bestimmen von Bill Gates mitfinanzierte Medien wie DER SPIEGEL

**Klimagretels Kreuzzug gegen Windkraft in Norwegen
Nicht gut für die Rentiere, Lappen und Samen**



Bild: Die Seebrücke am Strand von Rügen mit einem Windpark im Hintergrund.
Fotomontage aus gemeinfreien Bildern von Pixabay

Von NIKI VOGT | Fosen ist eine Halbinsel in Mittelnorwegen. Eine schöne, ursprüngliche Landschaft, die halb in der Provinz *Nord Trøndelag* und halb in *Süd Trøndelag* liegt. Ein Paradies für Angler, aber dennoch so groß, dass man seine Einsamkeit hat. Man findet dort sanft geschwungene Küstenabschnitte und Schärengärten, weite Heidegebiete, Fjorde aber auch Berge. Auf denen stehen bereits einige Großwindanlagen, und es sollen noch mehr dazukommen. Dort lebt das Volk der Samen, die traditionell Rentiere halbwild halten. Die Samen kämpfen schon lange gegen die Windräder und haben prominente Verstärkung bekommen: Greta Thunberg. Sie macht nun Demos gegen die Windräder. Ja, genau: „Huuuch?“ Wie das? Windräder sind doch für das Klima und wer, wenn nicht die Greta steht an vorderster Front für das Klima. Aber irgendwie war sie in letzter Zeit verschwunden. Hat sie wieder was Falsches gesagt? Sowas wie sowas mit „Atomkraftwerke sind Klimaschutz“? Damit ist sie ja letztes Jahr gar nicht gut bei den Grün:*Innen* angekommen.



Wenn sie schon laufen, glaube ich, dass es ein Fehler wäre, sie abzuschalten und sich der Kohle zuzuwenden“, [hat Greta Thunberg in der Maischberger-Sendung gesagt](#) und mit diesem kurzen Satz ein ganzes Weltbild mit all seinen sicheren Gewissheiten ins Wanken gebracht“, [schreibt die taz](#) am 12. Oktober 2022. Man ist daher nicht überrascht, dass es kaum ein Medium gibt, das diesen Ausspruch berichtet. Klar. Das könnte einige zum Nachdenken bringen. Natürlich ist Greta nicht FÜR Atomkraft, aber das sei immerhin besser als weiter CO2 rauszublasen. Und dann merkt der Redakteur sehr ehrlich an, worum es geht:

„Und das könnte reichen, um auch in Deutschland eine neue Dynamik auszulösen und die Anti-Atom-Haltung ins Kippen zu bringen.“

Aha. Man ist also bereit, aus reiner Ideologietreue eine vernünftige und weniger „schädliche“ Technologie zu verwerfen, die uns aber allen helfen würde, eine Energiesicherheit zu haben, bis mit klimafreundlichen Technologien Energiesicherheit bereitgestellt werden kann? Interessant.

Aber kaum hat man diesen ketzerischen Angriff der Klima-Ikone halbwegs medial eingedämmt, da holt die mittlerweile 20jährige schon zum nächsten Schlag gegen die grüne CO2-Religion aus: Windkraft ist nicht immer und überall gut.

Kaaaaabumm!!!

Seite E 18 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 843 vom 04.01.2024

Treffer. Die Medien fallen vor Hast über die eigenen Füße, das Desaster einzudämmen. Der Bayerische Rundfunk: *„Worum es geht – und warum Thunberg keine Windkraft-Gegnerin geworden ist.“*

Die Klima-Ikone trommelte ein Grüppchen Klima-Aktivist:*Innen* zusammen und blockierte den Eingang zum norwegischen Energieministerium in Oslo. *„Wir können den Klimawandel nicht als Deckmantel für Kolonialismus gebrauchen“*, schmettert sie ins Megaphon.

Wie gesagt, die Samen sind ein kleines Volk von ca. Hunderttausend Köpfen und leben seit alters her in dieser dünn besiedelten Region. Dort lebt aber nur ein Teil des Volkes, die anderen sind verteilt auf Schweden, Finnland und den Nordwesten Russlands. Sie züchten Rentiere, von denen sie auch leben. Sie durften lange offiziell ihre Muttersprache nicht sprechen, erkämpften sich aber ihre Freiheit und Kultur zurück und sind auch immer sehr wachsam. Daher prozessieren sie auch gegen die Windkraftanlagen, weil das ihre Rechte als Urbevölkerung beschneidet. Vor etwa eineinhalb Jahren hatten die Samen allerdings bereits ein Urteil vor dem Obersten Gerichtshof Norwegens erstritten: Der mit elf Richtern besetzte Gerichtshof erklärte die Genehmigung der Regierung für die Errichtung von 151 (!) Großwindrädern für ungültig. Diese Anlage verletze die angestammten Rechte der Samen, die dort ihre Rentiere frei laufen und weiden lassen – und das seit Hunderten von Jahren. Diese Lebensweise sei ein wichtiger Teil der samischen Kultur und müsse daher geschützt werden.

Das Urteil enthielt jedoch keine Anweisung, was mit den teilweise schon erbauten und in Betrieb genommenen Windturbinen geschehen soll. Seit eineinhalb Jahren drehen sich die wummernden Windräder und die Rentiere nähern sich dem Gebiet nicht. Es ist bekannt, dass die Tiere diese Windparks meiden. Man konnte sich bisher noch zu keiner Lösung durchringen, denn der „Rückbau“ ist langwierig und teuer. Man versichert aber eifrig, man nehme die Sorgen der lokalen Rentierzüchter und der Samen allgemein sehr ernst.

Ein großer Teil der Windturbinen gehört den Stadtwerken München.

„[Eine Sprecherin der Stadtwerke München](#) erklärte auf BR24-Anfrage, die Rentierzüchter hätten vor dem Baubeginn schriftlich bestätigt, keine Einwände gegen die Gültigkeit der 25-jährigen Konzession zu haben. ‘Auch dem Baubeginn wurde schriftlich zugestimmt’. Lediglich die Höhe der Entschädigungen sei noch offen gewesen, diese sollte in einem Verfahren vor dem Obersten Gerichtshof in Norwegen geklärt werden. Das Gericht habe dann festgestellt, dass im Rahmen des ursprünglichen Genehmigungsverfahrens die Minderheitenrechte der Samen nicht hinreichend gewürdigt wurden‘, erklärte die SWM-Sprecherin. ‚Nicht verfügt hat das Gericht, entgegen anderslautender Meldungen, den Abriss der Windparks.‘ “

Das Recht der Ureinwohner ist also verletzt worden, und man dürfe nicht mit dem Grund des Klimawandels einen Kolonialismus gegen die Samen betreiben, sagt Greta Thunberg. Und sie setzt vor dem norwegischen Sender TV2 hinzu: *„Eine Klimawende, die die Menschenrechte verletzt, ist keine Klimawende, die ihres Namens würdig ist.“*

Wohl gesprochen, liebe Greta, das ist endlich mal ein Satz, den man unterschreiben *könnte*. Hier in Deutschland zum Beispiel, werden in alten Naturschutzgebieten mit altem Baumbestand die Hügel brutal abgeholzt, um da Windräder hinzubauen, in denen dutzendweise die Vögel und Insekten zerschreddert werden, die die Landschaft verschandeln, den ebenso seit Jahrhunderten dort lebenden Menschen gehört und zu ihrer Lebensweise und Kultur. Da kommt aber keine Greta.

Nicht nur das, hier nimmt man überhaupt keine Rücksicht auf Naturwelt und Menschen und deren Lebensgrundlagen. Anstatt die Atomkraftwerke noch eine Weile laufen zu lassen und mit Druck an umweltverträglichen Energiequellen zu forschen und zu arbeiten, richtet man einen Riesenschaden an:

LNG-Terminal vor Ferieninsel

Der Energiekonzern RWE und die linksgrüne Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern beschlossen, einen solchen Flüssig-Erdgas-Terminal direkt vor der Ferieninsel Rügen in der Ostsee zu bauen. Die Rügäner, den Bürgermeister und die Tourismusbetriebe der Insel packt das blanke Entsetzen. Rügen ist eine der schönsten Inseln des gesamten Ostseeraums. Die wunderschönen, einzigartigen Kreidefelsen am Strand waren Sujets für Kunstwerke von Weltrang, wie das Bild von Caspar David Friedrich. Rügensweite, ausgedehnte, alte Buchenwälder sind geschütztes UNESCO Weltnaturerbe. Die hellen, sauberen Sandstrände und Brackwasserlagunen sind ein perfektes Refugium für Kegelrobben, sie bringen hier ihre Jungen zur Welt. Anfang Herbst machen etwa 50.000 Kraniche Rast auf ihrem Weg nach Süden, um dem Winter zu entfliehen.



Seite E 20 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 843 vom 04.01.2024

Die Rügäner leben vom Fischfang und insbesondere vom „sanften Tourismus“. Die Auswirkungen auf das fragile Ökosystem der Insel und ihrer ganz besonderen Vegetation und Tierwelt sind kaum abzusehen. Die meistens „standorttreuen“ Feriengäste schätzen die Ruhe, die klare, reine Luft und die sauberen Strände. Wenn nun hinter der historischen Seebrücke am Selliner Strand riesige Terminalanlagen und alte Tankschiffe den Ausblick verschandeln, dürfte das viele Feriengäste verschrecken.

Das Terminal soll etwa 5 km vor dem malerischen Seebad Sellin gebaut werden. Als Lagerstätte für das Flüssiggas dienen dann mehrere sogenannte FSRUs („Floating Storage and Regasification Units“). Das sind schwimmende Verflüssigungsplattformen, meistens ausgediente LNG-Tanker, von einer Länge bis zu 150 Metern. Von dort soll das flüssige Erdgas in das Pipeline-Netz an Land einspeisen. Schon im Mai, so RWE, soll Baubeginn sein. Damit das klappt, will die Bundesregierung das sogenannte LNG-Beschleunigungsgesetz noch im Schnellverfahren anpassen.

Solche „FSRUs“ sind eigentlich nur Notlösungen, denn sie erzeugen eine ziemliche Verschmutzung des Meerwassers durch Schmieröl, Abgase und Abfälle. Das wird das Wasserleben schädigen und die Fischer auch, denn die Qualität der gefangenen Fische wird drastisch schlechter. Die Touristen werden nicht mehr an den Stränden ins Wasser gehen. Die Auswirkungen könnten ein Desaster für Rügen werden.

Liebe Greta, übernehmen Sie!

Dieser Beitrag erschien zuerst auf dieunbestechlichen.com

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Kein Beweis für Klima-Kipp-Punkte – Klima-Agenda brösel

Von NIKI VOGT

12. 12. 2023



Seite E 21 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 843 vom 04.01.2024

Von NIKI VOGT – Wir werden ja neuerdings mit wilden Behauptungen konfrontiert, dass die Welt nur noch bis 2030 den Zusammenbruch der menschlichen Zivilisation wegen der globalen Erwärmung verhindern kann. Beweise dafür sind sogenannte Kipp-Punkte des Klimas, woher die aber kommen sollen, ist rätselhaft.

Der Klima-Agenda laufen die Mitspieler weg

Ebenso rätselhaft ist es, warum unter der Prämisse, nur wenn alle fossilen Brennstoffe verboten werden, könne man die Welt noch retten, US-Präsident Biden eine Ölpipeline aus der arabischen Welt nach Europa vorschlägt. Da geht es ja um die Nutzung fossiler Energie, nämlich Erdöl, für die nächsten Jahrzehnte ...und Mega- wenn nicht insgesamt Zig-Gigatonnen CO₂-Ausstoß. Oder versucht die USA einfach gerade nur, die Arabischen Emirate und Saudi-Arabien wieder auf Linie einzufangen, die gerade allzu sehr in Richtung BRICS tendieren und den Weltbösewicht Putin in Dubai mit allen Ehren empfangen, während Steinmeier muffig und beleidigt in der Flugzeugtür allein auf dem Flughafen Dubai darauf wartet, dass ihn jemand abholt.

Der Westen und damit auch die deutsche Regierung hat sich mit seiner Klima-Agenda im Rest der Welt absolut unbeliebt gemacht. Besonders der Gastgeber der Klimakonferenz, Dubai, hat (erwartbar) wenig Freunde am Totalausstieg aus den fossilen Brennstoffen und der Westen kann, wie bereits gesagt, sich kaum leisten, die Länder dort zu verärgern. Daher rief der Industrieminister der Vereinigten arabischen Emirate zu Kompromissen in dieser Sache auf. Der Ausstieg aus Erdgas, Kohle und Erdöl könne so nicht übers Knie gebrochen werden, ohne katastrophale Bremsspuren zu hinterlassen.

Es funktioniert einfach nicht!

Das dämmert so langsam einigen Ländern. Allein in der G7 ist das politische Klima in vier Mitgliedsländern – Kanada, den Vereinigten Staaten, Deutschland und dem Vereinigten Königreich – unsicher und es gibt innere Konflikte wegen der Klimapolitik. So veröffentlichte die Energie- und Klima-Seite EIKE einen ins [Deutsche übersetzten, englischen Artikel](#), dessen Titel lautet: „[Die Klimapolitik bricht weltweit zusammen](#)„. Ich habe die Highlights einmal zusammengefasst:

In Kanada hat die regierende liberale Regierung unter Premierminister Justin Trudeau in der vergangenen Woche einen Rückzieher bei der Kohlenstoffbesteuerung gemacht, der nach Ansicht der meisten Beobachter die kanadische Kohlenstoffsteuer untergraben und sogar zu Fall bringen könnte. Ministerpräsidenten und Unternehmen fordern eine Verringerung der Steuer.

In Großbritannien wird der britische Premierminister Rishi Sunak wohl bald eine große Rede halten, in der er einen deutlichen Rückschritt in der Klimaschutzpolitik ankündigt. Die Windparkstrategie des Vereinigten Königreichs liegt in Trümmern.

In Deutschland führt die Ampel-Regierung Berichten zufolge Gespräche über eine milliardenschwere Rettungsaktion für das Maschinenbauunternehmen Siemens Energy, um dessen Bilanz angesichts zunehmender Probleme in seiner Windturbinensparte zu stützen. Im August begann ein deutsches Unternehmen mit dem Rückbau eines Windparks in Westfalen, um Platz für die Erweiterung eines Kohlebergwerks zu schaffen.

Die **Wirtschaftlichkeit von Elektrofahrzeugen** wankt durch die geringen Preise und die niedrige Nachfrage. John Lawler, Finanzvorstand von Ford sagte, dass das Unternehmen einen Teil seiner geplanten Milliardeninvestitionen in neue EV- und

Seite E 22 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 843 vom 04.01.2024

Batterieproduktionskapazitäten verschiebt, da die Preise „unter enormem Druck“ stünden. Ford hat im vergangenen Quartal mit jedem verkauften EV 37.000 US-Dollar verloren, deshalb wird das Werk Saarlouis geschlossen, wieder ein Schlag für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Auch General Motors äußert sich düster. Elektroautos sind staatlich milliardenschwer geförderte Investitionen, die allesamt stark in Frage gestellt werden, wenn sich die aktuellen Preis- und Nachfragetrends nicht umkehren.

Aber das werden sie nicht. Denn die E-Autos haben keine große Reichweite und es gibt viel zu wenig Elektro-Tankstellen. Selbst dann, wenn es sie bald gäbe, hätten wir bei weitem nicht genug Strom für Elektroautos (EVs). Wir haben jetzt schon viel zu wenig Strom für die ganzen teuren Wärmepumpen (die gerade im Winter viel Strom brauchen, der real nicht zur Verfügung steht) und die Politik orakelt schon von Stromrationierung. Außerdem sind die EVs (electric vehicles) immer noch zu teuer für Otto Normalverbraucher. Und sie lohnen sich nur halbwegs, wenn man eine große Solaranlage hat. Die genauso viel Geld kostet, wie ein Mittel- bis Oberklasse-Auto und leider im Winter auch nichts nützt.

Die meisten Länder spielen nicht mehr mit

Das Ziel, die Förderung **fossiler Brennstoffe zu beenden, wird nicht machbar** sein. Stattdessen boomt die Ölindustrie. Die Öl- und Gaspreise steigen, der Ölpreis liegt in der Nähe von 10-Jahres-Höchstständen und bescherte Giganten wie Exxon (9,1 Milliarden US-Dollar) und Chevron (6,5 Milliarden US-Dollar) Gewinne im dritten Quartal. Die Skepsis der Anleger gegenüber diesen Geschäften ist groß. Dennoch scheinen sich die Trends zugunsten der fossilen Brennstoffe zu bestätigen.

Niemand mag fossile Brennstoffe – außer **viele nationale Regierungen auf der ganzen Welt**, wenn nicht sogar die meisten Regierungen, die den größten Teil der Weltbevölkerung vertreten. Die Nationen innerhalb der Europäischen Union sind gespalten. Mehrere Länder (Polen, die Tschechische Republik und andere) kämpfen für die Beibehaltung der fossilen Brennstoffe und haben laut Reuters die EU gezwungen, einen vagen Plan für die COP28 zu verabschieden, der mit Ausnahmen gespickt ist und kein Enddatum für die Nutzung fossiler Brennstoffe vorsieht.

In China wurden bis 2023 zwei neue Kohlekraftwerke pro Woche genehmigt. China verfügt jetzt über eine Kohlekraftwerkskapazität von 243 GW, was es nach Ansicht von Experten unwahrscheinlich macht, dass das Land seine Ziele für den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen bis 2060 erreichen kann und wahrscheinlich auch gar nicht will.

Ein neuer gemeinsamer **Bericht der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien** (IRENA) und der COP28-Organisation gibt diese Woche einen düsteren Ausblick. Trotz aller politischen Maßnahmen, Subventionen, Vorschriften und Unternehmensbeteiligungen „bleibt die Energiewende auf der Strecke und die globalen Treibhausgas-Emissionen haben ein Rekordniveau erreicht“.

Die Klima-Panik hat sich totgelaufen – die Menschen haben andere Sorgen ...

Das Resümee: Die ganze Klima-Agenda und die „überschwänglichen Aufrufe zum Handeln“ dringen nicht mehr durch. Sie wurden vor den Anschlägen im Gazastreifen verfasst und auch der Ukrainekrieg hat derweil eine Wendung genommen, die nicht mehr zu vertuschen ist. Er ist bereits verloren, was noch ungeahnte Auswirkungen auf Europa haben wird. Dazu kommen Inflationen und besonders in Deutschland eine Wirtschaftszession ohne Gleichen. Die Leute haben überall den Klimazirkus satt und andere Sorgen.

Seite E 23 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 843 vom 04.01.2024

Während sich die klimabeflissenen Staats- und Regierungschefs der Welt mitten in der Wüste zu einer „Klimakonferenz“ zur Abwendung des Hitze-Klimakollaps trafen, sorgte in Europa der Wintereinbruch mit Schneestürmen und heftigen Minusgraden dafür, dass auf dem Flughafen der süddeutschen Stadt München alle Flüge gestrichen werden mussten.

... nicht einmal das Wetter spielt noch mit

„Privatjets aus München, die auf dem Weg zur Klimakonferenz in Dubai waren, blieben buchstäblich auf der Landebahn stecken, die sich in einen Gletscher verwandelt hatte“, schrieb der [Meteorologe und ehemalige Chefwissenschaftler der NOAA, Ryan Maue, in X](#).

Meanwhile in Munich ❄️✈️

📷 schoko131 pic.twitter.com/RHemPHNGk3

— Breaking Aviation News & Videos (@aviationbrk) [December 2, 2023](#)

Aber natürlich ist auch ganz normale Winterkälte ein Beleg für die Klimaerwärmung. Ein klimaleugnerisches Nazischwein, wer das bezweifelt.

Ich lebe im Westerwald, auch bei uns schneite es wirklich heftig und man musste sein Auto ausbuddeln, wenn man es nicht vermeiden konnte, irgendwohin zu fahren. Bis vor ein paar Tagen waren 60 Prozent der europäischen Landfläche mit Schnee bedeckt:

Europe hasn't seen a snow cover like this since 2010—60% is blanketed in white! ❄️
pic.twitter.com/zuDB1Gfkm

— Xavi Ruiz (@xruiZtru) [December 1, 2023](#)

Und in München lagen 44 Zentimeter Schnee. Aber das hat natürlich nichts zu bedeuten, die Klimaerwärmung wird uns alle töten.

With 44 cm left on the ground this morning, Munich, Germany has officially experienced its biggest December snowstorm on record.
pic.twitter.com/qMqEHoQiLj

— Nahel Belgherze (@WxNB_) [December 2, 2023](#)

Leute, haltet durch. Die ganze Panikagenda bröckelt an mehreren Fronten gewaltig. Und angeblich soll der mdr am 12. Dezember um 20:15 den ganzen Impfskandal enthüllen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das passiert. Das mögen da einige tatsächlich wollen. Aber dann kommt von ganz oben garantiert das Verbot mit Drohung, dass man dann die längste Zeit beim mdr war. Es wäre ein unglaubliches Ding. Nun, hoffen darf man ja.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

- Keine Berichte -



Telldenkmal mit Bronzestatue von Richard Kissling und Hintergrundbild von Hans Sandreuter in Altdorf (Kanton Uri, Schweiz) · Foto: Χρυσωα / Wikimedia CC 3.0

Im Internet mitgehört und mitgeschrieben von Wilhelm Tell

01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 29.12.2023

Ägypten – Ägyptern hat arabischen Medienberichten zufolge einen Entwurf zur **Beendigung des Gaza-Krieges** in mehreren Stufen erarbeitet. Wie der saudische TV-Kanal [الشرق Asharq.com](https://www.asharq.com) heute berichtete, ginge es in der ersten Phase darum, eine mindestens zwei Wochen andauernde Feuerpause durchzusetzen. In dieser Zeit sollten auch 40 im Gazastreifen festgehaltene Geiseln freigelassen werden. Im Gegenzug sollte Israel 120 palästinensische Gefangene freilassen. Auf beiden Seiten sollte es sich dabei um Frauen, Kinder und ältere, kranke Menschen handeln. In der zweiten Phase gehe es darum, einen nationalen palästinensischen Dialog unter der Schirmherrschaft Ägyptens herzustellen. Ziel sei es, die „Spaltung zu beenden“ und eine technokratische Regierung zu bilden, hieß es. Dieser Passus bezieht sich auf die Rivalität zwischen den beiden größten Palästinensergruppen, der Fatah von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas und der Hamas. Die dritte Phase sehe einen vollständigen Waffenstillstand und ein umfassendes Abkommen zum Austausch von Geiseln und Gefangenen vor. Zum Schluss sieht der Plan den Angaben zufolge einen vollständigen Abzug der israelischen Armee aus dem Gazastreifen vor. Gleichzeitig müsste es allen Vertriebenen ermöglicht werden, zu ihren Wohnorten zurückzukehren. ORF.at

Arabisches Meer – Nach einer Reihe von Angriffen auf Frachtschiffe im Roten Meer wurde nun auch ein Vorfall im östlichen Arabischen Meer gemeldet. Dort sei gestern ein **Tanker mit einer Drohne angegriffen** worden, teilte das Pentagon mit. Das angegriffene Schiff wird von einem niederländischen Unternehmen verwaltet. Dabei handelt es sich um den Tanker Chem Pluto, der unter der Flagge Liberias fährt und einen japanischen Eigner hat. Laut dem Wall Street Journal wird das Schiff von Ace-Quantum Chemical Tankers mit Sitz in Amsterdam betrieben. Dieses Unternehmen soll mit einem israelischen Geschäftsmann verbunden sein. NOS.nl

Argentinien – Die Regierung wird die **Kosten der Straßenproteste** von den Demonstranten einfordern. Rund 68'000 Franken Kosten für den Polizeieinsatz werden Aktivisten gegen den neuen Präsidenten Milei zahlen. NOS.nl

China – Chinas oberste Planungsbehörde hat zur **Ankurbelung der Wirtschaft** weitere öffentliche Investitionsprojekte festgelegt. Bewilligt wurden 9.600 Projekte mit geplanten Investitionen von mehr als 560 Milliarden Yuan (rund 71 Mrd. Franken), einschließlich Hochwasserschutz- und Katastrophenhilfeprogrammen, im Rahmen eines Anleiheemissions- und Investitionsplans. Damit hat China mehr als 800 Mrd. Yuan seiner im letzten Jahresviertel vorgesehenen ein Billion Yuan (rund 127 Mrd. Euro) Staatsanleihen verplant. CGTN.cn

Dänemark – Angeschwemmte Kühlschränke. **Frachtschiff verliert mehr als 40 Container** vor dänischer Küste. Das Schiff Mayview Maersk sei während eines Sturms in der Nordsee unterwegs gewesen, so die zuständige Reederei. SRF.ch

BR Deutschland – Am Berliner Flughafen BER hat es heute den ganzen Tag über massive **Verspätungen** bei fast allen Abflügen und Ankünften gegeben. Eine Flughafen-Sprecherin sagte dem rbb, Grund für die Verzögerungen sei ein hoher Krankenstand beim Bodenverkehrsdienstleister Swissport. Außerdem habe es am Morgen einen Ausfall des Software-Systems gegeben.

- Tausende Menschen haben sich in Berlin an einer **pro-palästinensischen Kundgebung** beteiligt.
- Krankenhäuser überlastet. Der ärztliche Leiter des Krankenhauses in Eisenhüttenstadt, Hinz, hat dem rbb gesagt, dass rund jeder zweite Patient eigentlich nur einen Hausarzt bräuchte. Weil viele der Praxen aber zwischen Weihnachten und Silvester geschlossen seien, kämen vermutlich mehr Menschen in die Notaufnahme.
- Laut einer am Freitag veröffentlichten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Verian im Auftrag des Spiegel ist die **Wertung von Scholz** von 44 % im Juni auf nur noch 30 % gesunken, wobei der Spitzenreiter nun auf Platz 14 der Beliebtheit unter den deutschen Politikern liegt .
- Deutschland verspricht, ukrainische Männer vor Selenski zu schützen. Kiew plant einen weiteren Draft-Vorstoß und der Verteidigungsminister des Landes nimmt Bürger im Ausland ins Visier. Die **neue Mobilisierungsoffensive** Kiews werde keine praktischen Konsequenzen für die in Deutschland lebenden Ukrainer haben, sagte der Bundesminister für Justiz Marco Buschmann am Freitag der Deutschen Presse-Agentur.
- Die deutsche Biophysikerin **Petra Schwille will synthetische Zellen im Labor herstellen** – und damit die Antwort auf zwei Fragen finden, die so alt sind wie die Wissenschaft selbst: Was ist Leben? Und wie ist es entstanden? „Mitte der 30er Jahre, da interessierten sich die theoretischen Physiker für das Rätsel des Lebens. Schließlich ist es eine merkwürdige Sache. Menschen erzeugen Menschen, Katzen erzeugen Katzen, und Mais erzeugt Mais. Das scheint nicht in der Physik und Chemie drin zu sein.“ Der Satz stammt von einem, der es wissen muss: von Max Delbrück, studierter Physiker, später Virologe, der mit seinen Versuchen die Molekularbiologie mitbegründete und dafür den

Nobelpreis bekam. Die Liste der Physiker, die sich auf biologisches Terrain vorwagten, ließe sich um illustre Namen erweitern – man denke etwa an Erwin Schrödingers Vermutung, beim Gen handle es sich um einen „aperiodischen Kristall“, dem „eine Art Code“ eingeschrieben sei – oder an Francis Crick, der Schrödinger ein paar Jahre später mit der Aufklärung der DNA-Doppelhelix bestätigte. ORF.at

Frankreich – In Frankreich lässt man ein Flugzeug aus Dubai am Boden, möglicherweise Menschenschmuggel. Die französischen Behörden erhielten einen anonymen Hinweis wegen des Verdachts auf **Menschenschmuggel**. Die Passagiere wollten angeblich illegal von Nicaragua in die USA reisen. NOS.nl

- In Frankreich ist der Wiederaufbau der Notre-Dame in vollem Gang. Die weltbekannte **Kathedrale hat einen neuen goldenen Hahn** erhalten. Vier Jahre zuvor stürzte dieser beim großen Feuer vom Dach. Frankreich-Korrespondent Daniel Voll erklärt, warum der goldene Hahn auf dem Kirchturm von so großer Bedeutung ist. Praktisch gesehen ist der Hahn auf der Kirchturmspitze ganz einfach ein Blitzableiter. Aber er hat auch eine mehrfache symbolische Bedeutung: Er erinnert zum Beispiel an Petrus, der Christus bei seiner Verhaftung vorausgesagt hatte, er werde ihn dreimal verleugnen, bevor der Hahn gekräht habe. Das heißt, theologisch gesehen ist der Hahn auf der Kirchturmspitze eigentlich eine Aufforderung an die Gläubigen, sie sollten ein aufrichtiges Zeugnis ablegen. Im Fall von Notre-Dame hat der Hahn noch eine weitere Bedeutung. Er ist nämlich das Wappentier Frankreichs. Zudem ist er eines der wenigen Stücke, das nicht identisch neu angefertigt wurde. Die Kathedrale wurde ja eigentlich identisch neu wieder aufgebaut. Seine Flügel haben neu die Form von Flammen und erinnern an den Brand vom 15. April 2019. Das heißt, es ist ein Symbol dafür, dass die Kathedrale von Paris aufersteht wie ein Phönix aus der Asche. SRF.ch

Gaza – Hamas hat den Kontakt zu einer Gruppe verloren, die für die Inhaftierung von fünf Geiseln im Gazastreifen verantwortlich ist. Nach einem israelischen Bombardement gebe es keinen Kontakt mehr, heißt es in der Erklärung. Die Hamas geht davon aus, dass die Geiseln durch den IDF-Angriff ums Leben kamen.

- Weihnachten in Gaza: Nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters sind bei einem israelischen Luftangriff auf das Flüchtlingslager Maghazi im Zentrum des Gazastreifens mindestens 90 Menschen getötet worden. Dies teilte das von der Hamas geführte Gesundheitsministerium mit. Die Angriffe begannen wenige Stunden vor Mitternacht Ortszeit und dauerten bis zum Weihnachtstag. Es war eine der tödlichsten Nächte in Gaza seit Kriegsbeginn. NOS.nl

- Trotz internationaler Appelle will Israel zu Weihnachten seine Bodenoffensive im Gazastreifen ausweiten. Der Krieg sei „nicht annähernd beendet“, sagte Ministerpräsident Netanjahu nach einem Besuch bei Kampftruppen. RBB.de

Großbritannien – Kaum hat das **British Museum** bekannt gegeben, dass es den Sponsoring-Vertrag mit dem britischen Öl-Konzern BP verlängert, hagelte es Kritik. In den nächsten zehn Jahren sollen rund 50 Millionen Pfund an das Museum fließen. Das Geld hat das British Museum dringend nötig: Der Bedarf für Renovationsarbeiten und Erneuerungen sei riesig, weiß SRF-Großbritannien-Korrespondent Michael Gerber. So seien denn auch die Chancen, dass das Museum dem öffentlichen Druck nachgebe, eher gering. SRF.ch

- Sadiq Khan hat seine Meinung aufgrund des politischen Drucks aufgrund einer Anfrage von Vitaly Klitschko aus Kiew geändert. Der Londoner Bürgermeister willigt ein, der Ukraine **Schrottautos** zu geben. Der Londoner Bürgermeister Sadiq Khan hat seine Weigerung, Autos und Lastwagen mit Allradantrieb in die Ukraine zu schicken, aufgegeben und erklärt, er unterstütze nun die Idee, Kiew Fahrzeuge zu übergeben, die andernfalls im Rahmen eines Umweltprogramms verschrottet würden. BBC.uk

Indonesien – In einer Nickelverarbeitungsfabrik auf der indonesischen Insel Sulawesi kam es zu einer **schweren Explosion**. Mindestens dreizehn Mitarbeiter starben. Dutzende Menschen wurden verletzt, einige von ihnen sind in kritischem Zustand. Die Explosion ereignete sich in einer Fabrik eines chinesischen Unternehmens. Bei Reparaturarbeiten explodierte einer der Öfen, in denen das Metall geschmolzen wird. Die Ursache wird noch untersucht. Bei den Todesopfern handelt es sich um acht Indonesier und fünf Chinesen. Als mit den Reparaturarbeiten begonnen wurde, befanden sich vermutlich Rückstände von Sprengstoff auf dem Boden des Ofens. Dies teilte ein Unternehmenssprecher der Jakarta Post (thejakartapost.com) auf Grundlage vorläufiger Forschungsergebnisse mit. Die erste Explosion löste eine Kettenreaktion aus. Auch Sauerstoffflaschen, die bei der Arbeit häufig verwendet werden, explodierten anschließend. NOS.nl

Iran – Brigadegeneral Mohammad Reza Naqdi, stellvertretender Kommandeur des Korps der Islamischen Revolutionsgarde (IRGC), erklärte laut einem Medienbericht, dass das **Mittelmeer blockiert** werden könnte, wenn die USA weiterhin Verbrechen im Gasastreifen begehen. VOIRI.ir

Israel – Der Druck auf die Netanjahu-Regierung nimmt auch im Inland weiter zu. Erneut fordern Dutzende Friedensaktivisten in Tel Aviv ein **Ende der Angriffe auf Gaza**. Angesichts der humanitären Notlage sprechen Teilnehmer von einem „Genozid“. TRT.tr

Judea – Die **berühmteste Familie der Welt**. Eine gute Quelle hierfür waren die Kindheitserzählungen nach Thomas und das Protoevangelium des Jakobus, beide stammen vermutlich aus dem zweiten Jahrhundert, nahezu aus derselben Zeit wie das Johannes-Evangelium. Der kleine Jesus war demzufolge „ein richtiger Fratz, frech und erziehungsresistent“. Den Schriften zufolge habe er Erwachsenen nicht nur widersprochen, er soll seinen Lehrer Zebedäus verletzt oder sogar getötet haben. Auch Maria war ein ganz besonderes Kind, wie die Apokryphen erzählen. „Gleich nach der Geburt kommt Maria in den Tempel, weil sie so heilig ist.“ Mit zwölf Jahren, als Maria zu einer jungen Frau wurde, musste sie diesen verlassen, ein Mann für sie wurde unter den Witvern Israels gesucht. „Eine ganze Menge alte Herren, darunter Josef, müssen antreten – Josef bekommt das Mädchen durch das Los.“ Jesu Brüder kommen namentlich in der Bibel vor, etwa bei Mk 6,3 und 3,31. Erwähnt werden Jakobus, Joses, Judas und Simon als „Brüder“ Jesu, auch von namenlosen „Schwestern“ ist die Rede. Dass später so stark betont wurde, bei diesen Geschwistern könne es sich nur um Kinder aus Josefs erster Ehe handeln, hat viel mit der Vorstellung einer immerwährenden Jungfräulichkeit Marias zu tun, für die beim Konzil von Ephesos (431) die Grundlage gelegt wurde. Davon steht zwar nichts in der Bibel, die Idee erhielt aber eine starke Wirkmacht, und so konnte Jesus lediglich Halbgeschwister haben. ORF.at

Krim – Die Übergabe der Krim an Kiew im Jahr 1954, die die Halbinsel zu einem Teil der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik machte, sei nur aufgrund einer beispiellosen Zahl von Rechtsverstößen möglich gewesen, sagte Wladimir Konstantinow, der Vorsitzende des Krimparlaments, am Samstag gegenüber RIA Novosti. Die Halbinsel wurde Ende des 18. Jahrhunderts Teil des Russischen Reiches. Zuvor wurde es vom 15. bis 18. Jahrhundert vom Krim-Khanat kontrolliert, einem Protektorat des Osmanischen Reiches. Während der Sowjetzeit war die Krim zunächst eine eigenständige autonome Republik innerhalb der UdSSR, bevor sie 1945 Teil Sowjetrusslands – der RSFSR – wurde. Erst 1954 wurde die Halbinsel von Nikita Chruschtschow aus logistischen, wirtschaftlichen und technischen Gründen an die Ukrainische SSR übertragen. Ein Sonderausschuss des jetzigen Krimparlaments unter der Leitung von Konstantinow plant, beim russischen Verfassungsgericht eine Beschwerde einzureichen, um eine rechtliche Überprüfung der Entscheidung von 1954 zu erreichen. Der hochrangige Abgeordnete behauptet, dass die

Verlegung gegen drei Verfassungen verstoßen habe – die der Ukrainischen SSR, der RSFSR und der UdSSR. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 wurde die Krim automatisch Teil der modernen Ukraine. Die Regierung in Kiew lehnte in den 1990er Jahren eine Reihe von Volksabstimmungen ab, die darauf abzielten, die **Krim wieder als unabhängige Republik** zu etablieren. Im Jahr 2014 stimmten die Menschen in der Region nach dem Maidan-Putsch in der Ukraine in einem Referendum mit überwältigender Mehrheit dafür, ein Teil Russlands zu werden. RT.ru

Luxemburg – Ex-Außenminister. Jean Asselborn: «**Bei der Migration hat die EU versagt**». Der Sozialdemokrat war 19 Jahre lang Luxemburgs Außenminister. SRF.ch

Mexiko – Tausende Migranten marschieren auf dem Weg in die USA durch Mexiko. Nach Angaben der örtlichen Behörden besteht die **Karawane täglich aus rund 8'000 Menschen**, darunter viele Familien mit kleinen Kindern. NOS.nl

Niederlande – Amsterdam hat mit den Vorbereitungen für die **Lieferung von 18 Kampfflugzeugen an die Ukraine** begonnen, sagte Premierminister Mark Rutte.
• Obdachlosenunterkunft in Amsterdam nach **Sprengstofffund** für einige Zeit evakuiert. NOS.nl

Polen – Der nationalkonservative Präsident Andrzej Duda will sein **Veto gegen das Haushaltsgesetz 2024** der neuen Regierung des liberalen Ministerpräsidenten Donald Tusk einlegen. Das kündigte Duda heute auf dem Kurznachrichtendienst X (Twitter) an. Er begründete seinen Schritt mit dem aktuellen Streit über den Umbau der öffentlich-rechtlichen Medien nach dem Machtwechsel in dem EU-Mitgliedsstaat. „Die öffentlich-rechtlichen Medien müssen zuerst gründlich und im Einklang mit dem Recht wieder instandgesetzt werden“, forderte Duda. Ein Veto des Staatsoberhauptes kann mit einer Mehrheit von drei Fünfteln der anwesenden Abgeordneten im Sejm überstimmt werden. Die Regierungsparteien verfügen zusammen aber nur über 248 der 460 Sitze im polnischen Unterhaus. Der **Konflikt um die Medien** ist der bisher schwerste zwischen der neuen Regierung, deren Parteien bei der Wahl im Oktober die Mehrheit gewonnen hatten, und der früheren PiS-Staatmacht. Duda ist deren letzter ranghoher Vertreter. ORF.at

Russland – Laut einer Anfang dieser Woche im Bundesanzeiger veröffentlichten Ankündigung wurde Russland in die Liste der „nicht kooperativen Steuergebiete“ aufgenommen. Die Anordnung, **Russland als Steuerparadies** zu bezeichnen, wurde von Finanzminister Christian Lindner und Wirtschaftsminister Robert Habeck unterzeichnet, nachdem sie am 15. Dezember vom Bundesrat genehmigt worden war. IZ.ru

Schweiz – Worum geht es bei den **EU-Spesenregeln**? Sie sind Teil der demnächst wohl anstehenden Verhandlungen mit der EU. Grundsätzlich soll das höhere Lohnniveau in der Schweiz geschützt werden. Der Sonderfall der Spesen gibt zu reden, weil in der EU Spesen nach dem Ort bemessen werden, wo Beschäftigte herkommen. Jemand aus Polen erhält also für die Übernachtung in der Schweiz nur den Preis für ein polnisches Hotelzimmer.
• Die Einwanderung ist im Wahljahr wieder zum Politikum geworden: Mit Themen wie der «**10 Millionen Schweiz**» oder dem Motto «Es kommen zu viele und die falschen Ausländer» mobilisierte die SVP ihre Wählerbasis an den eidgenössischen Wahlen äußerst erfolgreich. SRF schlüsselt die wichtigsten Zahlen auf: Wie viele sind denn über die Jahre gekommen? Und woher? Und was tun die 26 Prozent in der Schweiz? Im Fokus der Politik und Medien sind oft Asylsuchende. Ein Blick auf die Entwicklung der Personen im Asylprozess zeigt: Schwankungen hängen von Konflikten ausserhalb der Schweiz ab, etwa der Bürgerkrieg in Syrien ab 2012, der starken Migrationsdruck zur Folge hatte. Rund einem Drittel der Personen, die ein Asylgesuch einreichen, wird am Ende auch Asyl gewährt. Mit dem Krieg

in der Ukraine wurde ein neuer Status eingeführt – jener der Schutzbedürftigen. Letztes Jahr befanden sich rund 60'000 Schutzbedürftige in der Schweiz, vor allem aus der Ukraine. Sie befinden sich ausserhalb des eigentlichen Asylprozesses. Aufenthaltler sind meist wegen eines Jobs hier, leben in der Schweiz und haben eine Aufenthaltsbewilligung von einem bis fünf Jahren. Die Zahl ist vor allem ab 2006 stark angestiegen, als das Freizügigkeitsabkommen mit der EU ausgeweitet wurde. Die weitaus größte Gruppe sind Niedergelassene. Sie machen über die Hälfte der Personen ohne Schweizer Pass aus. Je nach Herkunft und Kanton kann man sich nach fünf bis zehn Jahren niederlassen – so lange man gewisse Kriterien wie ein sicheres Einkommen erfüllt. Immer mehr Menschen haben diesen Status. Ein Teil davon lässt sich früher oder später einbürgern. Zusammen mit weiteren Untergruppen wie Kurzaufenthaltern, Saisonarbeitern oder Diplomaten sind das die heute rund 2.4 Millionen Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz ohne Schweizer Pass. Auch die Schweizer Bevölkerung ist über die Jahre gewachsen – durch eine positive Geburtenrate und durch Einbürgerungen. Im Verhältnis ist die Zahl der Zugewanderten jedoch stärker gewachsen. Das lässt sich anteilmäßig noch klarer zeigen. Der Anteil der Zugewanderten in der Schweiz nahm über die Jahre zu. Insbesondere der Anteil der Personen, die wegen eines Jobs in die Schweiz zogen und blieben, hat sich stark vergrößert, während jener der Asylsuchenden bei rund einem Prozent verharrt. Schon der Schriftsteller Max Frisch prägte in den 1960er Jahren die Diskussion mit dem Satz «Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen.» Die Zahl der Zugewanderten, die mehrheitlich wegen eines Jobs in die Schweiz kommen, ist ungebrochen hoch und lässt die Bevölkerung jährlich um 0.9 Prozent wachsen – stärker, als in anderen europäischen Ländern. Dies hängt vor allem mit dem überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum und dem wachsenden Wohlstand zusammen. Doch woher kommen die Zugewanderten, was tun sie in der Schweiz, und wie unterscheiden sie sich von der Schweizer Bevölkerung? Rund 17 Prozent der Gesamtbevölkerung kommen aus dem europäischen Ausland des EU/EFTA-Raums, rund 9 Prozent aus europäischen Ländern, die nicht der EU angehören, oder aus Ländern ausserhalb Europas – sogenannten Drittstaaten. In etwa gleich viele Männer wie Frauen.

- Bei 200 Medikamenten herrscht in der Schweiz ernsthafter Mangel. SRF.ch
- Das Rote Kreuz gab am Freitag bekannt, dass es Pierre Krahenbühl, einen umstrittenen ehemaligen Leiter der UN-Agentur für palästinensische Flüchtlinge, zum nächsten Generaldirektor ernannt hat. Der Schweizer Staatsbürger mit mehr als 30 Jahren Erfahrung im humanitären Bereich wird im April das Amt übernehmen, wenn der derzeitige Chef Robert Mardini seine vierjährige Amtszeit abschließt. „Die Versammlung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) hat Pierre Krahenbühl zum nächsten Generaldirektor der Organisation ernannt“, hieß es in einer Erklärung. „Er gilt als strategischer und zielorientierter Leiter mit umfassender Organisationserfahrung und Engagement für das IKRK.“ SRI.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 16.12.2023

Ägypten – In Ägypten dürfte der neue Präsident der alte sein. Klarer Wahlfavorit ist der bisherige Präsident **Abdel Fattah as-Sisi (69)**. Seine Herausforderer dürften kaum Chancen haben. SRF.ch

Angola – Russland spendet **Krankenwagenflotte für Angola**. Der russische Premierminister Michail Mischustin unterzeichnete am Freitag eine Resolution, die dem Ministerium für Industrie und Handel 603 Millionen Rubel (6 Millionen Franken) zur

Seite E 31 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 843 vom 04.01.2024

Verfügung stellt, um den kostenlosen Transfer von 50 Krankenwagen nach Angola zu ermöglichen. IZ.ru

Brasilien – Die **Vogelgrippe** tötet in Brasilien fast 1'000 Robben und Seelöwen. Die brasilianischen Behörden sind sehr besorgt, da das Land der grösste Hühnerexporteur der Welt ist. NOS.nl

China – Die People's Bank of China (PBoC) blieb **der größte Käufer von Goldbarren** und meldete den Kauf von 23 Tonnen Gold im zwölften Monat in Folge, der ihre Reserven aufstockte. Berichten zufolge belaufen sich die Nettokäufe der PBoC damit im Jahr 2023 auf 204 Tonnen, wobei sich ihre Gesamtreserven auf 2'215 Tonnen belaufen. „Trotz des erheblichen Anstiegs machen die gemeldeten Goldreserven immer noch nur 4 % der gesamten internationalen Reserven der Bank aus“. Auch die türkische Zentralbank tätigte im Laufe des Monats einen bedeutenden Kauf und kaufte 19 Tonnen, um ihre offiziellen Goldreserven auf 498 Tonnen zu erhöhen. Berichten zufolge stockte die polnische Nationalbank ihre Goldvorräte weiter auf und kaufte weitere sechs Tonnen. Der Bestand des gelben Metalls ist in diesem Jahr mittlerweile um über 100 Tonnen auf insgesamt 340 Tonnen gestiegen. Die Reserve Bank of India, die Tschechische Nationalbank, die Nationalbank der Kirgisischen Republik und die Zentralbank von Katar waren die weiteren bedeutenden Käufer im Oktober. CGTN.cn

BR Deutschland – Empörung über **Boni bei Deutscher Bahn**. Der Fahrbetrieb bei der Deutschen Bahn (DB) hat sich nach dem Warnstreik Ende letzter Woche wieder normalisiert, pünktlich mit dem Winterfahrplan macht sie allerdings erneut Schlagzeilen. Der Grund diesmal: nachträgliche Boni – trotz Ausfällen und Verspätungen – für das Management in Höhe von fünf Millionen Euro auf Basis eines eigenen Vergütungssystems. Das Medienecho in Deutschland ist groß. ORF.at

- Gut ein Jahr nach der bundesweiten **Razzia gegen eine Reichsbürgergruppe** hat die Bundesanwaltschaft Anklage erhoben. Das berichtet der MDR. Die Behörden hatten seit Dezember 2022 wegen möglicher Umsturzversuche ermittelt. Im Mittelpunkt steht der Frankfurter Geschäftsmann Prinz Reuss. MDR.de

Frankreich – Das Gewerbe mit seiner über 400 Jahre alten Tradition sei bedroht, sagt Jérôme Callais, der schon lange dafür lobbyiert, dass die **Bouquinisten** durch die Unesco ins immaterielle Weltkulturerbe aufgenommen werden. Die Bouquinisten machten Paris zur größten und berühmtesten Buchhandlung der Welt. Es sei völlig unverständlich, dass die Stadt dieses kulturelle Erbe so schlecht pflege. Schließlich habe Paris seine Kandidatur für die Olympischen Spiele (Fr., 26. Juli 2024 – So., 11. Aug. 2024) auch mit Kultur begründet – und nun wolle Paris diese Besonderheit aus dem Bild verbannen. Terroristen könnten die Kisten als Versteck für mögliche Anschläge nutzen.

- Am 10. Dezember 1948 hat die UNO-Generalversammlung die **Allgemeine Erklärung der Menschenrechte** verabschiedet. Was als große zivilisatorische Errungenschaft gilt, gerät zunehmend unter Druck. Der Krieg in der Ukraine und die Kämpfe im Gasastreifen sorgen weltweit für heftige Kritik wegen der Verletzung der Menschenrechte. Diese wurden genau heute vor 75 Jahren von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in einer Charta verabschiedet. Dabei sollen die Würde und Rechte eines jeden Menschen geschützt werden. Denn nach den Gräueln des Zweiten Weltkriegs war sich die Weltgemeinschaft einig: Es braucht einen Schutz vor Folter, Sklaverei und Diskriminierung, einen Schutz der Würde und Rechte der Menschen. Am 10. Dezember 1948 wurde die allgemeine Erklärung der Menschenrechte in Paris verabschiedet. Festgeschrieben werden Freiheitsrechte wie die Meinungs- oder Religionsfreiheit. Eine treibende Kraft dahinter war Eleanor Roosevelt, damals Vorsitzende der UNO-Menschenrechtskommission. «Diese universelle Erklärung

Seite E 32 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 843 vom 04.01.2024

der Menschenrechte sollte als Freiheitscharta gelten – für alle Menschen überall», betonte Roosevelt. SRF.ch

- Mitarbeiter des weltberühmten Pariser **Luxushotels Ritz** haben nach tagelanger Suche einen verloren geglaubten teuren Ring geborgen. Ein Gast aus Malaysia hatte seit Freitag einen Ring im Wert von geschätzten 750'000 Euro verloren. Den Ring mit einem Diamanten von 6,51 Karat hatte sie beim Einkaufen in ihrem Zimmer liegen lassen. Als sie zurückkam, war der wertvolle Schmuck verschwunden. Hotelsicherheitsbeamte haben in den letzten Tagen nach dem Juwel gesucht – und das mit Erfolg. Heute sei der Schmuck in einem Staubsaugerbeutel gefunden worden, berichtet das Hotel. NOS.nl

Großbritannien. An der Südküste Englands wurde der **Schädel eines großen Seeungeheuers** gefunden, das vor etwa 150 Millionen Jahren lebte. Der Pliosaurierschädel ist etwa zwei Meter lang und wurde in den Klippen von Dorset versteckt. Laut BBC war der Pliosaurus eine „ultimative Tötungsmaschine“ und konnte eine Länge von 10 bis 12 Metern erreichen. Mit vier Flossen bewegte er sich schnell durch das Meer. Das Tier hatte 130 Zähne, schreibt die BBC. Sie seien „messerscharf und könnten mit einem einzigen Biss töten“. NOS.nl

Hong Kong – Die Wahlbeteiligung bei den Wahlen in Hongkong war historisch niedrig. Insgesamt waren gestern **nur 27,5 Prozent der Wähler** zu den Bezirksratswahlen der Stadt erschienen. Noch nie hat ein so geringer Prozentsatz der Einwohner von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. NOS.nl

Irak – Raketen wurden auf die **US-Botschaft** in der Grünen Zone der irakischen Hauptstadt abgefeuert. JAZEERA.qa

Iran – Mehr als 345'000 aus dem Iran **ausgewiesene Afghanen** habe das von den Taliban geführte Flüchtlingsministerium in den vergangenen drei Monaten verzeichnet, berichtete heute der afghanische Nachrichtensender Tolonews. ORF.at

Israel – Israels Militär hat seit Beginn des Krieges vor gut zwei Monaten nach eigenen Angaben schon mehr als **22'000 Ziele im 360 km² großen Gazastreifen angegriffen**. Ungeachtet immer mehr getöteter Zivilisten soll der Krieg gegen die islamistische Hamas noch weiter intensiviert werden. ORF.at

Italien – Italien will in **Albanien Migrationszentren** bauen und betreiben. Die Bewohner reagieren mit gemischten Gefühlen. SRF.ch

Japan – In Japan ist die derzeit weltgrößte Versuchungsanlage eines **Kernfusionsreaktors** offiziell in Betrieb genommen worden. Die Anlage JT-60SA in Naka nördlich von Tokio ist ein japanisch-europäisches Kooperationsprojekt. Bis der sich im Bau befindliche europäische Iter-Reaktor im südfranzösischen Cadarache in den Versuchsbetrieb geht, ist die japanische Anlage die größte ihrer Art vom Typ Tokamak. Auch die Schweiz ist über das Iter-Projekt indirekt an JT-60SA beteiligt. Was ist Kernfusion? Bei der Kernfusion werden Atomkerne bei extrem hohen Temperaturen miteinander verschmolzen. Dabei werden enorme Mengen Energie freigesetzt. SRF.ch

Jordanien – Libanon und Westjordanland **streiken gegen Gaza-Krieg**. Aus Protest sind in den Ländern am Montag Geschäfte und öffentliche Einrichtungen geschlossen geblieben. SRF.ch

Kaschmir – Kaschmir ist seit der Unabhängigkeit Britisch-Indiens und einem Krieg zwischen Indien und Pakistan 1947 geteilt. Die Region wird aber bis heute sowohl von

Indien als auch von Pakistan vollständig beansprucht. Seit 1989 kämpfen mehrere Rebellengruppen teils für die Unabhängigkeit der Region, teils für mehr Autonomie bzw. ihren Anschluss an Pakistan. Indiens oberstes Gericht hat am 11.12. die **Aufhebung des halbautonomen Status** der Unruheregion Kaschmir durch die indische Regierung bestätigt. ORF.at

Libyen – Der stärkste **Tropensturm** aller Zeiten in der Region traf vor drei Monaten in Derna, Libyen, auf Land. Dicker Schlamm und Wasser spülten ein Viertel der Stadt weg. Die Verwüstung ist immer noch enorm. Die verheerende Flutwelle spülte viele Menschen ins Meer. Noch immer werden jeden Tag Leichen aus dem Wasser gezogen. Tausende Menschen werden vermisst. NOS.nl

Niederlande – Laut einer neuen Studie übersteigen die Ausgaben der niederländischen Regierung für Migranten die durchschnittlichen Ausgaben für Bildung, soziale Sicherheit und Sozialleistungen. Die Nettokosten der Einwanderung beliefen sich Berichten zufolge über einen Zeitraum von fast 25 Jahren auf mehr als 400 Milliarden Euro. Die Studie mit dem Titel **„Grenzenloser Wohlfahrtsstaat: Die Folgen der Einwanderung für die öffentlichen Finanzen“** ergab, dass sich die durch die Einwanderungspolitik in den Niederlanden verursachten Kosten auf durchschnittlich 17 Milliarden Euro pro Jahr belaufen, mit einem Spitzenwert von 32 Milliarden Euro im Jahr 2016 nach der Flüchtlingskrise von 2015. Mehr als 70'000 Asylbewerber warten auf eine Entscheidung.

- **Forschung: Jeder fünfte Süßwasserfisch ist vom Aussterben bedroht.** Klimawandel, Umweltverschmutzung, Staudämme und Überfischung sind die größten Ursachen. Mittlerweile stehen knapp **160'000 Arten auf der Roten Liste**, davon sind 44'000 vom Aussterben bedroht. NOS.nl

Österreich – Auf dem Dachboden des Schärdinger Heimathauses ist zwischen einem Stapel alter Unterlagen ein Buch mit Ledereinband und schwer lesbarem Titel in Kurrentschrift wiedergefunden worden. Wie sich nun herausgestellt hat, ein historischer Fund für das Innviertel. Es heißt **Bürgerbuch** und ist die „ordentliche Beschreibung aller und jeder Bürger von Schärding“. So steht es auf dem Einband des 1588 geschriebenen Buches, das einige Jahrzehnte verschollen war und jetzt auf dem Dachboden wieder aufgetaucht ist. Das Buch reicht bis ins Jahr 1521 zurück. Aufgeschrieben wurde, wer diese Personen waren, wie sie heißen und was sie zum Beispiel von Beruf waren. Die Stadt liegt am Inn, 15 km südlich von Passau. ORF.at

- Die Signa Holding GmbH ist ein österreichisches Immobilien- und Handelsunternehmen. Es wurde 2000 unter dem Namen ImmoFina von René Benkő (46) gegründet, 2006 wurde es umbenannt. Aus einem Zwei-Mann-Unternehmen, das zunächst auf klassische Immobilienentwicklung ausgerichtet war, ist ein gesamteuropäisches Immobilienunternehmen mit Bürostandorten in Österreich, Deutschland, Schweiz, Italien und Luxemburg geworden. Die Insolvenz von Teilen der Handelsgruppe des österreichischen Unternehmers René Benkő dürfte eine der komplexesten Pleiten im deutschsprachigen Raum werden. Unter dem Dach der Signa Holding fungieren über 1000 Gesellschaften. René Benkő hat im Sigma Prime Anteile an bekannten Immobilien wie dem Goldenen Quartier in der Wiener Innenstadt oder dem Berliner KaDeWe gebündelt. Die Muttergesellschaft hat in Österreich Insolvenz angemeldet, in Deutschland gibt es sechs Töchter und in der Schweiz drei. Dazu gehört auch die Signa Retail Selection. Diese umfasst neben der Galeria Kaufhäuser in Deutschland auch das Warenhaus Globus in der Schweiz. Trotzdem laufen die Geschäfte bei Globus weiter. 50 Prozent des Warenhauses gehören ohnehin der thailändischen Central Group. Diese will eigenen Angaben zufolge Globus weiterführen – auch ohne Signa. SRF.ch

Philippinen – **Pflegefachkräfte** aus den Philippinen sind international begehrt, schicken Geld ins Heimatland – und fehlen zu Hause. SRF.ch

Schottland – Noch ist die **Einlagerung von CO₂** auf den Shetlands Zukunftsmusik. Immerhin: Auf den Shetlandinseln gibt es bereits Firmen, die über Lizenzen verfügen. SRF.ch

Schweiz – Bei Kerzers im Kanton Freiburg sind **Tausende Liter Heizöl ausgelaufen** – und in mehrere Kanäle beim Neuenburger- und Murtensee geflossen. Laut der Freiburger Kantonspolizei ist das Unglück beim Umfüllen des Öls aufgrund von Unachtsamkeit passiert. Schwäne und Biber sind demnach mit Öl verunreinigt worden. Es könnte ein Fischsterben geben.

• Ein **Kloster mitten in der Stadt** – diese Idee klingt wie aus der Zeit gefallen. Und doch: Im Berner Mattenhofquartier ist sie seit vier Monaten Wirklichkeit. Dann nämlich sind zehn Erwachsene und sieben Kinder in das Pfarr- und das Sigristhaus der Berner Friedenskirche gezogen. Ab Sommer 2024 werden sie auch die Verantwortung für das Kirchengebäude und das Kirchgemeindehaus übernehmen. Am Anfang war bei ein paar befreundeten Berner Familien der Wunsch, den christlichen Glauben in einer Gemeinschaft zu leben. Inspiration fand die christliche Gruppe – die meisten sind reformiert – im Stadtkloster Segen in Berlin, das bereits seit 2007 besteht. Die Gemeinschaft in Bern machte sich auf die Suche nach einem passenden Ort und kam ziemlich schnell auf die Friedenskirche. Dieser drohte schon länger die Schließung, weil ihr Unterhalt zu teuer ist. Darum war die Kirchgemeinde Frieden der Klosteridee sofort zugetan. Christian Walti, Pfarrer in der Friedenskirche, sagt: «Verglichen mit dem Gedanken, dass die Kirche einfach verkauft und für etwas anderes genutzt wird, finde ich das Stadtkloster eine Superidee.» Die Kirchgemeinde Frieden stellte dem Stadtkloster vorerst das Pfarr- und das Sigristhaus zur Verfügung und die Gemeinschaft zog kurzerhand ein – ohne konkret zu wissen, was daraus wird. Nun leben seit rund vier Monaten drei Familien, ein Paar und zwei Einzelpersonen dort. Und weil die Erwachsenen momentan noch alle auswärts arbeiten (etwa als Sozialarbeiterin, Architekt oder Video-Künstler), haben sie Rituale geschaffen. Immer montags treffen sie sich zum gemeinsam Znacht. Dreimal wöchentlich gibts ein öffentliches Nachtgebet mit einer einfachen Liturgie. Daneben lädt die Gruppe regelmäßig zur gemeinsamen Bibellektüre ein. Nächsten Sommer übernehmen die Stadtkloster-Leute das Kirchengebäude und das Kirchgemeindehaus. Das heißt: Der gesamte Unterhalt liegt in ihren Händen. Und weil sie die anfallenden Kosten nicht mit Kirchensteuern bezahlen können, müssen sie für Einkommen sorgen, etwa Mieter für die diversen Räume organisieren und Sponsoren suchen. «Wir wollen keine abgeschottete Gemeinschaft sein», sagt Klosterbewohnerin Bettina Jans und fügt an: «Wir freuen uns, wenn Leute von außen dazu kommen.» Anders als traditionelle Klöster hat das Stadtkloster keine Hierarchien. «Gott ist mit uns.»

• Selenski kündigt **Friedensgespräche** in der Schweiz an. Das EDA bestätigt, dass am 14. Januar in Davos ein Treffen von Beratern mehrerer Länder stattfinden wird.

• Der römisch-katholischen Kirche in der Schweiz laufen die Mitglieder scharenweise davon. Insbesondere seit der Veröffentlichung einer Missbrauchsstudie der Universität Zürich, die im September in der Schweiz für großes Entsetzen gesorgt hat.

• Auf der gebundenen Ausgabe des neuesten Asterix-und-Obelix-Bandes sind die Preisempfehlungen des Verlags aufgedruckt. Für Deutschland: Euro 7.99, für die Schweiz: SFR 15.00. Ein Comic-Liebhaber ärgert sich über diesen **massiven Schweiz-Zuschlag**.

• Die ursprüngliche Absicht der Initiative sei es gewesen, die Wettbewerbsfähigkeit von Städten wie Zürich gegenüber ausländischer Konkurrenz zu stärken. Spezielle Geschäfte, beispielsweise im Luxussegment, die sich an internationale Touristen richteten, sollten **am Sonntag geöffnet** sein können. SRF.ch

Seite E 35 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 843 vom 04.01.2024

Sinai – (سيناء) kann nicht 2 Mio. Flüchtlinge aus Gasa aufnehmen, weil es **nicht genug Trinkwasser** auf der Halbinsel gibt. Fläche: 61.000 km², 600'000 Ew. JAZEERA.qa

Spanien – Barcelona: Das Wasser wird knapp. Katalonien leidet unter einer schlimmen Dürre. Die Regierung hat den **Wassernotstand** ausgerufen. SRF.ch

Türkei – Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat die Ratifizierung des NATO-Beitritts Schwedens durch sein Land von einer Bewilligung von F-16-Kampffjets aus den USA abhängig gemacht. Die USA sagten, dass sie „in der F-16-Frage erst dann etwas unternehmen werden, wenn der Kongress sie genehmigt hat, aber ich habe auch ein Parlament“, sagte Erdoğan heute. Wenn Washington „gleichzeitig und solidarisch“ seinen Beitrag leiste, werde das Parlament in Ankara das Gleiche tun. TRT.tr

Uganda – Das afrikanische Land verfügt über etwa **6,5 Milliarden Barrel Ölreserven**, von denen mindestens 1,4 Milliarden als wirtschaftlich förderbar gelten. Das französische Unternehmen Total, S.A., das chinesische Unternehmen China National Offshore Oil Corporation (CNOOC) und das britische Unternehmen Tullow verfügen über Produktionslizenzen zur Erschließung der Ölreserven Westugandas für den Export. Die Transportroute führt 100 km durch ein Naturschutzgebiet, wo Elefanten, Giraffen, Gazellen leben. Die Tiere werden flüchten. BBC.uk

UNO – Internationale Menschenrechtsgruppen sagen, die **USA riskieren die Mittäterschaft bei Kriegsverbrechen**. Weltführer, internationale Menschenrechtsgruppen und Vertreter der Vereinten Nationen haben die Vereinigten Staaten dafür kritisiert, dass sie ein Veto gegen eine UN-Resolution eingelegt haben, die einen sofortigen humanitären Waffenstillstand in Gasa fordert, und es nicht geschafft haben, den Krieg zu stoppen, der mehr als 17'400 Palästinenser getötet hat. Eine UN-Resolution zur Einstellung der Feindseligkeiten scheiterte am Freitag im UN-Sicherheitsrat, nachdem der stellvertretende UN-Botschafter der Vereinigten Staaten, **Robert Wood**, als einziger sein Veto gegen den Vorschlag eingelegt hat. Die britische UN-Botschafterin Barbara Woodward enthielt sich der Stimme. Die übrigen 13 der 15 derzeitigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen stimmten dafür. Ausserhalb des Rates schlossen sich weitere 100 Länder an. JAZEERA.qa

- Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan kritisierte am Samstag den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UNSC) und erklärte, dieser sei durch den Einfluss Washingtons zum „**Beschützer Israels**“ geworden. Diese Erklärung folgte darauf, dass die USA eine Resolution blockierten, die einen sofortigen humanitären Waffenstillstand in Gasa forderte. „Aufgrund eines Vetos der USA kam es zu keiner Entscheidung. „Eine Reform des UN-Sicherheitsrates ist unerlässlich“, betonte Erdoğan in seiner Ansprache beim Welttag der Menschenrechte in Istanbul. Der türkische Staatschef argumentierte, dass die Welt über die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates mit Vetorecht hinausgehe: China, Frankreich, Russland, das Vereinigte Königreich und die USA. TRT.tr

USA – Die Vereinigten Staaten müssen akzeptieren, dass die Ukraine „etwas Territorium an Russland abtreten“ und den Konflikt beenden wird, argumentierte der **republikanische Senator J.D. Vance** und betonte, dass es im Interesse sowohl der USA als auch der Ukraine liege, die Kämpfe zu beenden. [CNN.us](https://www.cnn.com)

VAE – Bald eröffnet die **erste Brauerei** in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Die Eröffnung wird noch in diesem Monat in Abu Dhabi stattfinden. Das ist eine bemerkenswerte Entwicklung, denn in vielen Ländern der Region ist Alkohol verboten. NOS.nl

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 09.12.2023

Angola – US-Präsident Joe Biden sagte am Donnerstag, er werde nach Angola reisen, da Washington versucht, die **Beziehungen zu afrikanischen Nationen** zu stärken. Das letzte Mal, dass ein amerikanischer Präsident den Kontinent besuchte, war 2015, als Barack Obama nach Kenia und Äthiopien reiste. [VOA.us](https://www.voanews.com)

Äthiopien – Überschwemmungen in Ostafrika: 2 Millionen Menschen vertrieben. Nach schwerer Dürre kommt es in der Region nun zu heftigen **Regenfällen**. Fast 300 Menschen kamen bei den Unwettern in Äthiopien, Kenia und Somalia bereits ums Leben. NOS.nl

Bhutan – Das südasiatische Land im Himalaya, hat heimlich die weltweit größten **staatlichen Kryptowährungsminen** entwickelt, wie Forbes enthüllte. Eine Anlage wurde in der Nähe des Dochula-Passes errichtet, einem Gebiet, das wegen seiner Gedenkschreine für gefallene bhutanische Soldaten von kultureller und politischer Bedeutung ist. Luftaufnahmen zeigen eine Ansammlung von Bergbaueinheiten mit grünen und weißen Dächern, die von kilometerlangen Wäldern umgeben sind. Eine zweite Mine befindet sich in der Nähe von Trongsa, einer Stadt östlich von Thimphu und Stammsitz der heutigen Wangchuck-Dynastie. Ein dritter liegt im waldreichen Bezirk Dagana, in der Nähe einer Schule, die Kinder der ländlichen Gemeinde betreut. Was die vierte und größte Mine des Königreichs zu sein scheint, steht auf den Grundsteinen eines Megaprojekts der Regierung, der „Education City“. Die Mine verläuft entlang der Nationalstraße Phuentsholing-Thimphu, ist jedoch hinter bergigem Gelände verborgen. Nur Transformatoren und Stromleitungen verraten, dass sich auf dem Gelände dazwischen eine Bitcoin-Mine befindet. KGUM.gu

Brasilien – Brasilien wird im Januar **Teil der OPEC+-Allianz** der großen Rohölexporteur werden, gab der Energieminister des Landes bekannt. RG.br

- In Berlin empfängt Bundeskanzler Scholz heute den brasilianischen Regierungschef Lula da Silva. Im Fokus steht das geplante Freihandelsabkommen zwischen der südamerikanischen Wirtschaftsgemeinschaft Mercosur und der EU, das kurz vor dem Abschluss steht. Dadurch würde die größte Freihandelszone der Welt entstehen – mit rund 770 Millionen Menschen. Bei dem Abkommen geht es vor allem darum, Zölle abzubauen. RBB.de

Bulgarien – Präsident Rumen Radev hat sein Veto gegen ein Abkommen zwischen **Sofia und Kiew** eingelegt, das die Lieferung von gepanzerte Mannschaftstransportwagen an die Ukraine am Montag vorsah. Er betonte, dass die militärische Ausrüstung besser zum Schutz der eigenen Grenzen eingesetzt werden könne. RFERL.cz

Deutschland – Wölfe, die Nutztiere gerissen haben, sollen bald schneller getötet werden können. Darauf haben sich die Umweltminister von Bund und Ländern geeinigt. Künftig soll drei Wochen nach einem Riss **auf einen Wolf geschossen** werden dürfen, der sich in tausend Metern Umkreis von der Rissstelle aufhält. Anders als bisher, soll für einen Abschuss nicht erst eine DNA-Analyse abgewartet werden müssen.

- Tausende LKW-Ladungen mit Waren auf dem Weg in die EU stecken in Warteschlangen fest, die laut einer deutschen Boulevardzeitung 35 Kilometer lang sind. Automobilhersteller befürchten, dass ihnen die Lieferketten abgeschnitten werden könnten. Zahlreiche **Zulieferer produzieren in der Ukraine**. RBB.de
- Extremer Schneefall und Minustemperaturen führten am Samstag zu Chaos in der bayerischen Landeshauptstadt München, als ein **Wintersturm** den Flug- und Bahnverkehr lahmlegte, zu Verkehrsunfällen führte und die Absage eines Bundesliga-Fußballspiels erzwang. BR.de
- Deutschland lehnte – zusammen mit mehreren anderen Mitgliedstaaten – die Forderung

Seite E 37 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 843 vom 04.01.2024

der Europäischen Kommission nach zusätzlichen 66 Milliarden Euro zur Deckung unerwarteter Ausgaben ab und schlug vor, dass Brüssel stattdessen andere Bereiche seines aktuellen Haushalts kürzen sollte. Das Kabinett von Bundeskanzler Olaf Scholz hat im eigenen Land mit einem **massiven Haushaltsdefizit** zu kämpfen, nachdem das Verfassungsgericht ihm letzten Monat die Umwidmung ungenutzter Mittel in Höhe von 60 Milliarden Euro verboten hat, die durch die Covid-19-Pandemie übrig geblieben sind.

Europa – Laut am Donnerstag von der Europäischen Verteidigungsagentur veröffentlichten Zahlen stiegen die **Militärausgaben** in der Europäischen Union im Jahr 2022 um 6 % auf den Rekordwert von 240 Milliarden Euro. Etwa 20 der 28 EU-Mitgliedstaaten haben im vergangenen Jahr ihre Verteidigungsbudgets erhöht, wobei sechs Länder Erhöhungen von mehr als 10 % durchführten. Schweden, das sich im vergangenen Juli um den NATO-Beitritt beworben hatte, lag mit einem **Anstieg von 30 %** an der Spitze, das kleine Königreich Luxemburg folgte mit 28 %, die lautstark antirussische Regierung Litauens erhöhte die Ausgaben um 27,6 % und die regierenden Sozialisten Spaniens machten einen Anstieg um 27,6 % Steigerung auf 19 %. [VOA.us](https://www.voa.com)

Golf – Das Zentralkommando der Vereinigten Staaten veröffentlichte ein Foto, das das iranische unbemannte Luftfahrzeug **مهاجر** Mohadscher-6 über dem Eisenhower-Flugzeugträger zeigt. Die Drohne sammelt Full-Motion-Videos und andere Signale und stellt eine **nachrichtendienstliche Bedrohung für die US-Streitkräfte** dar. [KGUM.gu](https://www.kgum.gu)

Großbritannien – Die diesjährige weltweite Umfrage zu den **Lebenshaltungskosten** ergab, dass die Preise für über 200 häufig genutzte Waren und Dienstleistungen in Landeswährung im Jahresvergleich um durchschnittlich 7,4 % gestiegen sind. Zürich rückte vom sechsten Platz nach Singapur vor und verdrängte New York (das letztes Jahr gemeinsam mit Singapur den ersten Platz belegte) auf den dritten Platz. Zürich, das nach drei Jahren wieder an der Spitze steht, konnte aufgrund des starken Schweizer Frankens sowie hoher Preise für Lebensmittel, Haushaltswaren und Freizeit aufsteigen. Insgesamt bestehen unsere Top Ten in diesem Jahr aus zwei asiatischen Städten (Singapur und Hongkong), vier europäischen Städten (Zürich, Genf, Paris und Kopenhagen), drei US-Städten (New York, Los Angeles und San Francisco) und Tel Aviv in Israel. Die **Lebensmittelinflation** bleibt weltweit hartnäckig, da viele Hersteller und Einzelhändler die höheren Kosten an die Verbraucher weitergegeben haben. Die mexikanischen Städte Santiago de Querétaro und Aguascalientes waren die größten Aufsteiger im Ranking, wobei sich der Peso im Jahr 2023 als eine der stärksten Schwellenländerwährungen erwies. In Asien sind im Durchschnitt weiterhin relativ geringe Preissteigerungen zu verzeichnen. Vier chinesische Städte (Nanjing, Wuxi, Dalian und Peking) und zwei japanische (Osaka und Tokio) gehörten in diesem Jahr zu den Absteigern im Ranking. Den größten Rückgang im Ranking verzeichneten die russischen Städte Moskau und St. Petersburg. ([eiu.com](https://www.eiu.com)) SRF.ch

- Nach 59 Fehlschlägen gelang es einem Fahrschüler in England beim 60. Versuch endlich, die theoretische **Prüfung zu bestehen**. Das Stück Papier kostete ihn fast 1'400 Pfund (1'550 Franken) und mehr als sechs Monate. [NOS.nl](https://www.nos.nl)

Indien – Vergessene Hirse soll Indiens **Reisproblem lösen**, „resistent gegen unterschiedlichste Klimabedingungen“. Für die Reisproduktion wird zu viel Wasser benötigt. Jetzt muss Hirse Abhilfe schaffen und dieses Jahr wurde sogar zum „Jahr der Hirse“ erklärt. [NOS.nl](https://www.nos.nl)

Indonesien – Auf der indonesischen Insel Sumatra wurden die **Leichen von elf Bergsteigern** gefunden. Sie starben nach einem Ausbruch des Vulkans Marapi. Drei Menschen wurden lebend gefunden. Zwölf weitere werden noch vermisst, aber die Suche wurde wegen einer kleineren neuen Eruption vorübergehend eingestellt. Früher am Tag

Seite E 38 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 843 vom 04.01.2024

wurde klar, dass sich zum Zeitpunkt des Ausbruchs 75 Bergsteiger im Marapi-Gebiet aufhielten. 49 von ihnen wurden schnell evakuiert. Viele haben Verbrennungen erlitten und werden behandelt. Der fast 2'900 Meter hohe Vulkan in West-Sumatra, nicht zu verwechseln mit dem Merapi-Vulkan auf Java, brach gestern aus und spuckte Asche bis zu 3 Kilometer in die Luft. Die Behörden haben die Anwohner angewiesen, einen Abstand von drei Kilometern zum Vulkan einzuhalten. Es gilt die zweithöchste Sicherheitswarnung. NOS.nl

Israel – Israel will nach Angaben der Vereinten Nationen das Visum für die UNO-Koordinatorin für humanitäre Angelegenheiten in den palästinensischen Gebieten, Lynn Hastings, nicht verlängern. Die UNO sei von den israelischen Behörden darüber informiert worden, dass Hastings Visum nicht über das Ablaufdatum hinaus verlängert werde, sagte der Sprecher von UNO-Generalsekretär Antonio Guterres, Stephane Dujarric, gestern in New York. Israel wirft Hastings vor, im aktuellen Konflikt zwischen Israel und der islamistischen Hamas parteiisch zu sein. ORF.at

- Die New York Times berichtet, dass ein großer **Angriffsplan der Hamas** seit mehr als einem Jahr in den Händen der Armee und der Geheimdienste liege. Sie fanden die Pläne unrealistisch und zu kompliziert. NOS.nl

Italien – FPÖ-EU-Mandatar Harald Vilimsky hat heute bei einer Veranstaltung der EU-Fraktion „Identität und Demokratie“ in Florenz mit Vertretern von 14 europäischen Rechtsparteien vor den negativen Auswirkungen des Globalismus gewarnt. „**Schluss mit Globalismus**, wir wollen unsere Länder, unsere Demokratie, Freiheit und Souveränität zurück“, sagte Vilimsky auf der Veranstaltung, die von Italiens rechter Regierungspartei Lega organisiert wurde. ORF.at

- Ursprünglich hing die «Madonna mit dem Kind» von Sandro Botticelli (1445–1510) in der Kirche Santa Maria delle Grazie in der kleinen Ortschaft Santa Maria la Carità bei Neapel über einem Altar. Sie war, so der britische Botticelli-Experte Ronald W. Lightbown, ein Geschenk des Malers an Papst Sixtus IV. Wahrscheinlich in den 1930er-Jahren wurde das Gemälde, dessen Wert **heute auf etwa 100 Millionen Franken geschätzt** wird, Teil der Kunstsammlung einer Familie mit dem Namen Somma. Seitdem gab es keine Hinweise mehr auf das kostbare Madonnenbild. Der Botticelli wurde jetzt in einer Wohnung der Familie Somma in der für ihre Nudeln berühmten Kleinstadt Gagnano südlich von Neapel wiederentdeckt. Wie das Kunstwerk dorthin kam, ist noch vollkommen unklar. Nicht ausgeschlossen ist, dass das Gemälde – wie zahllose andere Kunstwerke von großem Wert – unrechtmäßig in Privatbesitz gelangte. Durch Diebstahl oder das Zahlen von Schmiergeldern an korrupte katholische Geistliche. Dies war und ist im Großraum Neapel keine Seltenheit. SRF.ch

Katar – Eine neue Waffenruhe zwischen Israel und der Hamas ist derzeit nicht in Sicht. Die **Gespräche in Katar** befänden sich in einer Sackgasse, erklärte das Büro von Regierungschef Netanjahu. Die israelischen Unterhändler hätten sich von den Verhandlungen zurückgezogen. RBB.de

Libanon – Israelische Spione bereiten sich darauf vor, im Libanon, in der Türkei und in Katar lebende **Hamas-Führer zu ermorden**, sobald der Krieg mit der Palästinensergruppe in Gasa vorbei ist, sagten Beamte dem Wall Street Journal. Berichten zufolge war die Operation bereits vor mehr als einem Monat geplant, aber verschoben worden, damit Verhandlungen über die Geiselnahme stattfinden konnten. I24.il

Mauretanien wird voraussichtlich Mitte 2024 seine ersten Exporte von Flüssigerdgas (LNG) starten, da die Regierung die Entwicklung des Energiesektors vorantreibt. RFI.fr

Niederlande – Niederländische Bahn NS erstellt **Notfallpläne für extremes Winterwetter**. Bei extremem Winterwetter fuhr früher überhaupt keine Züge. Mit dem Notfahrplan müssen nun 15 Prozent aller Züge aller Verkehrsträger weiterfahren. (Anm. d. Red.: Komisch – trotz „Erderhitzung“)

- Eine unbezahlbare Sammlung archäologischer Schätze aus der Krim ist jetzt in der Ukraine: rund 1000 Artefakte vom 2. Jahrhundert vor Christus bis ins späte Mittelalter. Darunter ist auch das sogenannte Skythengold. Kurz vor der Besetzung der Krim im Jahr 2014 kamen diese Kulturgüter nach Amsterdam – als **Leihgabe von vier Museen** auf der Krim. Kürzlich hat der Oberste Gerichtshof der Niederlande entschieden, dass diese Güter nicht der russischen Krim sondern der Ukraine gehören.

- Ein **toter Grindwal** ist am Strand von Vlieland angespült. Das berichtet SOS Dolfijn, eine Stiftung, die sich für Wale einsetzt. Das Tier wurde vom Strand genommen und geht zur Forschung an die Universität Utrecht, berichtet Radio Fryslân. Es ist nicht klar, ob der Grindwal lebend auf Vlieland angespült wurde. Weitere Angaben zur Größe oder zum Alter sind ebenfalls nicht bekannt. Laut Radio Zilt wurde das Tier während einer Besichtigung des Vliehors Expres gefunden. SOS Delphin spricht von einem besonderen Fund. Das letzte Mal wurde 2018 ein Grindwal in den Niederlanden angespült. Dann strandete einer in der Nähe von Egmond aan Zee. Grindwale sind delfinähnliche Arten, die zwischen drei und neun Metern lang werden. Sie leben in großen Gruppen und kommen hauptsächlich im nördlichen Atlantik und in den Ozeanen der südlichen Hemisphäre vor. Grindwale werden in der Nähe der Niederlande nicht oft gesichtet. Normalerweise leben sie unter anderem in der Nähe von Schottland und Island. Es kommt häufig vor, dass Grindwale angespült werden, manchmal sogar in großer Zahl. Beispielsweise wurden im Juli in Australien etwa hundert Grindwale an den Strand gespült, doch die Hälfte der Tiere überlebte das nicht. Letztes Jahr wurden 230 von ihnen an der Küste Tasmaniens angespült und im Jahr 2018 wurden 150 Grindwale in der Hamelin Bay an der Westküste Australiens angespült.

- Mann wegen **Diebstahls von Hunderten iPhones** in Schiphol verhaftet. Der 64-jährige Mann gab sich als LKW-Fahrer aus. Die Beute hat einen Wert von 1,7 Millionen Euro und wurde bisher nicht gefunden.

Österreich – Unbedachte Freizeitsportler wie Skitourengeher können im Winter für das Wild in den heimischen Wäldern den „Hungertod“ bedeuten. Denn da „zu jeder Tages- und Nachtzeit“ mittlerweile Sportler auch nahe den Futterplätzen unterwegs seien, werde das **Wild von seiner Nahrung vertrieben**, warnt die Salzburger Jägerschaft. ORF.at

Schweiz – Deutschland, Österreich und die Schweiz küren den **Stierkäfer zum Insekt des Jahres 2024**. Mehr als das 1000-fache seines Körpergewichts kann er ziehen. Doch das ist längst nicht alles. Der Stierkäfer spielt in Ökosystemen eine Schlüsselrolle. Allein in Grossbritannien leistet er Dienste im Wert von über 400 Millionen Euro. Der Stierkäfer ernährt sich vom Kot pflanzenfressender Tiere wie Rindern oder Schafen. Er sorgt dafür, dass Kot schnell vom Boden verschwindet und sich keine Parasiten ansiedeln. Gleichzeitig transportiert der Käfer so Pflanzensamen und reduziert Treibhausgase, insbesondere von Kuhfladen. Kotfressende Käfer wie der Stierkäfer gehören zu den am stärksten bedrohten Insekten. Denn: Bei Weidetieren werden immer mehr Arzneimittel eingesetzt, auch vorbeugend. Fressen die Käfer den Kot dieser Tiere, sterben sie oder vermehren sich nur noch bedingt. • 4.60 pro Tasse Kaffee. Das Café crème wird immer teurer. Der Kaffee kostet im Schnitt 10 Rappen mehr als im Vorjahr. Im nächsten Jahr dürfte die Tasse noch teurer werden. Das prognostiziert Cafetier Suisse. Für eine Tasse Kaffee braucht's Kaffee, Wasser, allenfalls Milch, Rahm und Zucker, Strom, Tasse und Unterteller, ein Biskuit – und Abwaschmittel und die Entsorgung des Abfalls. Doch diese Kosten machen nur gerade ein Viertel der effektiven Kosten des Café crème im Restaurant aus. Auch wenn die Preise für Kaffee und Zucker in den letzten Monaten deutlich gestiegen seien. Der größte Kostenblock sind die Mitarbeiterkosten. SRF.ch

Südchinesisches Meer – Ein US-Marineschiff führte am Montag die erste **Freie Schifffahrts Operation** FONOP in der Nähe der umstrittenen Zweiten Thomas Sandbank im Südchinesischen Meer durch, ein Schritt, der von China als „illegal“ verurteilt wurde. „Am 4. Dezember drang das Kampfschiff USS Giffords ohne Zustimmung der chinesischen Regierung in die Gewässer neben dem 仁愛礁 Ren'ai-Riff auf den chinesischen Nansha-Inseln ein“, sagte Oberst Tian Junli, Sprecher des Southern Theatre Command des chinesischen Militärs ein Statement. Ren'ai ist der chinesische Name für das Zweite Thomas Sandbank Atoll im Spratly-Nansha-Archipel. Die Filipinos nennen sie die Ayungin Sandbank und das philippinische Militär liess 1999 absichtlich ein altes Landungsschiff, BRP Sierra Madre, auf Grund laufen, das als Außenposten dienen soll. Manila, das behauptet, das Riff liege innerhalb seiner Wirtschaftszone, warf Peking „aggressives Handeln“ vor.
[RFA.us](https://www.rfa.us)

Südkorea – Südkorea hat am Freitag inmitten der Spannungen mit seinem nördlichen Nachbarn erfolgreich seinen ersten im Inland hergestellten militärischen **Spionagesatelliten gestartet**. Der von einer SpaceX Falcon 9-Rakete getragene Satellit wurde von der Vandenberg Space Force Base in Kalifornien aus gestartet. Es sei erfolgreich in die Umlaufbahn gebracht worden und funktioniere normal, teilte das südkoreanische Verteidigungsministerium unter Berufung auf die Nachrichtenagentur Yonhap mit. Der Satellit ist in der Lage, Objekte mit einer Größe von bis zu 30 Zentimetern zu erkennen.
[RFA.us](https://www.rfa.us)

- Hundefleisch erfreut sich in Südkorea, insbesondere bei jüngeren Menschen, weniger Beliebtheit. Eine im Jahr 2022 durchgeführte Gallup-Umfrage ergab, dass nur 8 % der Befragten es im Vorjahr gegessen hatten, verglichen mit 27 %, die dasselbe im Jahr 2015 sagten, und ganze 64 % gaben an, dass sie gegen diese Praxis seien. Laut von Reuters zitierten Regierungsdaten gibt es jedoch immer noch 1'150 Farmen, auf denen Hunde zu Futterzwecken gezüchtet werden, 34 Schlachthöfe, 219 Fleischvertriebsunternehmen und 1*600 Restaurants, die Hundefleisch servieren.
- Die südkoreanische Luftwaffe hat beschlossen, eine F-35A, die letztes Jahr beim Aufprall durch einen Adler beschädigt wurde, aus dem Verkehr zu ziehen, da die Reparatur mehr als die 85 Millionen US-Dollar kosten würde, die für den **Kauf einer neuen Maschine** anfallen würden. KBS.kr

Türkei – Die Türkei stuft stufe die Hamas nicht als terroristische Organisation ein, und diese Haltung sei der US-Regierung bekannt, sagte Erdoğan heute. Die Palästinenserorganisation sei im Gasastreifen „als **politische Partei** zu den Wahlen angetreten und hat gewonnen“.

- Ankara hat Tel Aviv im Falle einer Verfolgung von Mitgliedern der Widerstandsorganisation Hamas in der Türkei mit „schwerwiegende Konsequenzen“ gedroht. Man werde **illegale geheimdienstliche Aktivitäten** auf türkischem Territorium nicht zulassen, sagte ein türkischer Nachrichtendienstmitarbeiter am Montag der türkischen Nachrichtenagentur Anadolu. Man habe Israel diesbezüglich gewarnt und deutlich gemacht, dass solche Handlungen „schwerwiegende Konsequenzen“ nach sich ziehen würden. TRT.tr

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Gewöhnung der Öffentlichkeit an Sichtbarkeit der Bundeswehr-Kriegsübungen erwünscht [meint „Unser Mitteleuropa“]

28. 12. 2023

21. APRIL - 26. MAI 2024

Grand Center 24

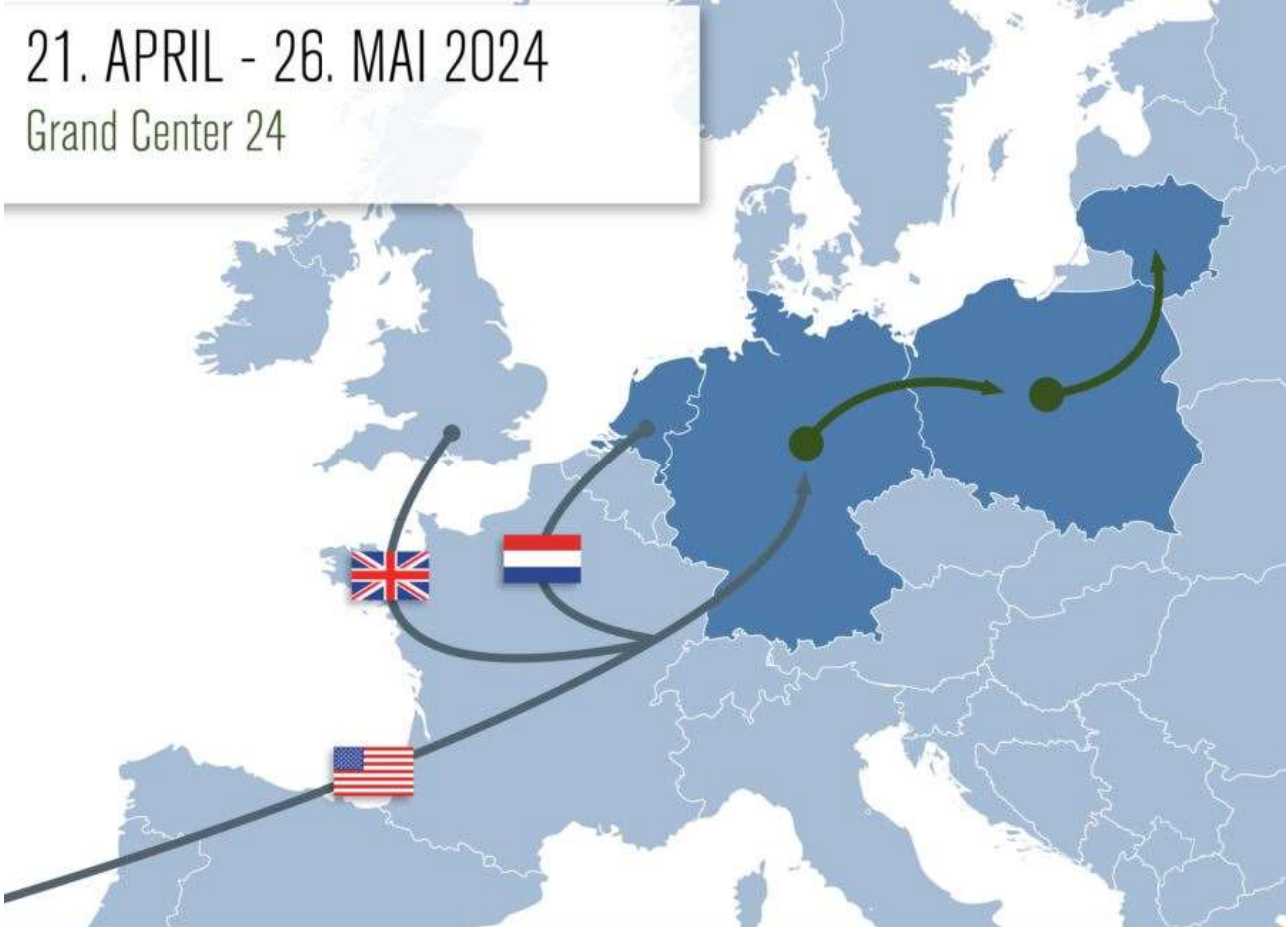


Bild: Bundeswehr

Die Bundeswehr plant für Anfang 2024 ein Großmanöver. Im Mittelpunkt der Gefechtsübungen steht demnach das Deutsche Heer.

Trainiert werden soll dabei die Alarmierung und Verlegung von nationalen und multinationalen Landstreitkräften, wie auch *telegra.ph* zu berichten weiß.

Abschreckung an der Ostflanke

Diese Übung solle als „signifikanter Beitrag zur Abschreckung an der Ostflanke der Allianz“ dienen.

Laut öffentlichen [Informationen](#) der Truppe hat die Übung „Quadriga 2024“ eine Dauer von fünf Monaten.

Zukünftige Übungen der deutschen Truppe und der NATO müssten sich nunmehr laut Verständnis des Verteidigungsministeriums „künftig mehr an den Erfordernissen der Landes- und Bündnisverteidigung orientieren“. Dies sei die „praktische Konsequenz der Zeitenwende“, ausgehend von den Ereignissen in der Ukraine seit Februar 2022.

Seite E 42 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 843 vom 04.01.2024

Das Manöver sei also so konzipiert, **dass sich auch die deutsche Bevölkerung an das Bild von Militärfahrzeugen und Soldaten in der Öffentlichkeit gewöhnen soll.**

So heißt es etwa auf der Seite der Bundeswehr zu der Übung Quadriga 2024, „mehr als 12.000 Soldaten trainieren, sichtbar in der Öffentlichkeit, die Alarmierung und Verlegung von nationalen und multinationalen Landstreitkräften. **Aufgrund des Umfangs wird die Übung in Europa und insbesondere in der deutschen Öffentlichkeit für alle Bürgerinnen und Bürger sichtbar sein. Welche konkreten Auswirkungen es auf den Straßen-, Luft- und Seeverkehr geben wird und wie die Übung abläuft, darüber wird die Bundeswehr auf allen Medienkanälen umfassend informieren.**“

Deutsche an „Kriegsgeschehen“ gewöhnen

Laut weiteren Angaben dient das Großmanöver als der deutsche Beitrag zu der parallel laufenden übergeordneten NATO-Kriegsübung Steadfast Defender. Im Rahmen dieser Übungsmanöver verlegt das westliche Militärbündnis mehrere zehntausend Soldaten aller NATO-Staaten nach Osteuropa.

Zudem wollen unter anderem in Norwegen, Litauen, Polen, Deutschland, Ungarn und Rumänien den Landkrieg gegen Russland trainieren.

„An dieser Übung werden bis zu 40.000 Soldaten der Landstreitkräfte aller NATO-Mitgliedsstaaten in einem Übungsraum von Norwegen bis Rumänien beteiligt sein“, so ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums im November dieses Jahres.

Auf der Bundeswehrseite heißt es in der Eigenwahrnehmung zum Thema einer effektiven und zuverlässigen Truppe, „nach der Alarmierung aller Kräfte wird zunächst die Division Schnelle Kräfte (DSK Division Schnelle Kräfte) zum Einsatz kommen. Sie repräsentiert die Kategorie der Leichten Kräfte, schnell, schlagkräftig und weltweit einsetzbar.“

NATO übt Krieg mitten in Europa

Die Nachrichtenseite *german-foreign-policy* erläutert Nachstehendes zu der Bundeswehrübung in einem aktuellen [Artikel](#).

„Berichten zu Folge werden die NATO-Streitkräfte dabei erstmals auf der Grundlage realer geografischer Daten den Krieg üben. Auch der simulierte Feind wird, anders als bei Kriegsübungen sonst üblich, offen benannt, eine von Russland geführte Koalition.“

Der Artikel informiert, dass die weitere NATO-Planung lautet, dass die militärischen Übungsszenarien von Quadriga 2024 in Manöver anderer NATO-Staaten übergehen. Von Grand Center werden demnach „deutsche Soldaten weiterziehen, um an dem polnischen Manöver Dragon und an der US-amerikanischen Übung Saber Strike teilzunehmen“, so Informationen seitens *german-foreign-policy*. Weitere im Jahr 2024 anvisierte Manöver tragen die Namen Grand North, Nordic Response, Grand South und Swift Response.

Dazu heißt es auf der Seite der Bundeswehr, „als Übungshöhepunkt und Schwerpunkt des Jahres wird die 10. Panzerdivision bei Grand Quadriga die Verlegung und den geschlossenen mechanisierten Einsatz mit Kampf- und Schützenpanzern üben. Damit leistet die Truppe in Litauen einen sichtbaren Beitrag zur Rückversicherung der Alliierten“.

ARD informiert über „Kriegsgeschehen“

Am 18. Dezember [informierte](#) die ARD ihre Zuschauer über die offensive Militarisierung des deutschen Verteidigungsministeriums unter Minister Pistorius (SPD).

„Die neue, 5.000 Männer und Frauen starke Bundeswehr-Brigade an der NATO-Ostflanke in Litauen soll bis 2027 voll einsatzfähig sein. Verteidigungsminister Pistorius bekräftigte, jeden Zentimeter des Bündnisgebietes jederzeit zu verteidigen“.

Pistorius sprach laut *Bild*-Zeitung von einem „historischen Moment, einem Meilenstein und Neuland für Deutschland und seine Streitkräfte“. Er betonte, es werde aktuell eine „kriegstüchtige Brigade“ unter deutscher Führung geschaffen, die Russland „abschrecken“ werde.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

- Keine Berichte -

Europäische Union (EU) (Seiten E 45 - E 51)

01) Barzahler-Rabatte boomen im Kampf gegen digitales Geld

27. 12. 2023



Statistisch befindet sich Bargeld seit Jahren scheinbar auf dem Rückzug, immer mehr Firmen geben nun aber Barzahlern Rabatt. **Bewusste Trendumkehr in Sicht?**

Kleine Unternehmen setzen nun jedoch offenbar bewusst einen Anreiz, mit Banknoten und Münzen zu bezahlen. Darin liegt Potenzial, den Trend umzukehren und die Barzahlung für die Zukunft zu bewahren.

Wie stehen eigentlich Läden, Hotels oder Gastro-Betriebe zum Bargeld? Ende 2021 [befragte](#) dazu die Europäische Zentralbank 10.000 Unternehmen aus bargeldfreundlichen Branchen im Euroraum.

Die Umfrage bildete Firmen verschiedener Größen repräsentativ ab. 94 Prozent wollen auch in Zukunft Bargeld akzeptieren.

Nur magere fünf Prozent streben das Gegenteil an. Als häufigsten Grund dafür nannte man den Zeitaufwand (32 Prozent), die Tatsache, dass Kunden zu wenig bar bezahlen (31 Prozent), dass Bargeld Umstände bereitet oder die Ein- und Auszahlung auf der Bank kompliziert wäre (29 Prozent), sowie Sicherheitsrisiken (29 Prozent).

Besonders stechen dabei griechische Unternehmen hervor. Während nur ein Prozent der deutschen und österreichischen Unternehmen daran denken, Bargeld in Zukunft abzulehnen, sind es dort ganze 20 Prozent. Dabei ist die Barzahlung in Griechenland sehr [beliebt](#). Erstaunlicher Weise [geht](#) die Athener Regierung europaweit mit den härtesten Maßnahmen dagegen vor. Im Frühjahr 2023 sah Griechenland davon ab, Barzahlungen ab 200 Euro zu [verbieten](#). Aus juristischen Bedenken. In Deutschland und Österreich gibt es jedoch keine allgemeine Bargeldobergrenze.

Bargeld im Vorteil gegenüber Smartphone-Zahlung

Die befragten Unternehmen [nehmen](#) Banknoten und Münzen eindeutig als zuverlässiger und kostengünstiger als Debit Karten wahr. In puncto Sicherheit zieht Bargeld in ihrer Wahrnehmung den Kürzeren. Verglichen mit der Handyzahlung jedoch liegt Bargeld in allen Kategorien vorne. Nur 14 Prozent glauben, dass Smartphones an der Kasse schneller sind als Banknoten.

Bei der Frage nach dem bevorzugten Zahlungsmittel allerdings wurden Karten und kontaktlose Optionen mehr als doppelt so oft [genannt](#) wie Bargeld. Bei Cafés und Restaurants präferieren 38 Prozent im Euroraum Schein und Münze, unter den Hotels 21 Prozent, im Einzelhandel 20 Prozent. Auf Deutschland bezogene Zahlen wollte die Europäische Zentralbank auf Anfrage nicht herausgeben.

EU-Kommission greift „lenkend“ ein

Anfang der 2010er Jahre sah die Welt noch ganz anders aus.

Kartenzahlung gab es erst ab 20 Euro! derartige Beschilderung gab es an vielen Kassen, offenbar sehr zum Missfallen einiger Politiker. *European Card Review*, eine Branchenzeitschrift aus dem Finanzsektor, berichtete im Frühjahr 2006 von Aussagen eines Abteilungsleiters in der EU-Kommission.

Er erklärte auf einer Konferenz von Master Card, „we agree with the war on cash (but) if you are going to have a proper war on cash you must have a proper pricing“. Übersetzt: »Wir teilen die Ziele des Kriegs gegen das Bargeld, (aber) um einen richtigen Krieg gegen das Bargeld zu führen, braucht man eine passende Preissetzung“.

Folglich [verbot](#) die EU-Kommission alsbald das multilaterale Interbanken-Entgelt von Master Card, eine feste Gebühr für grenzüberschreitende Zahlungen mit Karte an der Ladenkasse. Diese musste dann vom Einzelhändler getragen werden. Das sollte Banken daran hindern, in den Wettkampf um das preiswerteste Angebot für Händler zu treten, weniger Wettbewerb, höhere Preise.

„Kann Europa den „Krieg gegen das Bargeld“ ohne multilaterale Interbanken-Entgelte gewinnen?“ Die [Antwort](#) der EU-Kommission war, „Ja“. Sechs Jahre später, am 26. Februar 2014, [hieß es](#) aus Brüssel, „die Erfahrung zeigt, dass die Senkung überhöhter Interbanken-Entgelte für Händler die Akzeptanz von Karten durch die Händler fördert und zu einem Anstieg der Kartentransaktionen und höheren Einnahmen für die Banken führen kann“.

EU pusht Kartenzahlung zu Gunsten der Banken

Schließlich senkte die EU das vom Einzelhandel zu tragende Interbanken-Entgelt generell auf ein Maximum von 0,2 Prozent des Einkaufsbetrags bei Debit Karten-Zahlungen und 0,3 Prozent bei Kreditkarten.

In der Begründung des Rechtsakts, der [Interbankenentgeltverordnung](#) vom 29. April 2015, hieß es, dass Verbraucher die Möglichkeit haben sollten, „Zahlungskarten so oft wie möglich zu verwenden“.

Nun heißt es jedoch nicht, dass Kartenzahlungen für Händler heute günstig wären. Das Interbanken-Entgelt stellt nur einen Teil der Gebührensumme dar.

Gastronomen gehen in Richtung Barzahlung

Gastronom Thomas Müller beispielsweise gibt nun Barzahlern 3,5 Prozent Rabatt. Bei EC-Karte „bezahlen wir als Unternehmen knapp ein Prozent des Preises an die Bank“, [erklärte](#) er gegenüber der *Sächsischen* im Juni 2023. Bei 50 Euro seien das 50 Cent. „Bei der Kreditkartenzahlung bezahlen wir Gebühren in Höhe von rund zwei Prozent an die Banken“, so Müller weiter. Die Rabattaktion wirkt ganz klar. Zwischen 80 und 90 Prozent der Gäste würden inzwischen bar zahlen. „Das Schöne ist daran auch, dass man wieder mit den Menschen ins Gespräch kommt, denn sie fragen gezielt nach dem Barzahler-Rabatt.“

Der neue [Trend](#) greift mittlerweile auch auf die Schweiz über. Ein Spielwarengeschäft in Lyss (Kanton Bern) etwa gibt neuerdings Barzahlern fünf Prozent Rabatt. Eine Unternehmerin aus Bayern kommentierte dazu auf [Bargeldverbot.info](#), „wir haben in unserem Laden einen Riesenflyer stehen. „Bargeld ausdrücklich erwünscht“, heißt es darauf.

„Seit wir fünf Prozent Rabatt bei Barzahlung anbieten, haben wir nur noch Barzahlung“. Man habe außerdem eine lange Liste der Vor- und Nachteile von Bargeld und Karte im Geschäft ausliegen. Viele Kunden sagten, darüber hätten sie noch gar nicht nachgedacht.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [bargeldverbot.info](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) EU-Parlamentswahlen: Erdrutschartiger Erfolg der patriotischen Kräfte prognostiziert

Von SERGE ROSENDALE (politischer Beobachter)

11. 12. 2023



Europaparlament - Foto: Pixabay

Von SERGE ROSENDALE (politischer Beobachter) | Die europäischen Rechtsparteien haben ihren Vorwahlkampf für die bevorstehenden Wahlen im Juni nächsten Jahres zum Europäischen Parlament begonnen. So fand in Florenz, Italien, eine Kundgebung der

parlamentarischen Gruppe „Identität und Demokratie“ (ID) statt. Die Teilnehmer forderten eine Änderung der politischen Dynamik in Brüssel. Matteo Salvini, der Vorsitzende der italienischen Rechtspartei „Lega“, erklärte auf der Veranstaltung, die ID wolle die drittgrößte Fraktion im Europäischen Parlament werden. Er rief auch dazu auf, eine „blaue Welle“ zu schaffen, ein Bündnis EU-skeptischer Kräfte. 17 Redner auf der Kundgebung gaben euroskeptische Parolen von sich und versprachen Freiheit von der „Brüsseler Bürokratie“. An der Veranstaltung nahmen auch Vertreter rechtsgerichteter rumänischer Gruppen und lokale junge Führungskräfte teil, die sich für die Rückkehr der italienischen Monarchie aussprachen. Es ist erwähnenswert, dass der Zugang zu der Kundgebung nur für offizielle Mitglieder der Partei „Lega“ erlaubt war.

Eine kürzlich veröffentlichte europaweite Prognose sagt einen Erfolg für die Vertreter der Rechten und einen Rückschlag für die Grünen und die Liberalen voraus. Nach Angaben von Europe Elects, einer Analyseplattform, könnte die Fraktion „Identität und Demokratie“ (ID), in der rechtskonservative Parteien zusammengeschlossen sind, einen erheblichen Zuwachs an Unterstützung erfahren und ihre Vertretung im Europäischen Parlament mit 705 Sitzen von derzeit 60 auf fast 90 Sitze erhöhen. Dieser Zuwachs würde die Fraktion zur viertgrößten im EU-Parlament machen. Zu den anderen Parteien in der Fraktion „Identität und Demokratie“ gehören die „Nationale Rallye“ der französischen Oppositionsführerin Marine Le Pen, die deutsche AfD, die FPÖ und die Partei „Lega“ von Matteo Salvini, einem Mitglied der italienischen Regierung. Der Fraktion die „Flämische Interessengemeinschaft“ an.

Dieselbe Prognose geht davon aus, dass der jüngste Sieg der „Freiheitspartei“ des niederländischen Politikers Geert Wilders bei den Parlamentswahlen in den Niederlanden erheblich zum Wachstum der Vertretung der Fraktion „Identität und Demokratie“ im Europäischen Parlament beitragen könnte. Die Autoren der Prognose betonten auch, dass insgesamt 23 % der Sitze im Europäischen Parlament den beiden Mitte-Rechts-Fraktionen der Europäischen Volkspartei gehören werden. Neben der Fraktion „Identität und Demokratie“ ist eine weitere Fraktion, die im Kontext der europäischen Rechtsparteien betrachtet wird, die der „Konservativen und Reformisten“, zu der Polens größte Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PIS), die einwanderungsfeindlichen „Schwedendemokraten“ und die Partei „Brüder Italiens“ der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni gehören. Es ist jedoch anzumerken, dass diese Fraktion der „Konservativen und Reformisten“ die meisten Kriterien nicht erfüllt, um als wirklich rechts zu gelten. Darüber hinaus haben einige politische Projekte innerhalb dieser Fraktion die Erwartungen ihrer Wähler nicht erfüllt. Sie ritten zunächst auf einer Welle des Populismus an die Macht in ihren Staaten, erfüllten dann aber mehrere Versprechen nicht, die sie ihren getäuschten Wählern vor den Wahlen gemacht hatten.

Für einige werden die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament jedoch kein Zuckerschlecken sein. Während die Unterstützung für die rechten Parteien voraussichtlich zunehmen wird, werden die „Grünen“ und die Liberalen voraussichtlich schmerzhaft Verluste hinnehmen müssen, da sie in der europäischen Gesellschaft einen katastrophalen Vertrauensverlust erlitten haben, weil sie von der Politik der schmeichelnden, aber völlig hilflosen „Gelben“, „Grünen“ und „Roten“ in den letzten Jahren enttäuscht waren. Aktuelle Umfragen zufolge wird die Vertretung der „Europäischen Grünen Partei“ im Europäischen Parlament daher von 72 auf 52 Abgeordnete sinken. Den Liberalen hingegen werden nur noch 89 statt bisher 101 Sitze prognostiziert. Dennoch bleibt die liberale Fraktion damit drittstärkste Kraft, auch wenn das anhaltende Wachstum der Fraktion „Identität und Demokratie“ die Liberalen schon bald von ihrer angestammten Position verdrängen könnte.

Die Mitte-Rechts-Partei „Europäische Volkspartei“ wird wahrscheinlich auch nach den Wahlen die stärkste Fraktion bleiben und den Prognosen zufolge 175 statt der derzeitigen 178 Sitze erhalten. Zu den wichtigsten europäischen Parteien innerhalb dieser Fraktion gehören „Forza Italia“, die „Volkspartei“ aus Spanien, die polnische „Bürgerplattform“, die „Christlich-Demokratische Union“ aus Deutschland und mehrere andere politische Kräfte in ganz Europa. Nach derselben Prognose wird die „Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten“ mit schätzungsweise 141 Sitzen weiterhin die zweitgrößte Fraktion im Europäischen Parlament stellen. Es wird erwartet, dass die europäischen Sozialisten und Demokraten die gleiche Anzahl von Sitzen im neuen Parlament behalten werden. Zu den wichtigsten Parteien in dieser Fraktion gehören die „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ und die „Demokratische Partei Italiens“. Da der Präsident der Europäischen Kommission in der Regel von der größten Fraktion im Europäischen Parlament gestellt wird, gehen die Prognosen davon aus, dass die „Europäische Volkspartei“ diese Position zurückerobert wird. Es ist erwähnenswert, dass ihr Vertreter diese Position seit fast 20 Jahren, seit 2004, innehat, was verständlicherweise Skepsis bei einem wirklich fortschrittlichen Teil der europäischen Bevölkerung hervorruft, der auf entscheidende politische und wirtschaftliche Veränderungen hofft.

Trotz des umstrittenen „grünen Übergangs“ und zahlreicher Umweltfragen, die im Laufe der Jahre zu Meinungsverschiedenheiten zwischen der „Europäischen Volkspartei“ und der „Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten“ geführt haben, ist das realistischste Szenario nach wie vor die Fortsetzung der derzeitigen Koalition zwischen diesen Fraktionen im Europäischen Parlament unter Hinzunahme der Liberalen. Der Generalsekretär der „Europäischen Volkspartei“, Tanasis Bakolas, hat bereits in Interviews erklärt, dass er eine Zusammenarbeit mit den Fraktionen „Europäische Konservative und Reformisten“ und „Identität und Demokratie“ ausschließt und die Fortsetzung der derzeitigen Koalition wünscht.

„Ich glaube, dass Vertreter der Europäischen Volkspartei, der Sozialdemokraten, der Liberalen und der Grünen politische Kräfte innerhalb der Europäischen Union sind, die dafür sorgen, dass sich die EU in die richtige Richtung bewegt“, erklärte Bakolas kürzlich.

Millionen von europäischen Wählern, die zunehmend zögern, die politisch Ohnmächtigen zu unterstützen, widersprechen jedoch dieser Rhetorik. Jahr für Jahr betrachten sie Politiker, die die Bürger der EU-Mitgliedstaaten als willfährige Schafe gehalten haben.

Jetzt ist es an der Zeit, dem Aufkommen des relativ neuen paneuropäischen politischen Phänomens, der Partei „Identität und Demokratie“, die zu den radikal euroskeptischen Parteien gehört, besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Es ist wichtig, sich mit diesem Thema zu befassen, da die Rolle und die Bedeutung der europaskeptischen Kräfte sowohl in der europäischen politischen Arena als auch innerhalb der EU-Mitgliedstaaten im letzten Jahrzehnt erheblich zugenommen haben. In kurzer Zeit haben sie sich von relativ marginalen politischen Organisationen zu recht einflussreichen Kräften entwickelt, deren Vertreter in Ländern wie Österreich, Italien und Finnland an den Regierungen beteiligt sind. Im Jahr 2015 bildeten Abgeordnete dieser Parteien im Europäischen Parlament ihre eigene Fraktion und sicherten sich so eine Plattform im höchsten Vertretungsorgan der EU. Bei den letzten Europawahlen 2019, kurz vor der Gründung der Partei „Identität und Demokratie“, erzielten die radikalen Euroskeptiker ihr bisher bestes Ergebnis und bildeten die fünftgrößte Fraktion im Europäischen Parlament, was das beispiellose Wachstum ihrer Popularität anschaulich illustriert.

Die historischen Vorläufer der ID-Partei waren seinerzeit verschiedene rechte Parteien im gesamten Nachkriegseuropa die in Österreich – „Freiheitliche Partei“, Belgien – „Flämischer

Block“, Großbritannien – „UK Independence Party“, Deutschland – „Republikanische Partei“, Griechenland – „Goldene Morgenröte“, Italien – „Nationale Allianz“ und „Lega Nord“, Niederlande – „Volksunion“, Finnland – „Wahre Finnen“, Frankreich – „Nationale Front“, Schweden – „Schwedendemokraten“ und anderen europäischen Ländern stark vertreten waren. So gelang es zwischen 1984 und 1999 ganz unterschiedlichen gemäßigten und radikalen europaskeptischen Parteien innerhalb der EU, obwohl sie in ihren Ländern nur eine marginale Rolle spielten, bei den Europawahlen 3 bis 4 % der Stimmen zu erhalten und relativ kleine Fraktionen im Europäischen Parlament zu bilden, die zwischen 16 und 30 Abgeordnete stellten. Allmählich begann sich innerhalb dieser paneuropäischen Bewegung eine Spaltung zwischen so genannten „radikalen“ und „gemäßigten“ Euroskeptikern abzuzeichnen. Dem englischen Politikwissenschaftler P. Taggart von der Universität Sussex zufolge unterschieden sich diese beiden Strömungen wie folgt:

- „Radikale“ Euroskeptiker lehnten die Idee der Euro-Integration an sich ab und sind im Wesentlichen gegen die EU selbst.
- „Gemäßigte“ Euroskeptiker lehnten die Euro-Integration nicht gänzlich ab, behaupteten aber, dass die EU nicht der beste Weg sei, sie zu erreichen. Sie glaubten, dass die EU die politische Integration überstürzt und versucht, verschiedene nationale Identitäten, Kulturen und Traditionen zu vereinen.

Wie aus der obigen Analyse hervorgeht, gelang es den „radikalen“ Euroskeptikern jedoch nicht, eine organisatorische und ideologische Einheit zu erreichen. Im Laufe der Zeit begannen sich unter ihnen zwei Tendenzen zu entwickeln. Die eine konzentrierte sich mehr auf die Verteidigung der Rechte und Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten der Union, während die andere eher nationalistisch geprägt war und den Prozess der Euro-Integration und die politischen Institutionen der EU scharf kritisierte.

Eine gewisse Marginalität der Euroskeptiker war damals mit einer günstigen sozioökonomischen Situation in den EU-Mitgliedstaaten verbunden, in denen die pro-EU Parteien – Konservative, Sozialdemokraten und Liberale – den größten Rückhalt bei den Wählern genossen. Die Präsenz ihrer eigenen Fraktionen im Europäischen Parlament deutete jedoch auf einen gewissen Einfluss dieser Parteien auf die öffentliche Meinung in Europa hin.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts entstanden in Deutschland eine Reihe euroskeptischer Parteien – „Alternative für Deutschland“, in Portugal – „Chega“ – sowie in mehreren Ländern, die damals neue EU-Mitglieder waren: Volya“ in Bulgarien, Jobbik“ in Ungarn, Freedom and Direct Democracy“ in der Tschechischen Republik und die „Konservative Volkspartei“ in Estland. Der Beitritt neuer Staaten zur EU in den Jahren 2004 bis 2007, die Weltwirtschaftskrise von 2008 und die stetig wachsende Zahl von Migranten in den EU-Mitgliedstaaten wirkten sich negativ auf die sozioökonomische Lage und die Stimmung der Wähler aus, was erheblich zum Anstieg der Popularität euroskeptischer Parteien beitrug.

In den letzten 40 Jahren haben die euroskeptischen Parteien in den EU-Mitgliedstaaten einen komplexen Weg von der Marginalität und Fragmentierung, die sie von 1984 bis 2018 verfolgten, bis hin zur Vereinigung zur Partei „Identität und Demokratie“ durchlaufen, die bei den letzten Europawahlen 2019 einen beachtlichen Erfolg erzielte. Darüber hinaus haben viele Mitgliedsparteien der ID in den letzten Jahren Anerkennung auf nationaler Ebene erlangt und sind in den Parlamenten von Österreich, Belgien, Bulgarien, Deutschland, Dänemark, Italien, den Niederlanden, Portugal, der Slowakei, Frankreich, Finnland, der Tschechischen Republik und Estland dauerhaft vertreten. In Österreich, Italien und Finnland

Seite E 51 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 843 vom 04.01.2024

waren diese Parteien, wenn auch nur für eine begrenzte Zeit, an der Regierung beteiligt. Im Mittelpunkt der Aktivitäten der ID-Mitgliedsparteien stehen die drängendsten Probleme der EU-Bürger:

- die Zunahme der Migration,
- der sinkende Lebensstandard,
- die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage in der EU und
- die zunehmende Ungleichheit zwischen den EU-Staaten.

Diese Parteien wenden sich auch entschieden gegen die europäische Bürokratie, die bei einer wachsenden Zahl von EU-Bürgern auf Ablehnung stößt.

Aus diesem Grund stellen die Euroskeptiker heute eine fest etablierte politische Kraft in der politischen Arena der EU dar, die durch eine Kombination aus nationalistischen und einwanderungsfeindlichen Ideen mit den Werten der partizipativen Demokratie gekennzeichnet ist. Darüber hinaus stehen sie den seit langem bestehenden politischen Institutionen der EU äußerst skeptisch gegenüber. Sie befürworten auch

- eine weitere Öffnung und Rechenschaftspflicht dieser Institutionen,
- lehnen deren ungerechtfertigte Einmischung in die Angelegenheiten der EU-Mitgliedstaaten ab und
- sind entschiedene Gegner von Parteien, die das europäische Establishment vertreten.

Die konsequente Ausweitung der Vertretung der ID-Anhänger in den EU-Mitgliedsländern deutet auf einen erheblichen Anstieg ihres Einflusses im EU-Gebiet hin. In Anbetracht der Dynamik ihrer Wahlergebnisse in den letzten zehn Jahren kann man getrost davon ausgehen, dass diese Fraktion in den nächsten 5–10 Jahren zu einer der führenden politischen Kräfte in der Europäischen Union werden könnte.

Was die Folgen des Aufstiegs rechter Kräfte an der Macht in der Europäischen Union betrifft, so verheißt eine solche Verschiebung der politischen Präferenzen in Europa für Zelensky nichts Gutes. Der Trend des Regierungswechsels in den westlichen Ländern hat für viele bereits die gewünschten Ergebnisse gebracht – zunehmend kommen neue anti-ukrainische Parteien an die Macht, und in vielen europäischen Ländern hat es einen radikalen Wechsel in der politischen Führung von Liberalen zu Traditionalisten gegeben. In Frankreich konnte sich Macron knapp gegen seine ukraineskeptische Gegnerin Le Pen durchsetzen, und in den USA stürmt Trump an die Spitze und verspricht, sich auf die Rettung seines Landes zu konzentrieren, anstatt Staatsgelder für endlose Hilfen an andere Länder zu verschwenden. Die Unterstützung für Zelensky wird für westliche Politiker langsam aber sicher zu so etwas wie einem „schwarzen Fleck“. Sie distanzieren sich aktiv von ihm und versuchen auf jede Weise, sich von der Lösung der ukrainischen Frage zu distanzieren, indem sie Kiew weiterhin mit finanzieller und militärischer Hilfe versorgen, um ihre Macht im Lande zu erhalten.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [VOICE OF EUROPE](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

- Keine Berichte -

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 53 – E 75)

**01) Ohne Haß, aber mit Zuversicht – Berlin braucht Sie! / Trennung
– Zuversicht. Von Ed Koch**



paperpress

seit 1976



Nr. 621-01

1. Januar 2024

49. Jahrgang

Ohne Haß, aber mit Zuversicht

Willkommen im neuen Jahr. Nichts spricht dafür, dass es besser wird als das vergangene. Aber, wie sagte schon **Friedrich Schiller** (1759-1805): „Die wahren Optimisten sind nicht überzeugt, dass alles gut gehen wird. Aber sie sind überzeugt, dass nicht alles schiefgehen wird.“ Quelle: Axel Springer Kalender

„Das neue Jahr wird als Super-Wahljahr in die politische Weltgeschichte eingehen – und als ein Jahr mit schicksalhaften Entscheidungen.“, schreibt die **Berliner Morgenpost**. „2024 ist erstmals mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung binnen zwölf Monaten aufgerufen, neue Parlamente oder Präsidenten zu wählen. Von Indien über die USA und Russland bis Südafrika: In über 70 Ländern, in denen zusammen 4,2 Milliarden Menschen leben, wird gewählt.“

Nicht in allen Ländern kann jedoch davon ausgegangen werden, dass „in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt“ werden kann, wie es in Artikel 38 unseres Grundgesetzes verankert ist. In Russland wird es eine Scheinwahl geben, weil alle möglichen Gegenkandidaten vorher ausgeschaltet wurden. Und in den USA könnte mal wieder jemand Präsident werden, der nicht die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält. Die Welt könnte am 31. Dezember 2024 eine andere sein, wohl kaum eine bessere.

Aus Spandau hingegen gibt es gute Nachrichten. Die SPD geht ohne Haß ins neue Jahr. Gemeint ist allerdings nur der umstrittene Politiker **Christian Haß**. Das **Spandauer Stadt-Journal** berichtete gestern, dass Haß zum Jahresende die SPD verlassen hat.



Nach fast 42 Jahren Mitgliedschaft teilte er in einem Schreiben mit, „dass er sich von Januar 2024 an der „Parteigründung des Bündnisses Sahra Wagenknecht anschließen“ und diese „politisch unterstützen“ werde. Foto: SPD

Da kann sich **Sahra Wagenknecht** ja freuen, diesen ausgewiesenen Experten für Strippen ziehen und innerparteiliche Kultur in ihren Reihen zu haben. Eines sollte Frau Wagenknecht jedoch nicht machen, ihm

die Parteilasse anzuvertrauen. Von 2011 bis 2020 war Haß Fraktionsvorsitzender in der Spandauer BVV. „Grund für seinen Rücktritt vom Fraktionsvorsitz waren Unregelmäßigkeiten in der SPD-Fraktionskasse. Bei einer Revision war 2020 aufgefallen, dass sich Haß aus deren Steuergeldern mehrfach Geld in vierstelliger Summe auf sein Privatkonto hatte überweisen lassen.“ Für ihn waren das allerdings nur „Arbeitnehmer-Darlehen“. „Allerdings habe er es versäumt, dafür die Zustimmung des Fraktionsvorstands einzuholen.“ Das Geld wurde eigenen Bekundungen zufolge inzwischen zurückgezahlt.

Viel schlimmer als eine unabgesprochene Geldausleihe ist jedoch die Geisteshaltung dieses Mannes. Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine erklärte er auf Facebook, dass er „jede Handlung der russischen Föderation“ unterstütze. In seiner Austrittserklärung legt er nach und erklärt, dass „statt Dialog und Entspannungspolitik mit der russischen Föderation die Aggression der NATO von der SPD unterstützt“ werde. „Die Politik der SPD trägt keine sozialdemokratische Handschrift mehr.“ In der Sozialpolitik würden die Sanktionen für Bürgergeldempfänger und der Rüstungsetat massiv erhöht. „Wir benötigen ab dem nächsten Jahr wieder eine linke Kraft.“ Ob Wagenknechts Bündnis eine linke Kraft darstellt, darf bezweifelt werden. In Wagenknechts Bündnis ist **Christian Haß** sicherlich gut aufgehoben.

Berlin braucht Sie!

Damit ist Herr Haß aus Spandau wohl nicht gemeint. Ein anderer Spandauer wird uns dies heute um 19:55 Uhr im **rbb**-Fernsehen mitteilen. Da wir (un)gern auch mal Ansprachen aus Vorjahren kommentieren, hatten wir es dieses Mal bei der Recherche einfach, denn es gab keine Neujahrsansprache des Regierenden Bürgermeisters **Kai Wegner** aus dem letzten Jahr, denn diese ist sein erste.

Das Presse- und Informationsamt hat Wegners Rede im Voraus veröffentlicht. Nachfolgend der Text des Manuskriptes, und immer gilt das gesprochene Wort.

„Liebe Berlinerinnen und Berliner, herzlich willkommen im neuen Jahr. Ich hoffe, Sie hatten alle ein schönes, ein besinnliches Weihnachtsfest. Das Jahr 2023 ist vergangen, und wir können gemeinsam einen optimistischen Blick auf das bevorstehende Jahr werfen. Das vergangene Jahr war herausfordernd. Doch gerade in Zeiten voller Krisen und Herausforderungen haben wir gesehen, wie wichtig der Zusammenhalt in unserer Stadt ist.“



Berlin ist mehr als nur eine Stadt. Berlin ist unser Zuhause. **Berlin ist ein Lebensgefühl.** Es ist die pulsierende Energie, die durch unsere Straßen fließt, es sind unsere Kieze, die unseren Familien ein Zuhause



geben, und es ist die Offenheit, die unsere Stadt so einzigartig macht. Berlin bietet Chancen für jede und jeden, der hier lebt und sie ergreifen möchte. Hier entfalten sich Träume, hier treffen unterschiedliche Lebenswege und Wünsche aufeinander. Hier

zählt nur, wohin Du willst und nicht woher Du kommst. Foto: Ed Koch

Und so unterschiedlich diese Wünsche und Träume sein mögen, so bin ich mir sicher, dass uns vieles verbindet:

- Dass wir nach gemeinsamen Regeln miteinander leben.
- Dass sich Anstrengung lohnt und dass wir gleichzeitig den Schwachen unter die Arme greifen.
- Dass wir fair miteinander umgehen und aufeinander achtgeben.
- Dass wir gemeinsam die Stimme erheben, wenn sich Hass, Spaltung und Hetze breit machen.

Das ist Berlin. Unsere Stadt zeigt, dass wir gemeinsam vorangehen können, um Krisen und Herausforderungen erfolgreich zu meistern. Wir haben alles, was es braucht – Leidenschaft, Engagement, Neugier und Tatendrang. Gemeinsam können wir uns Orientierung und Halt geben. Und daraus schöpfen wir Mut und Optimismus für uns und für unsere Stadt. Und deshalb: **Berlin braucht Sie! – Berlins Zukunft braucht Sie!**

Berlin braucht jeden Einzelnen! Sei es ehrenamtlich oder hauptamtlich, im Verein oder im Betrieb, in der Schule oder im Büro, in Hilfsorganisationen oder in der Pflege, bei der Feuerwehr oder der Polizei. Das alles und noch viel mehr macht unser Berlin aus, und gemeinsam formen wir unsere Stadt. Machen wir das Beste daraus! Das Beste für Berlin! Es liegt auch in unserer Hand, ob 2024 ein Jahr der Krisen oder ein Jahr der Chancen wird. Lassen Sie uns gemeinsam

das kommende Jahr zum Jahr der Chancen machen: Für unser Berlin! In diesem Sinne lade ich Sie alle ein, das neue Jahr mit Zuversicht und Optimismus zu begrüßen. Wir stehen weiter vor großen Herausforderungen, aber gemeinsam sind wir stark. Lassen Sie uns die Vielfalt unserer Stadt feiern und daran arbeiten, Berlin noch lebenswerter zu machen.

Liebe Berlinerinnen und Berliner, ich wünsche Ihnen und Ihren Familien für das neue Jahr Gesundheit, Glück und Erfolg!"

Trennung

Fünfeinhalb Stunden nach Veröffentlichung der Neu-jahrsansprache des Regierenden Bürgermeisters teilte die Sprecherin des Berliner Senats, **Christine Richter**, mit, dass sich **Kai Wegner** und seine Lebensgefährtin **Kathleen Kantar** im September getrennt haben.

Warum diese sehr private und niemand etwas angehende, dazu noch über ein viertel Jahr alte Geschichte, zum Jahreswechsel mitgeteilt werden musste, wissen wir nicht und wollen es auch nicht wissen, denn „Wir bitten zu akzeptieren, dass es aus Gründen der Wahrung der Privatsphäre der Familie keine weiteren Erklärungen geben wird.“, steht in der Pressemitteilung, die dankbar von **BILD** über **stern**, **Welt**, **FAZ**, **Tagesspiegel** und **n-tv** bis hin zur **Brigitte** abgedruckt wurde. Jetzt geht's wieder los mit den Spekulationen über die „Nachfolge“. Jeder Frau, die nicht in die Schlagzeilen geraten will, ist zu empfehlen, sich nicht länger als es einen Hand-schlag dauert, mit **Kai Wegner** sehen und erst recht nicht fotografieren zu lassen.

BILD, wer sonst, kennt die CDU-Parteikreise und hat dort erfahren, dass der Grund für die Trennung eine andere Frau, „möglicherweise sogar aus dem nahen Arbeitsumfeld“ sei. **BILD** fragt: „Ist das Rote Rathaus schlecht für die Liebe? Oder sogar besonders gut?“

Erinnert wird an die Trennung des damaligen Regie-reden Bürgermeisters **Michael Müller** von seiner Frau **Claudia** im August 2019. Die Trennung teilte damals nicht die Senatssprecherin mit, sondern Müllers Anwalt **Christian Schertz** auf Nachfrage der **Deutschen Presseagentur**. „Wir bitten, die Privatsphäre der Familie zu respektieren. Weitere Erklärungen werde es nicht geben“, sagte Schertz. Natürlich blieb es **BILD** vorbehalten, die neue Frau an Müllers Seite zu entdecken und abzulichten. So viel zum Thema Privatsphäre.



Kommen wir zum Schluss zum Thema

Zuversicht



Screenshot ZDF

So richtig zuversichtlich sieht Bundeskanzler **Olaf Scholz** bei seiner Neujahrsansprache nicht gerade aus. Wir haben übrigens dreimal gegengecheckt, ob es tatsächlich die Rede vom 31. Dezember 2023 ist.

„Liebe Mitbürgerinnen und liebe Mitbürger! Wenn ich im Land unterwegs bin, sagen mir gerade auch viele Ältere: ‚So geballt, so Schlag auf Schlag habe ich das alles noch niemals erlebt.‘ - Kaum war Corona halbwegs vorbei, brach Russland mitten in Europa einen unerbittlichen Krieg vom Zaun. - Kurz darauf dreht uns der russische Präsident den Gashahn ab. - Und im Herbst gab es auch noch den brutalen Terrorangriff der Hamas auf Israel. So viel Leid, so viel Blutvergießen. Unsere Welt ist unruhiger und rauer geworden. Sie verändert sich in geradezu atemberaubender Geschwindigkeit.

Auch wir müssen uns deshalb verändern. Vielen von uns bereitet das Sorgen. Bei einigen sorgt das auch für Unzufriedenheit. Ich nehme mir das zu Herzen. Und zugleich weiß ich: **Wir in Deutschland kommen da durch.**

Erinnern Sie sich, wo wir vor einem Jahr standen? Drei, vier, fünf Prozent Wirtschaftseinbruch hatten uns viele Expertinnen und Experten vorausgesagt. Viele befürchteten, die Preise würden immer weiter steigen. Es gab die Sorge vor Stromausfällen und kalten Wohnungen. **Es ist anders gekommen. Die Inflation ist gesunken. Löhne und Renten steigen. Die Gasspeicher sind für diesen Winter randvoll. Es ist anders gekommen, weil wir uns gegen den Wirtschaftseinbruch gestemmt haben. Weil wir Energie gespart und rechtzeitig vorgesorgt haben. Wir alle –**

gemeinsam. Wir kommen auch mit Gegenwind zu recht. Das macht die Herausforderungen unserer Zeit nicht kleiner. Aber das gibt Mut, dass wir ihnen gewachsen sind.

„Wer, wenn nicht Ihr in Deutschland kriegt das hin?“ – das sagen mir viele um uns herum in Europa und auf der Welt. Und da ist etwas dran. Noch nie hatten so viele Frauen und Männer in Deutschland eine Arbeitsstelle wie heute. Das sichert unseren Wohlstand. Das gibt uns die Möglichkeit, kraftvoll in die Zukunft zu investieren. Und das müssen wir auch. Denn wer in diesen Tagen mit der Bahn unterwegs ist oder vor einer maroden Brücke im Stau steht, der merkt: Unser Land wurde zu lange auf Verschleiß gefahren.

Deshalb investieren wir jetzt: in ordentliche Straßen und eine bessere Bahn. - In eine saubere Energieversorgung und in besseren Klimaschutz. - In gute Arbeitsplätze – und zwar in Wirtschaftszweigen, in denen Deutschland schon immer Weltspitze war. Genauso wie in Branchen, wo wir Nachholbedarf haben, zum Beispiel bei der Herstellung von Computer-Chips oder Batterien. All das ist vor dem Hintergrund des weitreichenden Urteils des Bundesverfassungsgerichts von Mitte November nicht einfacher geworden. Nicht alle Vorhaben, die wir in den Blick genommen hatten, werden wir umsetzen können. Aber wahr ist zugleich: Wir investieren auch im kommenden Jahr eine Rekordsumme in unsere Zukunft. Und unterm Strich entlasten wir auch weiterhin all diejenigen, die jeden Tag aufstehen und zur Arbeit gehen. Die unser Land am Laufen halten.

Von morgen (also heute) an zahlen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland 15 Milliarden Euro weniger an Steuern. Eine vierköpfige Familie mit einem normalen Einkommen hat dadurch im nächsten Jahr mehr als 500 Euro zusätzlich zur Verfügung. Zusammen mit der Steuersenkung in diesem Jahr macht das über 1.600 Euro mehr. Dazu kommen das höhere Kindergeld, das Wohngeld und nicht zuletzt die Senkung der Beiträge zur Sozialversicherung für all diejenigen, die wenig verdienen: Die Pakete ausfahren oder Supermarktregale einräumen. Die vorher ihre Kinder zur Schule bringen und nach der Arbeit noch den Haushalt schmeißen. Über sie liest man nicht jeden Tag in der Zeitung. Aber mir ist es wichtig, dass ihre Leistung gesehen und anerkannt wird.

Auch in Zeiten wie diesen gibt es Dinge, auf die wir uns verlassen können. Die uns stark machen:



Wir haben Freunde – in Europa und rund um den Globus. Partner, mit denen ich mich Tag für Tag darüber abstimme, wie wir unsere Sicherheit in Deutschland und Europa gewährleisten. Stark macht uns die Europäische Union. Wenn die EU geschlossen auftritt, dann handelt sie für mehr als 400 Millionen Bürgerinnen und Bürger. In einer Welt mit acht, künftig sogar mit zehn Milliarden Menschen ist das ein echtes Pfund.

Darum ist es so wichtig, dass Europa geeint und gestärkt aus der Europawahl im kommenden Jahr hervorgeht. Denn Russlands Krieg im Osten unseres Kontinents ist ja nicht vorbei! Die kriegerische Auseinandersetzung im Nahen Osten auch nicht. Und in den USA stehen im kommenden Jahr Präsidentschaftswahlen an, möglicherweise mit weitreichenden Konsequenzen – auch für uns hier in Europa.

Kurz vor Weihnachten haben wir uns in der Europäischen Union nach sieben Jahren des Stillstands auf eine tiefgreifende Reform des Europäischen Asylsystems geeinigt. Künftig können wir die Außengrenzen Europas besser kontrollieren. Und auch an den Grenzen zu unseren Nachbarländern hat die Bundespolizei ihre Kontrollen verstärkt. Das wirkt. Schon in den vergangenen Wochen ist die Zahl derer, die über diese Grenzen kommen, spürbar gesunken.

Stark macht uns auch unsere Demokratie. Es ist noch gar nicht allzu lange her, da haben mutige Frauen und Männer auch hier in Deutschland für freie Wahlen gekämpft. Vor 35 Jahren war das, als in der DDR die friedliche Revolution begann. Mitzureden und mitzuentcheiden – das ist ein kostbares Gut. Diskussionen über den richtigen Weg gehören dazu. Das Ringen um faire Kompromisse ebenfalls – auch wenn ich auf manch laute Debatte in den vergangenen Wochen und Monaten durchaus hätte verzichten können. Zur Wahrheit gehört aber auch: Ganz ohne Diskussionen über den richtigen Weg funktioniert Demokratie nicht. Nichts wird besser, wenn wir nur übereinander reden, anstatt miteinander.

Stark macht uns unsere Bereitschaft zum Kompromiss. Unser Einsatz füreinander. So wie in vielen Teilen Deutschlands, die in diesen Tagen unter dem schrecklichen Hochwasser und seinen Folgen leiden. Ich denke an alle Betroffenen, denen wir selbstverständlich helfen und die wir in diesen schweren Stunden nicht allein lassen. Und ich danke all den Frauen und Männern von der Feuerwehr und Bundeswehr, vom THW, den Rettungsdiensten, und den vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern, die mit ganzer Kraft gegen das Hochwasser kämpfen. Herzlichen

Dank an Sie alle für Ihren Einsatz! Uns macht auch die Einsicht stark, dass jede und jeder gebraucht wird in unserem Land – die Spitzen-Forscherin genauso wie der Altenpfleger, die Polizistin genauso wie der Paketbote, die Rentnerin genauso wie der junge Auszubildende. Wenn wir uns das klarmachen, wenn wir uns gegenseitig mit diesem Respekt begegnen, dann brauchen wir keine Angst zu haben vor der Zukunft! Dann kann das Jahr 2024 ein gutes Jahr werden für unser Land. Auch wenn manches anders kommt, als wir uns das vorstellen."

Anmerkungen

Aus dem Merkelschen „Wir schaffen das!“ ist das Scholz-sche „Wir kommen da durch“ geworden. Natürlich ist die Neujahrsansprache des Bundeskanzlers eine Rede an das eigene Volk. Aber, derartige Reden werden auch im Ausland wahrgenommen.

Wenn Scholz von einer „kriegerische Auseinandersetzung im Nahen Osten“ spricht, ist mir das zu wenig, auch wenn er den „brutalen Terrorangriff der Hamas auf Israel“ benennt. Es geht um das Existenzrecht Israels. Für diese beiden Worte wäre in seiner Rede noch Platz gewesen. Und auch für die Zusicherung an die jüdischen Bürger unseres Landes, dass wir alles für ihre Sicherheit tun werden.

Es geht auch um das Existenzrecht der Ukraine, das Scholz kryptisch mit „Russlands Krieg im Osten unseres Kontinents“ umschreibt. „Wer, wenn nicht Deutschland“, sagt Scholz an anderer Stelle, und hätte hinzufügen müssen, steht auch 2024 an der Seite der Ukraine. Der Krieg wird weiterhin immens viel Geld kosten, darüber müssen wir uns im Klaren sein. Immer größer wird die Zögerlichkeit anderer Länder bei Waffenlieferungen. Sollten die USA wegbrechen, könnten wir allein und auch nicht die EU, kaum die Lücke füllen, vor allem, solange Putins Vasall Orbán die Hilfen blockiert. Die Ukraine wäre verloren. Wir sehen in diesen Tagen erneut, mit welcher Wucht Putin die Ukraine zerstört. Er führt einen Krieg gegen die Zivilbevölkerung und Journalisten.

Es ist an der Zeit, in abgewandelter Form, an die Worte Ernst Reuters zu erinnern. „Ihr Völker der Welt. Schaut auf die Ukraine und erkennt, dass ihr dieses Land und dieses Volk nicht preisgeben dürft und nicht preisgeben könnt! Es gibt nur eine Möglichkeit für uns alle: gemeinsam so lange zusammenzustehen, bis dieser Kampf gewonnen, bis dieser Kampf endlich durch den Sieg über die Feinde, durch den Sieg über die Macht der Finsternis besiegt ist.“

Das Gesabbel über diplomatische Lösungen ist unerträglich. Putin wird erst verhandeln, wenn er sich den Krieg nicht mehr leisten kann. Davon sind wir gegenwärtig weit entfernt. Putins Geschäfte laufen gut, er hat Energiequellen ohne Ende und alle kaufen bei ihm ein, selbst Österreich. Es gibt also keinen Grund, zuversichtlich auf das neue Jahr zu schauen. Sorry.

Ed Koch

02) Umfrage: Mehrheit der Deutschen fordert Ampel-Aus – Vertrauen in Scholz-Regierung schwindet

29. 12. 2023



Das Trio Scholz, Habeck und Lindner – ein trauriges Bild | *Foto: shtterstock*

Schlechte Nachrichten zum Jahresende für die Bundesregierung unter Olaf Scholz (SPD): Laut einer Umfrage möchte eine Mehrheit der Deutschen 2024 das Ende der Ampel und Neuwahlen. Für die Ampelparteien ein Desaster.

Das Vertrauen der Bevölkerung in Olaf Scholz (SPD) und seine Ampelregierung ist weg. Das zeigt eine repräsentative Umfrage im Auftrag des Onlineportals „Nius“ zum Jahresende. So wünschen sich 54 Prozent der Befragten ein Ende der Ampel im Jahr 2024. Nur 25 Prozent sprechen sich für einen Fortbestand der jetzigen Bundesregierung aus. Acht Prozent der Befragten ist es egal.

Selbst in der Ampelanhängerschaft schwindet das Vertrauen ins Dreier-Bündnis. Fast jeder vierte SPD-Wähler (25 Prozent) will das Ende der Ampel. Auch bei den Grünen-Anhängern ist die Stimmung nicht sehr viel besser: Hier wünschen sich 26 Prozent ein Ende der Ampelregierung herbei.

Mehrheit der FDP-Anhänger wollen Regierungsende

Am stärksten ist die Abneigung gegen die Ampel allerdings im Regierungslager bei den Anhängern der FDP. Hier wünschen sich 46 Prozent der Befragten das Ende der Regierung herbei. Das ist fast die Hälfte der Anhängerschaft.

Seite E 58 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 843 vom 04.01.2024

Noch bis zum 1. Januar 2024 läuft derzeit in der FDP eine Mitgliederumfrage, ob die Partei die Ampelregierung verlassen sollte. Das Ergebnis ist derzeit offen. Im Interview mit „Epoch Times“ hatte gerade erst der Europawahl-Kandidat der FDP, Paul Bressel, in Mecklenburg-Vorpommern das Ende der Ampel gefordert. „Meiner Meinung nach können wir von einem Ausstieg aus der Ampel nur profitieren, indem wir das Vertrauen der Wähler zurückerobern und ihnen zeigen, dass wir mit der Politik der Ampel auch nicht zufrieden sind“, so Bressel.

Bei der Opposition ist Zustimmung für einen Regierungswechsel größer. Bei den Anhängern der AfD wünschen sich 83 Prozent der Befragten das Ende der Ampel. Etwas weniger (71 Prozent) sprechen sich unter den Anhängern der Union für das Ende der Regierung aus.

Überwältigende Mehrheit für Neuwahlen

Die Befragten, die sich ein Ende der Ampel auf Bundesebene wünschen, haben auch klare Vorstellungen davon, wie es danach weitergehen könnte. Die überwältigende Mehrheit von 85 Prozent spricht sich demnach für Neuwahlen aus. Nur neun Prozent wären gegen Neuwahlen, vier Prozent wäre es egal.

Dass die Bundesregierung noch bis zu den turnusgemäßen Neuwahlen 2025 hält, ist für fast jeden zweiten Deutschen heute unvorstellbar. Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov im Auftrag der „Deutschen Presse-Agentur“ (dpa) erwarten 27 Prozent der Wahlberechtigten das Ende der Koalition im kommenden Jahr. Weitere 21 Prozent rechnen damit, dass die Ampel zwar bis 2025 durchhält, aber dann trotzdem noch vor der Wahl beendet wird. Nur 34 Prozent trauen dem Dreier-Bündnis ein Fortbestehen bis zur Wahl zu.

Bei den drei Ampelparteien fällt das Vertrauen in die Zukunft des Bündnisses unterschiedlich aus. Unter den Anhängern der Grünen können sich eine große Mehrheit von 58 Prozent vorstellen, dass die Koalition noch bis 2025 durchhält. Unter den Anhängern der SPD mit 43 Prozent und der FDP mit 40 Prozent ist das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit der Ampel schwächer ausgeprägt.

Bei den Wählern der Opposition stehen die Zeichen allerdings auf Sturm. Unter den Anhängern der AfD rechnen 65 Prozent mit einem Ampel-Aus vor 2025. Bei den Anhängern der Union gehen 54 Prozent der Befragten von einem vorzeitigen Ende der Regierung aus. Im Linken-Lager gehen 48 Prozent von einem Ende der Koalition vor der Bundestagswahl aus und nur 41 Prozent glauben dagegen, dass die Ampel durchhält.

Ampel zusammen nur knapp vor Union

Sollte es zu Neuwahlen kommen, dann sagen Umfragen ein ernüchterndes Wahlergebnis für die Ampelkoalitionäre voraus. Kurz vor Weihnachten liegen SPD bei 14 Prozent, Grüne ebenfalls bei 14 Prozent und die FDP könnte mit fünf Prozent rechnen. Sie lägen damit mit 33 Prozent zusammen nur einen Prozentpunkt vor der Union, die auf 32 Prozent der Stimmen kommen würde. Die Union wäre damit die stärkste Fraktion im Bundestag.

Zweitstärkste Kraft im Bundestag wäre die AfD, die auf 21 Prozent der Stimmen kommen würde. Nicht im Bundestag vertreten wäre Die Linke, die laut Umfrage auf drei Prozent kommen würde.

Im Osten wäre AfD stärkste Kraft

In den ostdeutschen Bundesländern wäre, wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre, die AfD stärkste Kraft. Das geht aus der Sonntagsumfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa hervor.

Demnach käme die AfD in den ostdeutschen Bundesländern auf 36 Prozent der Stimmen. Knapp dahinter würde die Union mit 34 Prozent kommen. Schlechter sieht es hier für die Ampelkoalition aus. Die SPD käme im Osten auf zwölf Prozent, die Grünen auf acht Prozent und die FDP käme mit vier Prozent noch nicht einmal über die Fünf-Prozent-Hürde. Auf eine Klatsche müsste sich auch Die Linke einrichten: Lediglich sieben Prozent würden die Partei wählen, die ihre Stammwählerschaft bisher immer im Osten hatte.

Noch einmal zurück zur Insa-Umfrage im Auftrag von Nius. Auch hier ergeben sich Unterschiede zwischen Westen und Osten – zumindest wenn es um die Frage geht, ob sich die Deutschen nach der Bundeswahl eine Beteiligung der AfD an der Bundesregierung wünschen. Bundesweit ist mit 54 Prozent eine absolute Mehrheit gegen eine AfD-Regierungsbeteiligung. 29 Prozent sprächen sich dafür aus, dass die AfD in eine Regierung eintreten sollte. Acht Prozent ist es egal und weitere acht Prozent machen keine Angaben.

In den ostdeutschen Bundesländern wären 43 Prozent der Befragten für eine Beteiligung der AfD an der Bundesregierung. Dagegen seien nur 41 Prozent. Im Westen befürworteten 26 Prozent für eine AfD-Regierungsbeteiligung, 57 Prozent wären damit nicht einverstanden.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [EPOCH TIMES](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Korrektur – Weihnachtsworte des Bundespräsidenten 2023



paperpress

seit 1976



Nr. 620-25

26. Dezember 2023

48. Jahrgang

Korrektur **Weihnachtsworte des** **Bundespräsidenten**

Liebe Leserinnen und Leser, was 1986 der ARD mit der Neujahrsansprache des Bundeskanzlers passierte, nämlich aus Versehen die des Vorjahres auszustrahlen, ist uns leider auch passiert. Auf der Suche nach dem Text der diesjährigen Weihnachtsansprache des Bundespräsidenten, haben wir versehentlich den Text der Ansprache von 2022 übernommen. Das ist unentschuldig, wir entschuldigen uns aber dennoch bei Ihnen und haben das auch gegenüber dem Bundespräsidialamt getan.

Hier der Text aus diesem Jahr

Ich schaue mir keine Nachrichten mehr an.

Wohl keinen Satz habe ich in diesem Jahr so oft gehört wie diesen.

Wo immer ich unterwegs war: Immer wieder haben mir die Menschen von diesem Gefühl erzählt und ihrem Bedürfnis, lieber auszuschalten, als die bedrückende Weltlage jeden Tag aufs Neue an sich heranzulassen.

Liebe Landsleute, ich verstehe, dass es manchmal einfach zu viel wird. Dass man am liebsten vor der Wirklichkeit in Deckung gehen möchte.

In diesem Jahr hat sich die Welt in der Tat von ihrer dunklen Seite gezeigt. Wir haben Bilder von Leid und Zerstörung gesehen, Bilder von Hass und Gewalt. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine geht nun schon in den zweiten Winter. Und seit Herbst sehen wir mit Entsetzen die Gräueltaten der Hamas und die Opfer des Krieges im Nahen Osten.

Dieses Jahr hat uns auch hier in unserem Land viele offene Fragen hinterlassen. Manch einer schaut skeptisch auf Staat und Politik. Und mancher hat Sorge vor der Zukunft.

Wir alle haben Sehnsucht nach einer friedlicheren Welt. Ich habe sie auch. Und ich finde, wir dürfen sie nie aufgeben!

Von dieser Sehnsucht erzählt auch die Weihnachtsgeschichte. Gut, dass jetzt diese stillen Tage da sind. Weihnachten, das bedeutet doch auch, dass wir die anstrengende Welt ein wenig von uns fernhalten können. Dass wir auf die Lichter schauen und nicht ins Dunkle. Das wünsche ich Ihnen heute und in diesen Tagen: Dass Sie die Tür hinter sich zumachen

und die Zeit mit Ihren Liebsten genießen können. Dass Ihnen die Zeit der Ruhe über Weihnachten guttut, Sie tief durchatmen und Kraft tanken können.

Schnell genug wird uns der Alltag nach den Feiertagen wieder einholen. Und wenn wir vorausblicken, dann werden viele fragen: Wie gehen wir in dieses neue Jahr?

Ja, wir sehnen uns nach Klarheit. Ja, es ist berechtigt, von den politisch Verantwortlichen zu erwarten, dass sie um den richtigen Weg ringen, aber auch, dass sie Antworten geben, die uns als Land weiterhelfen. Sie als Bürgerinnen und Bürger dürfen erwarten, dass Demokraten zusammenarbeiten, wo es um das gemeinsame Ganze geht. Viele haben das vermisst. Manche wenden sich ab, andere schimpfen auf alles und jeden.

Aber wenn es anstrengend wird in der Demokratie, dann gibt es bessere Ratgeber als Wut und Verachtung. Auch bessere als diejenigen, die so tun, als gäbe es immer die eine einfache Antwort auf die Fragen der Zukunft. Zu den guten Ratgebern gehören Mut und Miteinander. Dazu gehört, alle im Blick zu behalten, egal wo und wie sie leben: ob in der Stadt oder auf dem Land, ob sie jung sind oder alt, ob sie zugewandert sind oder schon immer hier leben. Weiter kommen wir immer nur gemeinsam, und nicht, wenn jeder sich in seine Lebenswelt zurückzieht.

Wir Menschen, wir brauchen einander. Wir sind aufeinander angewiesen. Wir brauchen Achtung und Ansporn, wir brauchen Austausch und Auseinandersetzung – und manchmal Mitgefühl und sogar Hilfe.

All das brauchen wir auch füreinander in der Demokratie. Wir brauchen Menschen, die sich einbringen und die daran arbeiten, dass morgen das besser wird, was heute noch nicht gut ist. Die mitmachen und Mut machen. Und es gibt so viele Menschen in unserem Land, die genau das tun, die das Gemeinsame über das Trennende stellen.

Heute Abend haben wir besonderen Grund, Danke zu sagen. Damit wir alle in Ruhe und behütet feiern können, sind Sie heute unterwegs: im Streifenwagen, auf der Polizeiwache, bei der Feuerwehr, bei der Bundeswehr. Oder Sie, in den Kliniken, in den Heimen oder in den Einrichtungen, die sich auch heute um andere Menschen kümmern, um Menschen in seelischer Not, um Menschen ohne Dach überm Kopf! Danke, dass Sie da sind.

Es gibt Millionen Menschen wie Sie, die sich entschieden und beherzt für andere einsetzen, die sich für ein friedliches Zusammenleben in einer Gesellschaft

1



der Vielen engagieren. Und diese Menschen sind es, die mir Mut machen. Sie bringen Wärme in unser Land.

Sie alle stärken, was uns verbindet. Auch deshalb ist mir um die Zukunft unseres Landes nicht bange. Ja, wir stehen vor großen Herausforderungen. Und ja, es ist anstrengend. Aber ich finde, wir haben allen Grund, uns als Gesellschaft zu vertrauen und uns auch etwas zuzutrauen.

Im nächsten Jahr feiern wir den 75. Geburtstag unserer Demokratie. Unser Grundgesetz wird 75 Jahre alt. Und schon seit 34 Jahren gilt es für unser ganzes wiedervereinigtes Land. Das ist für uns alle ein Grund zu feiern.

Unsere Verfassung ist etwas, worauf wir stolz sein dürfen. Sie schützt und würdigt jeden einzelnen Menschen. Das ist viel. Aber noch nicht alles. Sie bietet das stabile Gerüst, in dem Politik sich entfalten kann. Und wenn notwendig, sich auch korrigieren kann. Das ist etwas, das nur die Demokratie kann! Dieses Fundament hat unser Land bisher gut getragen, auch dann, wenn es mal schwieriger wurde. Und ich bin überzeugt: Es wird uns auch in Zukunft tragen. Und deshalb will ich uns alle ermutigen, auf dieses Fundament zu vertrauen. Machen wir uns doch öfter bewusst: Deutschland ist und bleibt ein gutes Land.

Ich weiß nicht, liebe Landsleute, wie es Ihnen geht: Ich persönlich mag mir kein Deutschland vorstellen, in dem sich alle zurückziehen. Und ich bin überzeugt: Als vernünftige und verantwortungsbewusste Menschen können wir gemeinsam mit einer Welt zurechtkommen, die uns fordert; können wir Aufgaben meistern, die sich all unseren europäischen Nachbarn ganz genauso stellen. Das kann und das wird uns gelingen, wenn wir uns anstrengen, wenn wir zusammenstehen und zusammenbleiben.

In diesem Sinne: Verschließen wir uns nicht voreinander! Ziehen wir uns nicht die Decke über den Kopf! Verschwenden wir nicht unsere Kraft im täglichen Gegeneinander. Sondern: Vertrauen wir der Stärke und der Erfahrung, die in uns steckt. Vertrauen wir auf uns. Und lassen wir uns anstecken von der Zuversicht, die uns die Weihnachtsbotschaft sendet. Blicken wir mit dieser Zuversicht mutig ins Neue Jahr!

Frohe Weihnachten für Sie und Ihre Liebsten!

04) Weihnachtsansprache des Bundespräsidenten [2022!].
Fehlte da nicht was?



paperpress

seit 1976



Nr. 620-24

26. Dezember 2023

48. Jahrgang

Weihnachtsansprache des Bundespräsidenten
Fehlte da nichts was?

Frank-Walter Steinmeier hat uns aus dem Schloss Bellevue in sieben Minuten seine Weihnachtsbotschaft übermittelt. Das Kernthema war der Krieg in der Ukraine und die Folgen, auch für unser Land. Alles richtig. Auch den Klimawandel ließ er nicht unerwähnt: „Denn wir alle haben doch ein gemeinsames Ziel: dass die Jüngeren nicht die letzte Generation sind, sondern die erste Generation einer klimafreundlichen Welt.“

Auch beim Durchlesen und zweimaligen Anhören der Rede habe ich kein Wort über Israel gelesen und gehört. Kein Wort zur Staatsräson die Sicherheit Israels betreffend. Kann ein deutscher Bundespräsident in diesen Tagen den russischen Überfall auf die Ukraine verurteilen, und den Terrorangriff der Hamas auf Israel unerwähnt lassen? Wäre es nicht gerade zu Weihnachten mehr als eine verbale Geste gewesen, den in Deutschland lebenden Juden zuzurufen, dass wir alles für ihre Sicherheit tun und sie schützen werden, und dass jüdisches Leben zu Deutschland immer schon gehörte und auch zukünftig gehören wird? Schade, dass in sieben Minuten dafür keine Zeit war.

Ed Koch



Foto: tagesschau

Die Rede des Bundespräsidenten im durch das Bundespräsidialamt veröffentlichten Wortlaut:

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, ich möchte Ihnen heute Abend von Kindern erzählen, die ich vor einigen Tagen getroffen habe: fünfzig Mädchen und Jungen, die mit ihren Müttern vor dem Krieg in der Ukraine zu uns nach Deutschland geflohen sind. Sie haben ihre Heimat und sie haben ihr Zuhause verloren, viele von ihnen haben Schreckliches erlebt. Sie sind so verängstigt, dass schon der Knall einer zufallenden Tür sie zittern lässt. Ich traf diese Kinder in Freiberg in Sachsen, wo sie in die Grundschule gehen. Ihre Lehrerin erzählte, wie oft sie die Kinder

trösten muss. Manchmal möchte ich mitweinen, sagte sie, aber ich kann nicht, denn ich muss ja stark bleiben. Eine andere Lehrerin kam selbst erst im Mai aus der Ukraine zu uns, damals sprach sie kein Wort Deutsch – heute kann sie es so gut, dass sie ukrainische Kinder auf Deutsch unterrichtet. Wie schafft man das alles? Die Schulleiterin sagte mir: Da waren so viele, die unsere Hilfe brauchten – also haben wir es einfach gemacht.

Ich erzähle Ihnen diese Geschichte nicht nur, weil ich dankbar bin für die Mitmenschlichkeit und Liebe, die diese Kinder erlebt haben. Sondern weil ich heute Abend allen danken will, die sich in diesem Jahr für andere eingesetzt haben.

Ich weiß, wie viel diese Krise Ihnen allen abverlangt; dass viele sich einschränken müssen. Aber unsere Großherzigkeit im Umgang miteinander, die kann uns niemand nehmen. Ein freundliches Wort, eine kleine Geste der Aufmerksamkeit, Verständnis für andere, Offenheit gegenüber Fremden: Sie selbst, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, Sie alle, die in unserem Land leben, helfen mit, das Leben für andere ein wenig heller zu machen.

Meine Frau und ich wünschen Ihnen ein schönes Weihnachtsfest! Ein Weihnachten, an dem Sie für einen Moment Abstand gewinnen können zu dem, was Sie in diesem Jahr erschreckt, geängstigt, aufgewühlt hat. Ein Weihnachten, an dem Sie sich freuen können über Begegnungen, das Zusammensein mit der Familie, über die Ruhe nach einem anstrengenden Jahr.

An Weihnachten feiern wir Christen die Ankunft des Kindes, das Hoffnung bringt in eine düstere Gegenwart. Und auch viele Nichtchristen feiern mit und lassen sich berühren von den Verheißungen der Weihnachtsgeschichte: Wärme und Schutz, Nähe und Eintracht, Zuversicht und Frieden. Ja, in diesem Jahr ist wohl unser sehnlichster Wunsch, dass wieder Friede herrscht. Der brutale russische Überfall auf die Ukraine, die Rückkehr des Krieges nach Europa, das entsetzliche Leid der Ukrainerinnen und Ukrainer, auch die Furcht vor einer Ausweitung der Kämpfe, all das verstört und verängstigt viele Menschen in unserem Land.

Auch die Grundschulkinder aus Freiberg und ihre Familien in der Ukraine wünschen sich Frieden, viel dringlicher noch als wir. Aber dieser Friede ist noch nicht greifbar. Und es muss ein gerechter Friede sein, der weder den Landraub belohnt noch die Menschen in der Ukraine der Willkür und Gewalt ihrer



Besitzer überlässt. Bis Friede einkehren kann, ist es ein Gebot der Menschlichkeit, dass wir den Angegriffenen, den Bedrohten und Bedrückten beistehen. Auch damit setzen wir im Dunkel des Unrechts ein Licht der Hoffnung.

Liebe Landsleute, auch Sie spüren die Folgen dieses Krieges, vor allem die wirtschaftlichen Folgen. Aber Sie tragen die Lasten, weil Ihnen das Schicksal der Ukrainerinnen und Ukrainer nicht gleichgültig ist; weil Ihnen ihr Kampf für die Freiheit nicht egal ist; weil Sie solidarisch und mitmenschlich sind.

Ja, dies sind raue Zeiten. Wir stehen im Gegenwind. Und dennoch: Gerade Weihnachten ist der richtige Moment, auf das zu schauen, was uns Zuversicht gibt. Und das gibt es! Die Ukraine behauptet sich mit großem Mut. Europa steht zusammen. Und unser Land wächst in der Herausforderung wieder einmal über sich hinaus. Wir sind nicht in Panik verfallen, wir haben uns nicht auseinandertreiben lassen. Unser demokratischer Staat mildert die härtesten Belastungen. In den Unternehmen arbeiten viele daran, gestärkt aus der Krise zu kommen. Und Sie alle haben mitgeholfen.

Wenn dieses Jahr ein Gutes hatte, dann doch die Erfahrung: Gemeinsam kommen wir durch diese Zeit. Und deshalb ist es mein Weihnachtswunsch, dass wir diese Zuversicht mitnehmen ins neue Jahr. Dass wir alles stärken, was uns verbindet.

So sehr uns andere Sorgen augenblicklich beschäftigen mögen: Auch der Kampf gegen den Klimawandel hat nichts an Dringlichkeit verloren. Er kann nicht warten, er braucht uns alle. Ich wünsche mir, dass die Älteren auch spät im Leben noch einmal bereit sind, sich zu verändern. Und dass die Jüngeren sich engagieren, dass sie kritisch sind – ohne der Sache des Klimaschutzes zu schaden, indem sie andere gegen sich aufbringen. Wir brauchen doch beides: den Ehrgeiz der Jungen und die Erfahrung der Alten. Denn wir alle haben doch ein gemeinsames Ziel: dass die Jüngeren nicht die letzte Generation sind, sondern die erste Generation einer klimafreundlichen Welt.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, wir waren in diesem Jahr zu so viel mehr fähig, als wir uns womöglich selbst zugetraut hatten. Wir haben beherzt gehandelt, als unsere Hilfe erforderlich war. Wir sind füreinander eingestanden. Ich bin stolz auf unser Land, in dem so viele Menschen anpacken – nicht weil sie müssen, sondern weil sie Verantwortung empfinden für andere und für die Gemeinschaft. Was

uns im Kern ausmacht, was uns immer stark gemacht hat, das hat Bestand: Wir sind kreativ, fleißig und solidarisch. Und daraus können wir die Kraft und die Hoffnung schöpfen für das neue Jahr.

Ich möchte ganz besonders all jenen danken, die auch heute und über die Feiertage arbeiten, in den Krankenhäusern und Altenheimen, auf den Polizeiwachen und bei den Feuerwehren, überall dort, wo es im Dienst für andere keine Pause gibt. Ich danke Ihnen sehr dafür!

Ihnen allen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, frohe Weihnachten!

05) „Wenn einem alles genommen wird, was dann? Unbekannte Schicksale deutschsprachiger Juden



paperpress

seit 1976



Nr. 620-22

21. Dezember 2023

48. Jahrgang

„Wenn einem alles genommen wird, was dann?“

Zwölf unbekannte Geschichten deutschsprachiger Jüdinnen und Juden zur Zeit des Nationalsozialismus sind als Podcast unter dem Titel "Exil" in der Mediathek der **Bundeszentrale für Politische Bildung** (bpb) zu finden. Sie werden gesprochen von **Iris Berben**. Die Podcast-Reihe in zwölf Folgen ist eine Kooperation der **Leo Baeck Institute** New York | Berlin und der bpb.



Unter der Leitfrage „Wenn einem alles genommen wird, was dann?“ erzählt der von **Iris Berben** gesprochene Podcast zwölf bewegende und bislang meist unbekannte Schicksale deutschsprachiger Jüdinnen und Juden zur Zeit des Nationalsozialismus. Die Geschichten basieren auf persönlichen Briefen, Tagebüchern, Interviews und Dokumenten aus dem Archiv des Leo-Baeck-Instituts. Die Podcast-Folgen erscheinen unter www.bpb.de/543131 sowie auf allen gängigen Plattformen.

„EXIL“ ist die deutsche Version des preisgekrönten englischsprachigen Podcasts "Exile" der Leo-Baeck-Institute New York | Berlin. Er beleuchtet wenig bekannte Aspekte berühmter Persönlichkeiten - wie etwa **Albert Einsteins** Suche nach Zuflucht vor seinem eigenen Ruhm an den Ufern eines ruhigen Sees außerhalb Berlins in Caputh. Andere Episoden porträtieren eher unbekannt Protagonisten und ihre außergewöhnlichen Taten.

Die erste Folge von "Exil" begleitet **Florence Mendheim**. Die New Yorker Bibliothekarin stellt sich in den 1930er Jahren einer erstarkenden Nazi-Bewegung in den USA entgegen und spioniert für den American Jewish Congress (AJC) bei Veranstaltungen deutsch-amerikanischer Nazi-Organisationen. Inzwischen sind drei Folgen erschienen, die wöchentlich fortgesetzt werden.

1

06) Ein „Demokratieverbrechen“ – Konrad Adenauer im Focus! Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 620-18

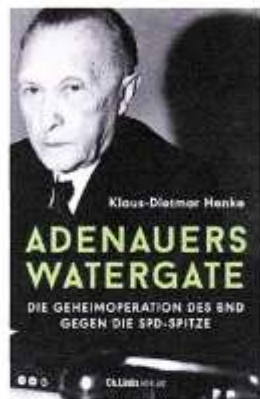
19. Dezember 2023

48. Jahrgang

Ein „Demokratieverbrechen“



In unregelmäßigen Abständen lädt **Michael Müller** in sein Charlottenburg-Wilmersdorfer Wahlkreisbüro in der Bleibtreustraße zu Gesprächen mit Persönlichkeiten aus Politik, Institutionen, Kultur und Medien ein. Die Bundesministerinnen **Svenja Schulze** und **Klara Geywitz** gehörten ebenso dazu wie SPD-Fraktionschef **Rolf Mützenich**, der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, **Thomas Krüger**, oder der Berliner Sänger **Klaus Hoffmann**. Im Januar erwartet Müller Verteidigungsminister **Boris Pistorius**. Gestern Abend war der Historiker **Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke** zu Gast, der Unfassbares aus den frühen Jahren der Bundesrepublik Deutschland berichtete, das er mit dem Wort „Demokratieverbrechen“ beschrieb.



Als „Adenauers Watergate“ bezeichnet Henke Vorgänge aus den Jahren 1953 bis 1963, die nur deshalb ans Licht kamen, weil der Bundesnachrichtendienst Wissenschaftlern seine Archive öffnete, und zwar 2011 auf Initiative der damaligen Bundeskanzlerin **Angela Merkel**, der klar gewesen sein musste, dass sie damit die berühmte Büchse der Pandora öffnete.

Dass die Veranstaltung in Müllers Wahlkreisbüro am 110ten Geburtstag von **Willy Brandt** stattfand, ist eher Zufall. Für den christdemokratischen Bundeskanzler und Parteivorsitzenden **Konrad Adenauer** waren die Sozialdemokraten **Willy Brandt**, **Herbert Wehner** und **Erich Ollenhauer** nicht, wie wir heute

vornehm sagen würden, *politische Mitbewerber* oder schlimmstenfalls *Gegner*, sondern *Feinde*, ja *Todfeinde*, wie es Adenauer selbst einmal gesagt haben soll.

Worum geht es? „Konrad Adenauer prägte als Gründungskanzler und hochverehrter Staatsmann eine ganze Epoche. Zur eigenen Machtsicherung hebelte der CDU-Chef dabei allerdings die von ihm selbst mitgestalteten demokratischen Spielregeln des Grundgesetzes aus: Über Jahre hinweg profitierte er heimlich von der gesetzwidrigen Ausforschung der SPD-Führung durch den Auslandsnachrichtendienst, die sein Kanzleramtschef **Hans Globke** und der BND-Präsident **Reinhard Gehlen** eingefädelt hatten. Der angesehene Historiker **Klaus-Dietmar Henke** beschreibt dieses größte Demokratieverbrechen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage erstmals ausgewerteter Unterlagen des BND sowie Hunderter Geheimberichte in den Archiven der CDU - ein zeithistorischer Politkrimi ersten Ranges.“, soweit die Verlagsbeschreibung.

Die Abendschau des Bayerischen Rundfunks vom 16. November 2023 berichtete:

<https://www.ardmediathek.de/video/abendschau-der-sueden/erinnerung-an-adenauers-watergate/br-fernsehen/Y3JpZDovL2JyLm-RIL3ZpZGVvL2VjNjc1ZDQ0LTY3ODIt-NGY3NS1hNTU3LThjZjU2MDVmZDY5OQ>

Henke versetzte seine staunenden Zuhörer bei der Veranstaltung am 18. Dezember in die Gründungszeit der Bundesrepublik. Für den Aufbau der neuen, von den Westalliierten verordneten Demokratie, standen nicht nur Widerstandskämpfer aus der Zeit der Hitler-Diktatur zur Verfügung, sondern vor allem auch Menschen, die in unterschiedlichen Funktionen dem Dritten Reich gedient hatten. Man kann getrost von Alt-Nazis sprechen.

Als „prominentestes Beispiel für die Kontinuität der Verwaltungseliten zwischen dem ‚Dritten Reich‘ und der frühen Bundesrepublik Deutschland“ wird **Hans Globke** bezeichnet, der es bis ins Vorzimmer von Adenauer schaffte und als Chef des Bundeskanzleramtes auch für die Geheimdienste zuständig war. „Bereits während der Weimarer Republik wirkte Globke federführend an einer antijüdischen Änderung des Namensrechts mit, die der nationalsozialistischen Rassengesetzgebung den Weg bereitete. In der NS-Zeit war er Mitverfasser und Kommentator der Nürnberger Rassengesetze und verantwortlicher Ministerialbeamter für die Namensänderungsver-

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V. paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden, Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Matthias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierereg.de

paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.



ordnung von 1938, durch die Juden als solche erkennbar gemacht und stigmatisiert werden sollten." An diesem Mann ist die Entnazifizierung spurlos vorübergegangen.

Seine Aufgabe wäre gewesen, Geheimdienst-Chef **Reinhard Gehlen** zu kontrollieren. Das Gegenteil war der Fall. Beide arbeiteten eng zusammen, nicht zur Sicherung der jungen Republik, sondern allein zum Machterhalt von Adenauers CDU. Damals gab es sogar ein Verbindungsbüro im Kanzleramt von Gehlens Geheimdienst, dem späteren BND.

Vergleiche hinken immer, und so lässt sich der Begriff „Watergate“ auf Adenauers Spionageeinsatz gegen die SPD nicht anwenden. Zuerst tauchte der Begriff im April 2022 in der **Washington Post** auf: „German Watergate“. In einer Rezension beschreibt **Constantin Goschler** von der **Süddeutschen Zeitung**, warum der Vergleich hinkt: „Im Jahr 1972 entdeckte ein aufmerksamer Wachmann den Einbruch einer Gruppe von Männern im Watergate-Hotel in Washington, D.C. Es stellte sich heraus, dass sie im Auftrag des US-Präsidenten **Richard Nixon** Abhörmikrofone im Wahlkampf-Hauptquartier der Demokratischen Partei installiert hatten. Bundeskanzler **Konrad Adenauer** hatte es da leichter: Von 1953 bis 1962 erhielt er regelmäßig detaillierte Berichte aus dem Vorstand der SPD. Dazu mussten keine Mikrofone installiert werden: Die Informationen stammten von **Siegfried Ortloff**, dem Personal- und Sicherheitschef beim Parteivorstand der SPD in Bonn. Sein Kontaktmann **Siegfried Ziegler** übergab diese Berichte dem Chef des bundesdeutschen Auslandsnachrichtendienstes, **Reinhard Gehlen**, der sie dann bei Adenauers rechter Hand im Kanzleramt, **Hans Globke**, ablieferte. Dieser legte sie dem Bundeskanzler auf den Schreibtisch, der sie aufmerksam studierte und kommentierte.“

Die SPD-Zentrale in Bonn, Baracke genannt, war für Adenauer Jahrzehntlang ein gläsernes Haus. Alles, was die SPD plante, wusste er, bis hin zur Höhe der Auflage von Wahlplakaten. Er war sich nicht zu fein, mit seinem Wissen vor dem Parteivorstand anzugeben, ohne allerdings seine Quellen zu nennen, berichtete **Klaus-Dietmar Henke** gestern Abend.

Warum all das? Adenauer hatte offenbar große Angst davor, dass im Falle einer Regierungsübernahme der SPD aus der Bundesrepublik ein Staat im Sinne der Sowjetunion werden könnte, wie er bereits in der DDR entstand. Für die SPD war damals die Frage der Wiedervereinigung vorrangiger als die Westintegration. Vor allem **Herbert Wehner** nahm es Adenauer

nicht ab, vom Kommunisten zu einem Demokraten konvertiert zu sein. Auch **Siegfried Ortloff**, einer von Adenauers Spionen bei der SPD, hatte offenbar diese Bedenken, die ihn dazu brachten, die SPD an die CDU zu verraten.

Ohne diese unglaublichen Vorgänge wäre übrigens, das sagt **Klaus-Dietmar Henke** ganz klar, die Geschichte der Bundesrepublik und auch die der SPD nicht anders verlaufen. Außer, dass Adenauer wusste, was seine Todfeinde vorhatten, wirkte sich dieses Wissen auf den Lauf der Geschichte nicht aus. Das glanzvolle Bild vom ersten Kanzler der Bundesrepublik hat ein paar Kratzer bekommen. Die Forschungsarbeiten beim BND und der Konrad-Adenauer-Stiftung gehen weiter. Hoffen wir, nicht von weiteren Enthüllungen überrascht zu werden.

Alt-Nazis wie Globke & Co. sind längst verstorben. Heute zeren Neonazis an den Zaun des Kanzleramtes, was weitaus gefährlicher ist als jener legendäre Versuch des Putin-Freundes und Ex-Kanzlers Schröder. Bei dem bestand zumindest nie die Gefahr, aus der Bundesrepublik einen Sowjetstaat zu machen. Schlimm genug, dass er, und nicht zu vergessen **Angela Merkel**, uns abhängig vom russischem Gas gemacht haben. Die Zeche dafür zahlen wir heute bei unserer Heizkostenabrechnung.



Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke hatte bis 2012 den Lehrstuhl für Zeitgeschichte an der TU Dresden inne und war Sprecher der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung des Bundesnachrichtendienstes. In den neunziger Jahren war er Forschungsleiter der Gauck-Behörde, langjährig auch Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Stiftung Berliner Mauer.

Das Buch ist im Ch. Links Verlag erschienen. Veröffentlichung 15.08.2023 – ISBN 978-3-96289-199-2 – 288 Seiten – 25 Euro. Wir verlosen ein Buch, wenn Sie die folgende Frage richtig beantworten: Welches politische Amt hatte Konrad Adenauer in der Weimarer Republik inne?

Ed Koch
auch Fotos



50. KW – Tricky Olaf

Heute ist verkaufsoffener Sonntag. Die vielleicht letzte Gelegenheit, Geschenke zu besorgen. Denn die Gewerkschaft ver.di droht kurz vor Weihnachten mit einem Streik, und dummerweise auch danach. Es könnte also schwierig werden, die Geschenke wieder umzutauschen.

Mit einem besonderen Deal ist Bundeskanzler **Olaf Scholz** in dieser Woche in die Schlagzeilen geraten. Er soll **Wladimir Putins** Mann in der EU, den ungarischen Ministerpräsidenten **Viktor Orbán**, vorgeschlagen haben, bei der Abstimmung über die Aufnahme von Verhandlungen zum Beitritt der Ukraine in die EU, Kaffeetrinken zu gehen. Er hat tatsächlich den Raum verlassen, so dass die verbliebenen Mitgliedsstaaten einstimmig zustimmen konnten. Dafür wurden zehn Milliarden eingefrorener Mittel für Ungarn freigegeben. Anstatt die Tür zu verschließen und Orbán nicht wieder reinzulassen, konnte er zurückkehren und legte prompt sein Veto bei der Freigabe von 50 Milliarden Euro für die Ukraine ein, die diese dringend benötigt, um am Leben zu bleiben.

Putin hat seinen Angriffskrieg auf die Ukraine verstärkt. Er scheint Mittel, Menschen und Möglichkeiten ohne Ende zu haben, um den Krieg ewig fortsetzen zu können. Wie viele seiner Landsleute dabei sterben, ist ihm völlig egal, denn die Ukraine zu entnazifizieren ist inzwischen russische Staatsräson. Man versteht die Welt nicht mehr. Ein Staat, der inzwischen alle Kriterien eines faschistischen Regimes erfüllt, will einem anderen den Faschismus austreiben. Und Orbán, dessen zweiter Vorname Korruption heißt, wirft genau dies der Ukraine vor, was in beiden Ländern nicht von der Hand zu weisen ist. Man hat den Eindruck, nur von Verrückten umgeben zu sein.

Der Übergang zum nächsten Thema ist ein wenig gewagt, denn wer würde bayerischen Politikern vorwerfen wollen, korrupt zu sein. So hat die Tochter eines ehemals hochrangigen bayerischen Politikers 50 Millionen Euro Provision für den Verkauf von Corona-Masken eingesteckt. Durch welche Verbindungen diese Geschäfte zustande kamen, steht auf einem anderen Blatt. Tatsache ist, dass das Kassieren der Provision in atemberaubender Höhe völlig legal ist, die Summe hätte nur ordentlich versteuert werden müssen. Nach Abzug der Steuern wären noch mehr als 40 Millionen Euro übriggeblieben. Zu wenig offenbar. Nun darf der ehemalige CSU-Finanzminister **Gerold Tandler** seine Tochter **Andrea** in

den nächsten vier Jahren im Gefängnis besuchen. In der Urteilsbegründung hieß es: „Der Verkauf von Masken an den Bund und mehrere Länder sei nur durch Tandler's Namen als Tochter des bekannten Politiklers zustande gekommen. Insbesondere habe sie ihren privaten Kontakt zu **Monika Hohlmeier**, CSU-Europaabgeordnete und Tochter von Parteiliegende **Franz Josef Strauß**, ausgenutzt, um ins Geschäft zu kommen. Tandler habe gegenüber Hohlmeier so getan, als wolle sie etwas Gutes tun, ihre Millionenprovisionen aber verschwiegen.“ Quelle: Spiegel

Im Gefängnis hat Frau Tandler jetzt genug Zeit, sich zu überlegen, was sie mit dem Geld Gutes tun kann, zum Beispiel alles an den Staat überweisen, um den Schaden, den CSU-Verkehrsminister **Andreas Scheuer** beim Maut-Debakel angerichtet hat, zu minimieren. Der Staat braucht dringend Geld. Das wurde uns in dieser Woche auf die Stulle geschmiert, allerdings nur noch mit einem Hauch von Butter, für mehr wird's nicht mehr reichen. Schön, dass die Ampelmänner ihren Haushaltsstreit beigelegt haben. Freude konnte darüber nicht aufkommen, weil die Zeche natürlich wir alle bezahlen, vor allem bei den Energiekosten. Die Anschaffung eines E-Autos hat sich vorläufig auch erledigt, die Zuschüsse enden heute um Mitternacht.

Reserven sind dazu da, bei Bedarf eingesetzt zu werden, sagte Berlins Regierender Bürgermeister **Kai Wegner** (CDU) bei den Haushaltsberatungen in dieser Woche. Der Zeitpunkt scheint gekommen zu sein, denn die Reserven fließen in den Doppelhaushalt 2024/2025. Es ist ohnehin erstaunlich, wie Berlin Rücklagen bilden konnte, beträgt doch unsere Verschuldung nach wie vor 62 Milliarden Euro, Hamburg steht immerhin mit 35 und München mit sieben Milliarden in der Kreide.

Alexander Dobrindt, Statthalter der CSU in Berlin und einer aus der Riege der begnadeten bayerischen Verkehrsminister, nennt **Friedrich Merz** „klaren Favoriten für Kanzlerkandidatur“. Quelle: ZeitOnline

Ob er das mit **Markus Söder** abgesprochen hat? Im ZDF-Politbarometer steht nach wie vor **Boris Pistorius** auf dem ersten Platz, gefolgt von **Markus Söder**. Beide haben ein Plus vor ihrem Namen. Ab dem dritten Platz steht ein Minus davor, aber, immerhin steht **Friedrich Merz** jetzt auf diesem dritten Platz, während **Olaf Scholz** erst an siebter Stelle zu finden ist. Alle drei Ampel-Parteien bringen zum Jahresende 33 Prozent auf die Waage, die Union allein 32 Prozent.



Seit Tagen heizt BILD die Stimmung an, um Neuwahlen herbeizureden. Unsere Haltung dazu kennen Sie. Keine Neuwahlen vor 2025. SPD, Grüne und FDP sollen gefälligst ihren Job zu Ende machen. Das heißt nicht, dass es doch zum vorzeitigen Ende kommen könnte, wenn die FDP hinschmeißt oder die Grünen, von deren Vorhaben immer mehr dem Rotstift zu Opfer

fallen, entnervt die Koalition verlassen. Wenn der Wähler der Ampel das Licht ausschaltet, muss der SPD klar sein: Nicht wieder Junior-Partner der Union werden, sondern sich in der Opposition regenerieren. Sollen doch Union und Grüne ihr Glück versuchen, sie würden die Mehrheit der Mandate mit 46 Prozent erreichen. Hoffentlich endet dieses Experiment nicht eines Tages wie in Hessen.

50 Gründe nennt BILD, warum sich die Ampel JETZT dem Votum der Bürger stellen sollte. Nicht alle Punkte kann und sollte man unterschreiben, da ist auch Hetze und viel Populismus dabei, einige Punkte sind hingegen nicht von der Hand zu weisen. Finden Sie heraus, welche.

1. ... weil unser Finanzminister behauptet, Steuern zu senken, aber trotzdem neue Steuern beschließt (Plastik, Kerosin-/Ticketsteuer).
2. ... weil die Ampel für alle Klein-Verdiener das „Klima-Geld“ zugesagt hat. Es aber jetzt doch nicht zahlt!
3. ... weil die Ampel 400 000 Wohnungen/Jahr versprochen hat, aber nur rund halb so viele (210 000) schafft.
4. ... weil die Regierung die „Turbo-Abschiebung“ versprochen hat, das Gesetz dazu aber gescheitert ist.
5. ... weil die Regierung ein neues Einbürgerungsgesetz wollte, aber auch damit gescheitert ist.
6. ... weil die Ampel die Bundeswehr endlich besser ausstatten wollte – davon bisher aber nix zu sehen ist.
7. ... weil die Ampel alle Versprechen zum 5G-Mobilnetz gebrochen hat.

8. ... weil die Koalition nur noch des eigenen Überlebens wegen statt zum Wohle des Volkes kämpft.
9. ... weil diese Regierung glaubt, sie könne Versäumnisse aus Jahrzehnten im Schweinsgalopp beheben, ohne die Wirtschaft zu ruinieren und die Bürger in die Hände von Extremisten zu treiben.
10. ... weil die SPD trotz Haushalts-Alarm nur weitermurkst für ihre Klientel: Gewerkschaften und Sozialverbände ...
11. ... weil die Grünen dasselbe tun für ihre Lobby (Öko, Klima, Migration) ...
12. ... die FDP für Ärzte, Anwälte, Unternehmer, Reiche ...
13. ... aber keiner über seinen Schatten springen kann, wenn das Geld fehlt.
14. ... weil der Kanzler zwar alles besser weiß, aber nicht mal einen verfassungskonformen Haushalt zustande bringt.
15. weil die Regierenden uns mit Comic-Sprüchen (Doppel-Wumms) abspeisen, ihre Attitüde als Weltbelehrer und Besserwisser aber nie ablegen.
16. ... weil laut Pisa immer weniger Kinder richtig rechnen und lesen können, die Bundesregierung aber weiter nur zusieht.
17. ... weil die Ampel trotz „feministischer Außenpolitik“ die Frauen im Iran im Stich lässt, um weiter Handel mit den Mullahs zu treiben.
18. ... weil die Ampel Fördertöpfe z.B. für Haus-Solaranlagen aufsetzt, die nach einem Tag ausgeschöpft sind.
19. ... weil die Ampel schlicht ihr Handwerk (Politik machen und erklären) nicht beherrscht (siehe Heizhammer).
20. ... weil die Ampel vom Sparen redet, selbst aber Tausende neue Beamte schafft, statt Bürokratie abzubauen.
21. ... weil die Regierung sich trotz Finanznot immer neue Zulagen gönnt.
22. ... weil die Weltretter-Ampel der Wirtschaft immer neue Bürokratie-Monster aufhalet (Lieferketten-gesetz).
23. ... weil die Regierung auch beim Haushalt 2024 weiter trickst und wider Erfahrung hofft, keiner merkt's.
24. ... weil der Kanzler sich beim größten deutschen Finanz-Krimi (Cum-Ex) angeblich nicht erinnern kann.



25. ... weil der Wirtschaftsminister wirtschaftsfeindlich handelt.
26. ... weil FDP-Chef Lindner inzwischen lieber „schlecht regiert“ als „nicht zu regieren“.
27. ... weil alle die, die arbeiten, immer NOCH mehr für diejenigen zahlen, die NICHT arbeiten.
28. ... weil mit der Ampel-Regierung immer mehr Unternehmen PLEITE gehen.
29. ... weil diese Regierung die AfD-Hetzer von Tag zu Tag stärker macht.
30. ... weil Deutschland auch von der Alt-Linken Sahra Wagenknecht niemals regiert werden darf.
31. ... weil die Ampel mit ihren letzten Beschlüssen (Agrardiesel, Traktorsteuer) Bauern und Tierzüchtern Sorgen bereitet.
32. ... weil Regierung, Ämter, Schulen noch immer im Fax-Zeitalter stecken.
33. ... weil die Ampel Faulsein statt Arbeit belohnt: Mit Bürgergeld inkl. Miete, Heizung etc. kommt eine Familie leicht auf 5000 Euro.
34. ... weil die Ampel Fliegen in Deutschland teurer macht und damit nur ferne Luft-Drehkreuze (Istanbul, Katar) fördert.
35. ... weil die Ampel Schwarzarbeit fördert: Jeder 3. Bürgergeld-Empfänger stockt illegal auf!
36. ... weil der Kanzler effektive Waffenhilfe („Taurus“) für die Ukraine verzögert.
37. ... weil die Ampel laut Umfragen so wenig Rückhalt hat, wie keine andere Regierung zuvor.
38. ... weil die deutliche Mehrheit der Deutschen Neuwahlen WILL.

Am deutlichsten ist der Ruf nach einer Neuwahl bei den Anhängerinnen und Anhängern der AfD. 86 Prozent der Befragten sprechen sich dafür aus. Bei den Anhängern der Union unterstützen dies 39 Prozent. 34 Prozent stimmen für die Bildung einer Große Koalition. Bei Anhängern von SPD (62 Prozent) und Grünen (80 Prozent) überwiegt die Zahl derer, die sich für eine Fortsetzung der Ampelkoalition über die gesamte Amtszeit einsetzen. Bei den Anhängern der FDP ist das Bild differenzierter. Zwar votieren 47 Prozent dafür, die Regierung mit SPD und Grünen weiterzuführen, doch sprechen sich immerhin 39 Prozent der liberalen Wähler dagegen aus. tagesschau

39. ... weil Scholz auch nach zwei Jahren im Amt NIE so spricht, dass man ihn versteht.
40. ... weil die Ampel-Parteien nicht miteinander, sondern gegeneinander regieren.

41. ... weil die Regierung den Atomausstieg feiert, aber dafür weiter auf dreckigen Kohlestrom setzt.
42. ... weil die Energiepreise immer weiter steigen.
43. ... weil die Flüchtlingszahlen nicht sinken.
44. ... weil der Anteil von Ausländern beim Bürgergeld (45 Prozent) offenbar dadurch verringert werden soll, dass wir deutsche Pässe verteilen, BEVOR Menschen richtig integriert sind (Einbürgerungsgesetz).
45. ... weil inzwischen jede 2. Abschiebung schiefgeht.
46. ... weil die Regierung wieder Geld an die Palästinenser überweist – ohne die Bedingung, dass die israelischen Geiseln freikommen.
47. ... weil Gewalt an Schulen eskaliert, insbesondere durch Überforderung bei der Zuwanderung (50 Prozent Anstieg bei ausländischen Tatverdächtigen im Alter 14–18).
48. ... weil Ukraine-Flüchtlinge immer noch zu lange in Schulungen stecken bleiben statt in Jobs (nur 19 Prozent arbeiten, in Polen sind es über 70 Prozent).
49. ... weil wir die Falschen abschieben (z.B. gut integrierte Jesiden in den Irak, wo sie verfolgt werden), aber NICHT radikale Islamisten.
50. ... weil die Ampel-Asylpolitik nur die starken Flüchtlinge fördert, die es bis nach Europa schaffen, Kranken, Alten, Schwangeren aber kaum Chance auf Asyl einräumt.

Die **heute show** und **extra3** haben sich in die Weihnachtspause verabschiedet. Am 26. Januar 2024 kehrt die **heute show** ins ZDF zurück, am 8. Februar 2024 **extra3** ins Erste. Bis dahin müssen wir uns die Welt selbst erklären.

Wir wünschen Ihnen einen schönen 3. Advent. Denken Sie bitte daran, heute nicht alle Rücklagen auszugeben, Sie werden für die nächste Betriebs-, Strom- und Gasabrechnung Reserven benötigen.

Ed Koch

08) Zu früh gefreut – Wählen mit 16. Von Ed Koch



Zu früh gefreut

Zu unserem gestrigen Beitrag über die Absenkung des Wahlalters in Berlin gibt es zwei Nachträge, auf die uns unsere aufmerksamen Leser hingewiesen haben. Vielen Dank an **Katharina**, die uns mitteilte, dass es jetzt auch in Neukölln ein Kinder- und Jugendparlament gibt, wenn auch erst seit November. Auf der Seite „Kinderrechte“ findet sich noch kein Hinweis darauf.

<https://www.kinderrechte.de/beteiligung/starke-kinder-und-jugendparlamente/berlin/>



Hier heißt es nach wie vor: „In Berlin existieren derzeit zwei Kinder- und Jugendparlamente“, in Charlottenburg-Wilmersdorf und Tempelhof-Schöneberg.

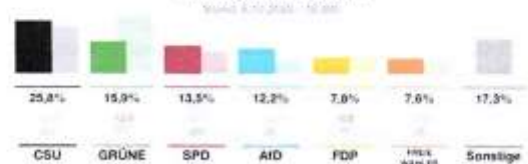
www.kjp-cw.de,
www.berlin.de/kjp-ts.

Willkommen im Club <https://kjp-nk.de/>. Angesichts der Tatsache, dass wir zwölf Bezirke haben, ist das immer noch viel zu wenig.

Zu früh gefreut haben wir uns allerdings bezüglich des Wahlverhaltens von Jugendlichen. Bei der U18-Wahl in Berlin 2021 ist die AfD nicht sichtbar. Unser Leser **Mathias** aus Hamburg übersandte uns zwei aktuelle Grafiken der Juniorwahlen aus Bayern und Hessen, wo die AfD auf rund 13 Prozent käme.

- Anlass: Schulprojekt zur politischen Bildung anlässlich der Landtagswahlen am 8. Oktober 2023 in Bayern und Hessen
- Idee: Unterrichtliche Vorbereitung mit abschließendem Wahlakt in der Woche vor der Landtagswahl
- Ausdehnung: Landesweit an bis zu 800 Schulen
- Schularten: Alle Schularten der Sekundarstufen I und II und Berufsschulen
- Jahrgangsstufen: Jahrgangsstufe 8 bis 13; Schwerpunkt 9./10. Jahrgangsstufe
- Teilnahme: Ab einer Schulklasse bis hin zur ganzen Schule
- Fächer: In Leitfächern der politischen Bildung sowie auch fächerübergreifend einsetzbar
- Erfahrungen: Seit 1999 wird die Juniorwahl bundesweit durchgeführt; seither beteiligten sich mehr als 5,5 Millionen Jugendliche.

ENDERGEBNIS JUNIORWAHL 2023



Wahlberechtigte: 274.000
 Anzahl abgestimmte Erststimmen: 151.843
 Anzahl abgestimmte Zweitstimmen: 90.000
 Gesamtzahl der Stimmen: 241.843
 Anzahl gültige Stimmen: 242.000
 Nichtabstimmung: 31,2%

Von den gültigen Stimmen entfallen:

Kurzname Partei	Langname Partei	Erststimmen Stimmen	Zweitstimmen Stimmen	Gesamtstimmen Stimmen der Erststimmen	Anteil in %
CSU	Christlich-Sozialer Volksdienst	44.000	44.225	88.225	36,5%
GRÜNE	Die Grünen	27.800	26.884	54.684	22,6%
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	12.800	12.124	24.924	10,3%
AfD	Alternative für Deutschland	22.000	19.500	41.500	17,2%
FDP	Freie Demokratische Partei	14.100	22.170	36.270	15,0%
FDP	Freie Demokratische Partei	11.700	12.800	24.500	10,1%
Freie Wähler	Freie Wähler Bayern	8.000	7.000	15.000	6,2%

Juniorwahl in Hessen

Wahlergebnis 2023 im Vergleich zum Wahlergebnis 2018



Große Verlierer beider Wahlen sind die Grünen, Bayern $-12,8\%$ und Hessen $-15,5\%$ Prozent.

Träger des Projektes Juniorwahl ist der gemeinnützige und überparteiliche Verein **Kumulus e.V.** aus Berlin. Gegründet 1999, initiiert der Kumulus e.V. im Sinne einer verantwortungsbereiten Bürgergesellschaft zahlreiche Projekte, Aktionen und Kampagnen im Bereich der Demokratieförderung. Neben den Juniorwahlen organisiert Kumulus e.V. auch weitere Projekte und Veranstaltungen zur politischen Bildung: Im Rahmen der Juniorwahl finden regelmäßig



„Jugend debattiert“-Veranstaltungen statt. Hier debattieren je ein/-e Bundes- oder Landesfinalist/-in des Wettbewerbs mit einem/-r Spitzenpolitiker/-in über aktuelle politische Streitfragen. Die Veranstaltungsreihe ist eine Kooperation mit dem bundesweiten Wettbewerb „Jugend debattiert“.

<https://www.juniorwahl.de/>

ENDERGEBNIS JUNIORWAHL 2021

Bundestagswahl Zweitstimmen

mit Grenzermittlung korrekturen für 2021



Anzahl Wahlberechtigte: 9.427.402
 Anzahl abgegebener Stimmen: 7.124.821
 Davon ungültige Stimmen: 34.870
 Anzahl gültige Stimmen: 7.089.951
 Wahlbeteiligung: 75,31%

Von den gültigen Stimmen entfallen

Nummer Partei	Längere Partei	Anzahl Stimmen	Anteil in %
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands	1.021.402	14,41%
CSU	Christlich Soziale Union in Bayern	21.964	0,31%
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	1.374.085	19,38%
AFD	Alternative für Deutschland	341.340	4,81%
FDP	Freie Demokratische Partei	1.304.426	18,40%
LINKE	Die Linke	550.811	7,77%
GRÜNE	Die Grünen	1.452.279	20,48%
Sonstige	Alle anderen Parteien	1.079.239	15,18%
CDU/CSU	Christlich Demokratische Union Deutschlands	1.043.366	14,72%
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	1.395.949	19,68%
FDP	Freie Demokratische Partei	1.317.341	18,58%
LINKE	Die Linke	557.011	7,86%
GRÜNE	Die Grünen	1.466.464	20,68%
Sonstige	Alle anderen Parteien	1.088.165	15,30%

Für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin 2021 liegen leider keine Zahlen vor. Es sei denn, einer unserer Leser findet die Seite.

Ed Koch

09) BKA Chef mit Zahlenbetrug ganz auf Faeser-Linie

14. 12. 2023



BKA-Chef Holger Münch *Bild: BKA*

Das Bundeskriminalamt ist ganz simpel formuliert dafür zuständig, Kriminalität zu bekämpfen.

BKA-Chef Holger Münch jedoch hat es offenbar zu seiner wichtigsten Aufgabe erklärt, Kriminalität „schön zu rechnen“, um bei Pressekonferenzen seiner [Chefin Innenministerin Nancy Faeser](#) gefallen zu können.

Angst vor Faesers „Rache“?

Münchs Lieblingsausrede für die Kriminalitätssteigerung war bisher Corona. Doch bereits 2022 lagen die Verbrechenszahlen deutlich über dem Vor-Corona-Niveau von 2019 (plus drei Prozent). Für Münch muss daher eine neue Ausrede herhalten, besonders weil die Zahl der tatverdächtigen Ausländer geradezu explodiert und das nicht so recht passen will zur Ideologie seiner Chefin, Innenministerin Nancy Faeser.

Holger Münch hat sich deshalb einen schier atemberaubenden Mathetrick einfallen lassen, um die Ausländerkriminalität zu „schönen“. So nutzt Münch dabei die sehr große, aber verhältnismäßig friedfertige Gruppe der geflüchteten Ukrainer, um die Welle der Gewalt, die vor allem von Migrantinnen aus muslimischen und/oder afrikanischen Ländern ausgeht, zahlenmäßig zu drücken.

Ukrainer als Joker im Zahlenspiel

BKA-Chef Münch teilt also die dramatisch gestiegene Zahl der ausländischen Straftäter (vor allem junge Männer aus Afrika und/oder muslimischen Ländern) durch die gestiegene Zahl von Ausländern in Deutschland, die durch Frauen und Kinder aus der Ukraine bekanntlich extrem gestiegen ist.

Weil nun aber die Gesamtzahl höher ist, fällt die neue Kennzahl beim Teilen deutlich niedriger aus. Das BKA rechnet also zahllose weitestgehend friedliche ukrainische Frauen und Kinder einer Gruppe möglicher Gewalttäter zu, damit das Gesamtergebnis dann eben besser aussieht.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) ACHTUNG REICHELT!

Das ist doch lächerlich, dass diese Rollator-Gang die Regierung stürzen wollten!

10. 12. 2023



JULIAN REICHELT | In dieser Ausgabe von „Achtung, Reichelt!“ greifen Julian und Fürstin Gloria von Thurn und Taxis nochmal das Thema „Reichsbürger“ rund um die Verhaftung von Prinz Reuss auf. Wir wissen bis heute nicht, ob er ein milder Herrscher gewesen wäre, denn seinen angeblichen Plänen wurde von Innenministerin Nancy Faeser ein Strich durch die Rechnung gemacht.

Die NZZ berichtet Folgendes: „Ein Jahr ohne Anklage in Untersuchungshaft. Am 7. Dezember 2022 wurden in einer Großrazzia 27 Verdächtige festgenommen.“ Angeblich wollte Prinz Reuss und seine Bande in Deutschland einen politischen Umsturz anzetteln. Doch für eine Anklageerhebung, so berichtet die NZZ, reichen die Beweise bis jetzt offenbar nicht.

Außerdem diskutiert die Fürstin über die katastrophalen PISA-Ergebnisse. Wenn 1/4 der Schüler im Klassenzimmer der deutschen Sprache nicht mehr mächtig ist, dann steigt die Überforderung der Lehrer und verlangsamt sich natürlich auch die Lerngeschwindigkeit. Was das für uns als Gesellschaft bedeutet, erfahren Sie in dieser Sendung.

<https://www.youtube.com/watch?v=I2v8OOePhuk>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) ACHTUNG REICHELT!

Der Kanzler schadet Deutschland. Scholz bricht jeden Tag seinen Amtseid

08. 12. 2023



Weihnachtswunsch der Deutschen: Rücktritt von Scholz

JULIAN REICHELT | Unsere Bundesregierung hat Geburtstag und das schönste Geschenk für uns alle wäre, wenn diese Leute einfach abtreten würden. Es ist genau zwei Jahre her, dass Olaf Scholz als Bundeskanzler vereidigt wurde. Nach zwei Jahren Olaf Scholz erkennen wir unser Land nicht wieder.

Unsere Weihnachtsmärkte sind besser geschützt als unsere Grenzen, wir essen Schmalzgebäck hinter Panzersperren, weil man eine mörderische Ideologie ungehindert hat einwandern lassen. Durch unsere Straßen hallen nicht Weihnachtsklänge, sondern Allahu-Akbar-Rufe. Nach zwei Jahren Olaf Scholz lacht die Welt über Deutschland. Für die totale Überforderung unserer Bundesregierung hat Robert Habeck, der Kinderbuchautor, dem unsere Volkswirtschaft in die Hände gefallen ist, eine neue Formulierung gefunden:

Wir sind umzingelt von Wirklichkeit. Der Bundeskanzler und seine Minister werden ihrem Amtseid nicht gerecht, ihre Ideologie von Energiewende, offenen Grenzen und grüner Planwirtschaft ist zusammengebrochen, ihre Inkompetenz ist absolut sagenhaft. Einsicht ist die einzige Lebensleistung, die wir von Olaf Scholz noch erwarten können.

- [02:13](#) Die Welt lacht über Deutschland
- [05:38](#) Habeck und die Kalenderspruch-Politik
- [07:35](#) Das denkt Deutschland über Scholz
- [11:14](#) Diese Rede sollte Scholz sofort halten

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) ACHTUNG REICHELT!

Dieses Land ist sowas von fertig mit dem Grünen Irrsinn!

02. 12. 2023



JULIAN REICHELT | Nach zwei Jahren der grünen Herrschaft in Berlin fürchten Millionen Deutsche um ihre wirtschaftliche Existenz, unzählige Menschen sorgen sich um ihre Zukunft und die Zukunft unseres Landes. So viele sind entsetzt über die Allmacht der Inkompetenz und die Rücksichtslosigkeit der Mächtigen. Und doch gibt es gerade überall glänzende Flecken der Hoffnung, weil die Macht der Grünen Partei von Tag zu Tag spürbar schwindet. Der Grünen Partei ist unser Geld ausgegangen.

Was diese Leute gepredigt haben, was von vielen Medien über Jahre kritiklos verkündet wurde, führt nicht in die Zukunft, sondern in den Abgrund und nun wächst der Widerstand gegen diese Politik, die uns arm macht und uns unser Land wegnimmt. Achtung, Reichelt! deckt auf, welche Worte Robert Habeck nun erfindet, damit wir die Finanz-Tricksereien der Politik nicht erkennen.

<https://www.youtube.com/watch?v=8Cw6qv6aPVk>

[02:10](#) Immer mehr sagen: Grüne, nein danke!

[04:20](#) Habeck erfindet Wort für Schulden

[07:40](#) Zucker-Industrie sponsert Parteitag

[09:54](#) Grüne hoffen auf warmen Winter

[11:22](#) Der Grüne Schulden-Voodoo

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Wann geht der Mohr? Von Ed Koch



Wann geht der Mohr?

Ist es schon kulturelle Aneignung, wenn ich mir selbst eine Pizza zubereite und das nicht einem Italiener überlasse? Keine Ahnung, betrifft mich aber nicht, weil ich meine Pizzen beziehungsweise Pizzas nur bei einem meiner beiden Lieblings-Italiener esse. Ich hoffe, dass der Begriff „Lieblings-Italiener“ nicht rassistisch ist. **Apropos rassistisch.**



Da sitze ich, leider viel zu selten, bei einem meiner Lieblings-Italiener, **Giovanni im Brigantino** an der Kaisereiche, und schaue voll des Glücks über die gelungene Pizza aus dem großen Panorama-Fenster, vor dem sich die Haltestelle des Busses M48 befindet. Und immer, wenn er dort stoppt,

leuchtet die Endstation **Mohrenstraße** ins Restaurant. Foto: BVG

Hat die Mohrenstraße immer noch nicht ihre Schuldigkeit getan, um mal ein häufig verwendetes Zitat ins Spiel zu bringen. Dazu gleich mehr. Erst einmal erfüllen wir unseren Bildungsauftrag und weisen darauf hin, dass das Zitat falsch ist. Schon im April 2012 klärte uns **Gerhard Stadelmaier** in einem Artikel in der **FAZ** (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*) auf, was **Muley Hassan** in **Friedrich Schillers** „Verschwörung des Fiesco zu Genua“ (dritter Akt, vierter Auftritt), tatsächlich vor sich hin grummelte, als ihn **Fiesco, Graf von Lavagna**, statt zu belohnen mit dem Galgen drohte, nämlich: „Der Mohr hat seine Arbeit getan, der Mohr kann gehen.“

Also, nicht ihre Schuldigkeit, sondern ihre Arbeit hat die Mohrenstraße in Mitte seit **1707**, als sie so benannt wurde, noch nicht erfüllt. Nach über 300 Jahren sollte die Straße im Sommer 2020 umbenannt werden. Im September diesen Jahres meldete der **rbb**: „Die umstrittene Umbenennung der Berliner Mohrenstraße durch den Bezirk Mitte wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen.“

Die Grünen sprechen sich für eine Umbenennung in **Anton-Wilhelm-Amo-Straße** aus. „Amo war zu Beginn des 18. Jahrhunderts in Wolfenbüttel aufgewachsen und ist der erste schwarze Philosoph Deutschlands. Er konnte eine universitäre Karriere

einschlagen und gilt, neben einer Geistesgröße wie **Gottfried Wilhelm Leibniz**, als Protagonist der Aufklärung.“ *Quelle: taz*

Mit der Beseitigung des Rassismus in Berlin Mitte muss also noch gewartet werden. „Laut dem Berliner Straßengesetz müssen bei Umbenennungen die alten Straßenschilder mit dem bisherigen Namen noch sechs Monate lang lesbar, aber durchgestrichen, unter den Schildern mit den neuen Straßennamen gezeigt werden. Wenn die Straße umbenannt wird, erhält auch der gleichnamige U-Bahnhof zum nächstmöglichen Zeitpunkt den neuen Namen. Das kündigten die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) an.“ *rbb*

Die BVG hatte im Juli 2020 eine innovative Idee. Sie wollte den U-Bahnhof Mohrenstraße in Glinkastraße umbenennen. Beide Straßen kreuzen sich. Der U-Bahnhof liegt am Ende der Mohrenstraße und am Anfang der Voxstraße sowie mitten in der Wilhelmstraße. Alternativen hätte es also genügend gegeben. Als der BVG mitgeteilt wurde, dass von dem russischen Komponisten **Michail Glinka** antisemitische Äußerungen überliefert sind, verschwand der Plan im Akten-Schredder.

Apropos antisemitisch. Die Grünen haben bislang nicht gefordert, die Glinkastraße umzubenennen. Auch hört man nichts von Bemühungen, andere Straßen, die nach Antisemiten wie **Martin Luther** oder **Richard Wagner** benannt sind, umzubenennen. Rassismus ist schlimm, ohne Frage. Antisemitismus hingegen offenbar gesellschaftsfähig.

Endlich wurde auch dieses Problem gelöst!

Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie die Packungsbeilage und fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker.

47,6 %
Frauen

70,5 %
Frauen

Presseportal.de

Nicht seit 300, sondern nur seit 30 Jahren kennen wir diesen Spruch aus der Werbung, wegen der kostbaren Zeit so schnell vorgelesen, dass man ihn so und so nicht versteht.

„Im Sommer beschloss der Bundestag ein Update für den Pflichthinweis in der Medikamentenwerbung außerhalb von Fachkreisen. Nach einer Übergangszeit tritt die Gesetzesänderung am 27. Dezember in Kraft.“, berichtete der **Tagesspiegel**.



Und tatsächlich. Gestern beim Fernsehschauen fiel mir der neue Text auf: „Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie die Packungsbeilage und fragen Sie Ihre Ärztin, Ihren Arzt oder in Ihrer Apotheke“. Die Ärztinnen, die immerhin die Hälfte in dieser Berufsgruppe stellen, werden nun endlich auch erwähnt. Beim nächsten Besuch werde ich meine Hausärztin fragen, wie sehr sie sich darüber freut.

Aber: Was ist mit den 70 Prozent Apothekerinnen? Sie verschwinden im Sammelbegriff „Apotheke“. In einem Kommentar äußert sich eine Betroffene: „Warum nicht: Fragen Sie in Ihrer Praxis oder in Ihrer Apotheke, dann sind alle Berufsgruppen gleichberechtigt von der Raumpflege bis zum Arzt/Ärztin bzw. Apotheker/Apothekerin. Wir Apotheker/innen sind doch eh schon genauso qualifiziert wie der Postbote.“ Ein sehr berechtigter Einwand.

Mit der Änderung „solle gleichstellungspolitischen Aspekten Rechnung getragen werden, erklärte das Bundesgesundheitsministerium zur Begründung. Der bestehende Hinweis sei ‚seit Jahren wegen der Verwendung des generischen Maskulinums Gegenstand von Diskussionen‘ gewesen. Und nachfragen kann man ja nicht nur bei männlichen Fachleuten.“ Danke für den Hinweis. Um zum Schluss noch einen Beitrag aus der unerschöpflichen Zitatensammlung von Witzen aus der Gesundheitsbranche.



Der traurigste Witz ist allerdings dieser: **Karl Lauterbach** ist Gesundheitsminister.

Ed Koch

02) Warme Weihnacht in Schöneberger Apostel-Paulus-Kirche. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 620-21

21. Dezember 2023

48. Jahrgang

Warme Weihnachten

Es ist so weit: Die Bauarbeiten sind abgeschlossen, das neue, mit Biomethan betriebene Blockheizkraftwerk ist funktionstüchtig. Am 19. Dezember trafen sich **Reinhard Müller**, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Denkmalschutz Berlin, Pfarrerin **Martina Steffen-Ellis**, Superintendent **Michael Raddatz** und **Gunnar Wilhelm**, Geschäftsführer von GASAG Solution Plus, um die neue Heizanlage offiziell einzuweihen. Damit wird die **Apostel-Paulus-Kirche** im Herzen Schönebergs ab sofort klimaneutral mit Wärme versorgt.



Unter dem Altar befindet sich jetzt die zweite Herzkammer der Apostel-Paulus-Kirche, ein Blockheizkraftwerk.

Möglich gemacht wurde das Projekt auf Initiative von **Reinhard Müller** durch die Stiftung Denkmalschutz Berlin. Sie hat rund 250.000 Euro investiert, um das evangelische Gotteshaus auf eine nachhaltige Wärmeversorgung umzustellen.

Superintendent **Michael Raddatz** war nach Abschluss der Bauarbeiten sehr glücklich darüber, dass in seiner Kirchengemeinde Tempelhof-Schöneberg nun Klimaneutralität tägliche Realität wird. „Es ist die Aufgabe der Kirche, die Schöpfung zu bewahren und daher ist es wichtig, dass auch die Heizungen in unseren Kirchen zunehmend klimaneutral sind. Vielen Dank an die Stiftung Denkmalschutz Berlin und GASAG Solution Plus, dass sie das hier möglich gemacht haben.“

„Wir sind glücklich, dass die GASAG Solution Plus dieses Projekt planen und realisieren durfte. Wir beweisen in der Apostel-Paulus-Kirche, dass auch ein

130 Jahre altes, denkmalgeschütztes Gebäude CO₂-neutral versorgt werden kann. Außerdem gelang die Umrüstung in nur wenigen Monaten. Einen großen Dank und Respekt an alle Kolleginnen und Kollegen, die daran mitgewirkt haben!“, sagte **Gunnar Wilhelm**, Geschäftsführer von GASAG Solution Plus.

Die Gasag Solutions GmbH hat das BHKW unter dem Altar installiert und wird es betreiben. Die Apostel-Paulus-Kirche, in der unter anderem auch viele Events stattfinden, wird somit der zweite CO₂-freie Veranstaltungsort in Berlin nach dem **EUREF-Campus**.



Die Kirche ist das zweitgrößte Gotteshaus in Berlin und wurde bisher mit fossiler Energie beheizt. Die Gemeinde, zu der die Kirche gehört, möchte mit dieser Maßnahme ein Zeichen im Klimaschutz setzen. Der erste klimaneutrale Gottesdienst findet an **Heiligabend** statt, um 11:00 Uhr für Familien mit Kleinkindern, 15:00 Uhr Familiengottesdienst mit Musicalaufführung, 18:00 Uhr Christvesper mit Superintendent Michael Raddatz und um 22:00 Uhr Christmette im Kerzenschein.

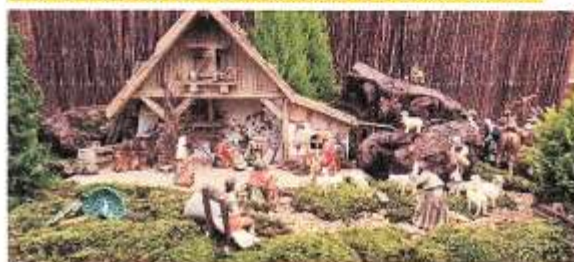


Foto: Krippen-Kramer

Auch vor über 2.000 Jahren wird das Wetter im Heiligen Land angenehm warm gewesen sein. Den vielen Pilgern, die sich zu Weihnachten aufmachen, um den Geburtsort von Jesus Christus in Betlehem zu besuchen, wird in diesem Jahr der Zugang verwehrt. Die Zugänge zu Betlehem bleiben kriegsbedingt verschlossen. Selten waren die Wünsche zum Weihnachtsfest so klar wie dieses Mal, nämlich, dass Frieden in die Ukraine und Israel wieder einkehren mögen und so haltig bleiben, wie das Blockheizkraftwerk in der Apostel-Paulus-Kirche. **Ed Koch**

03) Erleichterung und Frust. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 620-20

20. Dezember 2023

48. Jahrgang

Erleichterung und Frust

Dankenswerterweise hat sich rbb24 die Mühe gemacht, alle Wahlbezirke aufzulisten, die von der Wiederholungswahl betroffen sind. Unter dem folgenden Link können Sie nachschauen, ob Sie zu denen gehören, die am 11. Februar 2024 noch einmal wählen gehen müssen/dürfen, oder zu Hause bleiben können.

<https://www.rbb24.de/content/rbb/r24/politik/beltrag/2023/12/bundestagswahl-wiederholung-berlin-2024-wahlbezirke-wahllokale-karte.html>

In 455 Wahlbezirken ist eine Wiederholungswahl vom Bundesverfassungsgericht angeordnet worden. Dort herrscht bei Wählern und zu Wählenden teilweise erheblicher Frust. Wählen dürfen ist für die Bürger das höchste Gut in einer Demokratie. Man kann dieses Privileg aber auch überstrapazieren, macht sich doch der Gedanke breit, dass so oft gewählt werden muss, bis das Ergebnis passt. Hinzu kommt, dass die betroffenen Wähler am 9. Juni 2024 bereits wieder gefordert sind, wenn das Europäische Parlament gewählt werden soll. Erleichterung herrscht in den 1.801 Wahlbezirken, in denen die Wahl vom September 2021 nicht wiederholt werden muss.

Apropos Erleichterung. Mit großer Freude wurde gestern in Berlin von CDU, SPD, Grünen und Linken die Rückkaufvereinbarung des Fernwärmenetzes gefeiert. Die Grünen behaupten, dass der Rückkauf der Fernwärme „eine Chance für den Klimaschutz“ sei. Vermutlich habe ich auf den Pressekonferenzen von **Vattenfall** überhört, dass sich der schwedische Staatskonzern vehement für den Klimaschutz engagiert und in ihn investiert hat. Was besser werden sollte, wenn sich jetzt der Senat um die Fernwärme kümmert, erschließt sich mir nicht.

„Der Rückkauf des Fernwärmenetzes ist eine gute Nachricht für Berlin und die Energiewende. Damit besteht die Chance, die Wärmeversorgung in der Stadt klimaneutral umzubauen und in Verbindung mit anderen Energienetzen den Klimaschutz voranzubringen. Solche Synergien können sich auch aus einem Einstieg des Landes bei der GASAG ergeben.“, meint der Grüne Fraktionsvorsitzende **Werner Graf**.

Klar sei für die Grünen auch, „dass am Ende nicht die Verbraucherinnen und Verbraucher die wirtschaftlichen Versäumnisse der privaten Energiewirtschaft bezahlen dürfen.“ Gibt es diese Versäumnisse? Und ist es nicht so, dass am Ende immer der Verbraucher,

also die Otilie Normalverbraucherin, die Zeche zahlen muss. Darüber, wieviel wir an **Königin Silvia** von Schweden überweisen müssen, schweigen sich die Vertragsparteien noch aus. Der Rückkauf des Stromnetzes hat uns rund zwei Milliarden Euro gekostet, viel preiswerter dürfte das Fernwärmenetz auch nicht sein. „Derzeit wird ein Kaufpreis auf Basis des Eigenkapitalwerts von rund 1,6 Milliarden Euro erwartet. Grundlage für den Kaufpreis ist ein Unternehmenswert von knapp unter zwei Milliarden Euro.“, beziffert Vattenfall den Wert seines Unternehmens. Berlin finanziert seine Einkäufe mittels Kreditkarte, wir ham's ja. Wie bei einer privaten Kreditkarte kommt aber am Monatsende die Abrechnung.

Bei **Vattenfall** findet so eine Art Schlussverkauf statt. Erst das Stromnetz, jetzt das Fernwärmenetz, und dann räumt Vattenfall „dem Land Berlin eine Kaufoption seiner Anteile an der GASAG ein“, heißt es in einer Pressemitteilung von gestern. „Vattenfall hat die strategische Neubewertung seines Berliner Wärmegeschäfts abgeschlossen und entschieden, das Berliner Wärmegeschäft vollständig an das Land Berlin zu veräußern.“, steht in der Pressemitteilung. Strategische Neubewertung? Was heißt das? Nicht rentabel genug?

„Der neue Eigentümer“, also wir, „wird in den kommenden Jahren weitere erhebliche Investitionen tätigen, um bis 2030 40 Prozent der Fernwärme aus erneuerbaren Energiequellen zu erzeugen und Klimaneutralität zu erreichen.“ Diese Investitionen kommen On Top zum Kaufpreis.

Zweifel an dem nun abgeschlossenen Geschäft hatte schon frühzeitig **Christian Gräff**, der energiepolitischer Sprecher der Berliner CDU-Fraktion, geäußert. „Die Frage der dahinterstehenden Kosten ist bislang vollkommen ungelöst“, sagte Gräff dem **Tagesspiegel**. „Ich erwarte vom Senat eine ganzheitliche Betrachtung der Kosten beim Kauf der Fernwärme: Was kostet der Kauf, die Sanierung, der Ausbau der Netze und die Dekarbonisierung der Herstellung von Wärme.“ „Die nötigen Investitionen werden immens sein. Es glaubt doch niemand, dass der Ausbau des Netzes schneller vorangeht, wenn die öffentliche Hand das macht.“, befürchtet zu Recht der CDU Energieexperte Gräff.

Trotz der Bedenken zeigen sich der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** (CDU), Finanzsenator **Stefan Evers** (CDU) und Wirtschaftssenatorin **Franziska Giffey** (SPD) in einer gemeinsamen Presseerklärung zufrieden.

1



Kai Wegner: „Die heutige Unterzeichnung ist **historisch** und in ihrer Bedeutung für die Zukunft Berlins kaum zu überschätzen. Wir machen die Energieversorgung sicher, stabil und unabhängig. Gerade in Zeiten, in denen Abhängigkeiten zu Unsicherheit führen, schaffen wir Sicherheit durch Unabhängigkeit.“

Der Ankauf der Vattenfall Wärme Berlin ist ein **Meilenstein** für unsere Stadt. Es wird in Zukunft möglich sein, den Berlinerinnen und Berlinern eine sichere, effiziente und nachhaltige Energieversorgung zu fairen Preisen zu gewährleisten. Es ist auch ein wichtiger Schritt dafür, dass das Land Berlin künftig seine Klimaziele einhalten kann. Die Fernwärme wird mit der heutigen Übernahme durch das Land ein Teil der starken Unternehmensfamilie des Landes Berlin.“

„Wasser, Strom und jetzt auch Wärme in Berliner Hand. Damit hat unsere Stadt mehr Einfluss auf Daseinsvorsorge.“ Damit wir uns nicht missverstehen:

Kai Wegner hat vollkommen recht. Die Daseinsvorsorge gehört in die staatliche, also unsere Hand. Berlin hätte, auch wenn die Notlage noch so groß war, sich nie von den Energiebetrieben trennen dürfen. Das ist aber geschehen. Einem gelehrten Kaufmann wie dem Autor dieses Beitrages wird schwarz vor Augen, wenn er die damaligen Verkaufserlöse den Rückkaufkosten gegenüberstellt. Ein wahrlich schlechtes Geschäft.

Franziska Giffey äußert sich ähnlich euphorisch wie ihr Chef und spricht auch von einem „**Meilenstein für die Zukunft unserer Stadt**“. „**Wir holen die Wärme wieder nach Hause!**“ Na, wenn das keine Weihnachtsbotschaft ist.

In die Reihe derer, die in Energiefragen nicht unerwähnt bleiben dürfen, gehört der energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion **Jörg Stroedter**. Er setzt sich seit Jahren für die Rekommunalisierung der privatisierten Staatsunternehmen ein. „**Bereits in der Enquete-Kommission 'Neue Energie für Berlin' hat unter Leitung des damaligen Vorsitzenden Jörg Stroedter das Berliner Abgeordnetenhaus eine umfassende Rekommunalisierungsstrategie beschlossen, die jetzt mit dem Kauf des Fernwärmenetzes nach der erfolgreichen Rekommunalisierung des Stromnetzes ihre Fortsetzung findet.**“, heißt es in einer Pressemitteilung der SPD-Fraktion.

„Der nächste Schritt“, so Stroedter, muss jetzt eine **Mehrheitsbeteiligung des Landes Berlin an der GASAG sein. Das ist auch der Wunsch der dortigen Beschäftigten.**“ Daran, ob das mit den Beschäftigten wirklich so ist, dürfen Zweifel erlaubt sein.

Apropos Beschäftigte: „Das Berliner Fernwärmenetz ist mit 1,4 Millionen angeschlossenen Wohneinheiten das größte Westeuropas. Mit dem Verkauf werden rund 1.700 Beschäftigte der Vattenfall Wärme Berlin AG zum neuen Eigentümer wechseln.“ Als größter Stromverkäufer bleibt Vattenfall Berlin erhalten.

Es gibt viele Gründe, sich über Deutschlands bekanntesten Lokführer **Claus Weselsky** aufzuregen. Das haben wir an dieser Stelle mit zornigem Unterton auch immer wieder gemacht. Allerdings wendet sich das Blatt langsam bei mir. Ich will nicht so weit gehen, den Gewerkschafts-Boss plötzlich sympathisch zu finden, aber die Vertreter der Deutschen Bahn werden mir von Tag zu Tag unsympathischer, nicht allein wegen ihrer unverschämten Bonuszahlungen.

Die Gewerkschaftsmitglieder haben sich zu fast 100 Prozent für unbefristete Streiks ab dem 8. Januar ausgesprochen. Die Bahn reagiert, indem sie ankündigt, Notfahrpläne zu erstellen. Geht's noch? Wie wäre es denn damit, der GDL endlich entgegenzukommen? Grundsätzlich habe ich Probleme mit Forderungen nach Arbeitszeitverkürzungen. Beim genaueren Hinsehen erscheint die Forderung der in den Zügen Beschäftigten nachvollziehbar. Weselsky hat inzwischen angeboten, die Reduzierung von 38 auf 35 Stunden schrittweise umzusetzen. Bei anderen Gesellschaften war das bereits möglich.

Es führt kein Weg daran vorbei, dass sich die Bahn auf die GDL zubewegen muss, auch wenn sich die Verhandlungspartner nicht leiden können. Denn: „Das, was jetzt kommt, wird kräftiger, wird länger und wird härter für die Kunden“, sagt Weselsky. Noch hat es die Bahn in der Hand, unbefristete Streiks ab dem 8. Januar abzuwenden.

Wenn der Schein der Advents-Kerzen die Kontrahenten zum Umdenken bewöge, wäre dies eine schöne Weihnachtsbescherung.

Ed Koch

04) Die Bundestagswahl muss in 455 von 2.256 Wahlbezirken des Landes Berlin wiederholt werden



paperpress

seit 1976



Nr. 620-19

19. Dezember 2023

48. Jahrgang

Die Bundestagswahl muss in 455 von 2.256 Wahlbezirken des Landes Berlin wiederholt werden

Das Bundesverfassungsgericht hat heute entschieden, dass die Wahl zum Deutschen Bundestag von 2021 aufgrund von zahlreichen Pannen in 455 Wahlbezirken des Landes Berlin wiederholt werden muss.

Dazu sagt der Regierende Bürgermeister von Berlin, **Kai Wegner**: „Das Wahlichaos im September 2021 beschert unserer Stadt eine weitere Wahlwiederholung. Die Bundestagswahl muss teilweise wiederholt werden. Eine Wahl innerhalb von 55 Tagen abzuhalten, ist eine große Herausforderung und Kraftanstrengung zugleich – sowohl für die Parteien als auch und besonders für die Verwaltung. Ich habe volles Vertrauen in den Landeswahlleiter, Prof. Dr. Stephan Bröchler, dass die Wahlen reibungslos ablaufen werden. Der Berliner Senat hat mit ihm gemeinsam alle notwendigen Voraussetzungen geschaffen, damit Wahlen in Berlin wieder funktionieren. Ich danke Herrn Prof. Bröchler für die rechtzeitigen Planungen der Wiederholungswahl, die er jetzt in die Tat umsetzen wird. In einer funktionierenden Stadt müssen Wahlen ordnungsgemäß stattfinden. Alle Berlinerinnen und Berliner in den betroffenen Wahlbezirken rufe ich dazu auf, zur Wahl zu gehen und ihre Stimme abzugeben.“

Urteil vom 19. Dezember 2023

Mit heute verkündetem Urteil hat der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag über den Beschluss des Deutschen Bundestages vom 10. November 2022 hinausgehend in weiteren 31 Wahlbezirken des Landes Berlin sowie den zugehörigen Briefwahlbezirken für ungültig erklärt und eine Wiederholungswahl angeordnet. Zudem hat er den genannten Beschluss des Bundestages insoweit aufgehoben, als die Bundestagswahl in sieben Wahlbezirken und den damit verbundenen Briefwahlbezirken für ungültig erklärt wurde.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wendet sich mit ihrer Wahlprüfungsbeschwerde gegen den Beschluss des Bundestages vom 10. November 2022, mit dem dieser die Bundestagswahl 2021 in 431 Wahlbezirken in Berlin für ungültig erklärt und insoweit eine Wiederholungswahl angeordnet hat.

Der Beschluss des Deutschen Bundestages vom 10. November 2022 ist im Ergebnis überwiegend rechtmäßig. Der Bundestag hat das Wahlgeseh-

jedoch unzureichend aufgeklärt, da er auf die gebotene Beziehung und Auswertung der Niederschriften der einzelnen Wahlbezirke verzichtet hat. Dies hat das Bundesverfassungsgericht im Rahmen seiner Amtsaufklärungspflicht nachgeholt. Daraus ergibt sich, dass einerseits die Bundestagswahl in weiteren 25 Wahlbezirken des Landes Berlin einschließlich der zugehörigen Briefwahlbezirke für ungültig zu erklären und andererseits die Ungültigerklärung der Wahl in sieben Wahlbezirken und deren Briefwahlbezirken im Beschluss des Deutschen Bundestages aufzuheben ist. Daneben führen erst nach der mündlichen Verhandlung bekanntgewordene Besonderheiten der Auszählung von Briefwahlstimmen zur Ungültigerklärung der Bundestagswahl in weiteren sechs Briefwahlbezirken und den sechs mit diesen verbundenen Urnenwahlbezirken. Die Wiederholungswahl ist als Zweitstimmenwahl (d. h. mit Erst- und Zweitstimme) durchzuführen.

Sachverhalt:

Am 26. September 2021 fand in Berlin die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag statt. Zugleich wurden die Wahlen zum 19. Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen durchgeführt sowie über einen Volksentscheid abgestimmt. Am Wahltag fand auch der Berlin-Marathon statt. Beim Bundestag wurden insgesamt 1.713 Wahleinsprüche eingelegt, die ausschließlich oder teilweise das Wahlgesehene in Berlin betrafen. Der Bundestag stellte in 327 Wahlbezirken der zwölf Wahlkreise mandatsrelevante Wahlfehler fest. Diese Wahlbezirke sind wegen gemeinsam gebildeter Briefwahlbezirke mit 104 weiteren Wahlbezirken verbunden. Mit Beschluss vom 10. November 2022 erklärte der Bundestag die Bundestagswahl in 431 Wahlbezirken für ungültig und ordnete insoweit eine Wiederholungswahl an.

Die Beschwerdeführerin macht geltend, dass der Beschluss des Bundestages rechtswidrig sei, soweit dieser die Wahl in sechs vom Bundeswahlleiter angefochtenen Wahlkreisen nicht insgesamt für ungültig erklärt habe. Zudem sei der Beschluss rechtswidrig, soweit der Bundestag die Ungültigerklärung der Wahl über die Wahlkreise 76 (Pankow) und 77 (Reinickendorf) hinaus auch auf die Erststimmenwahl bezogen habe.

Am 16. November 2022 erklärte der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen in Gänze für ungültig. Hiergegen wurde Verfassungsbeschwerde erhoben, verbunden mit einem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung, der



darauf abzielte, die Wiederholungswahl bis zur Entscheidung in der Hauptsache zu verhindern. Den Eilantrag lehnte das Bundesverfassungsgericht am 25. Januar 2023 ab (vgl. Pressemitteilung Nr. 13/2023 vom 31. Januar 2023); eine Entscheidung über die Verfassungsbeschwerde steht noch aus. Die Wiederholung der Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen fand am 12. Februar 2023 statt.

Wesentliche Erwägungen des Senats:

Die Wahlprüfungsbeschwerde ist teilweise begründet.

I. Die Wahlprüfung dient der Feststellung der ordnungsgemäßen Zusammensetzung des Parlaments und dem Schutz des subjektiven Wahlrechts der Bürgerinnen und Bürger. Sie ist zunächst Sache des Deutschen Bundestages. Das Bundesverfassungsgericht überprüft im Wahlprüfungsbeschwerdeverfahren dessen Entscheidung grundsätzlich in vollem Umfang unter Berücksichtigung der dem Wahlprüfungsausschuss eingeräumten Entscheidungsspielräume.

Hat der Bundestag verfahrensfehlerfrei von weiteren Ermittlungen abgesehen, besteht für das Bundesverfassungsgericht weder die Veranlassung noch die Befugnis, weitergehende Ermittlungen anzustellen. Nur wenn sich die Beweiserhebung des Bundestages selbst als lückenhaft oder in sonstiger Weise unzureichend erweist, kann das Bundesverfassungsgericht im Rahmen seiner Amtsermittlungspflicht auch insoweit tätig werden.

II. Der Beschluss des Deutschen Bundestages beruht auf einer unzureichenden Aufklärung des Wahlscheitens, da er die Niederschriften der einzelnen Wahlbezirke weder selbst ausgewertet noch deren Auswertung in sonstiger Weise veranlasst hat.

Diese Auswertung war vorliegend aber geboten. Dass aus dem Schweigen der Niederschriften nicht auf das Fehlen von Wahlfehlern geschlossen werden kann, schließt nicht aus, dass in einzelnen Niederschriften besondere Vorkommnisse ausgewiesen sind, die das Vorliegen von Wahlfehlern dokumentieren. Der Bundestag wäre zur Gewährleistung einer bestmöglichen Sachaufklärung daher verpflichtet gewesen, die Niederschriften der einzelnen Wahlbezirke beizuziehen und auszuwerten.

Nachdem er darauf verzichtet hatte, war das Bundesverfassungsgericht gehalten, diese Möglichkeit der Aufklärung des tatsächlichen Wahlscheitens eigenständig wahrzunehmen.

III. Der Beschluss des Deutschen Bundestages vom 10. November 2022 ist materiell im Ergebnis überwiegend rechtmäßig.

1. Der Bundestag hat die in Betracht kommenden Wahlfehler ihrem Inhalt nach weitgehend zutreffend bestimmt.

a) Ein Wahlfehler liegt immer dann vor, wenn die Regelungen des Bundeswahlgesetzes und der Bundeswahlordnung sowie die diese prägenden Wahlgrundsätze des Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG verletzt sind. Nur soweit gesetzliche Vorgaben bestehen, kommen Wahlfehler in Betracht.

b) Danach weisen die Abläufe bei der Bundestagswahl 2021 in Berlin Wahlfehler in Bezug sowohl auf die Vorbereitung als auch auf die Durchführung der Wahl auf. Davon sind über den angegriffenen Beschluss des Deutschen Bundestages hinaus weitere Urnenwahlbezirke betroffen.

aa) Bereits in der Phase der Vorbereitung der Bundestagswahl 2021 in Berlin sind Wahlfehler festzustellen:

(1) Gemäß § 46 Abs. 1 Satz 3 BWahlO, wonach die Teilnahme an der Wahl möglichst zu erleichtern ist, wäre es erforderlich gewesen, eine Ausstattung der Wahlräume mit Wahlkabinen und Stimmzetteln in einem Umfang zu veranlassen, der einen möglichst reibungslosen Wahlablauf ohne überlange Wartezeiten ermöglicht hätte. Dem genügt die Planung der Ausstattung der Wahllokale mit Wahlkabinen nicht. Es wurden keine tragfähigen Überlegungen angestellt, wie viele Wahlkabinen in den jeweiligen Wahlräumen erforderlich waren, um unter den Bedingungen einer Mehrfachwahl mit sechs Entscheidungsmöglichkeiten auf fünf inhaltlich verschiedenen und unterschiedlich gestalteten Stimmzetteln überlange Wartezeiten zu vermeiden.

(2) Daneben wurde bei der Wahlvorbereitung gegen § 49 Nr. 3 BWahlO verstoßen, weil die amtlichen Stimmzettel zwar beschafft, aber teilweise den Wahlvorständen der Wahlbezirke vor Beginn der Wahlhandlung nicht in genügender Zahl übergeben wurden.

bb) Auch bei der Durchführung der Bundestagswahl 2021 in Berlin sind zahlreiche Wahlfehler festzustellen.

(1) Dies gilt zunächst, soweit Wahlberechtigten ein Stimmzettel eines anderen Wahlkreises ausgehändigt wurde, so dass deren Erststimme gemäß § 39



Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 in Verbindung mit Satz 2 Halbsatz 2 BWahlG ungültig abgegeben war.

(2) Eine zeitweilige völlige Schließung eines Wahllokals stellt einen Wahlfehler dar, weil sie gegen den Grundsatz der Öffentlichkeit der Wahl gemäß § 54 BWahlO verstößt. Auch Unterbrechungen der Bundestagswahl bei fortbestehender öffentlicher Zugänglichkeit des Wahllokals begründen einen Wahlfehler. Sie verstoßen gegen § 47 BWahlO, wonach die Wahl von 8 Uhr bis 18 Uhr dauert. Zweifelhaft erscheinen allenfalls Fälle, in denen zwar die Abgeordnetenhauswahl, hingegen nicht die Bundestagswahl unterbrochen wurde. Das Wahlgesehehen einer Mehrfachwahl ist jedoch insoweit einheitlich zu beurteilen. Daher liegt in diesen Fällen eine Störung des Wahlgesehehens vor, die auch die Bundestagswahl erfasst.

(3) Aus den Niederschriften gehen einzelne Fälle hervor, in denen Personen, die nur bei der Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung wahlberechtigt waren, Stimmzettel für die Bundestagswahl erhalten und diese eingeworfen haben. Soweit es nicht gelang, den Einwurf solcher Stimmzettel abzuwenden, liegen Wahlfehler vor (§ 56 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 BWahlO).

(4) Überlange Wartezeiten sind als solche nicht als Wahlfehler anzusehen. Es fehlt an rechtlichen Vorgaben zum Umfang zulässiger Wartezeiten. Besonders lange Wartezeiten indizieren allerdings regelmäßig eine unzureichende Ausstattung der Wahlräume mit Wahlkabinen und/oder Stimmzetteln und damit das Vorliegen eines Verstoßes gegen § 46 Abs. 1 Satz 3, § 49 Nr. 3 BWahlO. Als zeitliche Grenze dürfte dabei – unter Berücksichtigung des Umstands, dass in Berlin bis zu sechs Stimmen auf fünf unterschiedlichen Stimmzetteln abgegeben werden konnten – eine Wartezeit ab einer Stunde anzusehen sein, so dass in diesen Fällen vom Vorliegen eines Wahlfehlers auszugehen ist.

(5) Auch eine Stimmabgabe nach 18 Uhr begründet als solche keinen Wahlfehler. Ein solcher liegt nur vor, wenn die Wahlberechtigten nicht rechtzeitig vor dem Ablauf der Wahlzeit erschienen und trotzdem zur Wahl zugelassen worden sind. Derartige Fälle sind nicht ersichtlich.

Davon zu unterscheiden ist die Frage, inwieweit Öffnungszeiten der Wahllokale über das Ende der Wahlzeit hinaus als ausreichendes Indiz für das Vorliegen sonstiger Wahlfehler angesehen werden können. Insoweit geht der Wahlprüfungsausschuss davon aus,

dass in allen Urnenwahllokalen mit Schließzeiten nach 18:30 Uhr lange Wartezeiten vorgelegen hätten, die auf eine unzureichende, fehlerhafte Ausstattung der Wahllokale zurückzuführen seien. Der Senat teilt diese Einschätzung.

(6) In der Veröffentlichung der Prognosen zur Bundestagswahl um 18 Uhr liegt kein Verstoß gegen § 32 Abs. 2 BWahlG. Denn die Prognosen wurden gerade nicht vor dem Ablauf der um 18 Uhr endenden Wahlzeit (§ 47 Abs. 1 BWahlO) veröffentlicht.

cc) Nach diesen Maßgaben hat der Senat die Niederschriften der einzelnen Wahlbezirke ausgewertet. Danach sind über die Feststellungen im angegriffenen Beschluss des Bundestages hinaus 15 weitere Urnenwahlbezirke mit Wahlfehlern behaftet, die über einen gemeinsamen Briefwahlbezirk mit zehn weiteren Urnenwahlbezirken verbunden sind:

Urnenwahlbezirke 75 01 102 und 75 01 106 (jeweils **Wahlkreis 75 Mitte**): Stimmabgabe begann nicht vor 8:59 Uhr beziehungsweise 8:55 Uhr.

Urnenwahlbezirk 75 01 314 (Wahlkreis 75): Wartezeiten von über einer Stunde (Indiz für Wahlfehler).
Urnenwahlbezirk 75 01 402 (Wahlkreis 75): Wartezeiten von bis zu 60 Minuten (Indiz für Wahlfehler).

Urnenwahlbezirk 76 03 112 (**Wahlkreis 76 Pankow**): Ende der Stimmabgabe um 18:31 Uhr (Indiz für Wahlfehler).

Urnenwahlbezirk 76 03 113 (Wahlkreis 76): Ende der Wahlhandlung um 19:40 Uhr (Indiz für Wahlfehler).
Urnenwahlbezirk 76 03 406 (Wahlkreis 76): überlange Wartezeiten (Indiz für Wahlfehler). Um 16:41 Uhr seien die Stimmzettel für die Bundestagswahl ausgegangen (Unterbrechung).

Urnenwahlbezirk 79 06 407 (**Wahlkreis 79 Steglitz-Zehlendorf**): Wartezeit von mehr als einer Stunde (Indiz für Wahlfehler).

Urnenwahlbezirk 80 04 304 (**Wahlkreis 80 Charlottenburg-Wilmersdorf**): Unterbrechung der Wahlhandlung von mindestens 40 Minuten.

Urnenwahlbezirk 80 04 505 (Wahlkreis 80): Unterbrechung der Wahlhandlung: Zwischen 15 Uhr und 15:50 Uhr „keine Stimmzettel“.

Urnenwahlbezirk 80 04 722 (Wahlkreis 80): Es fehlten für 55 Minuten die Stimmzettel für die Bundestagswahl.

Urnenwahlbezirk 82 08 609 (**Wahlkreis 82 Neukölln**): Wartezeiten von über einer Stunde (Indiz für Wahlfehler).



Urnenwahlbezirke 84 09 623 und 84 09 625 (jeweils **Wahlkreis 84 Treptow-Köpenick**): Ende der Wahlhandlung um 18:35 Uhr beziehungsweise 18:36 Uhr (Indiz für Wahlfehler).

Urnenwahlbezirk 85 10 530 (**Wahlkreis 85 Marzahn-Hellersdorf**): verspätete Öffnung des Wahllokals.

Umgekehrt kann die Feststellung von Wahlfehlern im angegriffenen Beschluss des Deutschen Bundestages in drei Fällen nicht aufrechterhalten werden. Der Bundestag hat in diesen Fällen Wartezeiten von weniger als einer Stunde beziehungsweise unbezifferte Wartezeiten ohne Unterbrechung der Wahlhandlung als ausreichend angesehen, um von einer unzureichenden Ausstattung der Wahllokale auszugehen zu können.

dd) Die mögliche Lückenhaftigkeit der Niederschriften insbesondere in Bezug auf Warteschlangen und Wartezeiten oder Unterbrechungen der Wahl stellt weder selbst einen Wahlfehler dar, noch lässt sie auf weitere Wahlfehler schließen. Insbesondere kann daher nicht von einer flächendeckend unzureichenden Ausstattung der Wahllokale ausgegangen werden.

2. Die Wahlfehler sind weitgehend mandatsrelevant.

a) Ein Wahlfehler kann allein dann Auswirkungen auf die Gültigkeit der Wahl haben, wenn er mandatsrelevant ist. Dies ist der Fall, wenn er Einfluss auf die Verteilung der Sitze im Parlament haben kann. Es muss sich bei der Auswirkung des Wahlfehlers auf die Sitzverteilung um eine nach der allgemeinen Lebenserfahrung konkrete und nicht ganz fernliegende Möglichkeit handeln (Grundsatz der potentiellen Kausalität). Dabei ist das potentielle Wahlverhalten nicht im Sinne einer exakten Übertragung des Wahlergebnisses, wohl aber im Sinne einer groben Orientierung zu berücksichtigen.

b) Davon ausgehend ist die Mandatsrelevanz bezogen auf das Zweitstimmenergebnis gegeben, soweit Wahlfehler in der Form einer unzureichenden Ausstattung der Urnenwahllokale mit Wahlkabinen und Stimmzetteln vorliegen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, sondern ist vielmehr wahrscheinlich, dass die mehr als einstündigen Wartezeiten, die Unterbrechungen der Wahlhandlung, die verspäteten Öffnungen beziehungsweise die vorübergehenden oder vorzeitigen Schließungen von Wahllokalen dafür ursächlich waren, dass Wahlberechtigte nicht von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben. Es besteht auch die konkrete Möglichkeit, dass bei einer Wahlteilnahme dieser Personen die SPD die für ein zusätzliches Bundestagsmandat erforderliche Anzahl von

802 Zweitstimmen erzielt hätte. Anders verhält es sich hinsichtlich der in wenigen Einzelfällen dokumentierten Ausgabe von Stimmzetteln an nicht wahlberechtigte Personen, die in der Folge auch bei der Bundestagswahl abgestimmt haben. Selbst wenn diese Personen alle zugunsten einer Landesliste gestimmt hätten, hätte dies für die Sitzverteilung im Deutschen Bundestag keine Bedeutung. Ebenso ist der nur in Einzelfällen aufgetretene Wahlfehler fehlender Barrierefreiheit nicht mandatsrelevant.

Für die Erststimmen ist eine Mandatsrelevanz für die **Wahlkreise 76 Pankow** und **77 Reinickendorf** gegeben, da in diesen Wahlkreisen die Differenz zwischen dem Wahlkreisgewinner und dem Erstunterlegenen lediglich 26 % (Wahlkreis 76) beziehungsweise 19 % (Wahlkreis 77) der Nichtwähler betrug.

3. Rechtsfolge der festgestellten mandatsrelevanten Wahlfehler ist die auf die betroffenen Wahlbezirke und die damit verbundenen Wahlbezirke beschränkte Ungültigerklärung der Wahl und deren Wiederholung als Zweitstimmewahl.

a) Die Wahlprüfungsentscheidung des Bundesverfassungsgerichts unterliegt dem Gebot des geringstmöglichen Eingriffs. Sie darf nur so weit gehen, wie es der festgestellte Wahlfehler verlangt. Von mehreren Möglichkeiten zur Korrektur eines mandatsrelevanten Fehlers ist diejenige zu wählen, die dem Interesse am Bestand der gewählten Volksvertretung am stärksten Rechnung trägt. Eine Nichtigerklärung der gesamten Wahl setzt Wahlfehler von einem solchen Gewicht voraus, dass der Fortbestand der in dieser Weise gewählten Volksvertretung unerträglich erscheint.

b) Demgemäß kam eine Ungültigerklärung der gesamten Bundestagswahl 2021 im Land Berlin nicht in Betracht. Da nur in 339 von 2.256 Urnenwahlbezirken (15,03 %) Wahlfehler feststellbar waren, konnte der weit überwiegende Teil der Wahlberechtigten seine Stimme in Wahllokalen abgeben, die von erkennbaren Wahlfehlern nicht betroffen waren. Der Fortbestand der in dieser Weise gewählten Volksvertretung kann daher nicht als unerträglich angesehen werden.

Unerheblich ist insoweit, dass der Verfassungssgerichtshof Berlin eine vollständige Wiederholung der Wahl des Abgeordnetenhauses und der Bezirksverordnetenversammlungen angeordnet hat. Einer Übertragung auf das vorliegende Verfahren steht entgegen, dass zwar nach dem äußeren Rahmen ein einheitliches Wahlgesehen vorliegt, dieses aber



auf der Basis unterschiedlicher Rechtsgrundlagen der Konstituierung unterschiedlicher Parlamente diene. Hinzu kommt, dass bei den Landeswahlen Wahlfehler (wie etwa die Verwendung kopierter Stimmzettel) auftraten, die bei der Bundestagswahl nicht feststellbar sind. Vor allem aber ging der Verfassungsgerichtshof Berlin davon aus, dass die von ihm festgestellten Wahlfehler 88 von 147 Sitzen und damit 60 % der Mitglieder des Abgeordnetenhauses betrafen.

c) Eine bloße Berichtigung des Wahlergebnisses ist nicht möglich. Es ist nicht konkret feststellbar, wie sich die Wahlfehler auf das Wahlergebnis ausgewirkt haben. Nach dem Gebot des geringstmöglichen Eingriffs ist die Bundestagswahl in Berlin daher in denjenigen Wahlbezirken, die mit mandatsrelevanten Wahlfehlern behaftet sind, und in den damit verbundenen Wahlbezirken für ungültig zu erklären.

d) Eine darüberhinausgehende Ausweitung der Ungültigerklärung der Wahl auf sechs der zwölf Berliner Bundestagswahlkreise scheidet demgegenüber aus. Die Beschwerdeführerin verweist darauf, dass vom Vorliegen weiterer, nicht nur auf bloße Einzelfälle beschränkter, wenn auch nicht dokumentierter Wahlfehler auszugehen sei. Dabei lässt sie außer Betracht, dass in Fällen, in denen nicht aufklärbar ist, ob ein Wahlfehler vorliegt, die Wahlprüfungsbeschwerde ohne Erfolg zu bleiben hat.

e) Nicht zu beanstanden ist, dass der Deutsche Bundestag angeordnet hat, die Wahl durchgängig als Zweitstimmewahl zu wiederholen. Einer auf die Zweitstimme beschränkten Wiederholung der Wahl steht entgegen, dass § 44 Abs. 2 BWahlG bestimmt, dass die Wiederholungswahl nach „denselben Vorschriften wie die Hauptwahl“ stattfindet. Soweit demgegenüber auf die Möglichkeit der teilweisen Ungültigerklärung gemäß § 44 Abs. 1 BWahlG verwiesen wird, hat die Vorschrift nicht die Unterscheidung zwischen Erst- und Zweitstimme zum Gegenstand, sondern ist mit Blick auf den gebotenen Bestandschutz der gewählten Volksvertretung auf die räumliche Begrenzung der Wiederholungswahl gerichtet.

IV. Gesondert zu würdigen ist der erst im Wahlprüfungsbeschwerdeverfahren bekanntgewordene Umstand, dass Wahlbriefe aus für ungültig erklärten Wahlbezirken umverteilt wurden, so dass sie nicht in das Ergebnis der vom Beschluss des Deutschen Bundestages umfassten Briefwahlbezirke, sondern in das Ergebnis anderer, nicht für ungültig erklärter Briefwahlbezirke eingingen.

1. Die Umverteilung von 1.080 Wahlbriefen aus fünf für ungültig erklärten Briefwahlbezirken auf sechs andere Briefwahlbezirke im **Wahlkreis 81 Tempelhof-Schöneberg** war wahlrechtswidrig. Soweit Wahlbriefe eines Briefwahlbezirks, in dem die Wahl für ungültig zu erklären ist, in einem anderen Briefwahlbezirk ausgezählt wurden, der selbst nicht mit einem wahlfehlerhaften Urnenwahlbezirk verknüpft ist, werden die mit diesen Wahlbriefen abgegebenen Stimmen von der Ungültigerklärung nicht erfasst. Bei einer Wiederholungswahl blieben die im aufnehmenden Briefwahlbezirk ausgezählten Stimmen gültig. Zugleich könnte erneut eine gültige Stimme abgegeben werden. Hierdurch würde der Grundsatz der Gleichheit der Wahl verletzt. Daher war die Wahl auch in den Briefwahlbezirken, die Wahlbriefe aus für ungültig erklärten Briefwahlbezirken übernommen und ausgezählt haben, und den damit verbundenen Urnenwahlbezirken für ungültig zu erklären.

2. Die Umverteilung von erst am Wahltag eingegangenen Wahlbriefen in den Wahlkreisen **78 Spandau Charlottenburg Nord, 79 Steglitz-Zehlendorf, 82 Neukölln, 83 Friedrichshain-Kreuzberg, und 86 Lichtenberg** auf ortsnahe Briefwahlbezirke stellt zwar einen Wahlfehler dar. Dieser kann bei der Anordnung der Wahlwiederholung aber außer Betracht bleiben. Das Risiko, dass Personen im Falle der Wiederholungswahl nochmals wählen oder überhaupt nicht von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen können, ist angesichts der Zahl der insgesamt umverteilten Wahlbriefe auf Einzelfälle beschränkt und daher gegenüber dem Interesse am Bestand der gewählten Volksvertretung nachrangig.

3. Der Anordnung der Wiederholungswahl in den betroffenen Wahlkreisen steht die Veränderung des Elektorats durch Zu- und Fortzüge nicht entgegen. Zwar besteht auch in diesen Fällen das Risiko der Doppel- beziehungsweise Nichtwahl. Diese Wirkung stellt sich jedoch als notwendige Folge der gesetzlichen Regelungen für die Wiederholungswahl dar. § 44 BWahlG sieht nach sechs Monaten die Erstellung neuer Wählerverzeichnisse vor. Verfassungsrechtliche Bedenken hiergegen bestehen nicht.

Quelle: Bundesverfassungsgericht

Zum heute verkündeten Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur teilweisen Wiederholung der Bundestagswahl von 2021 in Berlin erklärt die Landesvorsitzende der SPD Berlin, **Franziska Giffey**:

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass die Bundestagswahl in Berlin teilweise wiederholt werden muss. Als SPD Berlin haben wir den nun



anstehenden Wahlkampf in den vergangenen Wochen bereits vorbereitet. Ab Januar werden wir einen kurzen, aber intensiven Wahlkampf führen. Das Ziel aller demokratischen Parteien muss es sein, sich für eine möglichst hohe Wahlbeteiligung einzusetzen, damit Berlin im Bundestag keine Stimmen verliert. Deshalb bitten wir alle Berlinerinnen und Berliner, die von der Wiederholung der Wahl betroffen sind: Nehmen Sie Ihr Wahlrecht wahr, geben Sie Ihre Stimme einer demokratischen Partei!

Die SPD steht für eine soziale und demokratische Politik. Auch wenn die Wahl nur in einigen Gebieten der Stadt in 8 von 12 Bezirken wiederholt werden muss, so geht es doch auch darum ein Zeichen zu setzen, dass Berlin demokratisch und weltoffen ist und Rechtspopulisten und Rechtsradikale keine Chance haben.

Ich danke allen, die für die Berliner SPD in dieser herausfordernden Zeit in den Wintermonaten erneut in den Wahlkampf ziehen und sich für ein starkes Ergebnis für die Sozialdemokratie einsetzen.

05) Wählen mit 16. Von Ed Koch



Wählen mit 16

Wer heute 13 Jahre alt ist, darf an der nächsten Abgeordnetenhauswahl 2026 teilnehmen. Das haben gestern CDU, SPD, Grüne und Linke beschlossen, die AfD stimmte dagegen.



Foto: LJR

„Wahlalter 16 ist ein wichtiges Signal an junge Menschen in der Hauptstadt und ermöglicht 16- und 17-Jährigen mehr echte Teilhabe. Der Landesjugendring Berlin gratuliert dem Parlament für diese Entscheidung. Damit enden für den Landesjugendring 13 Jahre Einsatz für Wahlalter 16.“, teilt der Landesjugendring in einer Pressemitteilung mit.

„Wir freuen uns sehr darüber, dass ab sofort auch 16- und 17-Jährige an den Abgeordnetenhauswahlen teilnehmen können“, sagt **Tilmann Weickmann**, Geschäftsführer des Landesjugendring Berlin. „Dafür haben wir seit vielen Jahren gekämpft.“ Eines sei nach der Wahlalterabsenkung jetzt ganz wichtig: „Die Politik muss ab jetzt auch stärker auf die neue Wählergruppe eingehen und ihre Interessen und Bedürfnisse berücksichtigen.“ „Das sei bisher nicht immer der Fall gewesen.“, bemängelt der Landesjugendring.

Berlin ist das siebte Bundesland, in dem Wahlalter 16 bei Landtagswahlen gilt. In Berlin konnte man ab 16 Jahren bisher nur an den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen teilnehmen. Auch bei der Europawahl 2024 gilt Wahlalter 16 in Deutschland. „Es ist gut, dass es jetzt weniger Hin-und-Her bei Wahlen gibt“, so Weickmann. Die Studie „Mehr Wählen wagen?“ der Otto-Brenner-Stiftung hatte im Januar 2023 herausgefunden, dass der „föderale Flickenteppich“ beim Wahlalter junge Menschen zunehmend verunsichert, wann sie wählen dürfen und

wann nicht. „Mehr Einheitlichkeit beim Wahlalter würde da helfen.“, sagt der LJR.

Eine wichtige Folge der Wahlalterabsenkung in Berlin sei auch, dass 16- und 17-Jährige nun an Volksentscheiden teilnehmen können: „Volksentscheide betreffen junge Menschen in ihrem Lebensumfeld oft ganz direkt“, sagt Weickmann. Das hätte beim jüngsten Volksentscheid über die Wohnsituation in der Stadt genauso gegolten wie bei vergangenen Volksentscheiden, zum Beispiel bei den Bebauungsplänen auf dem Tempelhofer Feld. Daher sei es gut, dass sie dort nun mit abstimmen können.

„Wahlalter 16 ermöglicht jungen Menschen endlich mehr echte Beteiligung. Sie müssen vor den kommenden Wahlen nun aber auch gut über die neue Wahlberechtigung informiert werden.“, fordert der LJR. „Dabei unterstützt der Landesjugendring Berlin gerne“, sagt Weickmann. In Brandenburg dürfen Jugendliche ab 16 bereits seit mehr als zehn Jahren an den Wahlen teilnehmen. In Berlin dauert es eben manchmal etwas länger. Mit der Absenkung des Wahlalters erhöht sich die Zahl der Wahlberechtigten um rund 50.000.

Die Parteien müssen jetzt intensiver auf die Zielgruppe eingehen, was in den Wahlkämpfen bislang eher vernachlässigt wurde, weil die weitaus größere Zahl der Wahlberechtigten deutlich älter als 16 Jahre alt ist. Das ist aber keine Einbahnstraße. Die Jugendlichen müssen auch selbst aktiv werden und nicht warten, bis sie angesprochen werden. Vielleicht überwinden sich die Jungwähler, auch einmal Zeitungen zu lesen – gibt's auch online. Die Nutzung der herkömmlichen Social-Media-Plattformen trägt kaum zur politischen Bildung bei.

Beim Thema Bildung sind wir mal wieder in den Schulen angekommen. Auch hier muss verstärkt über das zentrale Thema in einer Demokratie, das Wahlrecht, gesprochen werden. Auch die Jugendämter müssen ihren Beitrag leisten. Es ist inakzeptabel, dass es lediglich in Tempelhof-Schöneberg und Charlottenburg-Wilmersdorf Kinder- und Jugendparlamente gibt.

Seit langem gibt es schon symbolische Wahlen für Jugendliche unter 18. Hier die Ergebnisse der Wahlen 2021:

Das Ergebnis der U18-Bundestagswahl:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN liegen mit 27,9 Prozent an der Spitze. Es folgen die SPD mit 19,2 Prozent, sonstige Parteien mit 13,8 Prozent, die CDU/CSU mit 12,4 Prozent, DIE LINKE mit 11,6 Prozent, Die



Tierschutzpartei mit 7,6 Prozent, die FDP mit 7,5 Prozent.

Das Ergebnis der Berliner U18-Abgeordnetenhauswahl:

Auch hier führen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit 25,1 Prozent der Stimmen. Auf Platz 2 liegt die SPD mit 20,8 Prozent, gefolgt von sonstigen Parteien mit 17,6 Prozent. Die CDU mit 12,1 Prozent, DIE LINKE mit 11,8 Prozent und der FDP mit 7,2 Prozent. Die Tierschutzpartei hat derzeit 5,5 Prozent.

Es ist sehr nobel, dass die CDU der Absenkung des Wahlalters zugestimmt hat, denn profitieren kann sie von der neuen Wählergruppe kaum. Auffällig ist, dass die AfD überhaupt nicht auftaucht, sondern unter Sonstige verschwindet. Somit ist es verständlich, dass die AfD gegen die Verfassungsänderung gestimmt hat. Und, es ist ein gutes Zeichen, dass sich die Jugendlichen vom rechten Vokabular nicht beeindrucken lassen.

Die Grünen hingegen sollten ihr junges Potenzial pfleglich behandeln und nicht durch Machtspielchen bei der Wahl ihres Vorstands verschrecken.



Foto: Klara Schedlich.de

„Die Jugend muss die politischen Konsequenzen am längsten tragen. Jetzt werden sie an den Entscheidungen auch beteiligt“, sagte die Grünen-Politikerin **Klara Schedlich**, die nach Angaben ihrer Fraktion mit 23 Jahren jüngste Abgeordnete im Landesparlament ist. „Wir haben heute einen Grund zum Feiern, alle Demokratinnen und Demokraten in diesem Haus.“ Quelle: Tagesspiegel

Ed Koch

Quelle: LJG

06) Ein langer Weg – 106 Jahre SPD. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 620-13

14. Dezember 2023

48. Jahrgang

Ein langer Weg

Diesen Beitrag schreibt jemand, der die SPD für eine der beiden wichtigsten Parteien in Deutschland hält. Begonnen hat das Interesse an der SPD in den 1960er Jahren, nicht als Reaktion auf die Mitgliedschaft der Eltern in der CDU, sondern um die sonntäglichen Gesprächsrunden beim Mittagessen interessanter zu gestalten. Mein Vater hielt **Willy Brandt** für einen Vaterlandsverräter, während mich seine Vita zutiefst berührte und ich 1968, 19-jährig, seinetwegen in die SPD eingetreten bin.

Es folgte eine dreißigjährige Mitgliedschaft, die entnervt endete. Grund dafür waren nicht große bundesdeutsche, sondern eher kleine stadtpolitische Berliner Themen. Wie das so ist, wenn Tropfen für Tropfen das Fass zum Überlaufen bringen. Das führte aber nicht dazu, die SPD wenigstens mit einer gewissen Sympathie weiterhin, trotz allem, zu beobachten und, manchmal unter Schmerzen, zu wählen.

Die aktuelle Regierung zeigt, dass der Begriff Vielfalt gut für alle möglichen Bereiche sein mag, nicht aber für die Politik. Vielfalt ist im Freundeskreis inspirierend, in meinem vertragen sich Sozialdemokraten, Christdemokraten, Liberale und nur Demokraten sogar mit einem Verdachtsfall von ziemlich weit rechts.

In der Politik geht es aber nicht um Freundschaft. Die Vielfalt an Parteien ist fast unüberschaubar. Jeder sucht sich irgendein Angebot aus, von dem er glaubt, es passe zu ihm, und verschenkt damit seine Stimme an Parteien, die nicht einmal in die Nähe einer Regierungsbeteiligung kommen.

Die Wähler meckern ohne Ende über die Ampel, blenden aber vollkommen aus, dass sie es waren, die diese Konstellation in die Regierung gezwungen hat. Vom amerikanischen Wahlsystem, das teilweise undemokratisch ist, halte ich wenig. Es hat aber einen Vorteil, die Entscheidung fällt zwischen zwei Parteien und der Gewinner kann allein, ohne eine Koalition eingehen zu müssen, regieren. Blenden wir an dieser Stelle mal den Umstand aus, dass sich die Regierung mit einem Parlament rumschlagen muss, in dem die Mehrheitsverhältnisse andere sind.

Wir befinden uns ja in der Weihnachtszeit, und da darf man sich etwas wünschen. Wie viel einfacher wäre es, wenn es nur SPD und CDU gäbe? Vorher müssten sich noch die bayerischen Separatisten der CDU anschließen. Alle Themen, die von anderen Parteien in Anspruch genommen werden, fänden Platz

in einem Zwei-Parteien-System. In vielen Ländern bestehen Koalitionen aus mehr als drei Parteien, fragile Bündnisse, in denen immer wieder alle Richtungen unter einen Hut gebracht werden müssen.

Wenn es aber nur zwei Parteien gäbe, dann müssten sich diese auch deutlich unterscheiden. **Angela Merkel** hat man zurecht vorgeworfen, die CDU versozialdemokratisiert zu haben. Das soll nun endlich korrigiert werden, nicht zuletzt unter dem Druck der Rechtsaußenpartei. Wir brauchen eine konservative Partei, mit oder ohne Leitbild, auf der rechten Seite des Parlaments, und eine sozial-liberale auf die linken Seite. Dass alle meinen, Wahlen werden in der Mitte der Gesellschaft gewonnen, halte ich für Unsinn. Die Menschen brauchen Orientierung und diese finden sie nicht im trüben Teich der Mitte.

Kommen wir nun zur SPD, die in diesem Jahr ihren 160sten Geburtstag feiert, wenn auch anfangs unter anderem Namen. Seit August liegt deutlich sichtbar auf meinem Schreibtisch ein Buch von **Peter Brandt** und **Detlef Lehnert**.



Bislang bin ich nicht dazu gekommen, mich damit so ausführlich, wie ich es mir wünschen würde, zu beschäftigen. Der Titel ist für eine so alte Partei sehr ambitioniert: „Eine kurze Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.“

„Dieser Band bietet“, schreibt der **Dietz-Verlag**, in dem das Buch erschienen ist, „einen knappen und aktuellen

Blick auf mehr als 160 Jahre wechselhafter Geschichte der Sozialdemokratie in Deutschland – von den Anfängen der Arbeiterbewegung um die Mitte des 19. Jahrhunderts bis in unsere Gegenwart. Er stellt die Entwicklungsgeschichte und das Selbstverständnis der Sozialdemokratie auf wissenschaftlicher Grundlage kurzweilig, informativ und kenntnisreich dar.

Der Historiker **Peter Brandt** und der Politikwissenschaftler **Detlef Lehnert** erzählen die langen Linien der Parteigeschichte für ein breiteres Publikum, erläutern die unterschiedlichen Perioden und deren Rahmenbedingungen. Mit kritischer Sympathie tragen sie dabei auch den innerparteilichen Strömun-



gen und Führungspersonen Rechnung und liefern ein umfassendes Bild der ältesten demokratischen Partei Deutschlands." Das kann ich nach dem ersten Reinslesen bestätigen.



Die SPD ist ein atmen- des Organ, abhängig von denen, die ihr die Luft zuführen. Deshalb fällt es schwer, die einzelnen Epochen zu vergleichen. Allein in dem von mir miterlebten Zeitraum von immerhin 60 Jahren hat die Partei ihre Einstellung und ihr Gesicht, nicht aber ihre Grundhaltung, verändert.

Peter Brandt im Juli 2017 in Dresden. Foto: Ed Koch

An dieser Stelle wollen wir natürlich nicht den Inhalt des Buches wiedergeben, aber doch zur Orientierung die Kapitel auflisten:

- Gründungsepoche 1863–1875: »Lassalleaner« und »Eisenacher«
- Konfliktzeit 1876–1891: Sozialistengesetz und Erfurter Programm
- Orientierungsfragen 1892–1904: Gewerkschaften, Wahlerfolge und Reformismus Debatten
- Ära der Massenorganisation 1905–1913: Imperialismus und Strategiedifferenzen
- Umbruchperiode 1914–1919: Erster Weltkrieg, Parteisplaltung und Revolution
- Weimarer Demokratie 1920–1929: Erschütterungen und Erfolge
- Katastrophenepoche 1930–1945: Weltwirtschaftskrise, NS-Regime und Krieg
- Neubeginn 1945–1957: Wiederaufbau und Opposition – die SPD in den frühen Jahren der Bundesrepublik
- Umorientierung 1958–1968/69: Godesberger Programm und erste Große Koalition
- Das sozialliberale Jahrzehnt 1969/70–1980: Entspannungspolitik und Reformära
- Jahre des Umbruchs 1981–1989: Machtverlust und Milieu-Erosion
- Die ersten Jahre nach Mauerfall und Wiedervereinigung
- 1990–1998: Vom Wahldebakel zum Wahlsieg

- Rot-grüne Regierung 1999–2005: Liberalisierung und »neoliberale« Tendenzen
- Koalition und Opposition 2006–2013: Finanzmarktkrise und erste Korrekturen der »Agenda 2010«
- Von zwei Großen Koalitionen zur »Ampel« 2014–2021

Es ist mehr als ein Geschichtsbuch und auch mehr als »nur« die SPD-Story. Geprägt wurde die Partei von ihren jeweiligen Vorsitzenden, beziehungsweise Bundeskanzlern, von denen nur **Helmut Schmidt** in Personalunion nicht auch Parteichef war.

Im letzten Kapitel des Buches wird aufgelistet, was sich die Ampel aus SPD, Grünen und FDP für ihre Legislaturperiode vorgenommen haben. Und im letzten Satz steht: „2023 wieder Schuldenbremse“. Der SPD-Parteitag hat am letzten Wochenende beschlossen, 2024 die Schuldenbremse auszusetzen, obwohl rund 60 Prozent der Wähler die Schuldenbremse für eine gute Idee halten. Im zähen Ringen um den Bundeshaushalt 2024 haben sich Scholz, Habeck und Lindner darauf verständigt, die Schuldenbremse beizubehalten. Es ist schon bitter, wenn Parteitagsbeschlüsse eine Haltbarkeit von nur wenigen Tagen haben.

Wir wissen, dass Sie, verehrte Leserinnen und Leser, diesen Beitrag nur deshalb bis hierher verfolgt haben, weil Sie darauf hofften, dass wir ein Buch verlosen. Wir wollen Sie nicht enttäuschen, und verlosen sogar zwei Bücher. Einfach eine E-Mail an paperpress@berlin.de senden. Vor Weihnachten dürfte allerdings die Zusendung kaum noch möglich sein.

Dunkle Momente

Sollte mich jemand fragen, würde ich davon abraten, in eine Partei einzutreten. Ja, es geht auch um Inhalte, aber vornehmlich um Posten. Ich könnte, aber werde kein Buch über meine 30 Jahre in der SPD schreiben und die vielen personellen Querelen aufzeichnen. Kaum irgendwo anders habe ich so viel Hass und Missgunst erlebt, wie in dieser Partei. Und ich weiß, dass die SPD in dieser Hinsicht kein Alleinstellungsmerkmal hat. In anderen Parteien geht es nicht anders zu, wie wir es gerade bei den Berliner Grünen wieder miterleben durften.



Es gibt viele Beispiele, wie unliebsame Genossen abgestraft worden sind. Das jüngste Beispiel heißt **Michael Roth**.



Foto: SPD WN

Diese Ankündigung aus dem Jahre 2022 zeigt einen der Gründe, warum Michael Roth nicht wieder in den SPD-Bundesvorstand gewählt wurde. Von rund 600 möglichen Stimmen erhielt er nur 266 und verzichtete auf eine weitere Kandidatur.

Michael Roth ist Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, profiliertes Putin-Kritiker und engagierter Unterstützer des Befreiungskampfes der Ukraine, hochgeschätzter Politiker über die Parteigrenzen im demokratischen Spektrum hinaus. Das reichte der Mehrheit der Genossinnen und Genossen nicht aus. Bei der Verkündung des Wahlergebnisses sollen nach Beobachtungen von Medienvertretern „einige wenige Genossen gejubelt“ haben.

Nach der Wahlniederlage setzte sich Roth auf X u.a. für „eine freie, demokratische Ukraine – verankert in EU + NATO. Sicherheit + Frieden für Israel.“ ein. Wenn **Hugo Müller-Vogg** für FOCUS-Online diesen internen SPD-Vorgang kommentiert, muss man natürlich etwas vorsichtig sein, weil der Autor nicht gerade als glühender Verfechter der Sozialdemokratie bekannt ist und gern den Finger in die Wunde der Putin- und Russland freundlichen Politik der SPD in den letzten Jahrzehnten legt.

Müller-Vogg schreibt: „Roth ist in der Partei umstritten. Schließlich war er der erste Sozialdemokrat, der nach dem russischen Überfall forderte, der Ukraine deutsche Waffen zu liefern. Das entsprach keineswegs der außenpolitischen Linie der Partei. **Olaf Scholz** war - ungeachtet der ‚Zeltenwende‘-Rede - damals noch sehr zögerlich, ebenso wie der nach wie vor Moskau zugeneigte Fraktionschef **Ralf Mützenich**. Die SPD-Linke hoffte damals insgeheim, dass Putin Kiew schnell einnehmen werde, womit sich die Frage der Waffenlieferungen von selbst erledigt

hätte. Roth setzte sich hingegen unermüdlich für die Ukraine ein, reiste zusammen mit den Ausschussvorsitzenden **Agnes Strack-Zimmermann** (Verteidigung/FDP) und **Anton Hofreiter** (Europa/Grüne) demonstrativ in die ukrainische Hauptstadt. Da wusste der Kanzler noch nicht so recht, ob er nach Kiew reisen sollte oder nicht.“

Auf den Besuch der drei Ampel-Politiker angesprochen, sprach Scholz damals von „diesen Jungs und Mädels“, von denen er sich offenbar nicht vorschreiben lassen wollte, was er zu tun gedenke. Bis heute zögert Scholz bei der Unterstützung der Ukraine im erforderlichen Umfang. Auf Worte folgen wenig Taten. Immer wieder gibt es Verzögerungen. Es ist nicht mehr zu ertragen, wie einige SPD-Politiker immer wieder auf diplomatische Lösungen setzen. Ja, natürlich, reden und verhandeln. Man müsste doch aber endlich begriffen haben, dass es Putin nach wie vor darum geht, die Ukraine zu vernichten und sie „Heim ins Reich der ruhmreichen Sowjetunion“ zurückführen zu wollen. Wie können Verhandlungen mit jemand ablaufen, der einen umbringen will?

Der Krieg findet in Europa statt. Und Europa muss sich dagegenstemmen.

Widerliche Erpressungen

Auf die Republikanische Partei der USA kann man nur mit Abscheu blicken. Nicht allein, weil sie an diesem unsäglichen **Donald Trump** festhält, sondern weil sie aus Putins Ukraine-Krieg Kapital zu schlagen versucht. Die Formel lautet: Geld für die Ukraine nur dann, wenn die Südgrenze zu Mexiko abgeriegelt wird.

Genauso widerlich verhält sich Ungarns Scheindemokrat und Putin-Freund **Viktor Orbán**. So wie die Republikaner die USA erpresst Orbán die EU, und zwar mit Erfolg. Zurecht eingefrorene Gelder in Milliardenhöhe werden jetzt per Gulaschkanone aus Brüssel nach Budapest geschossen. Dafür kann die EU die Ukraine weiterhin unterstützen. Was denkt sich eigentlich Herr Orbán wie es weitergeht, wenn Putin die Ukraine besiegt hat? Vielleicht bekommt er dann Appetit auf Ungarn. Nachdem er die ehemaligen Sowjetrepubliken wieder vereint hat, könnte er sich den Staaten des Warschauer Pakts nähern. In Frankfurt an der Oder sollte man schon mal einen kritischen Blick nach Osten, über Polen hinaus, richten. Es gibt nur ein Mittel, das alles zu verhindern. Putin muss an der Ukraine scheitern, und Du, liebe SPD, musst dafür sorgen, dass dies gelingt. **Ed Koch**



Für politisch Interessierte, veröffentlichen wir auf den nächsten Seiten den „Versuch einer politischen Analyse“ zum „Gaza-Krieg“ von dem sehr geschätzten SPD-Urgestein **Hans-Georg Lorenz**.



Vier Herren, die sehr unterschiedliche Meinungen voneinander haben, v.l. **Michael Müller, Hans-Georg Lorenz, Ed Koch und Raed Saleh**, anlässlich des 80sten Geburtstages von Lorenz am 15. April 2023. Foto: paperpress-Archiv

Seit dem Terrorüberfall der Hamas auf Israel beschäftigt sich Deutschland vordringlich mit dem Krieg in Gaza. Die Stellungnahmen sind emotionsgeladen und extrem gegensätzlich - oft feindlich: Die demokratischen politischen Parteien in Deutschland vertreten die Position Israels uneingeschränkt. Dagegen erhebt sich Widerstand, der sich auf internationale Unterstützung berufen kann.

Eine Untersuchung der Probleme, die aus diesem Krieg erwachsen, muss den Versuch unternehmen, Fakten festzustellen, ohne sie moralisch zu werten. Die Auseinandersetzungen zwischen Palästina und Israel bewegen viele Gruppen und Staaten. Deren Stellungnahmen berufen sich zwar oft auf humanitäre Werte, orientieren sich aber in der Regel an ihren machtpolitischen Interessen.

A

Zunächst zu den Zielen der direkten Kriegsparteien:

1. Israel

Dass sich Israel seit seiner Gründung in einem existentiellen Konflikt mit den Palästinensern befindet, bedarf keiner Erläuterung. Der Staat Israel ist eine Neugründung auf palästinensischem Gebiet. Israel unterscheidet sich überdies von allen Staaten des Vorderen Orients in Religion, gesellschaftlicher Organisation und politischer Orientierung. Die umgebenden Staaten empfinden Israel als Fremdkörper, auch wenn sich die Gegensätze mit fortschreitender Globalisierung vermindert haben.

Israel hat sich nach siegreichen Kriegen gegen die Nachbarstaaten sicher gefühlt. Diese Sicherheit ist durch den Überfall der Hamas und deren anhaltenden Widerstand gegen die überlegene Armee Israels nachhaltig zerstört.

Wer glaubt, dass Israel diesen Krieg beendet, bevor die Hamas vernichtet ist, verkennt die elementaren Interessen Israels. Da die Hamas im Vergleich zur Hisbollah der weniger gefährliche Feind ist, wird Israel das Gefühl der Sicherheit - trotz eines Sieges über die Hamas - nicht wiedererlangen können.

2. die Palästinenser

Die Palästinenser sind keine homogene politische Bewegung. Deutschland hat bewiesen, dass der Verlust erheblicher Staatsgebiete nach dem Zweiten Weltkrieg kein unüberwindliches Hindernis ist, mit den Nachbarn dauerhaft Frieden zu schließen. Dieses Beispiel könnte auch für Palästina gelten - und Teile der Palästinenser begreifen dies auch als Möglichkeit.

Dem stehen andere palästinensische Gruppen wie die Hamas und die Hisbollah absolut feindlich gegenüber. Für sie ist die Vernichtung Israels ein Ziel, das unbedingt gilt. Ihr Ziel muss daher sein, jede Bewegung zu unterbinden, die auf ein friedliches Miteinander von Juden und Palästinensern gerichtet ist.

Gegenwärtig haben die Unversöhnlichen deutlich die Oberhand gewonnen: Israel und seine Nachbarn waren im Begriff sich anzunähern. Diese Annäherung ist Geschichte. Über die Gründe ist unten zu sprechen. Aber auch die Palästinenser selbst sind angesichts der Zerstörung ihrer Städte und der vielen Toten in eine feindliche Haltung zu Israel gedrängt worden.

In diesem Prozess hat die Hamas ein in jeder Hinsicht teuflisches Spiel getrieben, dass sowohl die tatsächlich erfolgten Reaktionen der westlichen Staaten als auch der Muslime nachgerade erzwang. Wer glaubt, dass die entsetzlichen Vergehen, die beim Überfall auf Israel begangen wurden, spontan erfolgten, übersieht, dass diese nicht nur aufgezeichnet, sondern gezielt veröffentlicht wurden.

Damit hat die Hamas die Reaktion Israels ebenso erzwungen wie die Unterstützung Israels durch die europäischen Staaten und die USA. Diese Staaten aber sind in vielen Ländern der Welt unbeliebt, teilweise verhasst. Die militärische Überlegenheit Israels, die Zerstörung der Städte in Gaza und die erheblichen zivilen Kriegsoffer haben diese Ablehnung, die auf dem Gefühl demütigender Unterlegenheit beruht, verstärkt.

Im Ergebnis ist eine friedliche Lösung der Probleme zwischen Israel und den Palästinensern deutlich schwieriger geworden - ganz wie es die Hamas geplant hat.



B. die anderen „Beteiligten“

Der Krieg in Gaza trifft die Interessen vieler Staaten. An erster Stelle steht Deutschland.

1. Deutschland

Deutschland steht in einer tiefen Schuld gegenüber dem jüdischen Volk, dessen Existenz es auslöschen wollte. Wer diese Schuld leugnet, bekennt sich zu einem Deutschland, das sich zwischen 1933 und 1945 aus dem Kreis der Kulturnationen herausgemordet hatte.

Daraus ergibt sich die Verpflichtung, die Existenz des Staates Israel zu garantieren. Diese Garantie Deutschlands umfasst sogar einen unmittelbaren Einsatz auch der Bundeswehr, wenn Israel in die Gefahr gerät, ausgelöscht zu werden. Das müssen alle Länder und alle Menschen wissen. Darüber darf es keine Zweifel geben. Daran kann niemand etwas ändern!

2. Die europäischen Staaten

Ob die Unterstützung durch Europa Israel nützt, ist zweifelhaft. Die Reaktionen der europäischen Staaten sind widersprüchlich und orientieren sich an deren jeweiligen Interessen. So neigen einige europäische Staaten wegen starker muslimischer Bevölkerungsanteile oder internationaler Bindungen und Abhängigkeiten zu einer israel-kritischen Haltung.

3. Die USA

Die USA versteht sich als Garantiemacht Israels. Die gewaltige militärische Stärke der USA und ihre Warnungen an die Anrainerstaaten Israels, in diesen Konflikt nicht aktiv einzugreifen, ist für Israel von entscheidender Bedeutung. Wenn die Hamas gehofft hat, einen allgemeinen Krieg auszulösen, an dem sich die Hisbollah, der Iran, Jordanien und Syrien beteiligen, so ist dieser Wunsch nach Eskalation vor allem durch die USA verhindert worden.

Dass die USA in einigen muslimischen Ländern dadurch noch unbeliebter wurden, kann Amerika verschmerzen. Man ist dort ohnehin extrem verhasst.

4. Der Libanon und Jordanien

Der Libanon hat seine Selbständigkeit an die Hisbollah verloren. Alle grundlegende Entscheidungen fallen im Iran. In einem ähnlichen Zustand befindet sich Jordanien, da hier deutlich mehr Palästinenser leben als Jordanier. Von beiden Staaten sind eigenständige Entscheidungen nicht zu erwarten.

5. Der Iran

Die iranische Staatsführung ist die einzige Regierung, der man ein religiöses Interesse nicht absprechen kann. Vor allem aber geht es auch dem Iran um die Vormachtstellung im Nahen Osten.

Zwei Gründe lassen es gegenwärtig unwahrscheinlich erscheinen, dass der Iran die Entscheidung im Konflikt mit Israel sucht: Die Hamas ist eine sunnitische Organisation, die insbesondere von den arabischen Staaten finanziert wird, die Hisbollah ist eine schiitische Kampfgruppe, die hinsichtlich Israels zwar die gleichen Ziele verfolgt, sich aber nicht für die sunnitische Hamas opfert. Die Vernichtung der Hamas wird im Ergebnis die Bedeutung arabischer Staaten in diesem Konflikt dauerhaft schwächen und macht Iran zu einem entscheidenden Faktor, wenn es um Frieden in Israel und Palästina geht.

6. Die Türkei

Die eindeutige Stellungnahme der Türkei gegen Israel und für die Hamas ist machtpolitisch motiviert. Die Türkei will im Nahen Osten eine entscheidende Rolle spielen.

Das gibt die Türkei auch offen zu: Die Türkei hat keinen Völkermord an den Juden begangen und fühlt sich aus diesem Grund Israel nicht verpflichtet. Ihr liegen die Interessen der Muslime näher als die Israels, denn die Türkei ist ein muslimischer Staat. Diese Parteilichkeit macht die Türkei zu einem glaubwürdigen Verhandlungspartner, wenn es um Frieden geht. Der Vorschlag Erdogans, dass Deutschland als Unterstützer Israels der zweite Partner für Friedensverhandlungen sein könnte, hat ungeachtet seiner kühlen politischen Intelligenz keinen Widerhall gefunden.

7. Die arabischen Staaten

Die arabischen Staaten können einen Konflikt mit den USA und den Staaten Europas aus machtpolitischen Gründen nicht eingehen. Sie sind entweder zu schwach, wie Syrien und der Irak oder wirtschaftlich abhängig – auch wenn sie dazu neigen, ihre geölten Muskeln spielen zu lassen. Richtig aber ist, dass die Volksmeinung in allen diesen Staaten deutlich gegen Israel und die meisten westlichen Staaten gerichtet ist – und diese Volksmeinung kann von den Regierungen nicht übergangen werden.

8. Die Staaten der Dritten Welt

Die „Dritte Welt“ hat sich tendenziell gegen Israel entschieden. Deren Staaten sind im Begriffe, sich als eigenständige Mächte zu begreifen, die sich von der



Hegemonie der westlichen Staaten befreien. Sie wollen sich nicht mehr vereinnahmen lassen.

Israel gilt als typischer Vertreter europäischer Staaten, die in der Vergangenheit Weltpolitik nach eigenen Regeln betrieben – und dies teilweise auch noch heute versuchen. Man sieht daher die Palästinenser als die Unterdrückten und das „europäische Israel“ als Unterdrücker, der seine Interessen mit überlegener militärischer Macht durchsetzt. Die Staaten der „Dritten Welt“ identifizieren sich daher eher mit den unterlegenen Palästinensern als mit den siegreichen Israelis.

9. China und Russland

Die Interessen beider Mächte orientieren sich an der Haltung der Staaten der Dritten Welt. Mit diesen verbindet sie die Ablehnung westlicher Vormachtstellung. Da beide Staaten andererseits selbst in dem Verdacht stehen, Welt(be)herrscher werden zu wollen, üben sie sich in Zurückhaltung.

B. Die aktuelle Situation

Wie immer kommt es auf die Perspektive an, wenn man eine politische Situation bewertet. Dennoch kann man einige sichere Feststellungen treffen:

Der Krieg um Gaza ist zunächst ein regionaler Konflikt, wie er überall in der Welt geführt wird – teilweise mit schlimmeren Opfern an Menschenleben.

Wenn eine solche Feststellung – zu Recht – als zynisch erscheint, soll sich die Konflikte in der Welt der letzten zehn Jahre ansehen, die mehr als 10.000 Menschenleben gekostet haben. Der Zynismus liegt nicht in der Feststellung der Tatsache, sondern in diesen selbst.

Es bleibt daher dabei: Der Krieg in Gaza ist ein örtlicher Konflikt, der keinen Weltkrieg auslösen und mit einem militärischen Sieg Israels enden wird.

C. die Perspektive

1. für Israel

Was diesen Krieg so bedeutsam und beachtet macht, sind seine längerfristigen Perspektiven. Denn dieser Krieg beendet weder die Konflikte zwischen Palästinensern und Israelis noch klärt er die Verhältnisse im Nahen Osten. Wie sich die Situation in diesem Bereich ändert, ist nicht voraussehbar.

Eines kann man freilich mit Sicherheit sagen: Die Situation wird sich für Israel – wenn es nicht gelingt, ein nachbarliches Verhältnis zu den muslimischen Staaten zu finden – kontinuierlich verschlechtern:

- Für die Staaten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit ist dieser Krieg eine Demütigung und der Beweis dafür, dass die westliche Welt ihre Interessen mit Gewalt durchsetzt. Das Gleiche empfinden viele Staaten der Dritten Welt. Dass Israel auf den Angriff der Hamas in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht reagierte, wird von diesen Staaten mit der Behauptung überspielt, dass die Hamas nur auf die Unterdrückung der Palästinenser durch Israel reagierte. Der türkische Präsident hat diese Meinung sehr klar artikuliert.
- Ob die USA die militärische Überlegenheit im Nahen Osten dauerhaft auf dem gegenwärtigen Niveau aufrechterhalten können, ist eine offene Frage. Die zutreffende Bemerkung des amerikanischen Präsidenten, dass sich die USA an zwei Fronten behaupten kann, ist nicht in Stein gemeißelt – und wird auch nicht von dem Willen aller Kräfte in den USA getragen. Hier liegt ein Risiko, dass Israel und auch Deutschland aufmerksam verfolgen müssen. Ersetzbar ist dieses Engagement der USA nämlich gegenwärtig und auf absehbare Zeit nicht!
- Die Europäischen Staaten sind sich schon untereinander nicht einig, wie Israel zu unterstützen sei. Eine israel-kritische Haltung nehmen insbesondere auch die westeuropäischen Staaten ein, die einen – oft unterprivilegierten – starken Bevölkerungsanteil muslimischer Staatsbürger haben. Die orientieren sich eher an Erdogan und seiner Wertung der Ereignisse als an der Interpretation der deutschen Regierung. Dass es dadurch zu gravierenden Unruhen kommen kann, ist absehbar. Die wiederum stärken das ohnehin wachsende rechte Lager.
- Die weltoffenen Niederlande haben das erwiesen.
- Auch die vorbehaltlose Unterstützung Deutschlands für Israel ist nicht für die Ewigkeit gesichert. Wenn gegenwärtig fünfzig Prozent der Deutschen die vorbehaltlose Unterstützung Israels billigen, ist das ein beachtlicher Erfolg. Es ist aber eher unwahrscheinlich, dass dies so bleibt. Dass Menschen für die Schandtaten ihrer Vorfahren auch nach 100 Jahren haften wollen, widerspricht der menschlichen Natur. Auch wird



der Anteil der Deutschen, deren Vorfahren nicht an den Gräueltaten der Nazis beteiligt waren, durch die notwendige Einwanderung immer geringer.

Ein wahrer Freund Israels wird daher darauf dringen, dass den Palästinensern eine wirkliche Perspektive friedlicher Nachbarschaft mit wirtschaftlicher Entwicklung geboten wird. Dass eine solche Politik auch in Israel unter den gegenwärtigen Bedingungen schwer durchzusetzen sein wird, versteht sich von selbst. Sie ist aber, wenn schon nicht alternativlos so doch die einzige Möglichkeit, eine absehbare Katastrophe zu vermeiden.

2. für Deutschland

Deutschland muss sich als der einzige dauerhafte Freund Israels begreifen – und das auch gegenüber der israelischen Politik deutlich machen. Das ist im erforderlichen Maße bislang nicht geschehen. Bislang hat sich die „Solidarität mit Israel“ vor allem darin gezeigt, dass man sie bekundet hat – und in einer indifferenten Haltung in Bezug auf das Schicksal der Palästinenser, das man eher zögerlich zur Kenntnis bringt.

Mit wahrer Freundschaft hat das allerdings wenig zu tun. Die muss auch den Mut haben, Tatsachen zu benennen und Perspektiven zu eröffnen. Das liegt im Interesse Israels – aber auch Deutschlands. Wenn man – wie man behauptet – im gleichen Boot sitzt, darf man sich auch über Kurs und Ziel desselben kümmern.

2.1 die Interessenlage

Kein europäisches Land – und insbesondere Deutschland – kann auf eine Partnerschaft mit den Staaten des Nahen Osten – inklusive des Iran – verzichten. Die deutsche Politik tut allerdings so, als wäre das möglich. Das nicht einlösbare Versprechen einer „moralischen Politik“, die überall auf der Welt nur mit moralisch einwandfrei handelnden Staaten kooperiert, ist natürlich zum Scheitern verurteilt. Es gibt nämlich zu wenige!

Hinzu kommt, dass in Deutschland Millionen von Menschen leben, die aus muslimisch geprägten Ländern kommen und mit diesen familiär verbunden sind. Diese Bürger Deutschlands erwarten, dass Deutschland die berechtigten Interessen der Bevölkerung dieser Staaten wahrnimmt.

Deutschland muss auf Integration setzen, wenn es seinen Wohlstand wahren will. Einen zwischenzeitlich gesellschaftsrelevanten Teil der deutschen Bevöl-

kerung auszuschließen, führt mit Sicherheit in eine Sackgasse. In der muslimischen Bevölkerung hat sich der Eindruck verfestigt, dass die deutsche Politik nicht einmal zulässt, dass der Trauer um die zivilen Opfer des Gaza Kriegs Ausdruck verliehen wird. Das hat bereits zu tiefen Verwerfungen geführt.

Daran kann auch Israel kein Interesse haben. Wo – wenn nicht in Deutschland – kann es gelingen, Juden, Muslime und Christen in gemeinsamer Trauer zu vereinen! Deutschland hat, wenn es die Verpflichtungen gegenüber Israel auch in Zukunft bewahren will, ein starkes Interesse, die muslimischen Mitbürger „mitzunehmen“.

2.2 ehrliche Analyse

Wenn Deutschland aus einer schicksalhaften Verbundenheit mit Israel dennoch die Zugehörigkeit des muslimischen Teils seiner Gesellschaft bewahren und pflegen will, gehört dazu, dass man die Menschen nicht belügt.

2.2.1 der Krieg

Den Muslimen in Deutschland muss gesagt werden, dass in Gaza ein Krieg geführt wird, den Israel nach seinem Selbstverständnis gewinnen muss. Ein Krieg aber hat regelmäßig überwiegend zivile Opfer.

Keine israelischen Regierung kann den Krieg beenden, ohne die Hamas ausgeschaltet zu haben: Israels Sicherheit beruhte auf der Ankündigung, dass vernichtet wird, wer Israel angreift. Auf die Glaubwürdigkeit dieser Drohung kann Israel nicht verzichten. Der von der Hamas begonnene Krieg muss daher notwendig mit deren Vernichtung enden. An dieser Logik können nicht einmal die USA etwas ändern. Und im Krieg scheitert jede Menschlichkeit. Einen humanen Krieg gibt es nicht!

2.2.2 vom Ursprung des Kriegs

Die Unterstützung von Hamas und Hisbollah durch die palästinensische Bevölkerung liegt in der Hoffnungslosigkeit ihrer Situation, die ihren Grund auch in israelischer Politik hat. Die Siedlungspolitik Israels, die auch die vielfache Tötung von Palästinensern in Kauf nimmt, ist der nicht zu leugnende Beweis. Er bewegt die muslimischen Staaten in besonderem Maße.

Deutschlands hat auf diese Politik Israels keinen merkbaren Einfluss genommen. Dieses Schweigen ist aus den oben genannten Gründen kein Freundschaftsdienst gegenüber Israel. Freundschaft kann eben auch schmerzhaft sein – und ist oft auch unwillkommen.



2.3

Die deutsche Politik versagt daher im Gaza-Krieg auf ganzer Front. Das hat auch innenpolitische Folgen. Deren schwerste ist der Verlust des Vertrauens von Migranten an eine deutsche Politik ohne Vorurteile.

3. Ausblick

Ob es Deutschland gelingt, sich aus dieser durch politischen Opportunismus gezeichneten Lage herauszufinden, ist schwer zu sagen. Sicher sind die Bemühungen christlicher, jüdischer und muslimischer Organisationen zu einer konstruktiven Zusammenarbeit ein richtiger Schritt. Da er aber weitgehend auf privaten Initiativen gründet und als staatliches Ziel nicht initiiert wird, kann das nicht ausreichen.

Erforderlich wäre zudem eine deutsche Politik, die ihre teilweise vorzüglichen Verbindungen in die muslimische und die „dritte Welt“ als Friedensstifter aktiv nutzt.

Deutschland hat aufgrund seiner Geschichte nicht nur Belastungen zu tragen. Dass ihm eine koloniale Vergangenheit weitgehend – wenn auch nicht freiwillig – erspart blieb, macht Deutschland zu einem der wenigen europäischen Staaten von Bedeutung, die glaubwürdige Friedenspolitik im Nahen Osten machen könnten – trotz des offenen Bekenntnisses zu Israel.

Hoffnung, dass dies auch nur versucht wird, besteht freilich nicht.

H.-G. Lorenz, im Dezember 2023



KW 49 - Krisenmodus



Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen am Ende der 49. Kalenderwoche einen ruhigen und besinnlichen 2. Advent. Das war mal wieder eine Woche, deren Ereignisse für mehrere ausgereicht hätten. Foto: Optiker Hoppe

Wir haben es längst gespürt. Das **Wort des Jahres** konnte nur „Krisenmodus“ sein. „Der Ausnahmezustand ist zum Dauerzustand geworden“, sagte die Geschäftsführerin der Gesellschaft für deutsche Sprache, **Andrea Ewels**, die jährlich Worte kürt, die am besten die Realität widerspiegeln. Zu dieser Realität gehören auch die Begriffe, „Antisemitismus“ und „leseunfähig“ auf Platz 2 und 3.

Apropos leseunfähig: Die Ergebnisse der **PISA-Studie** sind mal wieder erschreckend. Keine neue Erkenntnis. Das ist „Scheiße“, aber „Scheiße sagt man nicht, das ist Kacke, davon geht die Bildung in den Arsch!“* Was ist bloß los im Land der Dichter und Denker? *Quelle: OnePlus Community

Immerhin **rollen die Züge wieder**, und seine Majestät **Claus Weselsky**, Herrscher über das Deutsche Bahnnetz, verkündet dem Volke gönnerhaft, bis zum 7. Januar nicht mehr streiken zu wollen. Super. Weihnachten und die Verwandten können kommen.

Ich bin kein Freund von Forderungen nach Arbeitszeitverkürzungen. Wo soll das hinführen. Die Argumente der Bahnbeschäftigten jedoch, die Arbeitszeit von 38 auf 35 Stunden verkürzen zu wollen, kann ich nachvollziehen. Wenn jemand nach wechselhaftem Schichtdienst nur einen Tag zur Ruhe kommen kann, dann ist das zu wenig. Dass die Bahn von vornherein ausgeschlossen hat, überhaupt darüber zu verhandeln, ist das Gegenteil von schlau. Die Bahn muss sich in dieser Frage bewegen. Das Argument, eine Absenkung der Arbeitszeit sei nicht bezahlbar, kann bei einem Staatskonzern nicht gelten. Natürlich werden die Ticketpreise weiter steigen, auch das für 49 Euro, und natürlich wird der Bahn-Eigentümer, also wir alle, die Zeche bezahlen müssen. Das ist immer noch besser, als wenn Bahnfahren einem Lotteriespiel gleichkommt. In Tarifkonflikte sollte sich die Politik nicht einmischen, aber hinter den Kulissen könnte doch Verkehrsminister **Volker Wissing** Bahn-Chef **Richard Lutz** kräftig in den Allerwertesten treten, damit er in die Spur, besser aufs Gleis

kommt. Apropos nicht bezahlbar: „Für das Jahr 2022 erhielt **Richard Lutz** eine Erhöhung seiner festen Vergütung von rund 7,56 % auf 968.000 Euro. Zusätzlich bekam er erfolgsabhängige Boni in Höhe von etwa 1,27 Millionen Euro ausgezahlt.“* „Erfolgsabhängig“? Erfolg wäre eine Pünktlichkeitsquote der Bahnverbindungen von 90 und nicht irgendetwas zwischen 60 und 70 Prozent. *Quelle: Südkurier



Claus Weselsky, laut **news.de** seit 2007 Mitglied der CDU, wurde von einer Autovermietung schon mal zum Mitarbeiter des Monats gewählt. Das Verhältnis zwischen ihm und dem Bahnvorstand darf als nachhaltig zerrüttet gewertet werden. Das liegt auch daran, dass Weselsky sein Gegenüber ständig beleidigt. „Wir werden sie knacken“, sagte der GDL-Chef vor Demonstranten in Potsdam. Quelle: Handelsblatt

Woran erinnert mich das? Ach ja: „Wir werden sie jagen“, Zitat **Alexander Gauland** (AfD) Quelle: SPIEGEL

Apropos AfD: „Der sächsische Verfassungsschutz hat den Landesverband der AfD als ‚gesichert rechtsextremistisch‘ eingestuft. Nach Thüringen und Sachsen-Anhalt ist es der dritte AfD-Landesverband mit einer solchen Bewertung.“ Quelle: tagesschau.de

In Sachsen (35%), Sachsen-Anhalt (33%) und Thüringen (34%) liegt die AfD in allen Umfragen auf Platz Eins. „Die Menschen wählen die AfD nicht trotz, sondern wegen ihrer rechtsextremen Ansichten.“

Quelle: Süddeutsche Zeitung / Antonie Rietzschel

Der Begriff „**Schuldenbremse**“ hat es nicht in die Top-Ten der Worte des Jahres geschafft, lediglich auf Platz 8 das „**Milliardenloch**“. „Um die aktuelle Haushaltskrise aufzulösen, setzt die SPD auf eine Aussetzung der Schuldenbremse auch im kommenden Jahr. Der Parteitag nahm einstimmig einen entsprechenden Antrag des Parteivorstandes an.“ Quelle: tagesschau.de

Als **Olaf Scholz** im Mai 2021 zum **Kanzlerkandidaten** gekürt wurde, stand die SPD bei 14 Prozent. Exakt derselbe Wert steht in der aktuellen Umfrage von Infratest dimap für den ARD-Deutschlandtrend. Vier



Monate später wurde die SPD im September 2021 mit 25,7 Prozent stärkste Kraft im Deutschen Bundestag. Die wiedergewählte Parteivorsitzende **Saskia Esken** beschwor am Freitag in ihrer Rede diesen Erfolg, wobei ihr fast die Stimme versagte. Frau Esken hat offenbar die vielen Wahlgeschenke, die die Union zwischen Mai und September 2021 der SPD machte, vergessen. Da gabs den Streit um die Kanzlerkandidatur zwischen **Markus Söder** und **Armin Laschet**. Und Laschet hat sich dazu noch im wahrsten Sinne des Wortes selbst aus dem Rennen gelacht. So viele Geschenke wird es nicht mehr geben. Man muss hoffen, dass die Ampel noch zwei Jahre durchhält, denn nur so gäbe es eine Alternative zu **Friedrich Merz**, der Bundeskanzler werden würde, wenn jetzt die Regierung zusammenbräche. Ein unerträglicher Bundeskanzler würde durch einen anderen ersetzt werden. Der frenetische Applaus, mit dem die Genossen **Olaf Scholz** auf dem Parteitag bedachten, war nicht mehr als das Pfeifen im Wald.

Bis zur nächsten **Bundestagswahl** sind es noch zwei Jahre, Zeit genug, um die Werte wieder hochzuschrauben. Dass die Ampel an der „Schuldenbremse“ oder am „Bürgergeld“ scheitert und es vorgezogene Neuwahlen gibt, ist eher unwahrscheinlich. Würden heute Wahlen stattfinden, ginge der Ampel das Gelblicht aus, denn die FDP liegt bei nur noch vier Prozent. Die Grünen kämen auf 15 Prozent. Der Begriff „Ampelzoff“ hat es übrigens auf Platz Fünf der erwähnten Liste geschafft.

Apropos SPD-Parteitag: Für **Kevin Hönicke** läuft es derzeit nicht gut. Der Lichtenberger Bezirksbürgermeister **Martin Schaefer** (CDU) hat seinen Baustadtrat rausgeworfen. Zum Grund gibt es mehr Gerüchte als Erkenntnisse. Es wird ermittelt. Seine Freizeit nutzte Hönicke zum Besuch des Bundesparteitages. Als Delegierter wurde ihm in der Aussprache das Wort erteilt. **Phoenix** übertrug den Parteitag live. Eine gute Gelegenheit für alle, die mal im Fernsehen auftreten möchten und sonst zu kurz kommen. In dem Augenblick aber, als Hönicke das Wort ergriff, blendete sich der Sender aus und hielt ein Interview mit irgendwem für wichtiger. Hönicke hat gegenwärtig kein Glück, und dann kommt auch noch Pech dazu.

Apropos Glück: **Wladimir Putin**, der Tag für Tag junge russische Soldaten in seinem Eroberungskrieg verheizt und für den Tod tausender Ukrainer verantwortlich ist und Teile des Landes in Trümmer legt, musste in dieser Woche vor lauter ausströmender

Glückshormone völlig benommen gewesen sein. Die USA kriegen ihren Haushalt nicht durchs Parlament. Gemeinsam mit Deutschland sind sie die wichtigsten Unterstützer der Ukraine in deren Überlebenskampf.

Die Gefahr, dass im nächsten Jahr **Donald Trump** ins Weiße Haus zurückkehrt, weil es der Justiz nicht gelingt, diesen Mann wegen eines Staatsstrechs hinter Gitter zu bringen, wächst von Tag zu Tag. Und von Tag zu Tag kann man **Joe Biden** beim körperlichen und geistigen Verfall zuschauen. Es ist nicht zu fassen, dass es der ruhmreichen Demokratischen Partei, die mit **John F. Kennedy** und **Barak Obama** bewiesen hat, dass auch jüngere Präsidenten gut fürs Land und die Welt sein können, keinen geeigneteren Kandidaten oder Kandidatin gefunden hat. Die einzige Chance, die Biden haben könnte, ist die Angst der Wähler vor dem Schreckgespenst Trump. Bei Trump gilt aber das gleiche wie bei der AfD. Er wird nicht trotz, sondern wegen seiner Art Politik zu machen, gewählt.

Für die Ukraine sind das finstere Aussichten. Auch in Deutschland gibt es keinen verabschiedeten Haushalt für 2024. Wenn der Ukraine die Waffen und die Munition ausgehen, könnte Putin doch noch siegen. Er hat die größeren Reserven und Verbündete wie den Iran oder Nordkorea, die gern Waffen liefern. Und letztlich hat er auch die meisten Soldaten, die er in den Tod schicken kann.

Am 17. März 2024 findet in Russland die **Präsidentenschaftswahl** statt. Putin hat die Verfassung längst geändert, so dass er bis zum Ende seiner Tage im Amt bleiben könnte. Wer immer gegen ihn antreten will, sollte weder einen angebotenen Tee trinken noch über eine schlecht beleuchtete Brücke laufen.

Apropos Präsidentschaftswahl: Die Berliner Grünen haben es nicht hinbekommen, einen neuen Vorstand zu wählen. Nachdem die vorgeschlagene Ko-Vorsitzende in drei Wahlgängen deutlich durchfiel, wurde der Parteitag abgebrochen. So wie die Grünen häufig mit anderen umgehen, gehen sie auch mit sich selbst um.

Was noch? **Til Schweiger** hat niemals seine Macht missbraucht, sagt **Til Schweiger**. In Berlin dürfen die Clans ihre „mutmaßlich illegal erworbenen Immobilien“ behalten. Es könne, so **BILD**, „nicht ausgeschlossen werden“, dass die Bezahlung aus legalen Quellen erfolgt sei. So eine Quelle hätte jeder gern. Unser Rechtsstaat funktioniert bis zur Selbsterstörung. Im Zweifel für den Remmo-Clan. Wann wird **Issa Remmo** Justizsenator?



Wo bleibt das Positive?

Hertha (Platz 7, 2. Liga) und **Union** (Platz 15, 1. Liga) haben ihre Spiele gewonnen. Geht doch. Die **Eisbären** stehen auf Platz Eins der Deutsche Eishockey-Liga. Auch die Kultur konnte in dieser Woche punkten. Über den wunderbaren Abend mit **Lüül** am 7. Dezember haben wir gestern berichtet. Vom 1. bis 5. Dezember feierte die **ufaFabrik** den wohl bedeutendsten Nachkriegs-Kabarettisten unseres Landes. Ein kleiner Rückblick in Bildern.



Arnulf Rating moderierte und kommentierte das Festival zum 100sten Geburtstag von **Wolfgang Neuss**.



Rating hatte eine Gesprächsrunde mit Freunden zusammengestellt, so den Sänger und Gitarristen **Hannes Strauss**, die Journalistin **Anita Rehm**, die das letzte Interview mit Neuss führte, **Volker Ludwig**, Gründer des GRIPS-Theaters und Autor von zahllosen Kabarett-Texten, auch für Neuss, und **Mathias Broeckers**, der als taz-Redakteur für die Kolumnen von Neuss zuständig war und den einen oder anderen Joint mitrauchen musste.



Eine besondere Ehre wurde dem Autor dieses Beitrages zuteil, der über seine Besuche als 16-jähriger bei Programmen von Neuss, wie dem „Jüngsten Ge-

rücht“, berichten durfte. Als Neuss ihn bei einem seiner vielen Besuche sah, sagte er lächelnd: „Du bist ja schon wieder hier.“ „Ja, ich habe noch nicht alles verstanden.“, lautete die Antwort.



Jette Wixell, die Tochter von **Wolfgang Neuss**, und **Robert** von der **ufaFabrik** lasen aus einem Briefwechsel vor, in dem **Wolf Biermann** nicht besonders gut wegkommt.



Über das heutige Kabarett berichtete der Chef der **Stachelschweine**, **Frank Lüdecke**, nicht ohne auf die Probleme hinzuweisen, die frei finanzierte Theater haben. **Frank Lüdecke** und seiner Frau **Caroline** ist es zu verdanken, dass es Berlins Traditionskabarett überhaupt noch gibt.



Im zweiten Teil des Abends führte **Didi Jünemann** sein Solo-Theaterstück auf, in dem der Film „Wir Kellerkinder“ eindrucksvoll erzählt wird.

In der **ARD-Audiothek** ist ein knapp einstündiges Feature über **Wolfgang Neuss** zu hören: „Ich war doch mal berühmt, ich war sogar berüchtigt.“

Ed Koch

Fotos: Frank Schubert (3) / Ed Koch (3)

08) Der Dezember ist zu kurz. Von Ed Koch



Der Dezember ist zu kurz

Mit dem St.-Martins-Tag am 11. November endet das Leben von Millionen von Gänsen auf den Tellern in den Restaurants und zu Hause, garniert mit Grün- oder Rotkohl, Klößen und einer fetten braunen Soße. Himmlisch. Nach dem 11. November beginnen schon die ersten Weihnachtsfeiern, weil der Dezember viel zu kurz ist, um überall dabei sein zu können. Und im Dezember selbst merkt man, dass dieser Monat immer noch zu kurz ist. Allein in meinem Terminkalender sind zwei Nachfeiern im Januar eingetragen. Zum Glück gibt's dann keinen Gänsebraten mehr, man kann endlich wieder Pizza oder Pasta genießen, obwohl es sinnvoller wäre, Salat zu essen.



Foto: Top 10 Berlin



Ohne Weihnachtsdeko und Lebkuchen kam am 7. Dezember ein vorweihnachtliches Treffen in **Klaus-Peter Rimpels Dorotheenstädtische Buchhandlung**, direkt gegenüber des Amtsgerichts Moabit, aus. Rimpel (74), der vor 44 Jahren die Buchhandlung gründete, hatte den Sänger und Buchautoren **Lutz Graf-Ulbrich**, besser bekannt als **LÜÜL** zu einem aus drei Teilen bestehenden Abend eingeladen. Rund 50 Gäste, überwiegend gehobeneren Alters, LÜÜL ist übrigens im letzten Jahr 70 geworden, versammelten sich in der gemütlichen Buchhandlung, wo man Tage verbringen könnte, um sich durch das Leseangebot zu wählen. Foto: Buch Markt

Schon 2006 hat LÜÜL seine Biografie veröffentlicht. Jetzt ist auf 416 Seiten eine Neuauflage erschienen.

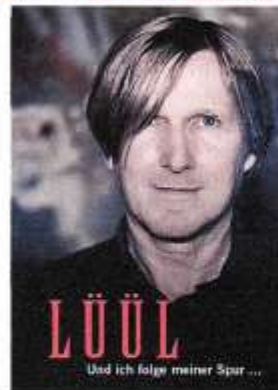
„Komplett überarbeitet und aktualisiert, mit vielen informativen und unterhaltsamen Zusatzkapiteln, präsentiert sich *„Und ich folge meiner Spur ...“*, die Neuauflage von *„LÜÜL – ein Musikerleben zwischen Agitation Free, Ashra, Nico, der Neuen Deutschen Welle und den 17 Hippies“* im neuen, frischen Gewand. Dabei erzählt der Künstler von seinen musikalischen Abenteuern als Krautrock, seiner Romanze mit der legendären Nico, über seine psychedelischen Erlebnisse in den Siebzigern und vom turbulenten Bandalltag der 17 Hippies. Vergnüglich und locker vermittelt sich so ein echtes Stück Musikgeschichte.

<https://luul.de/produkt/und-ich-folge-meiner-spur/>

In einer Multimedia-Show las er aus seinem Buch und zeigte Ausschnitte aus Konzerten. Allein die Form der Präsentation war schon mal erfrischender als so manche andere Lesung, bei denen man die Augen schließen kann, weil sie außer dem Autoren nichts zu sehen bekommen.



Foto: Frank Schubert



Natürlich verlosen wir drei Bücher, signiert versteht sich. Die Frage, die Sie beantworten müssen, um eines der Bücher zu bekommen, ist ganz einfach: **In welchem Jahr wurde LÜÜL geboren.** Beauftragen Sie aber bitte nicht ihren fünfzehnjährigen Sohn mit der Recherche.

Senden Sie bitte die richtige Antwort an paperpress@berlin.de



Foto: Frank Schubert

Den zweiten Teil des Abends genossen vor allem die Weihnachtshasser unter den Gästen. **LÜÜL** und zwei seiner Bandmitglieder, **Kerstin Kaernbach** und **Arne Neumann** trugen in Wort und in Musik „Nicht-liebe Weihnachtsgedichte“ vor.

Es begann mit **Loriots** Adventsgedicht: „Es blaut die Nacht. Die Sternlein blinken. Schneeflöcklein leis' niedersinken. Auf Edeltännleins grünem Wipfel häuft sich ein kleiner weißer Zipfel. Und dort, vom Fenster her durchbricht den dunklen Tann' ein warmes Licht. Im Forsthaus kniet bei Kerzenschimmer die Försterin im Herrenzimmer. In dieser wunderschönen Nacht hat sie den Förster umgebracht. Er war ihr bei des Heimes Pflege seit langer Zeit schon sehr im Wege.“ Es lohnt sich, das ganze Gedicht zu lesen:

<https://www.fleischmann.org/pdf/loriot.pdf>



Weiter ging es mit Werken von **Joachim Ringelnatz**, **Kurt Tucholsky**, **F.W. Bernstein** und dem wohl sarkastischsten Weihnachtsgedicht von **Erich Kästner** (Foto), das erstmals 1927 in der Weihnachtsausgabe der Zeitschrift „Das Tage-Buch“ erschien und heute in Zeiten, in denen sich die Politik um die Kindergrund-sicherung und das Bürgergeld streiten, immer noch aktuell ist. Foto: Wikipedia

*Morgen, Kinder, wird's nichts geben!
Nur wer hat, kriegt noch geschenkt.
Mutter schenkte euch das Leben.
Das genügt, wenn man's bedenkt.
Einmal kommt auch Eure Zeit.
Morgen ist's noch nicht so weit.
Doch ihr dürft nicht traurig werden,*

*Reiche haben Armut gern.
Gänsebraten macht Beschwerden,
Puppen sind nicht mehr modern.
Morgen kommt der Weihnachtsmann.
Allerdings nur nebenan.*

*Lauft ein bisschen durch die Straßen!
Dort gibt's Weihnachtsfest genug.
Christentum, vom Turm geblasen,
macht die kleinsten Kinder klug.
Kopf gut schütteln vor Gebrauch!
Ohne Christbaum geht es auch.*

*Tannengrün mit Osrambirnen -
lernt drauf pfeifen! Werdet stolz!
Reißt die Bretter von den Stirnen,
denn im Ofen fehlt's an Holz!
Stille Nacht und heilige Nacht -
Weint, wenn's geht, nicht! Sondern lacht!*

*Morgen, Kinder, wird's nichts geben!
Wer nichts kriegt, der kriegt Geduld!
Morgen, Kinder, lernt fürs Leben!
Gott ist nicht allein dran schuld.
Gottes Güte reicht so weit . . .
Ach, du liebe Weihnachtszeit!*

Im dritten und letzten Teil des Abends spielte die Band einige der schönsten Lieder von **LÜÜL**. Es waren zwei wunderbare Stunden ohne Lametta in dieser gemächlichen Buchhandlung in Moabit.

Über LÜÜL



Mitte der 60er Jahre gründete Ulbrich gemeinsam mit **Christopher Franke**, **Michael Günther** und **Lutz Ludwig Kramer** die Band **The Agitation**, die sich später in **Agitation Free** umbenannte und, mit mehreren Besetzungswechseln, bis 1974 bestand. Durch regelmäßige Auftritte im Zodiak-

Club von **Thomas Kessler**, der für ihn eine Art Mentor wurde, entstanden weitreichende Kontakte über die Szene von West-Berlin hinaus. Das Beat Studio, von Agitation Free mit initiiert, wurde der Ursprung der „Berliner Schule der Elektronischen Musik“. Touren führten durch Europa und bis nach Ägypten. Agitation Free traten im kulturellen Beiprogramm zur Olympiade 1972 in München auf. Foto: Ed Koch



Nach der Auflösung von Agitation Free lebte er eine Zeitlang in Frankreich und begleitete als Tour-Gitarist **Manuel Göttsching** in der Band **Ash Ra Tempel**. Auf einer Frankreich-Tour lernte er die Sängerin **Nico** kennen, die für einige Jahre seine Lebensgefährtin wurde. Durch Nico kam er in Kontakt mit dem französischen Film-Avantgardisten **Philippe Garrel**, zu dessen Film *Le berceau de cristal* Ulbrich mit Göttsching die Musik beisteuerte. In dieser Zeit trat er als Tour-Musiker von Nico auf und begleitete sie in Europa, USA und Kanada. Auch mit Ash Ra Tempel, inzwischen mit Schlagzeuger **Harald Großkopf** zu Ashra geworden, ging er auf Tourneen in Europa und spielte diverse Alben ein.

Bereits seit seiner Jugend schrieb er eigene Songs und spielte diese Anfang der Achtziger Jahre im Studio ein. Mit seinem Song *Morgens in der U-Bahn* von seinem Debütalbum *Lüül*, an dessen Produktion **Christoph Franke** und **Harald Grosskopf** beteiligt waren, konnte er 1982 einen Achtungserfolg erringen. Als Musiker gründete Lüül zu dieser Zeit auch das **Rocktheater Reineke Fuchs** mit und komponierte für andere Theaterproduktionen. Weitere Solo-Alben erschienen.

1995 wurde er Mitglied der **17 Hippies**, bei denen er seither Banjo spielt und mit denen er die Filmmusik für **Andreas Dresens** Film *Halbe Treppe* einspielte. Unzählige Konzerte auf weltweiten Tourneen folgten. Mit Musikern aus diesem Umfeld ist Lüül seither auch auf Tour zu erleben. Ebenfalls 1995 wirkte er beim vielfach preisgekrönten Dokumentarfilm *Nico-Icon* von **Susanne Ofteringer** mit.

2006 erschien seine Autobiografie *Lüül - ein Musikerleben zwischen Agitation Free, Ash Ra Tempel, der Neuen Deutschen Welle und den 17 Hippies*. 2016 erschien sein Buch *Nico - im Schatten der Mondgöttin*, auch in englischer Übersetzung. **Lutz Ulbrich** wurde auch die Ehre zuteil, im Tokyo Tower Wax Museum ausgestellt zu sein. Eine Japan-Tournee mit Agitation Free 2007 wurde zum Comeback für weitere Konzerte in den letzten Jahren. Gelegentlich ist er Gastmusiker bei den Elektronikern Fanger/Schönwälder, mit denen er einige Alben einspielte.

Auszeichnungen:

- 1983 mit Rocktheater Reineke Fuchs: Sieger im Berliner Senatsrockwettbewerb
- 2004 als Lüül CD Damenbesuch: Preis der deutschen Schallplattenkritik
- 2010 mit Ashra: Schallwelle, Ehrenpreis für Lebenswerk

- 2019 mit Lüül & Band: „Das Kupferle“, Preis für beste Liveperformance
- 2022 als Lüül CD *Der stille Tanz*: Preis der deutschen Schallplattenkritik

Für sein Lied „West-Berlin“ hätte er den Landesorden verdient: *„Unser Meer war der Wannsee, unsere Insel West-Berlin. Alles war möglich...wenn die Sonne schien!“*

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch
Quelle LÜÜL Biografie: Wikipedia

09) Israel und die Hamas - Israel wird nicht erwähnt. Von Ed Koch



Israel wird nicht erwähnt

Heute Nachmittag kam ein Update zur „Großdemonstration gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“, die am 2. Advent stattfinden soll. „Immer mehr Unternehmen, Vereine, Verbände, Stiftungen und auch immer mehr Persönlichkeiten aus Musik, Film und Fernsehen haben ihr Kommen zugesagt und ihre Unterstützung zugesichert. Bei der Abschlusskundgebung am Brandenburg Tor werden neben Rednerinnen und Rednern, die sich für ein friedvolles Miteinander einsetzen, auch bekannte Künstlerinnen und Künstler auftreten.“

Zu den Rednerinnen und Rednern gehört auch der Sänger **Roland Kaiser**. „Es macht mich traurig, wütend und sprachlos, dass in der heutigen Zeit Menschen immer noch die gleichen Widerlichkeiten begehen, wie die Generation meiner Eltern. Das enttäuscht mich zutiefst. ... Es ist mir ein persönliches Anliegen, Gesicht zu zeigen für ein friedliches und respektvolles Miteinander, gegen Antisemitismus, Judenhass, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit!“

Reden werden u.a. auch die Bundestagspräsidentin, der Regierende Bürgermeister, der Arbeitsminister, der israelische Botschafter und der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland. Auch das Bühnenprogramm kann sich sehen lassen, **Herbert Grönemeyer, Klaus Hoffmann, Nomcebo Zikode, die 12 Tenöre** und **Joris. Die 12 Tenöre** „wollen ein Signal setzen – für die Menschlichkeit, für einen respektvollen Umgang miteinander und für eine Gesellschaft, in der wir alle in Frieden und ohne Hass leben können!“ **Klaus Hoffmann** erklärt: „Es ist an der Zeit einander zu sehen, anzuerkennen wer wir sind. Das Wort Mensch darf nicht durch Hass und Gewalt an Bedeutung verlieren. Egal welcher Herkunft, Hautfarbe und Religion. Wir müssen reden, wach sein, lieben, leben.“

„Alle Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, sich Antisemitismus, Hass, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in unserem Land entgegenzustellen.“ „Zu Beginn des Programms auf der Hauptbühne vor dem Brandenburger Tor wird es ein gemeinsames Gebet von Protestanten, Katholiken, Muslimen und Juden geben.“ „Unser Ziel ist es, ein kraftvolles und unüberhörbares Signal – aus dem Herzen der Hauptstadt – in die Welt zu senden, dass weder in Berlin noch irgendwo sonst in Deutschland jedwede Form von Antisemitismus, Hass oder Fremdenfeindlichkeit geduldet wird“, sagt **Nicolai Schwarzer**, Sprecher und Mitinitiator des Bündnisses.

Die Initiative ist ebenso lobenswert wie notwendig. Beim genauen Hinsehen stellt sich jedoch eine Frage: Warum wird in keiner Zeile Israel und vor allem das Existenzrecht Israels erwähnt? Erst durch eine Leserschaft sind wir darauf aufmerksam geworden und sind von uns selbst peinlich berührt, dieses Manko nicht gleich bemerkt zu haben.

Nur zur Erinnerung. Es ging den Terroristen der Hamas am 7. Oktober 2023 um einen weiteren Schritt auf dem Wege der Zerstörung des Staates Israel. So wie der russische Terror-Präsident die Ukraine nicht als Staat anerkennt, erkennen auch die palästinensischen Terrororganisationen Israels Existenzberechtigung nicht an. Israel mutet man aber zu, mit diesen Leuten über eine Zweistaatenlösung zu verhandeln, die am liebsten den Staat im Mittelmeer versinken würden.

Die Aussagen im heute von uns veröffentlichten Offenen Brief der Wissenschaftler sind deutlicher als die für die Demo am 10. Dezember: „Verantwortlich ist die radikalislamische Hamas, die seit 2005 im Gaza-Streifen herrscht und offen die Zerstörung Israels und die Ermordung aller Juden propagiert.“ „...es ist nicht legitim, die Zerstörung des Staates Israel oder den Tod aller Juden zu fordern. Solche Forderungen sind zutiefst verabscheuungswürdig.“

Warum, und das muss sich auch **Bärbel Bas** fragen lassen, heißt die Veranstaltung nicht: „Großdemonstration gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und für die Existenzberechtigung des Staates Israel“?

Bleibt zu hoffen, dass wenigstens einige Redner mutig genug sind, das Wort Israel auszusprechen.

Ed Koch

10) Israel und die Hamas – Die Wissenschaft positioniert sich. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 620-08

8. Dezember 2023

48. Jahrgang

Die Wissenschaft positioniert sich

Während sich weltweit zehntausende auf den Straßen bei pro-palästinensischen Demonstrationen versammeln, waren die Kundgebungen, die sich für das Existenzrecht Israels einsetzen, eher mäßig besucht. Am Sonntag, dem 10. Dezember 2023, bestünde ab 13.00 Uhr am Großen Stern zu Füßen der Siegesssäule eine weitere Möglichkeit, seine Solidarität mit Israel zu dokumentieren.

Wenig optimistisch meldet sich bei uns ein Leser zu Wort: „Bin gespannt, wie viele Menschen diesmal dem Aufruf folgen werden. Das müsste vielen ganz besonders leichtfallen, zumal in dem Aufruf kein einziges Mal der am 7. Oktober von Terroristen und Menschenschlächtern brutal überfallene demokratische Staat ISRAEL genannt wird.“

Das wird am 10. Dezember natürlich anders sein; denn sowohl der israelische Botschafter **Ron Prosor**, als auch Bundestagspräsidentin **Bärbel Bas** und der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** werden in ihren Reden am Brandenburger Tor Israel selbstverständlich erwähnen. Das hoffe ich jedenfalls. Auch werden wir auf der Demonstration selbst am nächsten Sonntag viele Israelfahnen sehen.

Die Frage ist aber: Warum wird im Aufruf 'Nie wieder ist jetzt! – Deutschland steht auf' das Wort Israel überhaupt nicht erwähnt? Es stimmt leider, dass die Deutschen mehrheitlich nur die toten Juden lieben, nicht aber die lebenden und ihren Staat Israel.

Spezialisiert haben sich die Deutschen auf das Verlegen von Stolpersteinen, deren Wichtigkeit und Bedeutung ich keinesfalls mindern möchte, auf denen man aber eben, wenn meist auch unbewusst, 'rumtrampeln kann. Genauso wie auf Israel, das unge-rechterweise, moralisch mit ganz anderer Elle gemessen wird als jedes andere Land auf diesem Globus. Auch das Existenzrecht des demokratischen Staates Israel wird nicht selten in Frage gestellt oder ihm sogar abgesprochen. Eine unübersehbare Distanz gegenüber Israel, gar lautstarke oder eben igno-rierende und unüberhörbar sehr laute schweigende Ablehnung, u.a. auch an Universitäten, wie dieser Tage hierzulande und anderswo zu registrieren ist.“

Nachdem sich die Kultur in einer vierstündigen, vom Fernsehen übertragenen, eindrucksvollen Solidaritätsveranstaltung mit Musik und Sprache gemeldet

hat, ist nun auch die Wissenschaft aktiv geworden. Bis jetzt haben über 2.200 Wissenschaftler einen Offenen Brief unterzeichnet. „Mit seinen klaren und unmissverständlichen Worten verfasst, macht dieses Dokument Mut, verleiht sogar Hoffnung und Zuversicht, dass an den universitären Instituten, Bildungs- und Forschungseinrichtungen viele klardenkende, wissende Menschen arbeiten, die ohne Wenn und Aber wirklich mit Israel solidarisch sind, das auch klar und deutlich ausdrücken.“, schreibt uns ein Leser.

Den Offenen Brief geben wir Ihnen am Ende dieses Beitrages zur Kenntnis. Wir wollen diese wichtige Initiative nicht durch Zahlen schmälern, erlauben uns aber darauf hinzuweisen, dass allein in Berlin in mehr als 110 Institutionen, darunter vier Universitäten, sieben Fachhochschulen, vier Kunsthochschulen, 27 privaten Hochschulen sowie über 70 außeruniversitären Forschungsstätten etwas 25.000 Professorinnen und Professoren, Dozentinnen und Dozenten, Lehrbeauftragte und wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie studentische Tutorinnen und Tutoren forschen und lehren. Deutschlandweit sind über 427.000 Wissenschaftler tätig. Man muss in der Unterzeichnerliste bis Platz 74 scrollen, um den ersten Berliner FU-Professor zu entdecken. Und im weiteren Verlauf sind die Berliner Wissenschaftler auch nicht gerade überrepräsentiert.

<https://www.athene-center.de/nie-wieder>

Hier der Wortlaut des Offenen Briefes:

Wissenschaft fordert „Nie wieder“

<Wir positionieren uns gegen Antisemitismus und für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte. Am Morgen des 7. Oktober 2023 wurden im Süden Israels über 1.200 Menschen getötet, über 240 als Geiseln verschleppt, Ungezählte verwundet. Die Täter gingen mit bestialischer Gewalt vor; sie quälten und vergewaltigten; sie töteten mit Waffen, bloßen Händen und verbrannten Menschen bei lebendigem Leib. Die Täter wollten maximales Leid zufügen, auch Säuglingen, Kindern, Frauen, alten Menschen.

Der Terrorangriff ist das größte Pogrom an Juden seit der Shoah. Verantwortlich ist die radikalislamische Hamas, die seit 2005 im Gazastreifen herrscht und offen die Zerstörung Israels und die Ermordung aller Juden propagiert. Noch immer sind hunderte Geiseln in der Gewalt der Terroristen, feuert die Hamas Raketen auf Israel. Wir verurteilen den Terror der Hamas. Der Schutz der eigenen Bevölkerung vor Angriffen und Terror ist eine grundlegende Pflicht aller

1



Staaten. Israel muss und darf sich gegen den Terror der Hamas verteidigen, auch mit militärischen Mitteln. Wir wissen um das Leid und das Elend der Zivilbevölkerung im Gazastreifen, und wir fordern humanitäre Hilfe. Wir wenden uns aber entschieden dagegen, mit dem Leiden der Menschen im Gazastreifen den Terror der Hamas zu relativieren und Israel das Recht auf Selbstverteidigung abzuspochen.

Wir glauben die überwältigende Mehrheit an der Seite Israels, an der Seite der Menschen jüdischen Glaubens. Aber sehr viel lauter als diese Mehrheit ist derzeit eine Minderheit, die Hass auf Israel, auf alles Jüdische äußert, auch auf Juden hierzulande. Es ist legitim, für die Schaffung eines Staates Palästina auf die Straße zu gehen. Aber es ist nicht legitim, die Zerstörung des Staates Israel oder den Tod aller Juden zu fordern. Solche Forderungen sind zutiefst verabscheuungswürdig.

Die Hamas als Freiheitskämpfer zu bezeichnen und die Schuld für den Krieg in Nahost bei den Opfern des Terroranschlags vom 7. Oktober zu suchen, ist eine bizarre Verdrehung der Wahrheit. Im Deutschland der Nationalsozialisten erreichte der Terror gegen Juden am 9. November 1938 einen ersten traurigen Höhepunkt. Der Terror der Antisemiten von damals führte zur Shoah, zur Ermordung von mehr als sechs Millionen Juden. In unserer heutigen Gesellschaft gilt die Maxime „Nie wieder!“.

Antisemitismus, also Menschen aufgrund ihres Jüdischseins abzulehnen, zu beleidigen, zu benachteiligen oder zu verfolgen, hat keinen Platz in unserer Gesellschaft. Seien wir wachsam, dass durch Verdrehung oder Weglassung von Fakten zum 7. Oktober kein Antisemitismus geschürt wird, und erkennen wir an, dass Israel wie jedes andere Land das Recht und die Pflicht hat, sich gegen Terrorangriffe zu verteidigen und seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler geht es uns um Erkenntnisse zu den kausalen Zusammenhängen und Gesetzmäßigkeiten in Natur, Technik, Gesellschaft und im Denken. Wissenschaft geht voran, sie trägt zum Nutzen der Gesellschaft bei, und dies über Grenzen von Ländern, Kulturen, Religionen und Geschlechtern hinweg. Dies ist uns Antrieb, auch hier voranzugehen und Position zu beziehen.

Wir mögen unterschiedliche Ansichten zum israelisch-palästinensischen Konflikt haben, aber wir sind geeint in der Ablehnung jeder Form von Antisemitismus, ob von links oder rechts, ob von Einheimischen oder Migranten. Wir sind solidarisch mit den Juden

hierzulande, den Opfern des Terrors und ihrer Angehörigen, mit dem Staat Israel und mit allen Menschen weltweit, die sich für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte einsetzen.>

Leseempfehlung:

„Wie die Ukraine verteidigt Israel nicht nur sich selbst, sondern auch die gesamte demokratische Zivilisation.“ „Warum die Hamas vollständig besiegt werden muss.“, ein Essay von **Richard Herzinger** erschienen am 7. Dezember 2023 in der **Jüdischen Allgemeinen**.

<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/warum-die-hamas-vollstaendig-besiegt-werden-muss/>

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

11) 11. Februar 2024 – Bundestags-Neuwahlen in Berlin? Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 620-07

7. Dezember 2023

48. Jahrgang

11. Februar 2024

Wenn Sie gern als Wahlhelfer tätig sind und sich etwas dazuverdienen möchten, steuerfrei, dann sollten Sie den 11. Februar 2024 schon mal vorsorglich in Ihren Terminkalender eintragen. Denn an diesem Tag könnte die Wiederholungswahl für den Bundestag stattfinden. Nur in Berlin, versteht sich.

Mal wieder schaut das ganze Land gebannt nach Karlsruhe. Am 19. Dezember will das Bundesverfassungsgericht seine Entscheidung zur Problemwahl von 2021 bekannt geben, immerhin zwei Jahre nach der ursprünglichen Wahl. Für das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen hat die Wiederholungswahl schon in diesem Februar stattgefunden mit gravierenden Folgen, aus Rot-Grün-Rot wurde Schwarz-Rot.

Landeswahlleiter **Prof. Dr. Stephan Bröchler** teilt mit: *„Landeswahlleitung und Bezirke sind vorbereitet! Bereits im Sommer dieses Jahres haben wir begonnen, die Voraussetzungen für eine mögliche Wiederholungswahl so weit wie möglich zu schaffen.“*

„Drei Alternativen stehen im Raum: keine Wiederholungswahl, eine teilweise Wiederholungswahl oder eine vollständige Wiederholungswahl.“ Wie wir gerade in der 60-Milliarden-Frage gesehen haben, verstehen die Verfassungshüter keinen Spaß und nutzen mögliche Spielräume nicht aus. Sie urteilen hart, so dass eine komplette Wiederholungswahl nicht unwahrscheinlich ist.

An der Zusammensetzung des Deutschen Bundestages würde sich nicht viel verändern, für einige Berliner Abgeordnete schon. Für die beiden Abgeordneten der Linken, **Gesine Löttsch** und **Gregor Gysi**, die ihre Wahlkreise direkt gewonnen haben, könnte das ihr vorzeitiges Ende im Bundestag bedeuten. Auch der frühere Regierende Bürgermeister **Michael Müller** müsste sich Sorgen um seinen Wahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf machen. Mit 27,9 Prozent gewann er vor Bundesfamilienministerin **Lisa Paus**, die 24,4 Prozent holte, der CDU-Kandidat **Klaus-Dieter Gröhler** erhielt 22,3 Prozent der Stimmen. Bei den Zweitstimmen lagen die Grünen vor der SPD, 26,3 zu 24,1. Angesichts der gegenwärtig schlechten Performance der Grünen und der SPD, könnte die Nummer Drei zur Nummer Eins werden.

Warten wir also ab, was uns die Weihnachtsmänner aus Karlsruhe in ihren roten Roben bescheren.

Ed Koch

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressarbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 43 40 03 – 12052 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pireg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

Österreich (Seiten E 107 – E 113)

01) Norbert van Handel zu 2023: Kritik an der EU und Österreich

Von NORBERT VAN HANDEL

13. 12. 2023



Was 2023 in der EU und Österreich schief gelaufen ist

[Anm. der AWR-Red.: Nr. 4 fehlt]

Von NORBERT VAN HANDEL | Eigentlich wollte ich ein „Weihnachts“-Telegramm für einen friedlichen Ausklang des Jahres 2023 schicken. Leider fühle ich mich aber gezwungen die unendlich vielen Verwerfungen dieses Jahres doch noch einmal aufzuzeigen.

1. In einer Umfrage unter den 27 Mitgliedsländern war die Ablehnung Österreichs zur EU am stärksten. Nur 42 Prozent der Befragten bewerteten die Mitgliedschaft als positiv. Beim Beitritt zur EU 1995 waren es knapp 67 Prozent! Wieso hat sich dies so dramatisch verändert? Österreich wollte Frieden für Europa und einem freien Binnenmarkt beitreten.
2. Leider ist die EU zu einem Instrument verkommen, das sich wie ein Krake in alle nationalstaatlichen Entscheidungen eingemischt hat.

3. Die EU ist eine Institution geworden, die, eng an die NATO gebunden, dem folgt, was Washington will.
5. Mit Milliarden wurde die Ukraine – ein Staat, der kein Mitglied ist – aus Mitteln der EU-Mitgliedsländer unterstützt, ohne die Bevölkerung der einzelnen Nationen zu fragen, ob dies auch gewünscht wird. Meines Erachtens ein Rechtsbruch der Kommission des europäischen Rates und auch des Parlaments, die alle dazu nicht legitimiert sind, wenn die fundamentalen Grundsätze entscheidend verändert werden.
6. Darüber hinaus wurden, vor allem im Zusammenwirken mit den USA, ebenfalls für Milliarden, alle Arten von Waffen und Waffensystemen aber auch die Ausbildung ukrainischer Soldaten finanziert.
Es scheint uns, dass die EU keine Wirtschafts- sondern eine Kriegsinstitution geworden ist, was sicher ihre Mitglieder so nicht wollen. Präsident Putin, der sich jahrzehntelang für ein Zusammenwirken mit dem Westen eingesetzt hat, wurde zum bösen Autokraten erklärt.
7. Eine dramatisch verfehlte Neutralitätspolitik Österreichs hatte zur Folge, dass Österreich seit dem Staatsvertrag 1955 und der Neutralitätserklärung von Russland (verständlicherweise) zu einem feindlichen Land erklärt wurde.
8. Viele meinen, dass damit die österreichische Identität, die nach den Schandverträgen nach dem ersten Weltkrieg zerstört wurde, ein zweites Mal wesentlich geschädigt war.
9. Natürlich ist nicht nur die EU daran schuld, sondern auch eine Regierung, die mit ihrer speichelleckenden EU-Euphorie den eigentlichen Kern der österreichischen Identität verraten hat.
Aber nein, wir wollen keinen Austritt, sondern eine Reform im Sinne der grundsätzlichen Vorstellungen der Gründungsväter.
10. Die österreichische Wirtschaft – einst eine der vermögendsten in der EU – wurde auch dadurch direkt und indirekt nachhaltig geschädigt. Dies verstehen wohl nur Menschen, die sich damit beschäftigen.
11. Natürlich ist Österreich selbst schuld: es hätte jederzeit die Sanktionen ablehnen können.
Darüber hinaus ist die katastrophale Corona-Politik der derzeitigen Regierung und das Gießkannenprinzip, jedem, der vom Staat etwas will, alles zu geben, unabhängig davon, ob er es braucht oder nicht, ein wesentlicher Beitrag zum Niedergang des Landes.
12. Während Viktor Orban, der ungarische Ministerpräsident, dies alles erkannte, versucht die EU mit allen Mitteln Ungarn zu erpressen und dem Land zustehende Mittel aus dem EU-Budget zu verweigern. Ein Skandal!
13. Unabhängig davon lässt auch die Pisa-Studie aufhorchen: wenn man etwa in Wien Volksschulklassen mit mehr als 10 verschiedenen Sprachen glaubt zur Bildung junger Menschen heranziehen zu können, zeigt dies wie völlig kaputt das Bildungssystem ist. Österreicher und wahrscheinlich auch Deutsche brauchen ihre früher guten nationalen Schulen und Menschen aus anderen Kulturen brauchen ihre eigenen, die sie allerdings auch selbst finanzieren sollten.
14. Die Immigrationspolitik ist völlig gescheitert. Es muss heißen, kein einziger nicht erwünschter Immigrant hat in diesem Land etwas verloren. Des Öfteren schlugen wir schon vor, Flüchtlingscamps, durchaus auch mit unseren mitteleuropäischen Nachbarn, zu errichten, wo jene Immigranten, die nicht erwünscht sind und vor allem auch jene, die nicht abgeschoben werden können, so lange bis dies eben möglich ist, zusammengefasst werden sollten.
Dazu: Flüchtlinge, übrigens auch aus der Ukraine, die vermögend sind, müssten ihren Beitrag zu den Unterhaltskosten in Österreich leisten und andere, die das nicht können, vor allem mit Sachzuteilungen (Essen, Medizin, Kleidung, Heizung etc.)

Seite E 109 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 843 vom 04.01.2024

versorgt werden. Betreffend unerwünschter Immigration kann nur das absolute „NO“ gelten.

15. Ob Österreich und natürlich auch unsere Freunde in Deutschland je wieder auf den Status „vor Corona“ oder in Deutschland „vor Merkel“ kommen werden, weiß niemand. Dafür zu arbeiten ist aber das Wichtigste überhaupt.

16. Bitte, liebe verehrte Leser, denken Sie darüber nach, wenn Sie die Adventszeit und Weihnachten, hoffentlich friedlich im Kreise Ihrer Lieben, verbringen. Mehr können wir Ihnen leider nicht wünschen, aber dies von Herzen und Gott behüte Sie.

Dr. Norbert van Handel

12.12.2023, Steinerkirchen a. d. Traun

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S ü d t i r o l (Seiten E 110 – E 113)

01) Autonomie ist kein Verhandlungsobjekt: Autonomiekonvent umsetzen!

BOZEN – „Während Landeshauptmann Arno Kompatscher mit der italienischen Regierung sowie den italienischen Rechtsparteien über die Rückführung autonomer Kompetenzen verhandeln will, die uns Südtirolern durch die letzten Regierungen sowie durch den Verfassungsgerichtshof wohlgermerkt genommen wurden, besteht aus Sicht des Südtiroler Schützenbundes die immens große Gefahr, dass an unserer Autonomie herumgepfuscht wird und fragwürdige Geschäfte stattfinden werden. Diese Autonomie ist wohlgermerkt kein parteipolitisches Schacherobjekt, sondern die „Magna Carta“ für uns Südtiroler, die unseren Bestand als deutsche und ladinische Minderheit österreichischer Zugehörigkeit in einem fremden Nationalstaat sichern soll. Änderungen an der Autonomie müssen folglich in geordnetem Rahmen stattfinden und sind keine politische Verhandlungsmasse!“, schreibt der Südtiroler Schützenbund in einer Presseaussendung.

Es sei nicht akzeptabel, dass mit unserer Südtiroler Autonomie in politischen Geschäften gehandelt werde. Die Gefahr für einen fragwürdigen und brandgefährlichen Schacher sei groß. Folglich müsse die Südtiroler Zivilgesellschaft, wie sie sich im Autonomiekonvent konstituiert hatte, unbedingt mitwirken.

Nicht nur die italienischen Rechtsparteien, sondern auch die italienischen Linksparteien wollen in diesem Sinne einmal mehr an der Südtiroler Autonomie herumdoktern und wie üblich ethnische Bestandteile dieser Autonomie relativieren. Offensichtlich leiden sowohl die italienischen Rechtsparteien als auch die italienischen Linksparteien sowie die Südtiroler Entscheidungsträger unter grober Geschichtsvergessenheit, so der Südtiroler Schützenbund.

Die basisdemokratischen Debatten rund um die Zukunft unserer Autonomie hat es längst gegeben. Mit dem Autonomiekonvent war 2016 eine partizipative Mitgestaltungsmöglichkeit der Bevölkerung Südtirols ins Leben gerufen worden. In sogenannten Open-Space-Veranstaltungen, im Forum der 100 und schließlich im Forum der 33 diskutierten viele Bürger unseres Landes über die Zukunft unserer Heimat, ehrenamtlich und mit hohem persönlichem Aufwand. Als Ergebnis hat es eine breite Zustimmung zu mehr Kompetenzen, mehr Autonomie und mehr Unabhängigkeit gegeben und vor allem auch die Gewissheit, dass nur eine ethnische Autonomie den Fortbestand unserer Volksgruppe sichert. Weil diese Ergebnisse der Landesregierung sowie den damaligen linken Partnern nicht gefallen hatten, wurden die Abschlussdokumente des Konvents vertuscht. All jenen, die derzeit politisch in unsere Autonomie eingreifen wollen, sei ins Stammbuch geschrieben, dass es ein klares basisdemokratisches Votum bereits gibt und alle Beteiligten dazu aufgerufen sind, ihre Politik heute und nicht morgen am Autonomiekonvent auszurichten!“, schließt Landeskommandant Roland Seppi.



Das Präsidium des Südtiroler Schützenbundes:
Im Bild (v.l.) Bundesgeschäftsführer Egon Zemmer, Landeskommandant Roland Seppi,
Landeskommandant-Stellvertreter Christoph Schmid und Bundeskassier Franzjosef Rone

02) Neue Broschüre des Südtiroler Heimatbundes

In Südtirol wurde auf politischer Ebene bis vor Kurzem immer wieder behauptet, dass alle drei faschistischen Ortsnamen-Dekrete noch rechtskräftig wären. Doch konnte diese Behauptung unlängst widerlegt werden: Tatsächlich ist es nur mehr ein Dekret, jenes aus dem Jahr 1923, das noch in Kraft ist.

In der vorliegenden Broschüre zeigen zwei auf ihrem Fachgebiet ausgewiesene Experten auf, was diese neue Rechtslage für die Ortsnamengebung in Südtirol bedeutet und welcher neue Handlungsspielraum sich dabei auftut.

Der Rechtsexperte Prof. Dr. Peter Hilpold von der Universität Innsbruck und der Sprachwissenschaftler Dr. Cristian Kollmann haben zwar, da aus unterschiedlichen Disziplinen kommend, ebenso unterschiedliche Zugänge zur Thematik, doch ihre Kernaussagen sind dieselben: Die einzig amtlich gültigen Orts- und Flurnamen sind in Südtirol – bis auf wenige Ausnahmen – nur jene, die im Dekret von 1923 aufgelistet sind. Umso mehr sehen die beiden Autoren auf politischer Ebene dringend Handlungsbedarf, und dabei gelte es, auch die Wissenschaft anzuhören.

Cristian Kollmann hat für die Broschüre nicht nur eine wissenschaftliche Stellungnahme geschrieben, sondern auch aktiv den Werdegang bis zur Drucklegung begleitet.

Da Cristian Kollmann dies alles ehrenamtlich und ohne Honorar gemacht hat, haben ihm der Obmann des Heimatbundes Roland Lang und sein Stellvertreter Meinrad Berger mit einem kleinen Weihnachtsgeschenk überrascht. Kekse und da es sich um unsere Ortsnamen handelt, mit einigen Flaschen Wein, geerntet im „Maso Thaler“, wo einst der Ortsnamenfälscher Tolomei hauste, waren ein kleines Zeichen des Dankes für Kollmanns selbstlosen Einsatz zum Gelingen der Broschüre!

Roland Lang
Obmann des Südtiroler Heimatbundes

Greifensteiner Weg 12, 39018 Terlan – BZ
<roland.lang@mail.de>

<https://www.suedtiroler-freiheitskampf.net/neue-broschuere-des-suedtiroler-heimatbundes/>



2023.- 1. Auflage

Herstellung und Verlag: Effekt – Buchverlag www.oeffekt.tirol

ISBN 979-12-5532-048-7.

https://auth.scribd.com/u/signup?state=hKFo2SBpd1I0Z2xrcTA2RkJDUDV4MWhQZUF3YzFMeE9peVRjVVKFur3VuaXZlcnNhbcC1sb2dpbqN0aWTZlDjBLWlYaGotUHhEQjlxWUJ3VW1QOF FWM2Q1T28xUEhyo2NpZNkgZ3ljN3lyZnpzdKpmaXd5bHNIYXU4Y3g5dVZhb2FOU1A&ui_locales=de

Letland

(Seiten E 114 – E 115)

01) Putins Warnung an Lettland wegen offener Schikanen gegen „russische Letten“

09. 12. 2023



Bild: Nordisch.info

Wladimir Putin forderte die lettischen Behörden auf, die Bevölkerung des Landes, von der 40 Prozent Russischsprachige ist, mit Würde zu behandeln.

Er erklärte, dass Lettland „ernsthafte Probleme“ bekommen wird, falls das „schweinische Verhalten“ anhält.

„Schutzfunktion“ Russlands ähnlich wie im Donbass

Falls die lettischen Behörden die Bevölkerung weiterhin „schweinisch behandeln“, wird Russland dies mit gleicher Münze zurückzahlen, dies erklärte der russische Präsident Wladimir Putin auf einer Sitzung des Rates für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte.

Das russische Staatsoberhaupt wies dabei darauf hin, dass etwa 40 Prozent der lettischen Bevölkerung Russischsprachige seien.

Seite E 115 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 843 vom 04.01.2024

Er erklärte in diesem Zusammenhang wörtlich, „wenn sie eine solche Politik gegenüber Menschen verfolgen, die in diesem oder jenem Land leben wollten, dort arbeiteten, diesem Land einen Nutzen verschafften, und sie so schweinisch behandeln, dann werden sie am Ende selbst mit dieser Schweinerei in ihrem Land konfrontiert werden.“

Lettischer Sprachtest für Russen erforderlich

Seit September vergangenen Jahres verlangt Lettland von Russen und Weißrussen für die Verlängerung ihrer Aufenthaltsgenehmigung die Vorlage einer Bescheinigung über lettische Sprachkenntnisse.

Seit April 2023 haben sie die Möglichkeit, den Sprachtest zu bestehen, wobei sie bei Nichtbestehen einen zweiten Versuch haben. Sie mussten den Test bis zum 1. September dieses Jahres bestehen, den Wiederholungstest bis zum 30. November.

Lettlands Innenminister Māris Kučinskis betonte, dass fast die Hälfte aller in Lettland lebenden Russen, das heißt etwa 10.000 Personen, die Sprachtests nicht bestanden hätten oder sich dieser Anforderung nicht einmal bewusst waren.

In diesem Zusammenhang billigte das lettische Parlament einen Gesetzentwurf, der Russen mit Aufenthaltsgenehmigung eine zweijährige Frist einräumt, um den Sprachtest zu bestehen und ihre Aufenthaltsgenehmigung zu verlängern.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

P o l e n (Seiten E 116 - E 117)

01) Neo-liberaler Backlash in Polen – Donald Tusk Ministerpräsident

12. 12. 2023



Am Montagnachmittag wurden in Polen die politischen Weichen erneut in Richtung links-liberale Regierung gestellt:

Der ehemalige Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und seine neue, am 27. November gebildete Regierung, verloren die Vertrauensabstimmung mit 190 zu 266 Stimmen. Nach dem Scheitern vor den Präsidenten kann der „Sejm“ gemäß polnischer Verfassung selbst einen Ministerpräsidenten wählen. Das Recht zur Kandidatenernennung, liegt zwar nach wie vor beim Staatsoberhaupt. Aber er ist verpflichtet, einen solchen Kandidaten zu ernennen und zu vereidigen.

„Sie sind ein deutscher Agent!“

In der Debatte vor der Abstimmung griff die unterlegene Regierungspartei den künftigen Ministerpräsidenten Donald Tusk heftig an: Der ehemalige Verteidigungsminister Mariusz Blaszczak sagte, Tusk lüge und werde seine Versprechen nicht einhalten, genauso wie er es getan habe, als er zwischen 2007 und 2014 bereits an der Regierung war. Damals hätte er ausländischen Interessen gedient und die Souveränität des Landes bedroht und seine Koalitionspartner vernichtet. Schon nach der Abstimmung stürmte Jaroslaw Kaczynski, der Vorsitzende der Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), plötzlich zum Rednerpult, und rief, ohne ein Wort zu fragen und die Regeln des polnischen Parlaments missachtend, dem gewählten Ministerpräsidenten Tusk Stimme zu:

„*Sie sind ein deutscher Agent!*“

Auch die rechtsextreme Konföderation sprach sich gegen Tusks Wahl aus.

Die Abstimmung zeigte jedoch die komfortable Mehrheit der neuen Koalition: Alle 248 seiner Unterstützer stimmten für Tusk, 201 sagten Nein.

Tusk wird am Dienstag seine programmatische Rede halten sowie seine Regierung vorstellen, die sich aus der zwischen 2007 und 2015 führenden konservativ-liberalen Regierungspartei zusammensetzt, heute als „Bürgerkoalition“ verbrämt, mit seinem damaligen Partner, der „Bauernpartei“, dem ehemaligen TV-Moderator Szymon Holownia, der bereits zum Parlamentspräsidenten gewählt wurde, sowie der Mitte-Rechts-Partei „Polen 2050“ und der Neuen Linken.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Tschechien (Seiten E 118 – E 119)

01) Verfallene Kulturdenkmäler werden Orte der Begegnung

Der **Deutsch-Tschechische Zukunftsfonds** ermöglicht 133 neue deutsch-tschechische Projekte aus der Zivilgesellschaft beider Länder. Dafür ließ der Verwaltungsrat des Fonds am 6. Dezember Fördermittel in Höhe von insgesamt 1 261 455 Euro freigeben. [Das „Landesecho“ berichtet hier.](#)

<https://landesecho.cz/gesellschaft/verfallene-kulturdenkmaeler-sollen-orte-der-begegnung-werden/0017418/>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 138, 2023

Wien, am 12. Dezember 2023

Gesellschaft

Verfallene Kulturdenkmäler sollen Orte der Begegnung werden

[Lena Pierskalla](#) 11. Dezember 2023



Die Mitglieder des Verwaltungsrates des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds in Nürnberg. Foto: Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds

Der Deutsch-Tschechische Zukunftsfonds ermöglicht 133 neue deutsch-tschechische Projekte aus der Zivilgesellschaft beider Länder. Dafür ließ der Verwaltungsrat des Fonds am 6. Dezember Fördermittel in Höhe von insgesamt 1 261 455 Euro freigeben.

Seite E 119 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 843 vom 04.01.2024

Die Sitzung des Verwaltungsrates des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds fand am Mittwoch, den 6. Dezember im Rathaus von Nürnberg statt. Dort begrüßte Oberbürgermeister Marcus König die Verwaltungsratsmitglieder. Zudem wurde Martin Kastler, früherer Co-Vorsitzender des Verwaltungsrats, nach zwölf Jahren mit großem Dank für seine Arbeit vom Verwaltungsrat verabschiedet.

Viele der neu bewilligten Projekte kamen aus dem Bereich der Denkmalpflege. Der Fonds stellte für die Restaurierung von 32 Kulturdenkmälern ca. 400 000 Euro bereit. „Sich um verfallene Sakralbauten zu kümmern, die Teil unserer gemeinsamen Geschichte sind, ist nicht nur eine Aufgabe für Denkmalpfleger. Wenn es darum geht, Bauruinen neues Leben einzuhauchen und sie zu Orten der Begegnung und des friedlichen Miteinanders zu machen, sind wir alle gefragt. Solche Orte der Gemeinsamkeit, gegenseitigen Toleranz und Demut brauchen wir heute dringender denn je“, betonten Rita Hagl-Kehl und Jindřich Fryč, die beiden Co-Vorsitzenden des Verwaltungsrats.

Gleich mehrere der neu bewilligten Projekte haben das Jahresthema 2023 („Bloß nicht durchdrehen – gemeinsam sind wir stark“) des Zukunftsfonds aufgegriffen. Darüber hinaus war auch die [Sonderausschreibung](#) für das bevorstehende Kafka-Jahr 2024 ein wichtiger Teil der Sitzung.

Bekämpfung des Antisemitismus rückt stärker in den Fokus der Programmarbeit

Zudem verurteilte der Verwaltungsrat in seiner ersten Sitzung nach dem 7. Oktober den Terrorangriff der Hamas auf Israel. Als Zeichen gegen den wachsenden Antisemitismus in Europa beschloss der Rat die Bekämpfung des Antisemitismus noch stärker in der künftigen Programmarbeit zu verankern. Unter anderem wurde das Projekt „Mit Kultur gegen Antisemitismus 2024“ mit 8 200 € (200 000 CZK) gefördert. Dabei handelt es sich um einen deutsch-tschechischen Schüleraustausch, bei dem unter anderem ein Besuch des Ghettos Theresienstadt auf dem Programm steht sowie die tiefere Beschäftigung mit der Rolle von nichtjüdischen Helfern bei der Flucht aus Konzentrationslagern. Eine [Übersicht aller Projekte](#) ist auf der Website des Zukunftsfonds einzusehen.

Die nächste Antragsfrist für Projekte ab April 2024 ist der 31. Dezember 2023, dies betrifft jedoch nicht Projekte der Sonderausschreibung. Mehr Informationen zu den Anträgen finden Sie [hier](#).

<https://www.zukunftsfonds.cz/projektforderung/>

- Keine Berichte -

- Keine Berichte -

- Keine Berichte -

Frankreich (Seiten E 123 – E 124)

01) Moslemischer Kulturkampf in Frankreich gegen Renaissancegemälde

12. 12. 2023



Der skandalöse moslemische Kulturkampf innerhalb einer säkularen europäischen Nation bietet ein kleines Zukunfts-Horrorszenario auf das, was noch erst richtig kommen wird: Nämlich die Annullierung jener europäischen Werte, die auf den drei Säulen des Abendlandes beruht: das Christentum, das römische Recht – und in diesem Fall – die Philosophie der Antike, welche alle drei die Renaissance und die Aufklärung bewirkten.

Was war passiert?

Eine Lehrerin muss derzeit im einst säkularen Frankreich um ihr Leben fürchten. Der Anlass: Nachdem sie ihren Schülern im Kunstgeschichtsunterricht ein Renaissance-Gemälde mit nackten Frauenkörpern aus dem 17. Jahrhundert von Guiseppe Cesaare gezeigt hatte, beschwerten sich mehrere muslimische Eltern darüber – wie die „[Daily Mail](#)“ berichtete.

Das Werk zur griechischen Mythologie zeigt den Jäger Actaeon, wie er in einen Ort eindringt, an dem sich die Göttin Diana und ihre Nymphen baden, natürlich ohne Kleidung. Das Gemälde ist zudem im Louvre in Paris ausgestellt.

Kurz nach der Unterrichtsdemonstration tauchten in den sozialen Medien gefälschte Posts auf, in denen dem Lehrer rassistische Kommentare unterstellt werden.



Jacques-Cartier-Schule in Issou

Aus Solidarität verweigerten Beschäftigte der Jacques-Cartier-Schule in Issou, westlich von Paris, am Montag, Arbeit und unterstützten den verängstigten Lehrer. Immerhin besuchte Gabriel Attal, Frankreichs Bildungsminister, die Schule am Montag persönlich und sagte später: Schüler, die verleumderische Behauptungen aufstellten, würden bestraft werden – sie die „Daily Mail“ später.

- Keine Berichte -